

Susanne Hoch / Hermann Nehls (Hg.)

Bürgerinitiative

FREIE HEIDE



Bombodrom – nein danke!

ESPRESSO

Ab 1950 richtete die sowjetische Besatzungsarmee zwischen den Städten Wittstock, Rheinsberg, Neuruppin und Kyritz im Norden Brandenburgs einen 142 Quadratkilometer großen Bombenabwurfplatz in absichtlicher Nähe zu Westberlin ein. Seit dem Abzug der russischen Truppen beansprucht die Bundeswehr als selbsternannte Rechtsnachfolgerin der Roten Armee das zwangsenteignete Gelände, ohne das übliche Planfeststellungsverfahren einzuleiten.

1992 entstand eine große Protestbewegung unter dem Namen FREIE HEIDE – 90 000 Menschen haben sich seitdem an über sechzig Protestwanderungen und anderen Aktionen beteiligt. Ein breites Bündnis aus Anlieger- und Kirchengemeinden, Bauern, kulturellen Einrichtungen, Kreis-, Landtags- und Bundestagsabgeordneten und vielen anderen setzt sich für die zivile Nutzung des Geländes ein. 1994 versprach der damalige Kanzlerkandidat Rudolf Scharping für den Fall einer SPD-Regierung die zivile Nutzung des Platzes. Heute als Verteidigungsminister will er nichts mehr davon wissen.

Das Buch gibt mit Berichten, Reden, Fotos und Dokumenten Einblick in eine bis heute sehr lebendige Bürgerinitiative.



9 783885 207863

Susanne Hoch / Hermann Nehls (Hg.)

Bürgerinitiative

FREIE HEIDE

Bombodrom – nein danke!



ESPRESSO VERLAG

Dieses Buch wurde gefördert durch die Brandenburgische Landes-
zentrale für politische Bildung. Es wurde erstellt von der DGB
Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin und der Bürgerinitiative
FREIE HEIDE.

Copyright © 2000
by ESPRESSO Verlag GmbH, Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung Marina Siegemund
Foto Innentitel: Rolf Walter
Gesetzt aus der Berthold Garamond
Agentur Marina Siegemund, Berlin
Druck Druckhaus am Treptower Park, Berlin
Printed in Germany
ISBN 3-88520-786-9
www.espresso-verlag.de

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

Bombodrom – nein danke! – *Susanne Hoch/Hermann Nehls* 7
Friedliche Wanderer in der märkischen Heide – *Inge und
Walter Jens* 9 – Auf dem Weg zur freien Heide – *Susanne Hoch* 12

Zur Entstehung der Bürgerinitiative 19

Das war der Anfang – *Friederike Lampe* 20 – Die Gründung der
Bürgerinitiative – *Benedikt Schirge* 23

Das Bombodrom und seine Geschichte 25

Wie der Schiessplatz bei Schweinrich entstand – *Helmut Schönberg*
26 – Erinnerungen an den «Schiessplatz» und den Weg zur FREIEN
HEIDE – *Carl Krause* 30 – Das Bombodrom, der Abzug der ehema-
ligen sowjetischen Streitkräfte und die Anfänge der Bürgerinitiative
– *Christian Gilde* 40

Die Mahn- und Gedenkstätte Basdorf 51

Unsere Heide hat viele Vergangenheiten – *Horst Bredlow* 52 –
Bericht über ein Gefecht in der Kyritz-Ruppiner Heide zwischen
Kräften der deutschen und russischen Armee am 1. Mai 1945 – *Ilse
Buchner* 59 – Die Gedenkstätte für die Kriegsoffer auf dem Bombo-
drom – *Hans-Hermann Degener* 61 – Chronik der Mahn- und
Gedenkstätte für die Kriegsoffer 64

Erfahrungen 69

Nicht wie die bissigen Hunde. Gespräche mit Menschen der FREIEN
HEIDE – *Petra Schirge* 70 – Bleibt Basdorf bombenfrei? – *Matthias
Klenner* 98 – Einmischung tut not – *Ulrich Görlitz* 105 – Schwerter
zu Pflugscharen oder Bomber zu Windrädern – *Eckhard Hässler*
112 – Die Sommeraktionstage und andere Aktivitäten auswärtiger
Pazifisten – *Andreas Hauschild* 114 – Wessen Brot ich esse, dessen
Lied ich singe – *Dorothea Winkelmann* 121 – Die Grossmutter der
FREIEN HEIDE. – *Annemarie Friedrich* – *Hermann*

Nehls 123 – Wie und warum ich zur FREIen HEIDe kam, wurde ich schon oft gefragt – *Annemarie Friedrich* 125 – Wege zur freien Heide – *Sylvia Voss* 131 – Ein Christdemokrat kämpft für die FREIe HEIDe. Interview mit Rainer Kühn – *Ragnar Daniel Vogt* 136 – Politisch erwachsen – *Kay Noeske-Heisinger* 143 – Christliches Engagement mit und ohne Kirche – *Peter Freimark* 148 – «Suche Frieden und jage ihm nach» – *Heinz-Joachim Karau* 153 – «Give Peace A Chance» – *Wolfgang Freese* 158

Recht, Widerstand und Politik 167

Rheinsberg – Kulturstadt unter Düsenjägern? – *Manfred Richter* 168 – Die Haltung der Parteien zum Bombodrom – *Benedikt Schirge* 171 – Gemeinden wehren sich – *Helmut Schönberg* 182 – Recht und Widerstand. Die Prozesse gegen den Bombenabwurfplatz Wittstock – *Reiner Geulen* 188

Möglichkeiten der zivilen Nutzung 195

Die Botschaft der Heide ist die Heide. Zur Konversion des ehemaligen Bombodroms – *Roland Vogt* 196 – Tiefflug und Bomben für die regionale Wirtschaft? Positionen und Konzepte der Unternehmerrinitiative PRO HEIDE – *Carola Wöhlke* 206

Kriegsübung – Kriegsführung! 221

Die Bedeutung des Kosovokrieges für die zukünftigen Pläne der Bundeswehr – *Ralf Siemens* 222 – Was könnte die FREIe HEIDe aus den Umweltfolgen des Nato-Krieges lernen? – *Knut Krusewitz* 233

Chronik der Ereignisse 256

Petra Perten-Prüfert/Rainer Prüfert

Anhang 275

Dokumente 275

Autorenverzeichnis 319

Bombodrom – nein danke!

Die Bürgerinitiative FREIE HEIDE will die Pläne der Bundeswehr, die Kyritz-Ruppiner Heide als Tiefflugübungsgelände zu nutzen, verhindern und das Gelände einer zivilen Nutzung zuführen. In ihr haben sich Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Auffassungen zusammengefunden. Als eine Initiative «von unten» tritt sie für eine Stärkung der Demokratie ein und weiss sich in einer Linie stehend mit Basisbewegungen, die sich weltweit der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, Gerechtigkeit und Frieden verpflichtet fühlen. Erfahrungen, Erinnerungen, Reden, Fotos und Dokumente der Bürgerinitiative werden in diesem Buch der Öffentlichkeit vorgestellt.

Aus der Zusammenarbeit mit der DGB Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin entstand der Wunsch, die Wichtigkeit und den hohen Wert basisdemokratischer Bewegungen an einem ganz konkreten Beispiel herauszustellen und einmal mehr die Erkenntnis zu belegen, dass der Einsatz für Werte wie Demokratie und Gerechtigkeit in wörtlichem Sinne ganz «vor der Haustür» beginnt. Das Buch soll ermutigen – diejenigen, die sich oft genug ohnmächtig fühlen, Menschen, die sich in vergleichbaren Initiativen engagieren, und nicht zuletzt die Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der Bürgerinitiative FREIE HEIDE selbst. Denen, die an diesem Buch mitgearbeitet haben, war es wichtig, die Authentizität der Beiträge weitest gehend zu wahren und die Menschen an dieser Stelle persönlich zu Wort kommen zu lassen. Verbunden damit war die Absicht, möglichst viel von der Lebendigkeit der Bewegung sichtbar werden und sich widerspiegeln zu lassen. Daher wurde besonders auf Augenzeugenberichte, Erinnerungen und die Wiedergabe persönlichen Erlebens Wert gelegt.

Diese Absicht findet sich auch im Aufbau des Buches wieder: Der einleitende Beitrag «Auf dem Weg zur freien Heide» beschreibt den augenblicklichen Stand der Bürgerinitiative FREIE HEIDE. Das Kapitel «Zur Entstehung der Bürgerinitiative» erinnert an ihre Anfänge. Das folgende Kapitel «Das Bombodrom und seine Geschichte» beleuchtet

aus persönlichem Erleben die historischen Hintergründe des Geländes. Um das Massaker am 1. Mai 1945 auf dem Gelände des Bombenabwurfplatzes und das Erinnern daran geht es in dem Abschnitt «Die Mahn- und Gedenkstätte». In «Erfahrungen aus der Bürgerinitiative» wird dem Erleben und den Reflexionen der Mitglieder der Bürgerinitiative Platz gegeben. Die bisherigen Erfahrungen politischen und juristischen Handelns werden dann in «Recht, Widerstand und Politik» aufgezeigt. Welche «Möglichkeiten der zivilen Nutzung» eine freie Heide bieten könnte, wird in dem danach folgenden Kapitel illustriert. Zum Abschluss wird in «Kriegsübung – Kriegsführung!» die Frage diskutiert, wofür in der Kyritz-Ruppiner-Heide eigentlich geübt werden soll. Wichtige Dokumente befinden sich im Anhang des Buches. Allen, die zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben, sei ganz herzlicher Dank ausgesprochen. Ohne die Förderung durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung wäre die Realisierung dieses Projektes nicht möglich gewesen. Wir danken allen Autorinnen und Autoren sowie all denjenigen, die in den Interviews wichtige Erfahrungen der Initiative dokumentiert haben. Besonderer Dank gilt Petra und Benedikt Schirge, die mit ihrem Wissen um die Geschichte der Bürgerinitiative und dem engen Kontakt zu allen Beteiligten unerlässlich für die redaktionelle Fertigstellung des Buches waren. Weiterhin haben in der Redaktion mitgearbeitet Dr. Sigrid Bachler und Matthias Klenner. Unser Dank gilt auch ihnen. Für die technische Unterstützung hat Michael Küster, Zivildienstleistender in der DGB Jugendbildungsstätte, wertvolle Arbeit geleistet.

Susanne Hoch, Hermann Nehls
Juni 2000

17. Juni 1998, Besuch von Inge und Walter Jens bei der
Bürgerinitiative FREIE HEIDE Foto: Susanne Hoch

Friedliche Wanderer in der märkischen Heide

«Ein Reichtum ist mir entgegengetreten», schrieb Theodor Fontane anno 1861 im Vorwort zu seiner Beschreibung der Grafschaft Ruppin, «dem gegenüber ich das bestimmte Gefühl habe, seiner niemals auch nur annähernd Herr werden zu können.» Ein Wunderwerk vor den Toren Berlins: beschrieben «aus Liebe und Anhänglichkeit an die alte Heimat». Kyritz, Wittstock, Ruppin – ein Perlenkranz in märkischer Heide.

Und nun stelle man sich vor, der Wanderer kehrte im Jahr 2000 zurück, um das geliebte Paradies noch einmal in Augenschein zu nehmen. Kein Zweifel: Ihm würden die Tränen kommen, wenn er die geschändete Heide sähe, die von der sowjetischen Besatzungsarmee und dann, in einer wahrhaft gespenstischen Nachfolge, von der Bundeswehr in Beschlag genommen worden ist. Das Resultat: gemordete Na-



tur! Ein Truppenübungsplatz – ausgerechnet dort beansprucht, wo, anders als früher, ringsum nur Freunde, die Polen voran, ihrer friedlichen Arbeit nachgehen. «Wohin bin ich geraten?», würde Fontane fragen, «wer hat hier gehaust? Ist das ein Traum?»

Leider nicht. Die Militärs kämpfen – so als hätte sich die Welt nach 1989 nicht von Grund auf verändert – um ihre Luft- und Boden-Hoheit; Bürger, die seit Jahr und Tag in ihren Initiativen Zivilcourage an den Tag legen, werden in makabren Plädoyers für inkompetent erklärt. Die Hybris der Hardthöhe ist ohne Beispiel: Gottlob, dass die Menschen vor Ort, deren Loblied Fontane in seinen «Wanderungen» sang, sich nicht einschüchtern lassen – und sie wissen, warum: Alle kämpfen nicht nur für sich, sondern für die Erhaltung einer Schöpfung, die nicht zum Opfer militärischer Willkür werden darf. Die Bürgerrechtler der Initiative FREIE HEIDE haben erkannt: Die Genesis kann, durch menschliche Schuld, widerrufen werden – und dann gilt Martin Luthers Wort nicht mehr: «Die Schöpfung ist das allerschönste Gut, darin sich Gott beschrieben und abgemalt hat.»

Damit dieses Buch mit dem Bild der wunderbaren märkischen Heide erhalten bleibe, ziehen wir friedlichen Wanderer, zivile Freundlichkeit praktizierend, durch eine Landschaft, die Gott und Menschen nie genommen werden darf.

Tübingen, im Sommer 2000
Inge und Walter Jens



Symbolische «Verabschiedung» der Bundeswehr am Beobachtungsturm am
1. September 1996, drei Tage nach der Gerichtsverhandlung

Foto: Helmut Schönberg

Auf dem Weg zur freien Heide

Susanne Hoch

Das ausgedehnte Wald- und Heidegebiet zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin wurde nach einem Borkenkäferbefall Anfang der 50er Jahre von der Sowjetarmee beschlagnahmt, um einen Schiessplatz für Panzer, Artillerie und Infanterie anzulegen. In den 60er Jahren wurde dieser Schiessplatz erweitert, um ausgedehnte Luftwaffenübungen – Bomben- und Raketenangriffe mit scharfer Munition – durchführen zu können. Die Beschlagnahmung des zum Schluss 142 Quadratkilometer grossen Gebietes war bis in die 80er Jahre hinein mit Nötigungsverkäufen und Enteignungen verbunden. Die Belastung der Bevölkerung war enorm. Mehrere Jahrzehnte lang hatte sie bei Tausenden von Luftwaffeneinsätzen pro Jahr den Lärm von Bomben-, Raketen- und Granatendetonationen zu ertragen, dazu Panzerkolonnen durch die Ortschaften und Übergriffe der Besatzungsmacht sowie zahlreiche Unfälle wie Bombenfehlwürfe und Flugzeugabstürze in unmittelbarer Nähe von Ortschaften.

Nach der Wende von 1989 war die Hoffnung gross, dass die willkürliche militärische Inanspruchnahme des Gebietes nach dem Abzug der russischen Truppen in Deutschland ein Ende finden, das Land den Eigentümern zurückgegeben und die Kyritz-Ruppiner Heide – eines der ehemals grössten zusammenhängenden Waldgebiete Deutschlands – allen zugänglich gemacht würde. Doch dann wurden Pläne der Bundesregierung bekannt, wonach hier der grösste Bombenabwurfplatz Mitteleuropas errichtet werden soll – und das, ohne den für solche Projekte vorgesehenen Rechtsweg einzuhalten: Pro Jahr sollen etwa dreitausend Tiefflug-Einsätze geflogen werden, wobei ein Einsatz bis zu zwölf Überflüge bedeutet – es würde sich also tatsächlich um bis zu 36 000 Anflüge handeln. Dabei können die Maschinen auf dem Gelände bis zu dreissig Meter herunterkommen, um mitgeführte Bomben abzuwerfen. Es sollen auf dem so genannten Luft-/Boden-Schiessplatz u.a. Bomben, Lenkflugkörper, Raketen, Artilleriewaffen, Bordkanonen, Maschinengewehre, Panzerabwehrwaffen und Handgranaten zum Einsatz kommen. Der Kerosinverbrauch der Kampfflugzeuge

dürfte pro Tag etwa achtzigtausend DM kosten. Wochentags soll Tag und Nacht geschossen werden, in «Ausnahmefällen» auch an Wochenenden.

Diese Pläne riefen in der Bevölkerung Wut und Empörung hervor. Es gründete sich daraufhin die Bürgerinitiative FREIE HEIDE mit dem Ziel, die Pläne der Bundeswehr zu verhindern und die Heide einer zivilen Nutzung zuzuführen. Die Bürgerinitiative arbeitet auf vielfältige Weise an der Erreichung ihres erklärten Zieles:

- Bisher fanden 62 Protestwanderungen, darunter sechs Ostermärsche mit bundesweiter Beteiligung, Konzerte und Aktionen statt. Es nahmen daran zahlreiche prominente Gäste teil, so etliche Landesminister, Bischöfe der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete aller Parteien, sowie der Stifter des Alternativen Nobelpreises, Jacob von Uexküll, Prof. Walter und Inge Jens aus Tübingen, der Liedermacher Gerhard Schöne, die Gruppe KEIMZEIT und viele andere mehr.
- Rund um den Platz, an den früheren Durchgangswegen, fanden zahlreiche Mahnsäulen Aufstellung, darüber hinaus Gedenksteine, Mahnmale und Mahnzeichen in den angrenzenden Ortschaften sowie in den Städten Neuruppin und Rheinsberg. Die Mahnsäulen sind ein Spezifikum der FREIen HEIDE und aus ihrer gewaltlosen Widerstandskultur nicht mehr wegzudenken. Aus Holz – meist aus einem Baumstamm gehauen – symbolisiert jede einzelne auf einzigartige Weise Stationen des Widerstehens gegen künftige militärische Nutzungspläne des Areals.
- An der Autobahn A 24 Berlin Richtung Hamburg wurde ein «Anti-Kriegs-Windrad» errichtet; ein «Klangspiel» mit Windantrieb fand auf dem Bombodromgelände im Rahmen einer «Lebenslaute»-Aktion Aufstellung.
- Eine Lichterkette mit mehr als fünftausend Menschen quer über den Platz war eine der ersten Veranstaltungen.
- Über 60 000 Unterschriften wurden gesammelt.
- Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sprach sich für eine künftig zivile Nutzung des ehemaligen Bombodroms Wittstock aus.

- Eine eigene Ausstellung informiert über die Problematik um das Bombodrom, über seine Geschichte und über die Pläne des Verteidigungsministeriums. Sie wurde bisher unter anderem in Brandenburg, Berlin, Niedersachsen und Hessen gezeigt.
- 1998 wurde ein Offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten gesandt, der von mehr als vierzig Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben unterzeichnet worden war.
- 1994 wurde von Mitgliedern der BI eine Mahn- und Gedenkstätte auf dem Gelände des Schiessplatzes für die an dieser Stelle in den letzten Kriegstagen bei einem Massaker umgekommenen und verscharrten Menschen errichtet.
- Die Bürgermeister der Anrainerorte haben sich in einer gemeinsamen Erklärung vom März 1999 erneut gegen militärische Nutzungspläne ausgesprochen.
- Am Ende der bisher längsten Protestwanderung, die die Teilnehmer über vier Tage bis nach Berlin führte, konnte ein weiterer Teilerfolg verzeichnet werden: Obwohl der Bundestagspräsident nicht willens war, die mitgebrachte Mahnsäule entgegenzunehmen, konnten die Protestwanderer in Gespräche mit Bundestagsabgeordneten im Berliner Reichstag ihr Anliegen um diese Problematik direkt vorbringen. Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Kolbow sagte zu, die Bürgerinitiative über weiterführende Absichten und Entscheidungen hinsichtlich des Tiefflugplatzes Wittstock zu informieren.

Mit der «Protestwanderung» bildete sich eine eigene Protestform heraus, die wiederum nur verständlich wird auf dem Hintergrund dieser konkreten Auseinandersetzung um das ehemalige Bombodrom: Ausgehend von der Ortskirche des jeweiligen Anrainerortes, wo üblicherweise eine «Geistliche Besinnung» gehalten wird, die die Versammelten an den Grund ihres Hierseins, ihres Engagements und des gewaltlosen Widerstands erinnert, ziehen sie anschliessend zur Schiessplatzgrenze. Danach finden vielfältige Aktionen statt, aus denen die Wanderinnen und Wanderer auch Kraft zum Weitermachen schöpfen. Über die Jahre sind Freundschaften und menschliche Beziehungen entstanden. Es ist das Entstehen und das Wachsen zu einer Gemeinschaft zu beobachten, die sich um eine bestimmte Problematik zusam-



«Lasst euch nicht unterkriegen!» Ministerin Regine Hildebrandt am 1. Januar 1995

Foto: Rainer Kühn

mengefunden hat, die aber über eine Interessengemeinschaft weit hinausgeht. Es ist nichts «von oben» Verordnetes, die Teilnahme und das Engagement sind freiwillig, was – zugegeben – nicht immer problemlos geht, das aber auf gemeinsamer Hoffnung und Zuversicht fusst und darum alle gemeinsam trägt. Vielleicht ist das eines der «Geheimnisse», das dem Widerstand zu so langem Atem und Durchhalten verhalf.

Verschiedene Quellen fließen im Widerstand der FREIen HEIDE zusammen.

Unter anderem sind es Erfahrungen und Traditionen der DDR-Bürger(rechts-)bewegungen und die der weltweiten Ökologie- und Friedensbewegungen. Beispiele wie das aus dem französischen Larzac, wo Bauern über zehn Jahre lang gewaltfreien Widerstand gegen die Erweiterung eines bereits bestehenden Truppenübungsplatzes leisteten und diese Pläne später wieder aufgehoben werden mussten, ermutigen. Neben der Bürgerinitiative FREIE HEIDE gründete sich die Initiative PRO HEIDE, in der sich einige Wirtschaftsunternehmen aus der Region zusammengeschlossen haben, um sich – besonders aus ökonomischen Motiven – für die zivile Nutzung des Areals in der Heide einzusetzen. Im Norden Brandenburgs an der Grenze zur Mecklenburgischen Seenplatte gelegen, ist es eines der schönsten Natur- und Erholungsgebiete Deutschlands, das auf seine weiterführende Erschließung wartet. Investitionen werden jedoch durch die Planungen des Verteidigungsministeriums und den Verweis auf das anhängige Gerichtsverfahren seitens der Politik verhindert und dadurch das gesamte Gebiet in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative und ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten wollen, dass der in der Kyritz-Ruppiner Heide geplante Bombenabwurfplatz aus den Plänen der Bundeswehr ersatzlos gestrichen wird. Sie fühlen sich deshalb solidarisch verbunden mit Initiativen, wie es sie in Siegenburg in Bayern, in Nordhorn in Niedersachsen und um die Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt gibt. Die FREIE HEIDE erfährt aber auch selbst auf vielfältige Art und Weise Solidarität aus dem gesamten Bundesgebiet, was deutlich macht, dass es sich nicht um ein auf diese Region hier begrenztes Pro-

blem handelt. Den Plänen zufolge würde nicht allein die Bundeswehr auf dem Gelände dieses Luft-/Bodenschiessplatzes üben, sondern auch die in der Nato verbündeten Armeen.

Am 14. Januar 1993 beschloss der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP die Einrichtung des Luftwaffenübungsplatzes Wittstock. Im Januar 1994 wurde mit dem Flugbetrieb begonnen. Nach den Plänen der Bundeswehr dürfte sich das Ausmass bei Aufnahme des vollen Übungsbetriebs vervielfachen.

Am 6. August 1994 hatte der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Rudolf Scharping, ein Anrainerdorf zum Bombodrom besucht und dort vor rund fünfhundert Demonstranten und laufenden Kameras gesagt: «Dieser Bombenabwurfplatz ist unnötig ... Den wird es bei einer Regierungsverantwortung der SPD nicht geben. Auf Wiedersehen, wenn wir gemeinsam die Schliessung des Truppenübungsplatzes feiern.» Seither erwartet die Bürgerinitiative die Einlösung dieses Versprechens!

Bisher haben sich alle für das zwischen den Städten Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin gelegene einzigartige Naturgebiet zuständigen Volksvertretungen (Gemeindeparlamente der Anliegerkommunen, Kreis- und Landtag) sowie die brandenburgische Landesregierung (in der Ampelkoalition und während der SPD-Alleinregierung) offiziell gegen einen künftigen Luft-Bodenschiessplatz in dieser Region ausgesprochen. Doch hat die brandenburgische Landesregierung längst nicht alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft und verschanzt sich inzwischen stattdessen hinter dem «schwebenden Gerichtsverfahren». Dieses haben Betroffene – eine Klärgemeinschaft aus Landkreis, Anliegergemeinden, einer Kirchengemeinde und Einzelpersonen – angestrengt. Auf juristischem Wege soll der Bundeswehr die Inbesitznahme des Platzes und die Nutzung zu militärischen Zwecken untersagt werden. Unterdessen ist das Verfahren in dritter Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängig. Die Bürgerinitiative unterstützt die Klärgemeinschaft, indem sie bisher Zehntausende Mark Spenden sammelte, damit sie dieses Verfahren durchstehen kann. Das Verteidigungsministerium prozessiert selbstverständlich auf Kosten des Steuerzahlers.

Der Erfolg des Widerstands, den die Bürgerinitiative bisher organisiert hat, kann sich sehen lassen, auch wenn eine endgültige und verbindliche politische Entscheidung noch immer auf sich warten lässt: Seit mehr als acht Jahren ist eine weiterführende militärische Nutzung des Geländes weitgehend verhindert worden, laut Gerichtsurteil ist es der Bundeswehr untersagt, das Gelände besetzt zu halten. Das ermutigt. Politik und Öffentlichkeit sind gehalten, die Bürgerinitiative ernst zu nehmen und mit den Menschen zu sprechen. Die Bürgerinitiative hat allen Grund zu der Hoffnung, dass die Vision von einer künftigen freien Heide Wirklichkeit wird.

Zur Entstehung der Bürgerinitiative



Das war der Anfang

Friederike Lampe

Wir sassen zu dritt in der Küche – Roland Vogt, Reinhard Lampe und ich. Nach der ersten Versammlung zum Thema Bombenabwurfplatz in Schweinrich forderte Herr Vogt Reinhard eindringlich auf, eine Bürgerinitiative zu gründen. Er sei der richtige Mann dafür und eine Bürgerinitiative sei die einzige Chance, das Unheil abzuwenden. Wir ahnten, was das für uns bedeuten würde. Wir waren noch ausgelugt von den Gründungsaktivitäten einer anderen Initiative. Und der ganz normale Alltag forderte uns auch ausreichend. Reinhard liess sich dennoch überzeugen. Und nun ging die gedankliche Vorbereitung los. Tagelang haben wir über den Namen nachgegrübelt, Freunde einbezogen, bis Reinhard den Geistesblitz mit FREIe HEIDe hatte. Und mich hatte es auch gepackt. Das könnte ja eine tolle Sache werden, wenn wir – die potentiell Gleichgesinnten – Spass miteinander hätten und wenn wir eine Struktur fänden, die dann eine Eigendynamik entwickelte. Um es anders zu sagen: Was ich nicht wollte, war ein bedeutungsschweres, humorloses, fanatisches, kämpferisches «Nun zeigen wir es denen mal». Und dazu gehört für mich auch die Sprachkultur jenseits von «Demo» und «marschieren», jenseits solcher Assoziationen. Ich stellte mir immer wieder die Frage, wofür anstelle wogegen wollen wir aktiv werden. Und da fiel uns – übrigens während eines Spazierganges! – eine Menge ein: Wir haben diesen Schatz einer wunderschönen Landschaft, also warum nicht beim miteinander Gehen oder Wandern uns dessen erfreuen. Wir haben alte Dörfer mit ihrem jeweils eigenen Charakter, mit ihren von den Vorfahren teilweise selbst erbauten Kirchen. Und dort ist ein guter Ort für den Beginn. Ein Ort zum Musizieren, für gute Gedanken, für Informationen und für alle, die es wollen, ein Ort für den Segen. Also, wie wäre es, wenn wir uns am immer gleichen Sonntag im Monat in der jeweiligen Kirche versammelten und von dort aus zur Schiessplatzgrenze wanderten? Ringsherum? Und, wenn nötig, nach einem Jahr wieder beim Ausgangsdorf anfangen? Damit war das Motto klar: Auf dem Weg zur FREIen HEIDe.

Der Weg zur Schiessplatzgrenze von Dorf Zechlin aus ist sechseinhalb

Kilometer lang. Also brauchten wir Pferdewagen für die Menschen, denen das zu weit zum Laufen ist. Das gibt es doch hier auf dem Land. Und essen konnten wir doch auch, indem jeder ein bisschen mehr mitbrachte. Und die Schiessplatzgrenze konnte doch ein Ort werden, wo wir unsere Lebensfreude spüren, also tanzen zum Beispiel. Und wir sollten ein sichtbares, dauerhaftes Zeichen setzen. Was konnte das sein? Wir haben märkische Feldsteine, Petra Perten-Prüfert hatte die Idee vom «Stein des Anstosses». Und wir haben Holz, Bäume. Also warum nicht jedes Mal eine Mahnsäule errichten? So nahmen die Ideen langsam Gestalt an.

Und nun galt es, die Tausende von Gesichtspunkten zu erkennen und dann in die Tat umzusetzen: Die Wanderroute abfahren, auf die Begehbarkeit überprüfen und ausbessern. Prominente einladen, Ideen für Spruchbänder haben und sie herstellen; bevor Wolfgang Freese dabei war, für eine Sprechtüte oder dann für einen Generator sorgen, Plakat entwerfen – bevor Rainer Prüfert das übernahm – und witziges Motto finden, freiwillige Ordner finden, die Hunderte Autos einweisen (Armbinden nähen und beschriften)...

Wenn ich aus den wunderschönen, vielen, einmaligen Erlebnissen eines nennen sollte, dann ist es die dritte Protestwanderung in Zempow mit Karl-Bernhard Sebon und Mitgliedern des Schaffrath-Ensembles mit Flötenmusik Friedrichs des Grossen. Damals ahnten wir nicht, dass Karl-Bernhard Sebon nicht mehr lange leben sollte. Er wollte mit seiner Musik ein Zeichen für die friedliche Nutzung setzen.



Dörfer protestieren
Fotos: Archiv BI FREIE HEIDE

Die Gründung der Bürgerinitiative

Benedikt Schirge

Als im Frühsommer 1992 die Pläne der Bundeswehr bekannt wurden, das Bombodrom Wittstock entgegen früheren Behauptungen doch übernehmen zu wollen, gab es sehr bald eine breite Welle der Empörung. Viele Menschen schrieben an die Bundesregierung, an das Verteidigungsministerium und an die Landesregierung, um zu protestieren. Und etliche örtliche sowie regionale Gremien erklärten alsbald die uneingeschränkte zivile Nutzung als einzige Möglichkeit für die Zukunft des Bombodroms. In einer Fernsehsendung des ORB entlud sich in Wittstock gegenüber angereisten Bundeswehroffizieren ein grosser Zorn. Die öffentliche Meinung war einhellig: Schluss mit den Bombenabwürfen!

Zur ersten Demonstration am 15. August 1992 in Schweinrich fanden sich auch Leute aus Berlin und dem Land Brandenburg ein, um gemeinsam mit den Bewohnern der Region gegen dieses Vorhaben zu protestieren. Professor Ebert aus Berlin, der von dem zehnjährigen erfolgreichen Kampf der Bauern aus dem südfranzösischen Larzac in den 70er Jahren gegen die riesige Ausweitung eines kleinen Militärgebietes erzählte, meinte, auch wir müssten einen sehr langen Atem haben. Doch in solchen Zeitabständen dachten damals wohl nur wenige. Auf ein schnelles Ergebnis hofften wir. Um die vielen einzelnen Aktionen zu bündeln, wurde aufgerufen, eine Bürgerinitiative zu gründen, der Namensvorschlag war schon da: FREIE HEIDE.

Am 23. August 1992 trafen sich 65 Frauen und Männer (der Saal reichte kaum aus, immer neue Stühle mussten geholt werden) in der Schweinricher Gaststätte, dem Ort, an dem vor mehr als vier Jahrzehnten mit der Zwangsverpachtung an die Rote Armee alles begann. Nach verschiedenen Diskussionsrunden bildeten sich erste Arbeitsformen heraus. Um effektiver wirken zu können, wurden Arbeitsgruppen gebildet:

- Schülerplakate und Sammlung von Unterschriften
- Autobahnwerbung
- Rechtshilfe

- Störfalldokumentation
- Protest im Ortsbild
- Infostände
- Protestspaziergänge und -radwanderungen
- Volksbegehren
- Öffentlichkeitsarbeit

Bereits fünf Tage später gab es das nächste Koordinationstreffen. Vier Tage darauf fand das erste Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Brandenburg statt, wiederum zwei Tage später eine kleine Demo vor dem Landtag, am folgenden Sonntag eine Autobahnbrückenaktion (Transparente auf 17 Brücken) und eine Woche später, am 13. September 1992, die erste Protestwanderung mit einer übervollen Kirche in Dorf Zechlin. Es waren Tage voller Anspannung und Aktivitäten, mit phantasievollen Ideen und ersten Erfolgen. Dass sich die Protestwanderungen als das Proprium der Bürgerinitiative erweisen würden, wurde nach den nächsten Wanderungen bald klar. Aber auch die vielen bunten Schilder in den Orten, die gegen deutsche Bomber und für eine friedliche Nutzung der Heide standen, drückten das Gefühl der Region aus. Innerhalb eines Monats wurden vierzigtausend Unterschriften gesammelt und dem Verteidigungsminister übergeben, der sie mit dem Kommentar, die Tourismuspläne der Region «seien keinen Groschen wert», widerwillig entgegennahm.

Nach einem Jahr (zwölf Protestwanderungen) trat Ernüchterung ein. Unsere Hoffnungen auf eine schnelle Lösung waren enttäuscht worden. Wir waren von den direkten Ortschaften rings um den Platz jeweils zur Bombenabwurfplatzgrenze gewandert und hatten dort jedes Mal eine Mahnsäule aufgestellt. Wir fragten uns, sollten wir weiter wandern oder andere, seltenere Aktionen durchführen? Hatten wir die Puste für eine lange Zeit? Das Ergebnis in dieser Versammlung war deutlich: Wir wandern weiter, bis wir die zivile Nutzung der Heide erreichen!

Mahnsäule von Wolfgang Dicks, Rägelin
Foto: Helmut Schönberg

Das Bombodrom und seine Geschichte



Wie der Schiessplatz bei Schweinrich entstand

Helmut Schönberg

Im Sommer 1948 wurden in der Gaststätte Sperling in Schweinrich auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht im Beisein von Vertretern des Landes Brandenburg die ersten Grenzen des Schiessplatzes festgelegt.

An der Landesstrasse zwischen Schweinrich und Flecken Zechlin wurde vorerst ein Gelände von vier Quadratkilometern für die Errichtung eines Artillerieschiessplatzes abverfügt.

Die Bauern, die erst 1945 durch die Bodenreform als Neusiedler ihr Land bekommen hatten, mussten die Flächen wieder hergeben; und dass es sich um die besten Ackerflächen der Gemeinde Schweinrich handelte, spielte keine Rolle. Die Bauern blieben zwar vorerst noch Eigentümer und erhielten laut dem Pachtvertrag ab 15. August 1948 einen Pachtzins. In Paragraph 2 Pachtdauer wurde festgelegt: «Der Pachtvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, läuft ab 15. August 1948 bis zu dem Tage, an dem von Seiten der Besatzungsmacht die Wiederbenutzung des verpachteten Geländes für landwirtschaftliche Zwecke gestattet wird.»

Die Eigentümer mussten bald feststellen, dass selbst die festgelegten Schiessplatzgrenzen nicht eingehalten wurden. So wurden die angrenzenden Ackerflächen ständig in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauern konnten dadurch ihr Kontingent an den Staat nicht erfüllen. Beschwerden ihrerseits und Stellungnahmen der Gemeinde Schweinrich waren an der Tagesordnung.

Die sowjetische Besatzungsmacht dehnte den Schiessbetrieb ständig aus und so vergrösserte sich der Schiessplatz von Jahr zu Jahr. Die Panzer zerwühlten einen Grossteil der Schweinricher Feldmark. Die Gemeindestrassen und die Ortslage blieben auch nicht verschont. Durch die ständige Landnahme wurde der Schiessplatz auch für den Staat ein finanzielles Problem, denn Pachtzahlungen und Entschädigung für Manöverschäden erhöhten sich jährlich. So wurden alle Landbesitzer am 2. April 1959 höflichst zu einer Aussprache zwecks Abkauf ihrer Flächen hinbeordert. In sieben Stunden wurden 31 Landbesitzer abgefertigt. Vertreter des Rates des Kreises Wittstock machten den Besitzern demonstrativ klar, dass ihr Eigentum faktisch durch

den Schiessplatz abverfügt sei: «Wer nicht verkauft, bekommt keine Pacht und keine weitere Diskussion – der Nächste bitte.»

Unter diesem seelischen Druck verkauften dann die ersten Eigentümer ihren Besitz noch 1959. Zu dieser Zeit waren die Landwirte den zunehmenden Konflikten wie Erfüllung der Kontingente und der Forderung, in die LPG einzutreten, ausgesetzt. So ist es aus damaliger Sicht verständlich, dass die Bauern ein Problem weniger haben wollten. Der Verkaufspreis betrug im Durchschnitt zwei Pfennig pro Quadratmeter, das entspricht einem Hektarpreis von zweihundert Mark. Ab 1. Januar 1960 wurde es dann amtlich: Es gab keinen Pachtzins mehr. Trotzdem verkauften einige Bürger ihre Flächen nicht. Noch hatte der Staat Schuld, denn er brauchte ja keine Pacht mehr zu bezahlen.

Der Schiessplatz wurde ein Selbstläufer. Das Militär wollte immer mehr. Er wurde nun auch als Zielgebiet für Düsenflugzeuge genutzt. Es wurde im wahrsten Sinne scharf geschossen. Die Gemeinden Gadow, Rossow, Fretzdorf, Rägelin, Pfalzheim, Neu-Glienicke und Basdorf waren sowohl von Fluglärm als auch von der Detonation der Bomben besonders betroffen. Nicht immer erreichten die Geschosse ihr Zielgebiet, sie schlugen auch in Wohngebiete ein. Daran haben besonders die Bürger von Frankendorf und Dorf Zechlin nachhaltige Erinnerungen. Als Krönung erfolgte dann die Stationierung der SS 20 Raketen nur drei Kilometer von Schweinrich entfernt.

Die Strasse nach Flecken Zechlin wurde Anfang der Sechzigerjahre geschlossen. Am Ortsausgang stand ein Verkehrsschild: «Strasse endet nach 1'000 m». Für Schweinrich begann eine Zeit der Isolation. In Richtung Flecken Zechlin wurden die Begegnungen der Menschen willkürlich unterbrochen. Auf Grund der Schiessplatznähe interessierte sich besonders die Staatssicherheit für unser Dorf und richtete einen konspirativen Stützpunkt ein. Traute man den Russen oder uns nicht? Die Frage bleibt offen.

Die Erinnerungen an die Belastungen bleiben Stückwerk, der Mensch verdrängt zum Glück das Schlechte. Mir werden jedoch die riesigen Staubwolken im Sommer durch den Panzerbetrieb, das Grollen der Geschütze und die spürbaren Luftdruckwellen vom Abschuss der Granaten in Erinnerung bleiben. Wenn Panzer durch das Dorf führen, wa-

ckelten die Häuser. Die Strassen waren nicht mehr wieder zu erkennen. Die Schäden sind heute noch sichtbar.

Eine Episode werde ich nicht vergessen: In den Siebzigerjahren konnten meine beiden Söhne, als gerade Panzer an unserem Haus vorbeiführen, nicht einschlafen und kamen zu uns in die Wohnstube mit den Worten: «Mutti, die Russen kommen». Um 22 Uhr begann ein sich immer wiederholendes Ritual. Es erklang ein Trompetensignal, danach wurden Panzer angelassen. Man hörte das Grollen der fahrenden Panzer, die Abschussdetonation und in der Ferne den Einschlag. Der Himmel glich nachts einem Inferno; an Fallschirmen wurden Leuchtkörper abgelassen, die Leuchtspurgeschosse zerschnitten den Horizont. Wenn Besucher oder Urlauber zu uns kamen, fielen Worte wie «Kriegszustand». Jawohl, der Krieg war bei uns nicht 1945 zu Ende, wir befanden uns in der vordersten Kampflinie.

Oft waren die Belastungen durch den Schiessplatz in Gemeindevertretersitzungen ein Thema. Eingaben und Beschwerden halfen wenig. Wenn Vertreter des Kreises mit uns diskutierten, wurde uns klar gemacht, dass wir die Belastungen zu ertragen hätten, denn die Sowjetunion übe für die Erhaltung des Friedens. Der böse Klassenfeind, die BRD, wolle den Krieg. So einfach war es, wer ist schon gegen den Frieden!?

Bis in die Achtzigerjahre vergrösserte sich der Schiessplatz im Gemarkungsgebiet Schweinrich auf 1'090 Hektar und insgesamt auf 14'200 Hektar. Davon waren besonders noch die Gemeinden Gadow mit 4'297 Hektar, Flecken Zechlin mit 3'058 Hektar und Rossow mit 1'669 Hektar betroffen. Da es sich bis auf die Gemeinde Rossow bei den anderen Gemeinden hauptsächlich um Waldflächen handelte, waren die Auseinandersetzungen nicht so spektakulär wie in Schweinrich. Ab 1979 erfolgte dann die Inanspruchnahme, praktisch eine Enteignung.

So erging es auch der Kirchengemeinde Dorf Zechlin, die sich ständig gegen den Verkauf gewehrt hatte. Die Gemeindeflächen wurden auf die gleiche Weise abverfügt. Den Gemeinden wurde ein nicht unerheblicher Teil ihres Grundvermögens entwendet. Glücklicherweise wurde bei der Inanspruchnahme ein Grossteil der Wege vergessen. Da-

durch besitzen die Gemeinden Flecken Zechlin, Rossow, Gadow und Schweinrich diese Wege auf dem ehemaligen Schiessplatz.

Durch die Wende ist die Bundesrepublik Deutschland stolzer Besitzer der Flächen des ehemaligen Schiessplatzes geworden. Rückübertragungsansprüche blieben ohne Erfolg. Obwohl in den Randgebieten von Rossow und Schweinrich rund vierhundert Hektar ständig landwirtschaftlich genutzt wurden, gibt es nur eine Begründung: «Die Flächen wurden für die Landesverteidigung benötigt – Antrag abgelehnt.» Der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ist nicht bereit, altes Unrecht der DDR zu heilen. Für so einen schönen Schiessplatz ist jedes Mittel recht. Die Generäle der Bundeswehr einschliesslich der übernommenen Genossen Offiziere der ehemaligen NVA sind der DDR zutiefst zu Dank verpflichtet.

Doch die Herren Generäle haben sich verrechnet: Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin, etliche Gemeinden, die Kirchengemeinde Dorf Zechlin und Einzelpersonen klagen vor Gericht. Für einen Schiessplatz geben wir unsere schöne Heide nicht wieder her.

Erinnerungen an den «Schiessplatz» und den Weg zur FREIen HEIDe

Carl Krause

In der schönen Landschaft der Ostprignitz, in unmittelbarer Nähe des Dranser Sees mit seinem klaren Wasser, hatten wir etwa zehn Kilometer ostwärts von Wittstock, in Schweinrich, ein kleines Gehöft mit drei Gebäuden auf tausend Quadratmetern erworben. Das Wohnhaus war ein alter Haustyp in Fachwerk und Lehm, der vom Spreewald bis in die Prignitz üblich war und vereinzelt unter Denkmalschutz stand. Alle Gebäude standen leer und befanden sich in einem erbärmlichen Zustand. Die Scheune hatte man schon abgerissen. Doch unser Herz verliebte sich in dieses Anwesen, weil wir es uns schliesslich am Ende ausserordentlich liebenswert vorstellen konnten. Zwar hatte man uns über den grossen Schiessplatz – immerhin 142 Quadratkilometer – der sowjetischen Streitkräfte in unmittelbarer Nähe informiert, doch wir ahnten nicht, was das bedeutete.

Nach oft wochenlanger Ruhe wurde in unmittelbarer Nähe unseres Hauses mit schweren Panzergeschützen geschossen. Mit einem scharfen Schlag verliessen die Geschosse das Rohr, wir hörten sie durch die Luft trudeln und fernab bei Gadow im Zielgebiet einschlagen und explodieren. Die Einheiten kamen von Standorten im Norden der DDR, um auf dem Schiessplatz mit scharfer Munition zu üben. Sie wurden mit der Bahn zu verschiedenen Bahnhöfen am Nordrand des Schiessplatzes transportiert und über Rampen entladen, was viel Zeit in Anspruch nahm. Auf einem chaotischen Gelände parallel zu den Gleisen sammelte sich diese schwere Technik bei Schnee und glühender Hitze, bis sie sich in auseinander gezogener Marschordnung über Panzerstrassen in Bewegung setzte. Die Panzerstrassen waren breite sandige Streifen, die derartig zerfurcht wurden, dass kein anderes Fahrzeug darauf fahren konnte, kaum konnte man zu Fuss eine Panzer-Strasse überqueren mit ihren tiefen Löchern und Pfützen. Auf dem Schiessplatz angelangt, ging man zum Biwak über und grub die Panzer in Erdstellungen ein. Es gefiel den russischen Soldaten, ihre Biwakplätze immer näher zum Dorf einzurichten, um schnell mit Tauschgeschäften

die Häuser zu erreichen. Sie verhökerten Benzin, Konserven und dergleichen mit dem Ziel, Schnaps zu kaufen. Auch gab es Diebstahl, wenn etwas Wertvolles, wie etwa eine Kamera, unvorsichtig und griffbereit lag.

Bis zum Zeitpunkt der Schiessübung konnte es Tage dauern. Der Abschuss gleich hinter dem Wald war so gewaltig, dass das alte Haus erzitterte und ich auch oft um seine Standfestigkeit bangte. Manchmal schoss man nachts, so dass wir aus dem Schlaf aufschreckten, nicht mehr weiterschlafen konnten und auf den letzten Schuss warteten. Meine Frau sah sich in solchen Momenten bereit, alles wieder zu veräussern. Sie fand es oft unerträglich.

Übungen tagsüber waren oft begleitet vom Einsatz der Kampfhubschrauber, die über und über mit Waffen aller Kaliber, bis hin zu Raketen, bestückt waren. Es drängte sich der Vergleich mit übergrossen Hornissen auf. Sie flogen tief über die Bäume weg und offensichtlich war ihr Unheil verkündendes Erscheinen psychologisch berechnet. Beim Anflug zum Schiessplatz überflogen sie oft direkt unser Grundstück. Wir hörten ihr Schwirren und das Peitschen der Rotoren bedrohlich lauter werden, bis sie uns so tief überflogen, dass wir die Besatzungen deutlich sehen konnten. Es beschlich uns eine seltsame Beklommenheit. Ähnlich, aber mit viel höherer Geschwindigkeit, peitschten Kampfflugzeuge bei Bomben- oder Raketenzielübungen im Tiefflug über die Mondlandschaft des kilometerlangen Schiessplatzes. Abschliessend drehten sie noch eine steile Kurve über Schweinrich und ich war mir nicht sicher, ob es aus Neugier oder dem Bewusstsein der Überlegenheit geschah, denn die russischen Offiziere und Soldaten waren im Allgemeinen nicht von Überheblichkeit gekennzeichnet, sondern hilfsbereit und freundschaftlich.

Nur einer machte sich einen schlimmen Spass daraus, die Überlegenheit der Sieger und Befreier rasant zur Schau zu stellen, ein junger Panzerkommendeur. Es machte ihm ein heilloses Vergnügen, mit den sieben ihm unterstehenden Panzern durch unsere verträumte Herzdorfer Strasse zu donnern. Wenn Panzer eine Wohnstrasse durchfahren, dann zittert und bebt alles. Die Strasse war damals nur mit altem Kopfsteinpflaster belegt. Es stiebte und die Panzerketten rasselten auf den Steinen. Meine Frau geriet in Zorn und Empörung. In rührender Hilflosigkeit warf sie Steine auf die Panzer. Später wurden noch

schwerere Raketen, die auf fahrbaren Rampen in Stellung gingen, in die Übungen einbezogen.

Eine solche Übung hatte am Vortag stattgefunden, als mein Nachbar auf die Idee kam, doch zu versuchen über den Platz zu fahren. Er besass eine schriftliche Erlaubnis, einen Propusk, weil er russisch sprach. Wir wollten einen Kühlschranks kaufen, den es zur Zeit nur im Industrieladen in Flecken Zechlin gab, genau auf der anderen Seite des Schiessplatzgeländes. Doch die Strasse über den Platz war durch bewachte Schlagbäume für den Durchgangsverkehr gesperrt und es musste eine zwanzig Kilometer lange Umgehung gefahren werden. Aber mein Nachbar mit seinem kleinen Trabbi wollte es versuchen. Ich erinnerte ihn an die grosse Übung des Vortages, doch er liess sich nicht beirren. Und tatsächlich öffnete der Wachposten den Schlagbaum. Auf der Strasse an der Basis der riesigen, sandig kahlen Mondlandschaft erleichteten wir. Die gesamte Militärtechnik stand in Reih und Glied bis an den fernen Horizont. Von LKWs über Spähwagen verschieden Typs bis zu den schwersten Panzern war alles aufgefahren und die Generale nahmen in einem Amphibienfahrzeug sehr gründlich die Front ab. Wir auch.

Als wir mit dem Kühlschrank beladen zurückkamen, fand der grosse Truppenappell immer noch statt. Offensichtlich wurden langwierige Auszeichnungen vorgenommen. Uns war sowohl bei der Hinfahrt als auch bei der Rückfahrt schon merkwürdig zumute, wie wir ausgerechnet mit einem Trabant die Front dieser gewaltigen Militäraufstellung abfahren. Wir hatten noch nie eine so unübersehbare Menge Militärtechnik allen Kalibers gesehen und bis heute auch nie wieder. Unglaublich, dass wir so unbehelligt diese Front abfahren durften.

Die Strasse überquert den Platz im nördlichen Viertel des nach Süden sich ausdehnenden Schiessgeländes entsprechend der Schiess- oder Zielrichtung. Nördlich der Strasse zogen sich ausgedehnte Wald- und Lichtungsflächen hin, die als Bereitstellungsgelände dienten. Mitten im nördlichen Gelände lag die Kommandantur mit Wohngebäuden, Magazin, Sauna und anderen Einrichtungen für das stationäre Personal. Hingegen zog sich nach Süden eine weite, offene, baumlose Land-

schaft, nur durchsetzt mit Heideflächen, hin, in der die militärischen Operationen stattfanden und die die Zielgebiete für Bomben mit scharfer Munition enthielt. Die grosse freie Heide war umstellt mit gesicherten Beobachtungsständen und -türmen. Die Strasse stellte die alte Verbindung zwischen Wittstock und Rheinsberg dar. Die Unterbrechung durch den Schiessplatz war eine empfindliche Störung zwischen diesen Städten, die über vier Jahrzehnte bestand.

1992 wurde die Strasse wieder freigegeben. Landrat Gilde und Oberst Stoljar durchschnitten ein weisses Band. Nur wenige Menschen hatten sich zu diesem Ereignis an der Stelle des ehemaligen Schlagbaums eingefunden, aber wir waren alle tief bewegt und sahen darin das Ende eines militärischen Eingriffes grossen Ausmasses, der eine besondere Landschaft mit ausgedehnten Wäldern, vielen Seen und Heideflächen sowie einer reizvollen hügeligen Topografie, jedoch einem niedrigen Bodenwert zerschnitten hatte.

Es war Ödland, stellenweise nur mit verschiedenen Moosen und Heidekraut auf blankem Sand, das sich nach Abzug der GUS-Streitkräfte schnell zu einer der grössten Heideflächen Europas, drei- bis viertausend Hektar gross, nur schwach durchsetzt mit Ginster und einzelnen Birken, entwickelte. Die freie Heide. Ödland eignet sich für militärische Übungen, aber auch für Tourismus und Erholung. Trotz der militärischen Präsenz, die sich auf dem grossen Gelände fast verlor, hatte sich ein beträchtlicher Bestand an Rotwild, Damwild, Schwarzwild und anderem Wild entwickelt. 1998 wurde der grösste Jahreshirsch der Bundesrepublik im Gebiet erlegt. Es gab fast alle Arten grosser Raubvögel bis zum Fischadler und Seeadler. Nicht zuletzt zogen Kraniche mit ihrem Tompetengeschrei über die Randgebiete der Heide.

Und wir hofften, dass sich nach der Wende eine grosse, weite touristische Region entwickeln würde, etwa achtzig Kilometer Luftlinie von Berlin entfernt mit der Autobahntangente nach Hamburg und Rostock. Oft haben wir weit vor der Wende davon geträumt, wenn die Kriegsspielerei auf dem Schiessplatz nicht wäre, was für ein unbeschreiblich weites und schönes Hinterland sich öffnen würde, eine unübersehbare Heidefläche. Was hätten wir für eine einmalige Landschaft, wenn die Russen abziehen würden. So dachten wir – konnten aber nicht daran

glauben, dass es jemals geschehen würde. Bis sich schliesslich gravierende Veränderungen ankündigten und wahr wurden.

Die erste grosse Kundgebung am Dranser See fand noch mit den massgeblichen Offizieren der GUS-Einheiten unter dem Aufruf «Rettet den Dranser See» statt, denn der nördliche Teil des Dranser Sees mit den schönsten Ufern war dem Schiessplatz zugeteilt. Das sowjetische Militär hatte mit der ihm eigenen laienhaften Improvisationsmethode eine Pipeline für Treibstoff vom Bahnhof Dranse zu den Auffahrtplätzen im Wald verlegen wollen. Doch das Unternehmen hatte kläglichen Schiffbruch erlitten. An der schönsten Badestelle des Sees, dem so genannten Köhling, wurden Fahrzeuge und Panzer gereinigt und repariert. Nur wenig seitwärts wurde eine Badestelle für die russischen Familien mit Überwachung betrieben. Vom Dranser Bahnhof fuhren die Panzer am Nordufer entlang, welches völlig entstellt und verdreckt wurde. Schöne Baumgruppen gingen kaputt. Diese Demonstration «Rettet den Dranser See» fand mit den Platzkommandanten der GUS-Streitkräfte statt. Im Ferienhaus Griebsee wurde sie mit den massgeblichen Beteiligten fortgesetzt und erfolgreiche Übereinkommen wurden erzielt. Der Dranser See war frei von militärischem Einfluss.

Doch wenige Jahre darauf wurde der nördliche Teil des Sees wie zu Zeiten der sowjetischen Besatzung von der Bundeswehr in Besitz genommen. Ein viel grösserer Schilderwald wurde im Handumdrehen aufgestellt. Wenngleich zuerst noch Zugeständnisse an eine zivile Nutzung gemacht wurden, so änderte sich das bald. Als Protest bildete sich die Bürgerinitiative FREIE HEIDE.

Die Grenze des Schiessplatzes wurde mit Verbots- und Warnschildern dicht abgesteckt und teilweise, jedenfalls soweit ich es in der Umgebung von Schweinrich erkennen konnte, erweitert. Viel mehr Schlagbäume wurden, mit Vorhängeschlössern versehen, an allen grenzüberschreitenden Wegen errichtet. Ein Sicherheitsunternehmen mit russischen Niva-Allrad-Geländewagen wurde mit Dienstanweisungen beauftragt, täglich mehrmals die neue Schiessplatzgrenze abzufahren und Übertretungen zu ahnden. Seit Jahrzehnten gingen wir zur Pilzzeit am Rande der Heide Pilze suchen. Wir fanden dort die schönsten Steinpilze und Rotkappen zwischen dem blühenden Heidekraut. Die Russen

hatten die Grenze des Schiessplatzes dort nicht gekennzeichnet, wie überhaupt grosse Strecken nicht.

Doch die Bundeswehr kennzeichnete die Grenze umgehend durch Schilder in engen Abständen. Wir liessen das Auto auf dem Fahrweg vor den Schildern stehen und gingen in die Heide nach Pilzen, ungeachtet der Schilder, und fanden herrliche Pilze. Unser Aktionsradius betrug höchstens hundert Meter, als das weissgrüne Fahrzeug der «Sicherheit» auftauchte. Die Wachleute stiegen aus und stellten uns zur Rede, ob wir die Schilder nicht gesehen hätten. Ich antwortete ihnen, dass wir schon jahrzehntelang hier Pilze gesucht hätten. Doch sie erklärten mir, dass sie uns auf Grund ihrer Dienstanweisungen zurückweisen müssten und wenn wir nicht Folge leisteten, dann sähen sie sich gezwungen, die Polizei zu rufen, die uns dann des Platzes verweisen werde.

Die Polizei sollte uns friedliche Pilzsucher vertreiben! Wir hatten ohnehin unsere Körbe voll und zogen uns binnen Kurzem zum Auto zurück. Aber das waren harmlose Unannehmlichkeiten.

Die militärische Nutzung des Schiessplatzes kündigte sich in ganz anderen Dimensionen an. Er sollte der Nato unterstellt werden und für Übungen aus Nato-Staaten als Bombenabwurfziel genutzt werden. Für Artillerie und Panzer sollten Schiessstrecken ausgelegt werden. Das alles deutete sich in einem Umfang an, dass wir die Vorstellung gewannen, wir würden wieder unmittelbar neben einem permanenten Kriegsschauplatz, auf dem scharf geschossen wird, leben.

Verständlich, dass wir uns mit Engagement dem Protest der Bürgerinitiative FREIE HEIDE anschlossen. Ging es doch vielfach um die Existenzgrundlage von Ortschaften und Dienstleistungen, die vom sich gerade zu entwickeln beginnenden Tourismus abhängig waren. Und allgemein sehnte sich die Bevölkerung nach einer Befriedung der Region.

Das zeigte sich spontan in der grossen Beteiligung der Bürger an den Demonstrationen der Bürgerinitiative FREIE HEIDE. Mit Begeisterung und auch mit Hoffnung kamen viele Ideen für die kontinuierliche Fortsetzung dieses friedlichen Begehrens. Die Tatsache, dass nun offen und in freier Öffentlichkeit gegen eine kriegerische Nutzung des riesigen Geländes, für eine friedliche Natur demonstriert, ja gekämpft

werden konnte, im Gegensatz zu dem früheren strikten Verbot eines solchen Volksbegehrens, beflügelte Jung und Alt.

Zu DDR-Zeiten hatte ein Bürgermeister von Schweinrich nach den massiven Beeinträchtigungen durch russische Panzer ein anonymes Schreiben verfasst, dass dies gegen die Menschenrechte verstosse, und es an die zerschnittene Nachrichtenleitung zum Kommandeur geheftet. Das Schreiben wurde natürlich gefunden und eine Fahndung eingeleitet. Der Verfasser wurde ausfindig gemacht. Er wurde vor eine eigens dafür gebildete Bezirksparteikommission gestellt und aller Ämter enthoben, mit Einschränkungen für seine weiteren Anstellungen. Eine ältere Bürgerin unserer Strasse bezog sich später so darauf: «Früher durften wir nichts sagen, sie machten was sie wollten», aber sie fügte skeptisch hinzu: «Heute dürfen wir etwas sagen, aber sie machen auch so, was sie wollen.» Sie hatte insofern Recht, als der Bundestag bald einen positiven Beschluss zur militärischen Nutzung des Platzes durch die Bundeswehr fasste.

Die Bürgerinitiative FREIE HEIDE jedoch fand breiten und fröhlichen Zuspruch. «Dem Adler die Freie Heide und nicht den Bomben!» Das Logo besteht aus der schwarzen Kontur eines Düsenjägers, über dem ein rotes Balkenkreuz die Verneinung ausdrückt. Die Wanderungen fanden ihre Höhepunkte in der Enthüllung der Mahnsäulen mit deutlichen Ansprachen gegen die militärische Nutzung der grossen Fläche des Schiessplatzes, dem so genannten «Bombodrom». Die Mahnsäulen wurden von Holzbildhauern, wie alles, was an Leistungen in die Bürgerinitiative eingebracht wurde, ehrenamtlich entworfen, angefertigt und aufgestellt. In immer veränderter Form wurde dem friedlichen Anliegen und dem Protest gegen die militärische Praxis Ausdruck verliehen, sei es in klagenden Gesichtsausdrücken, in der mahnend erhobenen Hand, in der Andeutung einer Mutter mit ihrem Kind oder einfach einer Kinderschaukel. Schon mit der rohen Form des ausgewählten Holzes wurde manchmal der mahnende Charakter gesucht, etwa durch zwei nach oben strebende Äste, die wie beschwörende Arme sich erheben auf dem Wege zu einer freien Heide.

Zudem wurden die Mahnsäulen mit knappen Texten versehen, die das Anliegen der Bürgerinitiative für eine freie Heide ausdrückten, und

mit Wegbezeichnungen, die nun durch militärische Nutzung nicht mehr genutzt werden können und dürfen. Auf einer symbolischen Wippschaukel für Kinder steht: «Kinderspiele statt Bombenziele», auf der Mahnsäule bei Pfalzheim: «Tauben statt Bomben», auf ihr wird eine Taube von einer weiblichen Figur zum freien Flug erhoben. Auf der Mahnsäule bei Gühlen-Glienicke findet sich der Spruch: «Pflanzt einen Baum und kannst Du auch nicht ahnen, wer einst in seinem Schatten tanzt, bedenke, es haben Deine Ahnen, bevor sie Dich kannten, auch gepflanzt.» In Gühlen-Glienicke kann man lesen: «Nur gemeinsam sind wir stark». Auf einer Mahnsäule schliesslich findet sich die Empörung über die militärische Praxis in einer Rakete, die einen Baumstumpf durchschlägt, eingefangen. Auf ihr steht: «Militär tötet Mensch und Natur». Sie wurde am ehemaligen russischen Schlagbaum aufgestellt und über Nacht von Unbekannten zerstört.

Alle diese Mahnsäulen sind Kennzeichen der Sehnsucht nach einer freien Heide. Die Aufstellung und Enthüllung der Mahnsäulen war mit Wanderungen rings um das weite Gelände des Schiessplatzes verbunden. Es fanden weit mehr Wanderungen statt – über ein halbes Hundert –, als Mahnsäulen aufgestellt werden konnten. Mehr oder auch weniger Menschen sammelten sich Jahr für Jahr, um den oft weiten Weg durch Kiefernwälder, Buchenwälder mit Heidelbeerkraut in Richtung der freien Heide aufzunehmen. Jede Wanderung begann mit Musik am Sammelplatz. Immer ertönte der zweite Satz aus Bachs Zweitem Brandenburgischen Konzert in seiner heiteren ermutigenden Stimmung.

Fröhlich sammelten sich Jung und Alt mit Kindern und Hunden und sogar unentwegte Teilnehmer im Rollstuhl. Nach fünfzig Wanderungen kannten sich viele und begrüßten sich freundlich. Es herrschte stets eine ruhige, fröhliche Aufbruchsstimmung. Die Polizei war benachrichtigt. Anfangs fürchtete sie Randalen, was jedoch nie geschah. Vielmehr hatte jede Wanderung einen christlich-friedlichen Charakter mit dem Hintergrund eines ernsten, aufrichtigen Anliegens. Oft begannen die Wanderungen in der Kirche des Ausgangsortes mit einer Andacht. Der Kirchenraum reichte nie aus, um alle Menschen aufzunehmen. Ich erinnere mich, dass eine Wanderung mit der Erinnerung an

die Kraft des Gebets begann und in einem Gebet von Franz von Assisi gipfelte, das mit den Worten beginnt: «Oh Herr, mache mich zum Werkzeug Deines Friedens ...» Einmal hatte man die Idee gehabt, bunte Ballons mit einer Postkarte zu verteilen. Vor allem den Kindern machte das Aufsteigen der Ballons, die hoch in den Himmel entrückten und mit dem Wind ihren Weg suchten, viel Freude. Die Wanderungen waren sternförmig rings um das Bombodrom ausgelegt. Ausgangspunkte waren die Ortschaften, die oft in unmittelbarer Nähe des militärischen Geländes lagen. Es gab Dörfer, die abseits des Verkehrs versteckt im Wald lagen und nicht einmal eine Kirche hatten.

Überall offenbarte sich der Reiz der Landschaft, die sich schliesslich in die Mondlandschaft des Übungsgeländes, das uns die Russen überlassen hatten, verlor, nunmehr allerdings – und das bis heute – abgeriegelt mit neuen Schlagbäumen aus Stahl. Doch da die militärischen Übungen der Bundeswehr noch nicht begonnen haben, heilt die Natur die Wunden und der nackte Sandboden überzieht sich langsam wieder mit Heide, Ginster, Birken und Kiefern.



Mahnsäule
 Auf dem Weg
 zur
 FREIen HEIDe
 Gadow 9,0km
 ← Neuglienicke 0,5km →
 Pflanz
 einen-Baum.
 und kannst du
 auch
 nicht ahnen
 wer einst
 in seinem
 Schatten tanzt
 bedenk
 es haben
 Deine Ahnen
 bevor sie
 Dich kaniien
 auch
 gepflanzt

Mahnsäule
 Gühlen-Glienicke

11. 07. 1983

CK85

Carl Krause

Das Bombodrom, der Abzug der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte und die Anfänge der Bürgerinitiative

Christian Gilde

Als Kinder waren wir sehr gern bei den sowjetischen Soldaten, wenn sie ihre Wachposten mit Zelt und Verpflegung aufschlugen und die Panzer durch Dossow rollten. So war das mindestens zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, Panzer und Lastwagen in endlosen Kolonnen bildeten für uns Kinder jedesmal ein spannendes und aufregendes Abenteuer. Die Soldaten hatten uns Dorfkinder sehr gern um sich. Lagerfeuer, Soldatenbrot und Speck – am liebsten hätten wir bei den Wachposten übernachtet. Innerlich hatte ich von Anfang an ein gutes Bild von den Männern in sowjetischen Uniformen. Und Militärtechnik, ob auf Rädern oder mit Flügeln, ist trotz allem bis heute faszinierend für mich.

Den Bomben- und Fluglärm, sechs Kilometer vom sowjetischen Bombenabwurfplatz entfernt, empfand ich jedoch zunehmend als Belastung. Wenn bei Tiefstüberflügen unsere Kinder schreiend ins Haus liefen und die Schallschmerz- und Schreckgrenzen überschritten wurden, dann hörte jede Faszination auf. Wir sagten dann immer, wie muss erst den Gadowern unmittelbar am Platz zumute sein. So oder so ähnlich muss es sich im Krieg in der Nähe der Front angehört haben. Mit der Wende keimte bei so vielen die Hoffnung auf, die heissen Auswirkungen des kalten Krieges in unserer Region würden ein für alle Mal zu Ende sein. Es kam anders.

Rettet den Dranser See

Allen war klar, dass der Abzug der sowjetischen Streitkräfte nicht von heute auf morgen passieren würde, in den Verträgen gab es genaue Zeitabläufe für den Abzug. Als aktive Bürger wollten wir dennoch nicht tatenlos zusehen. Die erste Demo am 11. Februar 1990 stand unter dem Motto «Rettet den Dranser See». Dies war eine handfeste Forderung an die russische Armee (der Einfachheit halber schreibe ich jetzt immer russische Armee oder Russen), den Dranser See künftig in Ruhe zu lassen und verursachte Schäden zu beseitigen. Für mich

war diese erste Schiessplatzdemo ein besonderes Erlebnis. Sie fand noch vor den ersten demokratischen Kommunalwahlen in der DDR statt – ich wusste damals schon, dass kommunale Verantwortung auf mich zukommen würde – und das war das Besondere, hohe russische Offiziere stellten sich ganz offen bei dieser Demo unserer Kritik und fanden markig-kernige Worte für eine gute kommende Zusammenarbeit.

Mir ist diese Demo bei den Russen als Anfang einer nicht immer leichten Zusammenarbeit in guter Erinnerung. Es gab zwar klare Forderungen, aber beide Seiten waren in der Wortwahl um Sensibilität bemüht. Genau so würde ich die Grundsätze meiner «Politik» als Landrat gegenüber den Russen formulieren. Klar in den Aussagen, Forderungen und Erwartungen, aber behutsam in der Art des Umgangs. Das war teilweise schwer durchzuhalten. Unser Grundanliegen, das ich zu jeder sich bietenden Gelegenheit betonte, war: Solange Sie unsere Gäste sind, wollen wir gut und mit gegenseitigem Respekt miteinander umgehen.

Die Organisationsstruktur der russischen Armee im Raum Wittstock, Alt Daher, Schweinrich und Gadow (Glashütte) habe ich bis zuletzt nicht durchschaut, insbesondere wer wem etwas zu sagen hatte. Ich hielt Kontakt mit allen: Flugplatz Alt Daher, Kommandantur Wittstock, zwei Garnisonsbereiche Schweinrich, Garnison Glashütte. Der dafür zuständige Mitarbeiter, Jürgen Thierbach, war ständig zu Absprachen, Klärungen und Ähnlichem unterwegs. Auch für mich als Landrat und dann auch als Landtagsabgeordneter war das alles sehr zeitaufwendig, aber es war mir wichtig, denn alles sollte gut gehen mit dem Abzug. Zu DDR-Zeiten gab es keinen «Krieg» zwischen uns und jetzt erst recht sollten die Soldaten der Besatzerweltmacht in Würde gehen können – wir müssten es schaffen, uns trotz allem im Guten getrennt und verabschiedet zu haben.

Wir, die politische Spitze der Kreisverwaltung, verfolgten zwei Linien. Zum einen nutzten wir zur Klimaverbesserung alle sinnvollen Möglichkeiten, um Kontakte zu pflegen, ob in offiziellen Verhandlungen oder in den verschiedensten Begegnungen mit den Menschen in Uniform und deren Familienangehörigen. Zum anderen wollten wir entschieden darauf drängen, dass die Lärmbelastungen kontinuierlich

vermindert und Reaktivierungsmaßnahmen durch die Russen voran gebracht wurden. Die Palette der Kontakte reichte von ganz persönlichen Begegnungen von Mensch zu Mensch bis zu den offiziellen gemeinsamen Kranzniederlegungen zum 8. Mai und zu hohen russischen Feiertagen. Wir wollten gute Signale geben, die russische Seite ebenfalls.

Ganz neu und anfangs von schwer beschreibbaren Gefühlen begleitet war die Einbeziehung der zuständigen Bundeswehrangehörigen: Kurz zuvor noch Todfeinde und jetzt im Bemühen um ein gutes Miteinander an einem Tisch, auch an meinem Tisch. Anfangs liefen mir bei solchen Dreier-Treffen nicht beschreibbare Schauer über den Rücken. Diese Gefühle waren anfangs übrigens völlig unbelastet von den späteren Plänen der Bundeswehr für diesen Platz. Die Bundeswehrangehörigen – damals an der Spitze Oberstleutnant von Heinemann – waren ebenfalls um ein gutes Miteinander bemüht.

Sehr gut sind uns damals die gemeinsamen Geschenkaktionen zu Weihnachten und Neujahr für russische Soldaten und für die russischen Kinder in den Garnisonen gelungen. Die Bundeswehr hatte einen gewissen Fonds zur Verfügung, deutsche Sponsoren liessen sich gewinnen und ein wenig konnte sich auch der Landkreis beteiligen. Die Kinder freuten sich riesig, ob direkt im Kindergarten in Alt Daber, im Wittstocker Kino oder in der Schweinricher Garnison. Auch die Freude der einfachen Soldaten war in den Gesichtern zu lesen.

Eine Offiziersfamilie hatte es hart getroffen. Ihr elfjähriger Sohn Slawa hatte einen bösartigen Tumor am rechten Oberschenkel. Besondere und teure Behandlungen waren nötig. Ein Teil der Kosten der Spezialbehandlung in der Leipziger Universitätsklinik wurde durch Sponsoren aufgebracht. Ich vergesse nie, wie sich die Wittstocker Arbeiterwohlfahrt, die Wittstocker «Märkische Allgemeine Zeitung», der «Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg» und die Zeitschrift «Mini» engagiert haben, um fünfundvierzigtausend DM aufzubringen.

Zur Pflege eines guten Gesamtklimas hatten wir für den 13. Oktober 1991, einen Sonntag, ein ganzes Tagesprogramm mit Innenminister Alwin Ziel und vielen ranghohen Offizieren vorbereitet. Die Bevölkerung wurde gross eingeladen, ein Kulturprogramm wurde vorbereitet.

Aber das Wetter spielte an diesem Tag absolut nicht mit, es regnete den ganzen Tag in Strömen. Der gemeinsame Gottesdienst mit den russischen Offizieren, dem Innenminister und den Bürgern der Gemeinde Schweinrich ist in meiner Erinnerung sehr verankert. Diese Zusammensetzung in einer kleinen Dorfkirche erlebte ich wie einen kleinen, aber bedeutsamen Geschichtspunkt. Der Regen behinderte das Programm am Dranser See für die Teilnahme der Bevölkerung, so dass wir «Offiziellen» uns für längere Zeit gern in das russische Militärlager zurückzogen, um russische Trinkgepflogenheiten zu üben – aussen und innen nass!

Auch an eine grosse Veranstaltung der Schweinricher Garnison unter Leitung von Oberst Rjokokon an einem hohen russischen Feiertag erinnere ich mich sehr gut, auch sie war wie ein kleiner Geschichtspunkt, wenn undefinierbare Schauer über den Rücken gehen. Der grösste Saal der Garnison war voll besetzt mit Soldaten, Offizieren und Offiziersfrauen, alle – bis auf die Frauen – in Feiertagsuniform. Unsere Kreisverwaltungsdelegation kam fünfzehn Minuten zu spät, das Programm lief, der Politoffizier redete ohne Punkt und Komma. Wir setzten uns still auf die Plätze. Mit eindeutigen Gesten «beordnete» mich Oberst Rjokokon aufs Podium, auf den Platz neben sich. Genauso eindeutig und für alle sichtbar blickte er dann auf seine Uhr. Meine Leute meinten hinterher, in diesem Augenblick sei ich um einen Kopf tiefer gerutscht.

Aber das war nicht mein Geschichtspunkt, der ereignete sich auf dem Höhepunkt der grossen Veranstaltung mit fast fünfhundert Anwesenden. Plötzlich spielte die Militärkapelle unsere «neue» Nationalhymne, das Deutschlandlied. Tief erschrocken blickte ich Oberst Rjokokon an. Er reagierte mit militärischer Klarheit: «Realität! Realität!» Ich hatte zu tun, meine Gefühle zu verarbeiten.

Ja wirklich, es war Realität, die wir mitgestalten konnten. Zur guten Klimapflege gehörte es auch, dass nach harten Verhandlungen gegessen und getrunken wurde, typisch russisch essen und trinken, ich muss das nicht genauer erläutern. Unsere «behördlich offiziell gedeckten Tische» sahen dagegen eher steril aus. Mit den Russen feiern machte einfach Spass.

Immer noch Kriegslärm und verwüstete Landschaft

Die Verträge zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges definierten offensichtlich auch die erlaubte Übungsintensität der Russen in Deutschland. Es dauerte eine ganze Weile, bis der Rückgang der Militärübungen spürbar wurde. Die ersten Verhandlungen in der Schweinricher Garnison fanden unter heftigem Panzergeschützdonner statt. Schon am 1. November 1990 forderten wir vom Oberkommando der Westgruppe der russischen Streitkräfte (WGT) in Wündorf das Beenden der Bombenabwürfe, die Reduzierung der Panzer- und Artillerieschiessübungen, das Öffnen der Strasse zwischen Schweinrich und Flecken Zechlin und das Beenden aller Übungen im und am Dranser See. Uns war klar, dass eine Armee, zumal die Armee einer Weltmacht, auch wenn ihr Aufenthalt in Deutschland klar begrenzt war, niemals untätig sein würde. Es wurde geübt. Wir unteretzten unsere Forderungen an das Oberkommando der WGT in Wündorf mit ständigem Druck durch Verhandlungen. Heute bezweifle ich, ob wir die Übungstätigkeit wesentlich beeinflusst haben, die Befehle dazu wurden weder in Alt Daher, in Schweinrich noch in Gadow (Glashütte) gegeben.

Doch auf eine, wie sich später herausstellte, illegale Aktion der Russen übten wir dann doch etwas Einfluss aus. Offensichtlich hatte man einen so hohen Lagerbestand an Munition unterschiedlichster Art, dass ein offizieller Rücktransport dieser Mengen nicht möglich war. Wie mir später berichtet wurde, kam das daher, dass man über die Jahre nicht so viel verschossen hatte wie geplant, aber es wurde immer komplett nachgeliefert, so dass ein Teil der Bestände offiziell gar nicht dort sein durfte. Es war bekannt, dass die Russen sehr viel lockerer mit Munition umgingen als beispielsweise die Volksarmee der ehemaligen DDR, wo jeder Schuss protokolliert wurde. Wohin nun mit dem Zeug, mitnehmen durfte man es nicht, liegenlassen wollte man es nicht. Ganz einfach. Es wurde durch Sprengungen ein grosses Erdloch hergestellt, die Munition wurde darin aufgeschichtet und gesprengt. Diese Sprengungen hatten solch eine Wucht, dass man in Wittstock, zum Beispiel, zwar keinen lauten Knall hörte, aber man spürte es wie ein kleines Erdbeben, die ganze Stadt wackelte.

Zumindest konnten wir erreichen, dass die Ladungen deutlich verklei-

nert wurden und die Erdstösse viel geringer ausfielen. Der verantwortliche Offizier, Oberst Stoljar, mit dem wir zum Bombenabwurfplatz am intensivsten verhandelten, brüstete sich vor uns und vor der Presse, dass er dort bis zu hundert Eisenbahnwagen Munition sprengte, um sie «ordentlich» zu beseitigen, obwohl die geschlossenen Verträge diese Art Munitionsbeseitigung ausdrücklich untersagten. Von ganz oben hagelte es ein heftiges Donnerwetter, so dass der Spuk ein Ende hatte, und unser Freund Oberst Stoljar hatte Mühe, in der Öffentlichkeit «zurückzurudern». Zum Schluss waren es angeblich nur noch wenige kleine LKW-Ladungen an Munition, die dort gesprengt wurden. Etwas hatten wir somit erreicht. Die Sprengung von herumliegenden Blindgängern hingegen unterstützten wir, denn was beseitigt ist, das ist beseitigt. Mit Presseöffentlichkeit wurde uns eine solche Sprengung vorgeführt. Wir wollten bei der Bevölkerung für diesen Lärm Verständnis wecken.

Ein wichtiges Anliegen war uns die Rekultivierung im Schiessplatzangrenzenden Bereich von Dranse, Schweinrich, Griebsee und Zempow, solange noch Soldaten da waren. Es gab so viel zu tun. Waldwege sollten wieder befahrbar gemacht werden, einfache Verbindungswege, die für die örtliche Bevölkerung wichtig waren und auch symbolisch die Veränderungen zeigen sollten. Hinzu kamen die unzähligen Schützenlöcher und Aushebungen für Panzer, Geschütze und Lastwagen im angrenzenden Wald. Grundsätzlich gab es dazu immer gute Absprachen mit den Russen, aber wir konnten es nicht nachvollziehen, warum sich die Russen mit dem wirklichen Beginn der Rekultivierung so schwer taten. Hatten die Soldaten so viel zu tun? Wir veranstalteten eine grosse Beratung der Bürgermeister der Schiessplatzanliegergemeinden im Mai 1991, in der auch die russischen Offiziere positive Erklärungen zur Rekultivierung abgaben. Wir wollten den Bürgermeistern unsere Vorgehensweise erläutern. Auch ein hochoffizieller Termin bei der 2. Panzergardearmee in Fürstenberg brachte keinen greifbaren Erfolg.

Erst im Juni 1992 ging es los. Der anfängliche Einsatz schwerer Technik erwies sich als falsch, da zu grosse Schäden an den Bäumen entstanden. Besser war die Methode ein Mann – eine Schippe. Weil «bei uns» schon so viele Soldaten abgezogen waren, wurden russische Sol-

daten aus Neustrelitz und Rathenow herangeholt. Es wurde eine Menge geschaffen. Der Wald wurde wieder besser bewirtschaftbar, Wege wurden befahrbar, es war ein gutes Zeichen funktionierender Zusammenarbeit bis hin zu einem Schweinricher ABM-Projekt am Schiessplatzrand, wo die Russen Diesel für die deutsche Planierdraupe spendierten. Um die Wichtigkeit dieser Arbeiten zu unterstreichen, führten wir offizielle Übergabetermine für jeweils mehrere Flurstücke mit der Forstverwaltung, den russischen Offizieren, Gemeindevertretern und der Kreisverwaltung durch.

Strassenöffnung

Ursprünglich gab es eine fast schnurgerade Landstrasse von Schweinrich nach Lutterow. Bei der Einrichtung des Bombenabwurfplatzes hatten die Russen das grösste Stück dieser Strasse völlig umverlegt, da sie Panzerschiessbahnen durchquerte. Zu DDR-Zeiten handhabten die Russen die Durchfahrt unberechenbar. Wenn nicht geschossen wurde, liess man Fahrzeuge nach Belieben durch, meistens nicht. Es war immer besser, wenn man einen «Propusk» (Passierschein) hatte. Sonst hatten Einheimische meist die besseren Chancen. Manchmal halfen ein paar Zigaretten.

Als wir nach der Wende mit den Verhandlungen auch zur Strassenöffnung begannen, veränderte sich zuerst einmal gar nichts. Nur nach und nach konnten wir den Kreis der Propusk-Besitzer auf dreihundert erhöhen, weil wir gegenüber den Russen gewisse Wichtigkeitsstufen vereinbart hatten. Wir waren froh über das Verhandlungsergebnis, dass ab dem 23. März 1991 die Strasse an den Wochenenden für alle geöffnet wurde. Einige Zeit später kam die Zusage, die Strasse generell zu öffnen. So geschah es auch. Es dauerte jedoch nicht lange und die Strasse wurde wieder geschlossen. Was war geschehen? Einige Randalierer hatten die Wachhäuschen der Russen demoliert und die Strasse wurde als Rennstrecke genutzt. Oberst Stoljar war masslos verärgert. Das Klima zwischen uns war erheblich gestört. Es dauerte eine ganze Weile, bis wir über dieses Thema wieder verhandeln konnten.

Dann war es jedoch soweit. Am 10. November 1992 öffneten Oberst Stoljar und ich feierlich und öffentlichkeitswirksam die Strasse.



Links Landrat Gilde, rechts Oberst Stoljar



Die Strasse zwischen Schweinrich und Flecken Zechlin wird am 10. November 1992 für den öffentlichen Verkehr freigegeben

Fotos: Marc Hufnagel (Ruppiner Anzeiger)

Gemeinsam schnitten wir das weisse Bändchen durch. Die Freude war gross. Ich liess an beiden Seiten des Schiessplatzes grosse Schilder aufstellen, die auf die verantwortungsbewusste Nutzung der Strasse hinwiesen. Der behördliche Status dieser Strasse ist bemerkenswert. Die alte Trasse, die nicht mehr existiert, ist weiterhin als Landesstrasse gewidmet. Die durch die Russen umverlegte Strasse hatte seinerzeit keinen offiziellen Status (heute Privatstrasse des Bundes), so dass das für Landesstrassen zuständige Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) formal juristisch bei der Instandhaltung der Strasse zunächst nicht helfen konnte. Vom Minister Hartmut Meyer angefangen hat man im Ministerium dann aber doch Wege gefunden, anfängliche bürokratische Hürden zu überwinden. In den wichtigsten Teilen wurde die Strasse durch das MSWV instandgesetzt. Seit zwei Jahren hat die Bundeswehr die Strassenunterhaltung übernommen.

Ich bin heute heilfroh, dass wir damals mit der Strassenöffnung Tatsachen geschaffen hatten, obwohl seinerzeit die Nachnutzungspläne der Bundeswehr schon bekannt waren. Diese ständig befahrbare Strasse hatte von Anfang an eine hohe Symbolkraft. Für Wittstock und den Raum Zechlin/Rheinsberg entwickelte diese Verkehrsverbindung zunehmend wirtschaftliche Bedeutung. Es konnte mich überhaupt nicht beeindrucken, dass ich später von offizieller Bundeswehrseite gemassregelt wurde, weil ich hier internationales Recht verletzt hätte. Diese Strasse etablierte sich so gut, dass die Bundeswehr eine Schliessung nicht riskieren konnte.

Planungen der Bundeswehr

Das Schreiben war das Papier nicht wert, auf dem eine Bundeswehrdienststelle versicherte, dass ehemals russische Übungsplätze durch die Bundeswehr nicht weiter genutzt werden sollten. Am Rande einer Sitzung des regionalen Aufbaustabes in Nauen im Mai 1992 unterrichtete mich Ministerpräsident Dr. Stolpe von den «Wittstocker Plänen» der Bundeswehr. Dr. Stolpe meinte, die Augen der Luftwaffenoffiziere leuchteten bei der Beschreibung der Übungsmöglichkeiten auf dem Wittstocker Bombenabwurfplatz. Im Juni folgte die offizielle Absichtserklärung aus Bonn zur weiteren Nutzung des Platzes durch die

Luftwaffe. Am 6. August 1992 kam Staatssekretär Dr. Wiehert mit hohen Luftwaffenoffizieren per Hubschrauber nach Schweinrich, um den Anliegerbürgermeistern und Vertretern des Landkreises Wittstock die Bundeswehrplanungen vorzustellen und um Verständnis zu werben. Die sehr kontrovers geführte Diskussion konnte ich damals nur in einem Satz als Schlusswort der Veranstaltung zusammenfassen: «Sie sehen, Herr Staatssekretär, wir wollen sie (die Bundeswehr) hier nicht haben.» Damit hatte man nicht gerechnet. Das Klima in meinem Dienstwagen auf der kurzen Rückfahrt zum Hubschrauber war eisig. Der Widerstand einer ganzen Region wurde stärker.

Bürgerinitiative «FREIE HEIDE»

Es war noch nicht lange her, dass die Bundeswehr ihre Nachnutzungspläne offenbart hatte, und schon waren die Bürgerinnen und Bürger aufgewühlt, ärgerlich, enttäuscht, wütend, aber auch ohnmächtig. «Die da oben machen doch, was sie wollen.» Das steckte so vielen von uns in den Knochen. Dieses Empfinden war es wohl auch, dass der gemeinsame Mut der Anliegerbürgermeister nicht ausreichte, eine tragende kommunale Gemeinschaftsinitiative zu verwirklichen. Schon 1991 wurde zwar die «Interessengemeinschaft Schiessplatz» aus Anliegergemeinden gebildet und im Juni 1992 kam es zu einer Absichtserklärung, den «Zweckverband Ruppin/Wittstocker Heide» zu gründen. Aber der Mut und die Kraft zu einem auch formell verbindlichen Zusammenschluss reichten nicht aus. Von Anfang an versuchte ich die Bürgermeister zu überzeugen (schon deutlich vor dem Bekanntwerden der Bundeswehrpläne), dass es wichtig sei, dass sich alle Gemeinden sehr frühzeitig zur zivilen Nachnutzung mit Nutzungsvorstellungen äusserten. Aber der Mut und die Kraft reichten damals nicht aus.

Der heftige Protest der Bürgerinnen und Bürger der Region liess allerdings nicht lange auf sich warten, als die Bundeswehr ihre Pläne offenbarte. Bis zum Sommer 1992 war es für mich selbstverständlich, dass wir als Kreisverwaltung Wittstock die Initiative für Protestveranstaltungen und Podiumsdiskussionen übernahmen. Wenn der Widerstand langfristig tragfähig sein sollte, mussten von da an die Bürger die Sache selbst in die Hand nehmen.

Ich sagte das damals sehr deutlich und vereinbarte mit den Aktiven der begonnenen Proteste, dass wir von der Kreisverwaltung aus noch eine Veranstaltung organisieren wollten. Danach würden die Bürger selbst die Initiative ergreifen. Genau so kam es auch. Die Protestveranstaltung am 15. August 1992 bei Schweinrich war ein voller Erfolg. Es gab eine fast endlose Rednerliste, die Bischof Dr. Forck mit einem guten Wort abschloss. Die fast viertausend Teilnehmer wurden nicht müde, alle Redner mit Beifall zu belohnen. Es war ein Mut machender Start für die nun folgenden Protestveranstaltungen der sich in dieser Zeit gründenden Bürgerinitiative «FREIE HEIDE». An diesem Tag gab es ein gutes «Himmelszeichen». Die Tage zuvor hatte es ununterbrochen geregnet. Aber während der Veranstaltung fiel kein Tropfen vom Himmel. Danach regnete es munter weiter.

Fehleinschätzung des Verteidigungsministers

Offensichtlich hatte man in Bonn gemeint, der Protest werde sich bald im Sande verlaufen. Man rechnete auch nicht damit, dass wir die legitimen rechtlichen Möglichkeiten so erfolgreich nutzen würden. Im Herbst 1992 erhielt ich den Tipp, mich mit Rechtsanwalt Dr. Geulen in Berlin in Verbindung zu setzen. Gesagt – getan. Sehr schnell wurde mir klar, dass wir die gerichtliche Auseinandersetzung neben dem Protest unbedingt ins Auge fassen mussten. Im Wittstocker Kreistag gab es eine klare Mehrheit für diesen Schritt. Die ersten fünfzigtausend DM für die gerichtliche Auseinandersetzung wurden bereitgestellt. Auch die Kyritzer und Neuruppiner stellten durch Kreistagsbeschlüsse Gelder zur Verfügung. Schliesslich kam es am 26. Januar 1994 zur Klageerhebung vor dem Verwaltungsgericht in Potsdam. Auch bis dahin war es schon ein weiter Weg.

**Dr. Barbara Uebel beim Wiederaufbau der mutwillig zerstörten
Mahn- und Gedenkstätte, 1997 Foto: Rainer Kühn**

Die Mahn- und Gedenkstätte Basdorf



Unsere Heide hat viele Vergangenheiten

Horst Bredlow

Und vorher war...

Unsere Heidelandschaft vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Dorfgemeinde Basdorf besteht seit dem 13. Jahrhundert, der Ort liegt neun Kilometer östlich von Gadow, fünf Kilometer westlich von Gühlen-Glienicke, vier Kilometer südlich von Wallitz, drei Kilometer nördlich von Neuglienicke. Es gab damals von Basdorf bis Rossow, Fretzdorf, Gadow, Schweinrich bis Hammelstall und Zechlin eine herrliche Heidelandschaft, durchzogen mit Wegen aus Pflastersteinen. Die Fahrradwege wurden durch Begrenzungspfähle abgegrenzt, die gepflasterten Strassen wurden damals zur Holzabfuhr genutzt. In diesem grossen Waldgebiet gab es Bauholz, gab es bis hundertdreissigjährige Kiefern. Es gab Sägewerke vor Ort in Gühlen-Glienicke, Dorf Zechlin, Flecken Zechlin, in Gadow, sowie zwischen Basdorf nach Gadow ein Wandersägewerk. Dort war der kostengünstigste Antransport für Bauholz.

Alle Sägewerke wurden durch Dampflokobile mit Sägespänn-Feuerung betrieben. Durch dieses riesige Waldgebiet hatten damals Hunderte Menschen Arbeit. Landwirte haben im Winter Bauholz gefahren, viele waren im Holzeinschlag tätig. Kulturen wurden laufend aufgeforstet, dadurch hatten Hunderte Frauen Arbeit. Gewerbetreibende lebten ständig vom Holzfahren zu den Sägewerken. Der Postbote kam von Flecken Zechlin über Wallitz-Basdorf über Forsthäuser, Hammelstall nach Zechlin zurück, täglich 29 Kilometer mit dem Fahrrad, davon 17 Kilometer durch die damalige Heide.

Im Winter wurden die Fahrradwege mit dem Eingespanner-Schneepflug freigehalten (damals gab es keinen Winter ohne Schnee!), so dass Waldarbeiter, Post und Schulkinder freie Wege hatten. Es gab Blaubeeren und Pilze zentnerweise und viele Vogelarten. Die Sommergewitter bauten sich damals zwischen Gadow und Basdorf auf, wir bekamen in dieser Region starke Niederschläge und dadurch auch reiche Ernteerträge! Seitdem der «Regenwald» zur Wüste zerstört wurde, ziehen die Gewitter Kilometer weit an unserer Region vorbei. Von

Basdorf bis Gadow hatten wir es damals neun Kilometer. Seitdem es diesen Sperrgürtel gibt, müssen wir fünfzig Kilometer umfahren.

Ende und Anfang – um den 1. Mai 1945

In den letzten Apriltagen 1945 zogen Flüchtlingstrecks, Wehrmacht und Volkssturm-Leute Tag und Nacht durch Basdorf. Sie kamen aus dem Osten und flohen vor der Roten Armee in Richtung Westen. Ich erinnere mich, dass noch am 30. April 1945 KZ-Häftlinge durchgetrieben wurden; bewacht durch drei SS-Männer mit Fahrrädern.

Die KZ-Häftlinge wurden in der Nacht zum 1. Mai 1945 in Basdorf auf unserem Grundstück stationiert. Unsere Mutter kochte drei Dämpfer Kartoffeln für die Häftlinge und gab Milch von vier Kühen. Obwohl das verboten war, wurde es von den SS-Bewachern geduldet – sie hatten selbst Hunger.

Die Rote Armee war schon in Rheinsberg. Die deutschen Soldaten hatten in Basdorf sämtliche Pferde und Wagen entwendet, um dem Feind zu entkommen. Ausserdem kam noch motorisiertes deutsches Militär dazu. Am frühen Morgen des 1. Mai wurden die Soldaten, die in den Basdorfer Scheunen schliefen, vom Gefechtslärm geweckt: «Die Russen kommen!» Die Soldaten liefen um ihr Leben. Sogar die Stiefel liessen sie stehen. Mutter sagte: «Sofort die Stiefel weg, sonst steckt der Russe die Scheune in Brand.» Überall fielen Schüsse. Die Rote Armee war schon im Basdorfer Waldgebiet. Die KZ-Häftlinge wurden in Richtung Rossow-Gadow weitergetrieben. Die deutschen Militärs wollten auf keinen Fall in russische Gefangenschaft. Es waren nur noch sechzig Kilometer bis Wittenberge und dort waren schon die Amerikaner.

Um 7 Uhr 45 nahm die Rote Armee Basdorf ein. Alle Häuser und Gebäude wurden nach deutschen Soldaten durchsucht. Unsere Familie hielt sich im Keller auf. Unser Wohnhaus wurde durch die Rote Armee als Kommandostelle eingerichtet. Gegen 9 Uhr 45 schlugen deutsche Granaten in Basdorf ein. Die Russen feuerten in das Waldgebiet in Richtung Rossow-Gadow zurück, dorthin, wo die Flüchtenden und deutschen Soldaten sich stauten, weil alle Strassen verstopft waren. Für sie wurde der damalige Kriegswald zum Grab.

Die Kämpfe dauerten noch bis zum 3. Mai 1945 an: In dem grossen Waldgebiet wurden die sich dort versteckenden deutschen Soldaten von der Roten Armee aufgespürt und mit Maschinenpistolen erschossen. Ich erinnere mich an Hauptmann Karl-August Herbst, er lebte noch, als wir ihn am 2. Mai 1945 fanden. Er hatte einen Beckenschuss. Er gab uns einen Brief an seine Familie mit, den wir Bürgermeister Wilhelm Siegel in Basdorf ablieferten. Wir holten einen Handwagen, um den verwundeten Hauptmann ins Dorf zu bringen. Aber als wir nach zirka vierzig Minuten wiederkamen, hatte er einen Kopfschuss. Wir brachten ihn zum Friedhof. Die russischen Offiziere sagten: «Diese Faschisten werden an Ort und Stelle begraben», und spuckten auf den toten Hauptmann im Wagen.

Durch Offiziere der Roten Armee wurden nach dem 3. Mai 1945 alle verfügbaren jungen Männer sowie Jugendlichen beauftragt, die Toten wegen der drohenden Seuchen sofort an Ort und Stelle zu beerdigen, denn die Maitage 1945 waren sehr warm. In diesem Kampfgebiet zwischen Basdorf-Rossow-Gadow lagen deutsche Soldaten und Volkssturm-Leute, Flüchtlinge (vor allem Frauen und Kinder) und KZ-Häftlinge. Auch tote Pferde lagen in diesem Waldgebiet.

Es mussten riesige Grufteu ausgehauelt werden, daran waren auch Volksstürmer beteiligt. Auch Flüchtlinge wurden eingesetzt. Deutsche Soldaten als Helfer gab es nicht. Aus Gadow konnten keine Leute herangezogen werden, weil von dort alle geflüchtet waren. Es wurden Gruppen von zehn bis zwölf Personen aufgestellt, wir Jungen suchten das Waldgebiet – besonders Schonungen – ab, wo Soldaten getötet worden waren. Auch Schützengräben wurden für die Gefallenen genutzt. Umbettungen wurden im Kampfgebiet nicht zugelassen und keiner durfte damals über das Gesehene sprechen! Russische Gefallene wurden abtransportiert und kamen auf Ehrenfriedhöfe nach Rheinsberg und Neuruppin.

Die Rote Armee selbst war ebenfalls bis zum 18. Mai 1945 täglich im Kriegswald vor Ort tätig. Waffen und Munition wurden bei Basdorf auf Halde gelagert. Panzer, ausgebrannte Fahrzeuge, Geschütze, Feldküchen, Flüchtlingswagen, Granaten für die Flak – alles, was im Waldgebiet zwischen Basdorf in Richtung Rossow bis Jagen 71 und von

Basdorf in Richtung Rossow bis zu den Wehbergen infolge der Kämpfe zwischen dem deutschen Militär und der Roten Armee übriggeblieben war, wurde auf Transporter geladen.

Die Eingrabungen dauerten bis zum 18. Mai 1945. Trotzdem wurden auch später laufend Skelette in diesem Kriegswald zwischen Basdorf und Gadow beim Holzeinschlag gefunden. 1947, zum Beispiel, die zwei SS-Männer Hinzert und Van-der-Wyer. Die Erkennungsmarken wurden in Kassel identifiziert. Wir Basdorfer Jungen haben auch sieben deutsche Soldaten auf unserem Friedhof in Basdorf beigesetzt.

Die Erkennungsmarken der bei Basdorf Gefallenen bekam der Bürgermeister. Weitere Erkennungsmarken von Gefallenen im Kriegswald zwischen Basdorf und Rossow-Gadow mussten an die Basdorfer Kommandostelle der Roten Armee abgegeben werden. In unserer Gruppe war der sechzig Jahre alte Franz Schwertfeger dafür verantwortlich. Franz Schwertfeger musste täglich über die Eingrabungen im Kriegswald Meldung machen. 1946 wurde er aber von der GPU abgeholt und starb am 17. Juli 1947 in Bautzen: Er war der Meinung gewesen, dass die Erkennungsmarken an das Deutsche Rote Kreuz übergeben werden müssten und hatte nicht alle Marken an die Russen abgeliefert.

Erst nach Abzug der GUS-Streitkräfte Ende August 1993 aus der Kyritz-Ruppiner Heide durfte ich darüber sprechen, was am Ende des Zweiten Weltkrieges vom 1. bis 3. Mai 1945 in diesen damaligen Kriegswald geschehen war. Im September/Oktober 1993 war ich mit Pressevertretern auf dem ehemaligen russischen Übungsgelände und berichtete über das damalige Massaker sowie über das vierzig Jahre lang dauernde Schweigen.

Das erste Mahnkreuz wurde zum Volkstrauertag am 14. November 1993 an der Strasse von Neuglienicke in Richtung Gadow an Jagen 71 für die Opfer vom 1. Mai 1945 mit Genehmigung aufgestellt. Vorher berichteten Willi Schiede (auch aus Basdorf) und ich auf einer Pressekonferenz im Berliner Reichstag über das Geschehen auf dem damaligen Kampfgebiet in der Kyritz-Ruppiner Heide vom 1. bis 3. Mai 1945.

Am 1. Mai 1994 wurde die Mahn- und Gedenkstätte an der Verbindungsstrasse von Basdorf in Richtung Rossow an Jagen 62, im Mittel-



Horst Bredlow, Augenzeuge des Massakers in den letzten Kriegstagen
Foto: Marc Hufnagel (Ruppiner Anzeiger)

punkt des Massakers, auch mit Hilfe der Bürgerinitiative FREIE HEIDE, hergerichtet und mit 31 Birkenkreuzen sowie einem Eichen-Relief nach einem Barlachmotiv eingeweiht. Hans-Hermann Degner fertigte das Eichen-Relief mit der schlichten Mahnung zweier Schutzsuchender. Auf dem Denkmal ist ein Feuerbecken zur Mahnung der Toten angebracht.

Dr. Heinz Nürnberg setzte sich sehr für das Gedenken an diese Kriegsoffer ein. Er hat die Gedenkstätte in Basdorf, die nach einem Original in Russland gestaltet ist, angeregt und sich auch um die Ausführung gekümmert. Dieses Basdorfer Denkmal sowie die Gedenkstätte auf dem ehemaligen Bombodrom bilden eine Einheit zum Kriegsgeschehen um den 1. Mai 1945.

Es gab und gab keine Ruhe – das Nachkriegsgeschehen von 1945 bis 1950

Nach dem 25. Mai 1945 zogen russische Soldaten-Pferdetransporter und Trompeter Richtung Osten durch die Heide und durch Basdorf. Danach kamen grosse Rinderherden, begleitet von Viehtreibern und russischen Reitern. Auch Basdorf wurden das gesamte Vieh und die letzten Pferde genommen. Wochenlang zogen Russen, Polen, Serben und Rumänen mit Pferdegespannen nach Osten. Getreide, Fahrzeuge, Hausrat – alles wurde als Beutegut genommen. Wir standen alle vor dem Nichts. Sämtliche Betriebe wurden demontiert, die Bahnstrecke von Flecken Zechlin nach Rheinsberg abgerissen. Unser Waldgebiet in Richtung Gadow-Hammelstall wurde abgeholt, die Sägewerke verarbeiteten Tag und Nacht Bauholz; Tausende Kubikmeter Schwellen wurden für Bahnschienen geschnitten und bis nach England und nach dem Osten abtransportiert. Als die Heide gelichtet war, wurden die Sägewerke abgebaut und abgerissen. Von Waldbränden zog der Qualm durch unser Dorf, keiner wusste, was die Rote Armee in dieser Heide vorhatte, keiner durfte etwas sagen. Männer und junge Leute wurden für immer abgeholt! Wo sind sie geblieben?

Das Bombodrom – von 1950 bis 1994

1950 kam noch einmal eine böse Überraschung: Durch die Siegermacht wurden der russische Übungsplatz für Artillerie und Panzer sowie das Bombodrom eingerichtet. Damals wurde mit Kleinkaliber bei Tag geübt, danach wurden Flugzeuge bei Tag und Nacht eingesetzt. Alles änderte sich in kurzer Zeit, als die Panzer durch unsere Dörfer rasend die Strassen, Wald- und Feldwege zu einer Kraterlandschaft zerfuhren. Laufend wurden durch Zielverfehlungen Granaten und Bomben dicht bei Basdorf und auf dem Grundstück der Försterei abgeworfen. Lenkraketen explodierten am Dorfrand, eine sogar in Basdorf! Unser Leben wurde in den Jahren zur Hölle, wir waren in Angst und Schrecken, fühlten uns bei Tag und Nacht attackiert. Ebenso wurden wir durch Flugzeugabstürze belastet, doch keiner durfte etwas sagen. Unsere Wohnhäuser und Gebäude bekamen durch über vierzig

Jahre Kriegsübungen Schäden. Scheunen stürzten ein, Zimmerdecken rissen ab und vieles mehr. Dafür gab es keinerlei Entschädigung. Wir Einwohner von Basdorf bekamen ebensowenig Schutz vom Forstbetrieb Altruppin. Das Waldgebiet, die Jagen 201, 88 und 89 wurden rücksichtslos abgeholzt. Diese Schutzstreifen hatten vorher unser Dorf gegen die Bomben-Druckwellen abgesichert. Es wurden zwei Eingaben wegen dieser Belastungen durch Bomben eingereicht, 1987 und 1988. Zur ersten kam keine Antwort, zur zweiten wurde erklärt, «die starke Druckwelle im Dorf ist wegen des abgeholzten Schutzwaldes. Das war ein Fehler», und zugleich wurde festgestellt, dass die Rote Armee nur kleine «Übungsbomben» werfe. Der Schwarze Peter wurde auf die Polen, Rumänen, Ungarn und so weitergeschoben.

Durch die GUS-Streitkräfte wurde von 1991 bis 1993 auf dem Übungsplatz noch laufend wagenweise Munition mit gewaltigen Detonationen gesprengt. Dadurch traten an unseren Häusern und Gebäuden ebenfalls bleibende Schäden auf. Unsere Strasse wurde über vierzig Jahre durch schwere Militärfahrzeuge befahren, aber nichts investiert.

Noch am 16. Januar 1994 wurde die Schiessplatzgrenze bis auf fünfhundert Meter vor Basdorf vorverlegt: Der Forstbetrieb hat im Alleingang mit der Bundeswehr vom Basdorfer Gemeindegebiet einen grossen Teil abgezweigt – weitere zirka zweihundert Hektar wurden entwendet. Doch wir wissen immer noch gut, wo die Grenze über vierzig Jahre lang endete!

Bericht über ein Gefecht in der Kyritz-Ruppiner Heide zwischen Kräften der deutschen und russischen Armee am 1. Mai 1945

Ilse Buchner

Ich wohnte als Kind seit 1926 mit meinen Eltern (Arno und Frieda Koch geb. Pietsch) in Neuruppin. Mein Vater wurde 1939 in die deutsche Armee eingezogen. Daher lebte ich am Ende des Zweiten Weltkrieges allein mit meiner Mutter.

Innerhalb der Familie bestand die Vereinbarung, dass bei Verlust unserer Wohnung oder bei Auseinandergeraten aus anderen Gründen unser fester Anlaufpunkt die mit uns befreundete Familie Boddin in Wittstock sei.

In den letzten Kriegstagen wurden auch wir ausgebombt. Als auch unsere Unterkunft bei Freunden am 20. April 1945 in der Rosa-Luxemburg-Strasse getroffen wurde, kamen wir in einer Notunterkunft in Neuruppin unter. Meine Mutter und ich machten uns daher, wie vereinbart, am frühen Vormittag des 1. Mai 1945 auf den Weg nach Wittstock. Ausser einer neuen Unterkunft hofften wir auch, Näheres über Vater zu erfahren, der zu dieser Zeit in Dossow bei Wittstock zusammen mit ukrainischen Kriegsgefangenen einen dort bereitgehaltenen Munitionszug bewachen musste.

Jede mit einem Fahrrad ausgestattet, fuhren wir nur bis Storbeck auf der Chaussee und verliessen sie dann wegen der ständig zu befürchtenden Angriffe amerikanischer Tiefflieger. Unser relativ breiter Weg verlief etwa parallel zur Chaussee, also vorbei an Frankendorf in Richtung Gadow. Da die Gegend zwischen Storbeck, Frankendorf und Gadow mir vertraut geblieben ist, sind nur unwesentliche Abweichungen meiner Erinnerung von den historischen Gegebenheiten zu erwarten.

Nach etwa 15 Minuten Fahrradfahrt durch den Wald nordwestlich von Storbeck begegnete uns ein nicht enden wollender Strom von Flüchtlingen – je weiter wir kamen, umso mehr wurden es. Ich schätze, dass uns auf diesem Abschnitt des Waldweges in der darauffolgenden halben Stunde etwa hundert Flüchtlingstrecks mit je fünf bis zehn Leuten (meist drei oder vier Erwachsene und dazu vier bis sechs Kinder) begegneten. Neben dem Weg gingen beidseitig Wehrmachtssoldaten zu-

sammen mit den Trecks zurück. Uns wurde von mehreren Flüchtlingen und einem Offizier dringend abgeraten, in unsere Richtung weiterzugehen, da die Russische Armee schon in Wittstock sei und sie von dort ja gerade kamen.

Weil der Gefechtslärm allerdings überall zu sein schien und meine Mutter nichts anderes in dieser Situation wusste, gingen wir weiter in Richtung Wittstock, dem gesamten Flüchtlingsstrom entgegen.

Gegen zehn Uhr vormittags, wahrscheinlich auf der Höhe Neuglienicke-Rosow, wurde unser Wegabschnitt plötzlich direkt beschossen – mit Maschinengewehr vermute ich, denn einzelne Leute in unserer unmittelbaren Nähe wurden getroffen, starben ... Mit uns auf diesem Wegabschnitt waren (grob geschätzt) zweihundertfünfzig oder dreihundert Leute, Frauen, Kinder, Alte, viele mit Pferdewagen. Die Soldaten begannen, auf die in Richtung Wittstock nachrückenden Russen mit Maschinengewehren zu schießen. Die Leute versuchten, Schutz unter den Pferdewagen zu finden, aber gerade das war möglicherweise ihr Untergang.

Genauer ist mir aber nicht bekannt, da meine Mutter und ich in der ersten kleinen Gefechtspause mit den Fahrrädern sofort in die Büsche flüchteten und so schnell wie möglich in Richtung Neuruppin flohen. Ich erinnere mich genau, dass wir nach einiger Zeit in Frankendorf ankamen und von dort auf der Strasse bis zur Chaussee in Richtung Neuruppin fuhren. Mittags kamen wir dort an und fuhren über Kränzlin noch am selben Tag mit dem Fahrrad bis an die Elbe. (Mein Vater war in einem Armeetransport zufälligerweise dort eine Stunde vorher eingetroffen und geriet hinter der Elbe später dann in amerikanische Gefangenschaft.)

Die Gedenkstätte für die Kriegsoffer auf dem Bombodrom

Hans-Hermann Degener

Man schrieb den 2. Januar 1994, als Dr. Heinz Nürnberg aus Altruppin den Teilnehmern der Bürgerinitiative FREIE HEIDE am ersten Protestmarsch des neuen Jahres den Vorschlag machte, eine Gedenkstätte für Kriegsoffer in der Heide, mitten auf dem ehemals russischen Bombodrom, errichten zu wollen. Er warb dafür, an historischer Stelle zum Gedenken an die Todesopfer der letzten Kriegstage von 1945 hier eine schlichte Totengedenkstätte mit Birkenkreuzen nach Art der Soldatengräber vom März 1944 bei Witebsk in Weissrussland zu errichten.

Er wusste, wovon er sprach, war er doch selbst als Soldat und Veterinär dort in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Er sah den Tod, das Leiden, den Stacheldraht, die offenen Gräber und die nackten Lagertoten in Wologda und anderswo. Bilder, die ihn nie wieder losliessen. Nie wieder Krieg, nie wieder Kriegübungen, nie wieder Vorübungen für das Grauen, schworen er und viele seiner Kameraden als Überlebende des Elends nach 1945. Nur halten liess sich ihr Schwur nicht so einfach.

Die Sieger selbst sorgten dafür, dass wieder Schweigen, Dulden und Erdulden bis zum Tage der Freiheit nötig waren. Ganze 142 Quadratkilometer militärfreier märkischer Heide waren 1945 plötzlich abgeholzt oder verbrannt zum neuen russischen Bomber- und Panzerübungsgelände umfunktioniert worden. Hier entstand das so genannte Bombodrom, hier, wo in den letzten Kriegstagen noch so viele Menschen, sinnlos geopfert, ihr Leben lassen mussten.

45 lange Jahre nervten danach Tag und Nacht der Lärm und die Gefahr durch MIG-Jäger und Bombendetonationen die Generationen, die sich so bedroht noch immer im Kriegszustand wähen mussten. Nach dem Abzug der russischen Streitkräfte hat unerwartet nun die Bundeswehr in der Nato ihr Auge auf das so schön vorbereitete und erprobte Kriegsübungs-Areal geworfen. Betreten verboten – es wird weiter geschossen. Wenn's denn geht und auch juristisch abgeseget ist. Das hat hier kein ehrlicher Kriegsgegner erwarten müssen. In dieser mär-

kischen Heide war doch für eine nun zwar immer geringer werdende Zahl von Zeit- und Augenzeugen die blutige Spur der letzten Kriegstage noch gar zu frisch im Gedächtnis. Die Kriegstoten sollten endlich ihre Ruhe haben. Es war Zeit, der Schwur von 1945 sollte eingelöst werden.

Im März 1994 trat Dr. Nürnberg an mich mit der Bitte heran, seinen Gedanken zur geplanten Gedenkstätte Gestalt zu verleihen. Er wusste, dass meine Mahnsäule «Auf dem Wege zur Freien Heide» in Schweinrich im November 1993 mutwillig zerstört worden war und ich mich bereit erklärt hatte, noch einmal neu an die Arbeit zu gehen. Ein roh behauener massiver Eichenblock von zwei Metern Höhe und jeweils sechzig Zentimetern Breite und Tiefe lag schon auf dem Hof. Das gemeinsame, neue Vorhaben konnte beginnen.

Alle Veranstaltungsplanungen Dr. Nürnbergs waren sorgfältig vorbereitet. Als Termin für die Einweihung der Gedenkstätte hatte er den 1. Mai 1994 vorgesehen.

Gegen drei Uhr morgens, noch in der Dunkelheit, setzte sich die Gruppe von etwa fünfzig Mitstreitern Richtung Zentrum Bombodrom unerkannt und ohne Aufenthalt in Marsch. Birkenkreuze, Mahnmal, Pflanzgut, Giesswasser und all das Werkzeug lagen bereit und wurden auf Fahrzeuge und Hänger verstaut und mitgeführt. Gegen sieben Uhr früh waren alle Aufbauarbeiten vollbracht. Ein etwa fünf Meter hohes Birkenkreuz, umgeben von dreissig kleineren Geschwistern bildete den Rahmen für die Anpflanzungen von Heide-typischen Jungbäumen und Gewächsen aller Art. Im Zentrum, zum Zufahrtsweg ausgerichtet, stand nun die Stele mit dem Relief der schützenden Mutter mit Kind nach Ernst Barlach, dem Motiv des Hamburger Ehrenmals.

Die Flammen des Feuerbeckens schlugen in den eisigen Morgenwind. Ein Platz des Friedens und Gedenkens war nach dem Willen und den Vorstellungen eines Kriegsveteranen entstanden. Der Chronist Benno Rougk schrieb am 2. Mai 1994 im Ruppiner Anzeiger: «Schweigend stehen irgendwann alle Beteiligten vor dem Mahnmal. Jede Heiterkeit ist dem Gefühl gewichen, dass hier der gewaltsame Tod geherrscht hat. Ich hoffe, dass uns künftig die Wachschrützer hierher lassen, um die Pflanzen weiter zu giessen. Ansonsten sollen an diesem Platz nur

Ruhe und Besinnung herrschens beschwört Nürnberg die, die eigentlich gar nicht da sind, die hier wieder Tiefflieger ihr Unheil treiben lassen wollen. Stille Birkenkreuze und Friedhofspflanzen inmitten des Heidekrautes – irgendwann beginnt jemand zaghaft ein Vaterunser zu beten. Leise fallen andere ein, der Schluss des Gebetes klingt fast laut, in jedem Falle aber deutlich in den erwachenden Tag.»



Herbst 1999, Erneuerung der Mahn- und Gedenkstätte
Foto: Helmut Schönberg



Foto: Helmut Schönberg

Chronik der Mahn- und Gedenkstätte für die Kriegsoffer

1. Mai 1994

Die Gedenkstätte wird eingerichtet.

6. Mai 1994

Im Wahljahr 1994, noch unter Bundesverteidigungsminister Volker Rühe – das Echo der Bundeswehr ist beschämend. Als «nur eine Ansammlung von Holzkreuzen» bezeichnet Bundeswehroberst Eckhard Jantzen den neu erstandenen Friedhof auf dem Truppenübungsplatz inmitten des noch immer nicht von russischer Munition beräumten Umfeldes. Er spricht der Gedenkstätte auf dem Bombodrom jegliche Legitimation ab, da er sogar anzweifelt, dass hier zum Kriegsende überhaupt Blut geflossen sei. Das Betreten des Truppenübungsplatzes zu Pflegemassnahmen und Ähnlichem hat er sofort mit Befehlsgewalt verboten.

8. Mai 1994

«Trotz Verbot Kränze auf dem Bombodrom. Kreistag kam – Bundes-

wehr fehlte.» So kommentiert der Ruppiner Anzeiger die Kranzniederlegung des mutigen Landrates Christian Gilde mit einer Kreistagsdelegation auf dem Gedenkfriedhof trotz eines Verbotes von Bundeswehroberst Jantzen.

10. Mai 1994

OPR-Presse: «Jantzen droht mit rechtlichen Schritten. Bundeswehroberst erwägt Klage gegen Landrat Gilde. Problematik hat politische Dimension erreicht. Vorbildcharakter gefürchtet. Kommandeur verurteilt Kranzniederlegung auf dem Bombodrom.»

August 1994

Kanzlerkandidat Rudolf Scharping (SPD) erklärt vor fünfhundert Protestwanderern gegen das Bombodrom: «Wenn wir nach der Wahl die Mehrheit im Bundestag haben, dann wird das hier nicht mehr Truppenübungsplatz sein.» Heute ist er selbst Verteidigungsminister und dieses Versprechen bis heute noch nicht von ihm eingelöst worden.

1. Mai 1995

Presse vom 2. Mai 1995, Altkreis Neuruppin: «Basdorf: Dreihundert Menschen auf Truppenübungsplatz. Drohung der Bundeswehr konnte Demonstranten nicht aufhalten: Gedenken an Opfer von Krieg und Gewalt. Altbischof Dr. Gottfried Forck bedankte sich in seiner Ansprache für die Zivilcourage der Teilnehmer. Zum ersten Mal hat es eine so grosse Demonstration auf dem Gelände gegeben. Forck: Protest muss deutlich sein – aber ohne Gewalt. Denn auf der Gewalt liegt kein Segen. Die Opfer mahnen uns, alles zu tun, dass nie wieder Krieg und Gewalt möglich werden. Barbara Übel aus Berlin stellte ein neues Birkenkreuz in Erinnerung an eigene Erlebnisse am Ende des Krieges auf. Helmut Schönberg, Schweinrich: Man muss sich einfach nur mehr zutrauen.»

11. Juni 1995

Protokollauszug Dr. Nürnberg, am Rande der 28. Protestwanderung in Rossow: «Besuch des russischen Schriftstellers und Journalisten Leonid Potschewalow, Moskau, Mitinitiator der Mühlheimer Initiative auf

dem Truppenübungsplatz. Ab Schlagbaum Basdorf in Begleitung des Truppenübungsplatzkommandanten Oberstleutnant Engel, im Beisein der Herren Dr. Nürnberg und Dr. Domke, Landesbeauftragter für Konversion, Potsdam, sowie der Herren Degener und Horst Bredlow, Zeitzeuge, Basdorf. Besichtigung der Gedenkstätte auf der Platzmitte. Überreichung eines Erinnerungsfotos der Anlage an den russischen Gast. Ausführliche Diskussion mit Oberstleutnant Engel über die Problematik der Gedenkstätte im Rahmen der Mühlheimer Initiative als sichtbares Zeichen der Aussöhnung.»

November 1995

In der Lokalpresse findet ein heftiger Meinungsstreit über die Anzahl der Todesopfer zum Kriegsende auf dem späteren 142 Quadratkilometer grossen Bombodromgelände statt. Augen- und Zeitzeugenberichte werden in Zweifel gezogen. Landrat Christian Gilde wird neuer Kreisvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Im Vorstand vertreten sind neben Oberstleutnant Engel, Kommandant des Truppenübungsplatzes, Horst Born, Walsleben, und Pfarrer Thomas Elze, Karweese. Marlies Stegemann wird zur Geschäftsführerin bestellt. Die Presse titelt: «Keine Zeitzeugen mehr. Dem Volksbund läuft die Zeit weg. Keine weitere Suche nach Kriegstoten. Weil das Übungsgelände später von der Roten Armee genutzt wurde, konnten Grabfelder nicht markiert werden.» Für Probegrabungen sei das Gelände zu gross, so Gilde im November 1995.

Lasst die Toten ruhen, schreibt Dr. Heinz Nürnberg und von Engeln und einem verbotenen Land H.-H. Degener, der seine Gedanken über Kriegsgräberehrungen, freie Landschaften und die Bundeswehr offenlegt.

1. Mai 1996

Am Ortseingang in Basdorf wird ein Mahnmal mit der Inschrift «Für den Frieden – den Menschen des 21. Jahrhunderts» eingeweiht. Altbischof Forck spricht Worte des Gedenkens. Das kupferne Mahnmal in Form eines vierblättrigen Kleeblattes ist seinem Grossen Bruder aus Bronze nachempfunden. Dieser steht am Kilometer 72 vor Moskau.

Hier endete der deutsche Vormarsch in Russland. Die Idee für Basdorf geht wieder auf Dr. Nürnberg und die Mühlheimer Initiative zurück, die in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mühlheim steht und für die Helmut Domke die Worte zur Einweihung sprach. Von nun ab haben beide, das Gedenken und die Mahnung, würdige Stätten zur Ehrung der Kriegstoten in heimatlicher wie auch in fremder Erde gefunden.

Auch **1997** und **1998** finden zu verschiedenen Zeitpunkten immer wieder Menschengruppen zu Protestaktionen den vier Kilometer langen Weg direkt zur Gedenkstätte der Opfer in der Heide bei Basdorf oder zur Mahnstätte für den Frieden gleich am Dorfeingang.

9. Mai 1999

54. Protestwanderung ab 14 Uhr ab Neuglienicke. Besuch der Gedenkstätte auf dem ehemaligen Bombodrom.

31. Oktober 1999

57. Protestwanderung auf dem Weg zur Freien Heide, 14 Uhr ab Basdorf. Hierbei werden im Anschluss an die Protestdemonstration von mindestens zweihundert Mitgliedern und Sympathisanten der Bürgerinitiative FREIE HEIDE auf der Gedenkstätte auf dem Bombodrom etwa dreissig marode Birkenkreuze ausgetauscht oder erneuert. Das geht der Bundeswehr zu weit. Mit Brief vom Dezember 1999 teilt Truppenübungsplatzkommandant Engel Herrn Bürgermeister Schönberg in Schweinrich mit, dass aus Sicherheitsgründen bis spätestens zum 31. Januar 2000 nun endlich der Standort der Gedenkstätte von allen dort befindlichen «Gegenständen» zu beräumen sei.

Dieses Ansinnen wird am 1. Januar 2000 in Schweinrich an der Mahnsäule bei der ersten Aktion der Bürgerinitiative im neu beginnenden Jahrtausend bekanntgegeben. Grosser Protest lässt nicht lange auf sich warten.

«Mahnstätten verlegt man nicht – BI erteilt Oberstleutnant Engel eine Abfuhr», überschreibt der Ruppiner Anzeiger seinen Artikel vom 10. Januar 2000. Gedenken habe nur dort Sinn, wo die Gräueltaten wirklich geschahen.

5. Februar 2000

Ruppiner Anzeiger: «Bahr redet Scharping gut zu. Mahnstätte in der Kyritz-Wittstocker Heide darf vorerst bleiben.» Jetzt sollen die Kreuze bleiben, bis über die rechtliche Lage des Bombenabwurfplatzes gerichtlich entschieden wurde. Laut Mitglied des Bundestages Ernst Bahr (SPD) will das Verteidigungsministerium eine Untersuchung einleiten. Damit wolle sich das Ministerium Klarheit über das Vorhandensein der Kriegsgräber verschaffen. Derzeit gäbe es dazu widersprüchliche Informationen, heisst es in der Erklärung von Bahr.

8. Februar 2000

«Hakenkreuze verschandeln Mahnmal. Mahnkreuz geschändet. Unvorstellbarer Anlass. Entsetzen über Zerstörung. Heute Protest in Basdorf. 30 Birkenkreuze herausgerissen.» Das sind die letzten Schlagzeilen, welche die Gedenkstätte in der Presse macht. Vierzig Frauen und Männer machen sich auf den Weg, um sich persönlich vor Ort ein Bild zu verschaffen. Oberstleutnant Engel begleitet die Bürger in ihren Autos auf dem Wege zum Tatort. Nun wird alles erst einmal wieder aufgebaut und wohl auch durch die Bundeswehr besser bewacht werden. Wann endlich aber kommt nun der Tag des Friedens und der Ruhe für die Opfer, die im märkischen Sand und auf der Heide einst eilig und anonym verscharrt werden mussten?

Erfahrungen



Nicht wie die bissigen Hunde Gespräche mit Menschen der FREIen HEIDE

Petra Schirge

Sie ducken sich am Neujahrstag bei kaltem Regen unter ihre Schirme und prostern sich zu, stemmen sich mit ihren Transparenten bei kilometerlangen Wanderungen gegen den Wind, trotten mit Kind und Kegel in der Sommerhitze über staubige Wald- und Heidepfade, lauschen Rednerinnen und Rednern, manchmal auch Politikerinnen oder Politikern und Musikgruppen – und das zur besten Sonntagsmittagsschlafzeit. In langen unbezahlten Sitzungsstunden brüten sie über Ideen und praktischer Umsetzung, setzen Zeit, Geld, Kontakte, handwerkliches Können, Phantasie, Geduld und oft auch Mut ein, um eine zivile Kyritz-Ruppiner Heide zu erreichen.

Einige, wie unsere Familie auch, sind seit über acht Jahren schon dabei. Anfangs meinten wir, noch unter dem Eindruck der Wende, mit ein paar Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Lichterketten hätten wir die Heide innerhalb eines Jahres frei von militärischer Besatzung. Auch das zweite Jahr der Bürgerinitiative stand noch unter der Erwartung «Bald haben wir's geschafft».

Dann machte sich allmählich Ernüchterung breit. Bisher hatte die schweigende Mehrheit, auch wenn sie sich nicht zum öffentlichen Mitgehen entschliessen konnte, die Aktivitäten gegen das Bombodrom mit Wohlwollen betrachtet. Nun plötzlich tauchte die Frage nach dem Sinn des Ganzen auf. Im Gespräch mit den Nachbarn am Gartenzaun, mit den Verwandten beim Familienfest, auf dem Marktplatz während einer Unterschriftensammlung, aber sicher auch sich selbst gegenüber im stillen Kämmerlein: Warum noch weitermachen, es bringt doch nichts, die Bundeswehr sitzt doch sowieso am längeren Hebel!?

Diejenigen, die fragten, fühlten sich möglicherweise durch den ausbleibenden schnellen Erfolg in ihrer Skepsis und Zurückhaltung bestärkt, möglicherweise auch enttäuscht in ihrer Hoffnung, sie distanzieren sich. Wer sich selbst fragte, stellte sich damit vermutlich den eigenen Zweifeln und Enttäuschungen, vielleicht zu gewissen Zeiten auch der Angst, zu verlieren und sich lächerlich zu machen. Hinzu

kam, dass es auch innerhalb der Bürgerinitiative manchmal nicht ganz einfach war, konstruktiv miteinander umzugehen.

Ich selbst fühlte mich von solchen skeptischen Fragen sehr getroffen. Auf der Suche nach einer angemessenen Reaktion wurde mir klar, dass die «Miesmacher» in uns Protestlern Leute sehen, die angestrengt, verbissen und unter grossen Verzichten (beispielsweise regelmässig aufs Sonntagnachmittagfreizeitvergnügen) ihrem Ziel entgegenkämpfen – und meine eigene Sicht auch von diesem Bild geprägt und vernebelt war.

Die Frage «Was treibt dich an? Was motiviert dich, soviel Energie in diese Sache zu investieren, deren Erfolg nicht sicher ist? Welchen Gewinn hast du davon?» stellte ich mir doch selbst.

Meine eigene Antwort setzt sich zusammen aus der Befriedigung darüber, im Einklang mit meinen Wertvorstellungen handeln zu können, dem Spass an den gemeinsamen Wanderungen und phantasievollen Aktionen, überhaupt der Bereicherung, die mein Leben durch die Bürgerinitiative erfährt.

Ich trat jedoch auch mit der Frage, was das Engagement in der BI für ihr Leben bedeute, an einige Menschen, die in der BI aktiv sind, heran. Spannend fand ich, wie andere Menschen das für sich sehen und ausdrücken würden und was für ein Bild von der Bürgerinitiative sich daraus wiederum entwickeln würde. Die Antworten sind vielfältig und jeweils ganz persönlich geprägt. Sie zu hören, vermittelt eine Ahnung von den Quellen, aus denen Jahr um Jahr die Energie dieser Bürgerinitiative gespeist wird. Es waren Gespräche, deren Ernsthaftigkeit mich oftmals sehr berührte, und sie waren lang, denn die Entscheidung, für eine friedliche Nutzung der Heide tätig zu werden, hatte bei jeder/m Gesprächspartner/in Wurzeln in der Lebensgeschichte.

Ich danke allen, die sich mit mir unterhalten haben, für ihre Offenheit und ihr Vertrauen!

Brigitta Kühn

Frau Kühn regelt die finanziellen Angelegenheiten der BI und bewältigt einen grossen Teil der zeitaufwendigen Arbeit, Einladungen und Informationen zu verschicken.

Was hat mich eigentlich veranlasst, gegen den Schiessplatz mitzumachen?

Darüber habe ich noch keine grossen Überlegungen angestellt. Wir sind damals, 1992, spontan hingegangen nach Schweinrich, als die erste Demo war, kamen nur zu Besuch zu meinen Eltern und waren selbst gar nicht unmittelbar betroffen. Meine Eltern dagegen haben hier schlimme Zeiten erlebt. (*Spontan*) Das ist es! Die Kindheitserinnerungen! Mit 14 Jahren, 1954, war ich zu Besuch bei meiner Tante in Frankendorf. Ein fehlgeleitetes Panzergeschoss landete im Haus. So etwas ist hier öfter passiert, nur gingen die Geschosse meistens in die Gärten, Wiesen und Felder. Die Schiessübungen vom Schiessplatz Storbeck gingen direkt übers Dorf. Zu diesem Zeitpunkt war ich allein im Haus meiner Tante und dachte, das Haus brennt. Ich wurde durch herabfallende Steine verletzt und hatte einen Schock, lag dann 14 Tage im Krankenhaus. Danach konnte ich aus Angst meine Ferien lange nicht in Frankendorf verbringen.

Wenn du mich fragst, warum ich das mache: Ich will einfach nicht, dass hier geübt wird und die Menschen die Lärmbelastungen ertragen müssen, die Lebensqualität nimmt dadurch grossen Schaden. Viele leben wieder gern auf dem Lande, wir ja auch. Ich liebe das Land und möchte, dass die Leute auch hier bleiben. Bedauerlich ist es, dass nicht noch mehr jüngere Dörfler bei der FREIen HEIDe mitmachen. Viele haben dazu keine Meinung. Ich frage sie: Wollt ihr euch später Vorwürfe von euren Kindern machen lassen, dass ihr nichts dagegen unternommen habt? Es scheint, dass das Interesse für die Allgemeinheit verloren gegangen ist.

Wir kamen 1989 nach Neuruppin, haben das Haus hier in Frankendorf 1995 ausgebaut und wohnen seitdem hier. Wir alle drei, mein Mann, meine Tochter und ich, standen von Beginn an hinter der FREIen HEIDe. Nicht dabei sein stand gar nicht zur Diskussion. Das Anliegen und die Gemeinschaft ist so wichtig für uns.

Mir sind besonders die Kontakte zu den Menschen sehr wertvoll, man kennt sich nicht nur, sondern kann trotz aller Verschiedenheit miteinander auch Sorgen teilen, man lernt sich schätzen. Das ist schon eine tolle Sache, wo doch zur Zeit vieles so auseinanderfällt. Wo andere

Verluste haben an Kontakten, haben wir Gewinn gemacht. Man lernt viele verschiedene Leute kennen: Einheimische, Zugezogene, Urlauber, Grossstädter (auch von weiter entfernt) ... mit unterschiedlichen Interessen, aber alle mit dem gleichen Anliegen: einer freien Heide!

Ohne die FREIE HEIDE hätte ich die Dörfer und die Menschen dieser Gegend so nicht kennengelernt, wäre nicht mit Horst Bredlow bekannt geworden oder hätte «alte» Bekannte wie Wolfgang Dicks nicht wiedergetroffen. Ich persönlich habe durch euch (Schirges) auch wieder Kontakt zur Kirche bekommen. Als Kind bin ich mal mit dem Pferdeschlitten zu meiner Verwandten nach Gadow «ans andere Ende der Welt» gefahren. Nun habe ich erst wieder durch die FREIE HEIDE das schöne Dorf wiedergesehen.

Selbst wenn wir gegen die Bundeswehr verlieren sollten, haben wir doch etwas erfahren und gelernt. Zum Beispiel habe ich das Gerichtswesen kennengelernt und auch, wie die Presse damit umgeht. Die Zeitung lese ich jetzt anders als früher. Ich habe ein anderes Verständnis für Öffentlichkeit bekommen.

Auf keinen Fall bin ich der Meinung, unsere Aktionen nützen sowieso nichts, schon jetzt haben sie acht Jahre Fluglärm verhindert und wir müssen weiterhin ausprobieren, was geht und was nicht geht. Analog der Fähigkeit zu schreiben beispielsweise oder sich im Beruf zurechtzufinden, so lernen wir, unser Recht wahrzunehmen, uns öffentlich hörbar zu machen.

Schliesslich wollen wir's jetzt wissen.

Heidelore Günther

Frau Günther ist Ansprechpartnerin für alles, was mit der Ausstellung über die FREIE HEIDE zu tun hat. Ausserdem verdanken wir ihr das Wissen, dass das Tieffluggebiet, in dem die Flughöhe bis auf dreissig Meter gesenkt werden kann, über die Schiessplatzgrenzen hinausreicht.

Beim Studium der Gerichtsakten fiel ihr der Begriff «ED-R 51» auf, dessen Bedeutung sich aus dem Text nicht erschliessen liess. Gesprächstermine mit Oberst Engel, dem Schiessplatzkommandanten vor Ort, brachten keine Klarheit. Erst eine Begegnung mit dem Kommandeur des Verteidigungsbezirks 84, Oberst Frank, den sie in Dorf Zechlin durch die Ausstellung der FREIEN HEIDE führte und auch auf ED-R 51 hin befragte, führte zu folgender Information: «Das Tiefflugge-

biet ist nicht mit den Platzgrenzen identisch. In diesem Gebiet darf die Flughöhe bis auf hundert Fuss (dreissig Meter) gesenkt werden.» (Zitat aus dem Brief von Oberst Frank an Frau Günther vom 9. September 1998) Bereich ED-R 51 ist also grösser als der geplante Truppenübungsplatz.

Neben anderen Orten befindet sich Neu Lutterow, Frau Günthers Wohnort, innerhalb dieses Gebietes.

Mit diesen Erkenntnissen bin ich in die Gemeindevertreterversammlung nach Flecken Zechlin gegangen und habe gefragt: «Was tun Sie als Vertreter für mich als Bürgerin, Sie sind doch verpflichtet, mein Leib und Leben zu schützen?» Manche sind daraufhin erst wach geworden. Es hat sich auch etwas getan, so wurde ein Ausschuss «Freie Heide» im Gemeinderat gebildet und der Bürgermeister hat sich brieflich an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Manfred Stolpe gewendet und die Landesregierung aufgefordert, die Gemeinde gegen den Schiessplatz zu unterstützen. Das war ein Punkt, an dem ich konkret etwas tun konnte. Die Entwicklung in Deutschland, vor allem der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee, macht mir Angst, ich möchte das nicht. Man hat die Verpflichtung, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, wenn man sich dazu in der Lage fühlt und die Tragweite erkennen kann. Gut ist es dann, einen konkreten Punkt zu haben, an dem man sich einsetzen kann. Ich möchte nicht, dass die Bundeswehr den Wohlstand der Deutschen gegen andere Staaten «verteidigen» muss.

Ich persönlich könnte ganz gut ohne die Bürgerinitiative leben und wüsste mit meiner Zeit durchaus auch was anderes anzufangen, aber es ist notwendig, dort mitzuarbeiten, denn ich will erstens nicht am Militärgelände wohnen, auf dem Bombenabwürfe trainiert werden, zweitens überhaupt weniger Militär und zweifle drittens seit dem Kosovo-Krieg noch stärker am Sinn von militärischen Einsätzen zu «humanitären» Zwecken. Wäre vorher auf internationaler diplomatischer Ebene besser gearbeitet worden, hätte der Krieg vermieden werden können. Im ehemaligen Jugoslawien hat sich gezeigt, dass die grösste Bedrohung der Bevölkerung die eigene Armee ist.

Ich habe mir geschworen, die Demokratie, die sich mir nach der Wende bietet, auch zu leben und meine rechtsstaatlichen Möglichkeiten zu nutzen. Ich will mich nicht ausserhalb der gesetzlichen Möglichkeiten stellen, aber ich will alle Möglichkeiten nutzen, meine Rechte als Bürgerin von Neu Lutterow wahrzunehmen. Wenn es sein müsste, würde ich wohl auch zivilen Ungehorsam üben, aber eben gewaltfrei.

Bei Diskussionen über die Nazizeit habe ich meine Eltern auch gefragt: Wie ging es euch damals, was habt ihr dagegen getan? Und sie haben geantwortet: Das, was wir konnten, haben wir getan. Sie haben auch jüdischen Freunden geholfen. Mein Vater hat's geschafft, in den Krieg damals nicht involviert zu werden, durch eine AEG-Freistellung.

Beide Eltern waren jahrelang Mitglieder der SPD-Westberlin, obwohl sie im Osten wohnten. Ich habe das als Kind ja mitbekommen, es war immer furchtbar konspirativ, sie bekamen auch die entsprechende Zeitung, sie hiess «Die Berliner Stimme». Mein Vater war kein leitender Funktionär, sondern nur ein kleiner Arbeiter. Ich habe gern mit ihm politisch diskutiert. Er hat mich das kritische Hinterfragen gelehrt. Während der Zeit bei den Pionieren und in der F DJ war Thälmann mein Vorbild, weil er sich dafür einsetzte, dass Kinder zur Schule gehen können und nicht arbeiten gehen müssen.

Wenn mich jemand fragt: Was hat der ganze Protest der FREIen HEIDE nun gebracht? Dann sage ich immer: Bisher acht Jahre Ruhe für euch! Und mir persönlich? Wie gesagt, ich brauche die BI nicht, aber ohne das hätte ich viele andere Leute nicht kennengelernt. Das ist schon eine Bereicherung. Die Arbeit in der Bürgerinitiative ist interessant. Manchmal habe ich so meine Probleme mit dem «wirren Haufen» BI und denke, mit strafferer Lenkung würde mehr herauskommen. Es gibt allerdings ein grosses ABER: Es arbeiten alle freiwillig mit und entscheiden selbst, was sie machen. Vielleicht werden deshalb kleinere Schritte gegangen, doch es wird dadurch auch bunt und gut. Ich finde, man muss sich um die Dinge kümmern, die einen angehen und auch um die Mitmenschen, das ist menschengemäss!

Susanne Schindler

Frau Schindler stammt aus München und lebt seit 1992 mit ihrer Familie in Neuruppin. Sie und ihr Mann gehören zu denen, die regelmäßig mit der FREIen HEIDE protestwandern. Drei der vier Kinder sind meistens mit dabei.

Für mich war es sehr überraschend, dass es hier so etwas wie die Bürgerinitiative gibt. Ich hatte das Gefühl, das ist was ganz Besonderes, was da stattfindet. Für mich war damals alles hier noch neu und fremd und so habe ich mich gefreut, dass es hier so viele Menschen gibt, die sich für die Gründung einer solchen Initiative einsetzen.

Diese Demonstration damals in Schweinrich war etwas sehr Vertrautes, ich fühlte mich an Wackersdorf erinnert. Sie hatte auch etwas sehr Zuversichtliches und gab mir Vertrauen in einen guten Ausgang der Sache. Wegen der kleinen Kinder war klar, wir würden nicht so intensiv mitmachen können, hingehen aber wollten wir auf jeden Fall. Ich finde gut, dass sich diese Form von Protest entwickelt hat, an der wir uns als Familie beteiligen können. Wir haben dadurch eine Menge Leute kennengelernt und ganz nebenbei sind diese Wanderungen auch eine schöne Sonntagsgestaltung. Vieles von der Landschaft und der Gegend hier hätten wir ohne die Protestwanderungen nie gesehen, da wären wir sicher nie hingefahren. Ich mag die Landschaft hier und spüre, wie der Protest der Menschen neben der Ablehnung des Militärischen vor allem von der Liebe zur Landschaft, zu dem Leben, das da stattgefunden hat und wieder stattfinden könnte, geprägt ist.

Ganz bewegend ist mir ein Sonntag in Erinnerung, als wir mitten in der blühenden Heide wanderten. Alle pflückten Sträusse und ein älterer Mann erzählte davon, wie es früher hier war, Geschichten der Landschaft, von dem Ort, an dem ein alter Einsiedler gewohnt hatte, eine Försterei gewesen war. Er stand da inmitten der Heide und sang «Von guten Mächten wunderbar geborgen». Mir liefen die Tränen.

Die Art, wie die Bürgerinitiative agiert, finde ich angenehm: Immer wieder sind es nette kleine Ideen, die da geboren werden und die Aktionen zu etwas Lebendigem machen. Und immer wieder ist etwas dabei, was Spass macht, was neu ist.

Es wäre für mich eine grosse Enttäuschung, wenn die zivilen Klägerinnen den Prozess verlieren würden. Es hiesse, dass man mit einem friedlichen, kreativen Protest nicht durchkommt, und ich glaube, ich würde dann radikaler werden.

In München haben wir in der Nähe eines Militärflughafens gewohnt, das war schrecklich. Die Kinder sind schreiend vom Garten hineingerannt, wenn die Maschinen darüber flogen, man konnte nicht telefonieren, jede Unterhaltung war dann gestört. Am Anfang dachten wir, wenn das hier mit dem Schiessplatz so kommt, müssten wir unsere Koffer packen, wieder wegziehen.

Meine Beweggründe, mich zu engagieren, sind wohl die Liebe zum Leben und der Wunsch, die guten Seiten zu verteidigen, zu bewahren. Letztendlich gibt es in mir eine optimistische Grundhaltung, das Gefühl, ich kann mein Leben um mich herum gestalten, und das möchte ich auch gerne. Was das konkret ist, hat natürlich mit den Lebensumständen und der Gegend, in der ich lebe, zu tun. Und es ist auch eine Wertungsfrage: Mir ist es wichtig, mich für ein gutes Lebensumfeld zu engagieren, das gibt mir auch Zufriedenheit.

Letztlich ist meine Grundhaltung christlich geprägt. In der Bibel steht ja schon, dass man die Erde in guter Art gestalten und versuchen soll, friedlich miteinander zu leben.

Stefania und Hans-Dieter Horn

Horns leben in Fretzdorf, dem inzwischen traditionellen Ort des Ostermarsches. Herr Horn ist dort der Bürgermeister, kümmert sich jedes Jahr um dessen Organisation vor Ort und vertritt auch in seinem Gemeinderat, sowie innerhalb des Amtes Wittstock-Land gemeinsam mit andern Bürgermeistern, das Anliegen der Schiessplatzgegner.

Frau Horn dokumentiert die Aktionen der Bürgerinitiative in aussagekräftiger Weise mit ihrer Videokamera.

Herr Horn: Eine zivile Nutzung des Schiessplatzgeländes zu erreichen ist unser Anliegen, denn wir haben es selbst erlebt, dass nach dem Krieg der Krieg hier vierzig Jahre lang weiterging. Wir haben darunter gelitten, auch darunter, dass eine grosse «grüne Lunge» im Nordosten Brandenburgs von 1950 an systematisch zerstört worden ist.

Frau Horn: Eigentlich begann es schon Ende der Vierziger, in der Nachkriegszeit, man schlug hier Holz für Berlin, das war der Anfang der Abholzung.

Herr Horn: Dann kamen die Borkenkäfer dazu und schliesslich kassierte die Rote Armee den Platz für Schiessübungen. So ging uns die grüne Lunge verloren. Wir ereifern uns, wenn in Borneo der Urwald abgeholzt wird, haben's aber vor unserer Haustür nicht besser gemacht. Und jetzt haben wir's doch selber in der Hand! Dieses Gebiet soll weiter der Natur zugeführt werden. Ich meine, wir sollten im 21. Jahrhundert begreifen, dass wir eine Pflicht gegenüber unseren Nachkommen haben. Wir wollen unseren Enkeln sagen können, dass wir was für die Erhaltung der Natur getan haben. Sehen Sie, wenn hier der Flugbetrieb richtig losgeht, werden Unmengen von dem giftigen Kerosin über uns freigesetzt!

Wir sind der Meinung, dass wir in dieser Zeit nach Beendigung des kalten Krieges keine Hochrüstung mehr brauchen, sondern ganz andere Aufgaben haben.

Aber was tun wir Menschen: Zerstörung und Verschleudern von Steuergeldern!

Ich bin Bürgermeister und muss mich um die Entwicklung des Ortes kümmern, also bin ich verpflichtet, mich gegen das Bombodrom zu engagieren. Fretzdorf wäre auch in seinen Planungen beschränkt, wenn der Schiessplatz käme. Im Flächennutzungsplan hat die Bundeswehr («öffentliche Belange») die Möglichkeit, in einem Bereich von drei Kilometern von der Schiessplatzgrenze an in die Planungshoheit der Gemeinden einzugreifen. Fretzdorf befindet sich innerhalb dieser Zone, auch das Gewerbegebiet. Die Folge davon ist klar: keine Weiterentwicklung des Ortes, Rückgang der Bevölkerung, denn die Leute ziehen weg. Auch die Entwicklung der Natur hat Auswirkungen auf das Leben der Region. Wir sollten nach Jahrhunderten gelernt haben, ein friedliches Zusammenleben der Völker zu gewährleisten, und endlich gemerkt haben, dass die militärischen Lösungen keine sind: Sie zerstören nur das Leben und bauen Hass auf.

Frau Horn: Über Generationen! Was die letzte Vergangenheit beweist: Alles Mögliche ist vernichtet worden, aber die Übeltäter (gemeint sind hier Saddam Hussein und Milosevic) laufen frei herum,

sind in ihren Ämtern. Entschädigung der Zivilbevölkerung gibt es von dieser Seite kaum. Da fühle ich mich betroffen, schliesslich bin ich auch eine Frau aus der Zivilbevölkerung!

Ich habe die Sinnlosigkeit des Krieges selbst erlebt auf der Flucht. Für die einfachen Leute ist so ein Leben nur ein Kampf, sie haben nichts davon ausser der Trauer um Vergangenes.

Was hier (auf dem Schiessplatz) passieren soll, ist wieder ein Vorbereiten von Krieg. Die tun so, als ob wir von Feinden umgeben wären!

Herr Horn: Schauen Sie sich Grossdeutschland als Beispiel an. Mit den Kriegen haben wir erreicht, dass Deutschland klein gekriegt wurde. Die Deutschen sollten aus ihrer Geschichte gelernt haben, aber sie haben's nicht. Sie sollten sich auf andere Stärken konzentrieren, auf Kunst, auf Kultur ...

Wenn wir den Prozess verlieren würden? Das würde natürlich bei mir grosse Betroffenheit auslösen und Zweifel an dem Rechtssystem.

Frau Horn: Zumal sie ja am Anfang gesagt haben, sie werden keinen Schiessplatz in GUS-Nachfolge einrichten.

Herr Horn: Obwohl wir ja viel erreicht haben in den Jahren, viel Zeit gewonnen haben, acht Jahre, in denen hier wenige Tiefflüge geflogen wurden, wäre das ein grosser Rückschlag für die Entwicklung des Tourismus. Die Entwicklung der Kommunen wäre dann massiv gefährdet, darüber wäre ich natürlich sehr betroffen.

Mir fällt ein Presseartikel ein, in dem stand, man kann den Soldaten und ihren Angehörigen nicht zumuten, in unmittelbarer Nähe des Bombodroms zu leben.

Frau Horn: Aber uns kann man das zumuten. Als wären wir weniger wert als die Soldaten! Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. So behandelt zu werden, verstösst gegen die Würde der Menschen hier. Wir setzen uns ein für unsere Würde. Wir erzählen überall, was wir erlebt haben: Den Einfall der Deutschen in Polen, man hat die dortige Bevölkerung entwürdigt. Das Elend, das ich da gesehen habe und bei der Flucht erlebt habe, das kann ich nicht vergessen. Das zieht sich durchs ganze Leben hindurch, ich war damals acht Jahre alt, das prägt sich so ein, dass man Alpträume hat. Die Kinder im Krieg bewegen mich. Die andern sagen: Der kleine Mensch ist immer hinten

an. Aber ich sage: Wenn wir immer so denken, dann wird das auch immer so sein.

Herr Horn: In der BI sind wir eine Gemeinschaft von Menschen, die über den Tellerrand denken, und nicht nur jeder für sich. Man kann sich nicht über das Übel aufregen, ohne selber etwas dagegen zu tun, das ist falsch. Es ist doch schizophren, zu sagen: Wir sind zwar dagegen, aber wir tun nichts dagegen. Dann lebt man doch gegen das eigene Gewissen. Man muss doch die Achtung vor sich selbst behalten!

Dass ich heute so denke, hat sicher auch mit meinem Elternhaus zu tun. Mein Vater war keiner, der sich für Adolf engagiert hat, ich würde sagen, er war eher links als rechts, nicht organisiert, aber er tendierte so in Richtung Sozialdemokratie. Er war kein Militarist, eher das Gegenteil, kirchlich, wahrscheinlich mehr als ich. In seinen Briefen kam das sehr zum Ausdruck, er schrieb «Gott erhalte Euch» und er meinte das ganz ernst. Als ich in die HJ wollte, habe ich von ihm eine geklatscht gekriegt. Heute bin ich meinen Eltern dankbar, dass sie mir ihre politische Meinung so deutlich gezeigt haben. Mit 42 Jahren, 1942, ist mein Vater eingezogen worden, zur Marine. Er starb nicht im Krieg, wir haben Zeugen, die ihn in russischer Gefangenschaft gesehen haben, wahrscheinlich starb er dort an der Ruhr, wir wissen es nicht genau, denn es gibt keine Dokumente.

Beeindruckt hat mich auch der Mann, der nach dem Krieg, ab Ende 1945, Bürgermeister hier war, Richard Mätzke. Mit dem hatte Vater sich verstanden, die waren eine Linie. Mätzke war zwar Kommunist, aber er hat die Stirn gehabt, den russischen Offizieren entgegenzutreten. Die sperrten nämlich einfach die Leute ein, die das Abgabekontingent nicht erfüllen konnten, Bauern und Siedler wurden zum Teil deportiert oder lagen bis zu einer Woche im Feuerwehrdepot gefangen. Gegen diese Sinnlosigkeit hat Mätzke sich eingesetzt und seine Bauern verteidigt, das brauchte Mut damals.

Vor allem aber bin ich geprägt durch die KZ-Gefangenen. Ich bin ja einheimischer Fretzdorfer und 1945 kamen sie hier durch auf dem Todesmarsch. Vor meinen Augen wurde ein Mann erschossen, der wurde dann auf den Karren geschmissen und dieser Karren wurde von den anderen Häftlingen gezogen. Ich war damals zehn Jahre alt, ich ver-



Ostern 1993 an der Mahnsäule von Jens Kanitz in Fretzdorf



Zirkus «Pedalo Karawahn», Aktionswoche im August 1993
Fotos: Helmut Schönberg

gesse das nie! Wie sie die rohen Kartoffeln gebuddelt haben, wie sie «Wasser» geflüstert haben ...

Weil wir das miterlebt haben, haben wir die Pflicht zu warnen. Unsere Eltern haben es nicht geschafft, den Krieg zu verhindern. Wir als Deutsche sollten Vorreiter dabei sein, den Krieg abzuschaffen. Die militärischen Interessen sind doch wirtschaftlicher Art, sie dienen nur einer ganz bestimmten Interessengruppe. Kriege lösen keine Konflikte, das haben wir erkannt. Es gibt keinen Grund, so ein riesiges Bombodrom zu haben. Mir persönlich ist alles Militärische und auch sämtliche Uniformen suspekt.

Es gibt hier in den Dörfern noch andere, die auch gegen den Schiessplatz sind, die aber nicht so einen langen Atem haben wie wir. Die Bundeswehr hat ja damit gerechnet, dass wir uns «kaputtlatzen». Das ist nicht passiert, die Energie, die wir haben, ist doch stärker und von längerer Brenndauer!

Frau Horn: Ich bin 1937 in Fürstental geboren, meine Grosseltern waren noch Österreicher mit den entsprechenden Pässen, aber im Ersten Weltkrieg fiel der Ort an Rumänien. Ab 1940 wurde unser Ort nach Bayern umgesiedelt, «heim ins Reich», dort kamen wir in Lager und erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft. Von dort kamen wir ins Warthegau, in den Kreis Leslau, die Polen, die dort wohnten, wurden in Ghettos gebracht und die Deutschen in ihre Häuser hineingesetzt. Am 6. Januar 1945 begann unsere Flucht von dort. Zunächst kamen wir nach Wittstock, dann nach Zootzen, dann wurden wir nach Neustadt zum Bahnhof gebracht. Ein Mann kümmerte sich um uns, kochte uns eine Suppe. Wir kamen dann nach Fretzdorf, weil wir wussten, dass dort Leute aus unserem Ort und dem Kreis Leslau waren. Meine Tante hatte nur einen Jungen, sie wurde schneller aufgenommen als meine Mutter mit uns Vieren, die wollte keiner haben. Ich weiss noch, wie schlimm es war, auf dem Wagen in der schrecklichen Kälte zu sitzen, es war Februar! Später wurden wir in Fretzdorf in dem ehemaligen Strafgefangenenlager für die Zwangsarbeiter, die auf dem Gut arbeiten mussten, untergebracht. Da bekam jede Familie ein Zimmerchen, also ein Dach über dem Kopf und die Sicherheit, bleiben zu können, da waren wir froh drüber.

Darum beginne ich auch jedes Freie-Heide-Video mit Aufnahmen von den Gedenksteinen für die ermordeten KZ-Häftlinge, die gefallenen

Soldaten, den Tafeln für die Toten aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg oder der Tafel zum Gedenken an den Todesmarsch. Ich will damit zeigen: Seht mal, das ist alles durch Kriege passiert, denkt daran, der Krieg hat keinen Nutzen gebracht, nur Tote!

Mich hat vor zirka einem Jahr ein gebildeter Mann in einem Gespräch auf die drei Weisen hingewiesen und gemeint, ich solle doch so klug sein und mich so verhalten wie sie – nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Auf diese Art würde ich vernünftiger leben, anstatt mich ständig wegen des Schiessplatzes hier aufzuregen. Ich antwortete, er solle sich mal überlegen, dass der Künstler sich sicher etwas dabei gedacht habe, als er die drei Weisen schuf. Er verstand nicht, was ich meinte, und fragte, was das denn meiner Meinung nach wäre. Ich darauf: «Na schauen Sie doch hin, es sind Affen!»

Cosima Tillner

Frau Tillner hat grossen Anteil an der Info- und Einladungsarbeit. Sie trägt bei den Veranstaltungen die Verantwortung für die Informationsstände.

Anfangs war ich nur gelegentlich mal bei Wanderungen, der Lichterkette oder auch dem Ostermarsch dabei. Durch die ABM-Stelle bei der FREIen HEIDe bin ich eigentlich zur intensiveren Mitarbeit gekommen. Schon das Auswahlgespräch, an dem ausser uns drei Bewerberinnen einige Leute aus der Bürgerinitiative teilnahmen, hat mir viel Einblick in die Arbeit gewährt. Helmut Schönberg hat uns die FREIE HEIDE auf eine Art vorgestellt, die mich sehr beeindruckte.

Und ich muss sagen, ich bin immer wieder beeindruckt von vielen Menschen, die in der BI mitarbeiten. Was die alles leisten! Während meiner Zeit im FREIE HEIDE-Büro bekam ich erst einen Eindruck davon, wieviel Arbeit hier getan wird. Ich glaube, wenn andere die Möglichkeit hätten, da mal richtig reinzuzucken, würden sie auch mehr mitmachen. Diese Leute, dieser Kraftaufwand, das ist schon faszinierend!

Wir haben uns natürlich mit denen, die ins Büro kamen, unterhalten und so hörte ich die Vorstellungen und Ansichten der verschiedenen

BI-ler und sah, was sie alles taten, um sie umzusetzen. Als dann die ABM-Stelle vorbei war, konnte ich nicht einfach aufhören, ich war reingewachsen und wollte meinen Teil beitragen. Meine Möglichkeiten sind nicht so gross wie bei manchen anderen, ich habe noch die zwei Jungs hier, die mich brauchen, da bekomme ich schnell ein schlechtes Gewissen als Mutter, wenn ich zu viel weg bin. Manches kann ich auch zu Hause machen, beispielsweise Briefe Eintüten, das ist günstiger in meiner Situation, dann bin ich wenigstens hier. Ich bin kein unpolitischer Mensch und rede auch mit meinen Söhnen über das Thema Bombenabwurfplatz. Ich bemühe mich, sie für Politik zu interessieren. Umweltschutz ist für sie ein grosses Thema und ich erkläre ihnen, was für Umweltschäden diese Flieger anrichten. Manchmal kommen sie auch mit zu Wanderungen, aber öfter finden sie es zu langweilig.

Es gibt Dinge, die ich meinen Kindern nicht erklären kann. Zum Beispiel las ich gestern in der Zeitung von dem Krieg, den Äthiopien und Eritrea miteinander führen. In Äthiopien wird gehungert. Unter dem Artikel war eine Spendenummer angegeben! Oder wie soll ich meinen Kindern erklären, dass deutsche Unternehmen Landminen herstellen, die in anderen Ländern Menschen töten oder zu Krüppeln machen, und dieselben Firmen stellen dann die Geräte zum Minenräumen her! Angesichts solchen Irrsinns muss man einfach etwas tun, sich dagegenstellen!

Zu DDR-Zeiten war es schwierig, Widerstand zu leisten, da musste man mit persönlichen Konsequenzen rechnen, aber jetzt kann man sich doch ohne Angst einsetzen. Deswegen verstehe ich diejenigen aus der Gegend hier nicht, die sich nicht aufraffen, hinzukommen und den Haufen grösser werden zu lassen, der seine Stimme gegen den Schiessplatz erhebt. Sie denken, auf eine Person kommt es nicht an, aber ich glaube, sie haben sich noch nie damit beschäftigt, was man mit Protesten erreichen kann.

Mich beeindruckt die Menschen unserer Gegend, die zeigen, wo sie stehen, ich denke da an den Fischer Daniels von Kunsterspring, auch an Frau Friedrich, die den grössten Teil ihres Lebens schon hinter sich hat, die macht Druck, die will was bewegen. Oder Herr Steddin hier aus dem Dorf, der so kirchlich engagiert ist und sich bei der fünfzigsten Wanderung und auch im Bus nach der Gerichtsverhandlung hin-

gestellt und dieses Lied geschmettert hat. Als die Frauen von «Unterwegs für das Leben» im vorigen Jahr hier waren, haben wir bis nachts um zwei gegessen und die Frauen erzählten Geschichten, die sie bei ihren Wanderungen erlebt hatten. Es war toll, diese teilweise schon recht alten Frauen zu erleben, diese Kraft und wie die sich an die Politiker herantrauen.

Ich stamme auch vom Land, aus der Stendaler Gegend, meine Eltern betrieben Landwirtschaft. Sie haben sich lange gewehrt, in die LPG einzutreten, sie fanden nicht in Ordnung, dass da zwangsweise so etwas durchgesetzt wurde.

Mein Vater war Soldat im Zweiten Weltkrieg, kam danach in russische Gefangenschaft, er berichtet heute noch von seinen Erlebnissen. Meine Mutter erzählte uns von der Flucht, später habe ich mir vorgestellt, wie das wäre, wenn ich so etwas durchmachen müsste, und dann noch zwei kleine Kinder dabei...

Mit der Gegenwart des Militärs habe ich schon von Kind an Erfahrungen gemacht. Regelmässig zu Weihnachten sind die Hubschrauber über unserem Dorf gekreist, die Russen hatten ja ihr Jolkafest an einem anderen Tag. Bei Manövern fuhren auch Panzer durch das Dorf. Die Strassen sahen danach entsprechend aus. Den Schiessplatz hier kenne ich auch schon länger. In der LPG arbeiteten manchmal auch die russischen Frauen mit, deren Männer hier Offiziere waren. Sie wurden normalerweise abgeholt. Plötzlich aber durfte unser Fahrzeug nicht mehr auf den Schiessplatz, um sie abzuholen. Einige Abgeordnete der LPG fuhren dann zur Kommandantur zu einem klärenden Gespräch, abends um acht sollte es losgehen. Ein angeblich ortskundiger Fahrer versuchte eineinhalb Stunden, die Kommandantur zu finden. Es war Herbst und deshalb um diese Zeit schon dunkel. Langsam wurde der Tank immer leerer und die Wege, die wir befuhren, immer schlammiger. Wir gerieten an ein Zeltlager, es war wohl Manöver, wir zwischen den Fronten sozusagen – plötzlich stand ein Soldat vor uns, das Maschinengewehr im Anschlag, da wurde uns schon ein bisschen anders! Letztendlich hat uns dann jemand den Weg gezeigt. Das war meine erste Begegnung mit dem Schiessplatz.

Wenn die Armee hier erst richtig übt, wird das nicht weniger Lärm ge-

ben als bei den Russen, da bin ich sicher, deswegen bin ich auch dabei, wenn's um die zivile Nutzung geht. Ich bin generell gegen Schiessplätze, es muss andere Lösungen als die militärischen geben, wir sehen es ja überall, in Jugoslawien, in Afrika, das ist nur schrecklich. Da muss man gegenhalten. In Nordhorn sind alle Parteien sich einig gegen die Weiternutzung des ursprünglich amerikanischen Bombenabwurfplatzes «Range», da könnten sich unsere Politiker hier ein Beispiel drannehmen.

Wenn wir den Prozess verlieren würden, was ich nicht glaube, dann können wir sagen, wir haben es wenigstens versucht und wirklich für keine schlechte Sache. Und ich muss sagen, es macht mir Spass.

Erika und Wolfgang Dicks

Das Ehepaar Dicks sieht man auf nahezu jeder Protestwanderung. Herr Dicks ist der Schöpfer der meisten Mahnsäulen, die an der Schiessplatzgrenze oder in den angrenzenden Orten stehen.

Frau Dicks: Ich bin gegen jedes Militärische. Als Kind musste ich den schrecklichen Krieg miterleben. Wir wohnten damals bei Naumburg. Ich erinnere mich an die Angst vor Bomben, an die Flugzeuge, die mit den so genannten «Christbäumen» ihre Ziele beleuchteten. Am 12. April 1945 kamen die Amerikaner, aber der Krieg war damit nicht vorbei, denn nachmittags fielen zwei Bomben neben mein Elternhaus und legten alles in Schutt und Asche. Da war ich zwölf Jahre alt.

Jetzt möchte ich meine Ruhe haben. Ich finde, man braucht jetzt kein Militär mehr, der kalte Krieg ist doch auch vorbei.

Aber die Demokratie haben wir trotzdem nicht. Wenn man jetzt die Polizeieinsätze bei den Demonstrationen sieht, das ist doch keine Demokratie!

Ich bin Christin und als Christ ist man ja sowieso gegen den Krieg und die Waffen. Ich kann auch nicht verstehen, warum manche den Protest nicht mittragen, obwohl sie Christen sind. Für mich zieht sich das durchs Leben: Ich bin in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen, war dann im evangelischen Jugendkreis, «Schwerter zu Pflugscharen», das hat uns doch geprägt!

Herr Dicks: Bei mir war das anders. Ich bin zwar konfirmiert, zu mei-

ner Zeit sind alle noch konfirmiert worden. Aber Militär und Krieg standen nicht in Frage. Mein Grossvater und mein Vater waren im Krieg, ganz selbstverständlich. Mein Vater war in Afrika und in Italien, ganz vorn, wo's geknallt hat, als Kradmelder. In Italien wurde er auch als Dolmetscher bei der Erschiessung von Geiseln eingesetzt, weil er die Landessprache verstand. Das war furchtbar für ihn. Als er 1947 aus der Gefangenschaft kam, sagte er: «Wer heute noch für den Krieg ist, der hat das nie mitgemacht.»

Der Schiessplatz hat mich fast mein Leben lang begleitet. Ich hatte eine Forstlehre begonnen, musste sie dann wegen des Schiessplatzes unterbrechen. 1948/49 kamen die Russen, da mussten wir täglich Waldbrände löschen. Die Lehre setzte ich dann auf der anderen Seite, bei Gadow, fort.

Dieser Schiessplatz ist Unrecht, denn das Land dafür wurde enteignet, und die Bundeswehr will dieses Unrecht fortsetzen. Das ist der Grund, weshalb ich mich in der FREIen HEIDE engagiere. *Frau Dicks*: Ich will auch in Ruhe spazieren gehen können!

Herr Dicks: Schlimm war auch die ständige Lärmbelastung, die Panzer (in Pfalzheim ist mal einer ins Wirtshaus und hier in Rägelin einer in ein Haus gefahren), die Tiefflieger – besonders furchtbar waren die heulenden Töne.

Frau Dicks: Wenn ich im Garten war und das hörte, hab ich mich manchmal reflexartig hingeschmissen!

Herr Dicks: Granaten schlugen einmal dicht bei uns auf dem Acker ein, Vater, als alter Soldat, zog uns mit sich: «Runter mit euch!» Am Anfang waren wir nicht dabei, nur beim ersten Treffen in Schweinrich, dann ging's irgendwie unter im Alltag, bis mich Herr Schlehde fragte, ob ich nicht für Wallitz eine Mahnsäule machen könnte. Die habe ich dort in der Traktorenhalle gebaut. Dann machte ich die Rägeline Mahnsäule, da hatten mich der Bürgermeister und Frau Zindler angefragt. Diese Mahnsäule hat mich am meisten beschäftigt. Ich konnte nachts nicht schlafen, plagte mich mit der Idee von den zwei Gesichtern herum, erwog das Für und Wider: «Kann ich mit dem Thema Menschen ansprechen oder stosse ich sie ab? Fühlen sich mehr Menschen angezogen vom passiven oder vom aktiven Streiter?» Ich denke tief nach bei allen Entwürfen, man muss sein Herzblut reinlegen, damit so

eine Mahnsäule ihrem Zweck gerecht wird. Das ist wichtiger als das, was an Person dahintersteckt. Ich bin kein Mensch, der gerne im Vordergrund steht oder in der Öffentlichkeit auftritt, aber im Sinne der Sache sage ich dann auch mal ein paar Worte bei der Enthüllung einer Mahnsäule. Öfter steuern jetzt auch Wandergruppen die Mahnsäulen als Ziel an, die wenden sich dann auch an mich, äussern Anerkennung, fragen nach, es kommt zu Gesprächen.

Wichtig ist auch, dass man etwas Schriftliches dazugibt an so einer Säule, dann sieht man eher, worum es geht. Diese Art von Kunst hat sich erst durch die FREIE HEIDE entwickelt. Auf einem Bildhauersymposium in Karwe hat der Bildhauer Rosenthal zu mir gesagt: «Mensch, das ist ja 'ne selbständige Kunstform!» Und das stimmt auch. Die Vielfalt dabei begeistert mich jedes Mal.

Frau Dicks: Jeder hat so seine Art, mein Mann, Herr Dommenz, Herr Friedrich ...

Herr Dicks: Die kleine BI gegen die gewaltige Bundeswehr, das ist wie David gegen Goliath. Ich bewundere immer wieder, wie viele Aktivitäten im Laufe der Jahre so zustande kommen. Es ist viel Kreativität da, das spornt immer wieder an. Man ändert die Welt nicht, aber in «kleinen» Sachen kann man was machen. Wir können uns später mal sagen, wir haben alles versucht, um die Welt ein bisschen zu ändern. «Ich hab's gewagt», sagte Ulrich von Hutten. Wir haben ein grosses Durchhaltevermögen, es werden nicht weniger. Mir liegt es im Wesen, mich gegen Ungerechtigkeit aufzulehnen, ich bin ein «Gerechtigkeitsapostel». Wenn ich Lügen höre, kommt Wut in mir hoch. Ich kann nicht raus aus meiner Haut. Und diese Ungerechtigkeit mit dem Schiessplatz hier kann ich nicht einfach so hinnehmen.

Ich fühle mich bei der Bürgerinitiative auch in guter Gesellschaft. Die Leute, die sich für die FREIE HEIDE einsetzen, sind nicht dumm, sondern eher die, die nachdenken. Und es sind oft welche, die sich für Natur und Landschaft interessieren. Auffällig ist mir, dass beispielsweise selbst nach grossen Veranstaltungen wie dem Ostermarsch wenig Müll herumliegt. Es sind auch unheimlich interessante Leute dabei, mit unterschiedlichen Meinungen, auch künstlerischen Kenntnis-

sen, zum Beispiel war mal einer da mit einem Didgeridoo. Man lernt auch bunte Vögel kennen. Ich möchte das nicht missen.

Frau Dicks: Ich hege Bewunderung für die jungen Leute mit den kleinen Kindern.

Sie kommen auch mit Kinderwagen, das finde ich gut. So wachsen schon die Kinder rein.

Den Leuten, die nur gucken, sage ich: Da müsst ihr mal mit hingehen, da ist Kultur! Viele denken, wir gehen nur und protestieren und schimpfen auf den Staat. Denen erkläre ich, dass es bei uns ein gewisses Niveau hat. Da wird getanzt, es gibt Kaffee und Kuchen. So ist es ja nicht, dass wir wie die bissigen Hunde gegeneinander laufen, nein, wir laden ja sogar die Leute von der Bundeswehr zu Kaffee und Kuchen ein bei so einer Wanderung.

Susanne Hoch

Mit Ausdauer hat Frau Hoch Kontakte hergestellt, beispielsweise zu Inge und Walter Jens und etlichen Unterzeichner/innen des Offenen Briefes an den Bundestag Ende 1998. Sie ist Mitherausgeberin dieses Buches.

Die erste Protestwanderung, die ich miterlebte, fand 1994 in Neuruppin statt. Das Mahnmal vor der Pfarrkirche wurde dabei eingeweiht. Wir waren noch ziemlich neu zugezogen, das Wittstocker Bombodrom aber war uns schon vorher ein Begriff. Zunächst kamen wir erst einmal nur zu den Wanderungen. Man traf dort Leute, die sich für ähnliche Sachen interessierten, mit denen man sich «auf gleicher Wellenlänge» unterhalten konnte und mit denen man auch sonst zu tun hatte, nicht nur so ein paar Alternative. Das waren auch andere als die Friedensleute, die ich von meiner Leipziger Zeit her noch in ziemlich ambivalenter Erinnerung hatte. Ich suchte damals Anschluss an Gleichgesinnte, als ich nach Leipzig gezogen war. Friedensarbeit interessierte mich, aber da wurde man schon abschätzig betrachtet, wenn man nicht aus politischen Gründen im Knast gesessen hatte oder wenigstens mal zugeführt worden war. Vielleicht war's aber auch ein Stück Bewunderung, dass die das draufhatten und ich nicht so.

Den Gedanken, mich in diese Bürgerinitiative mehr einzubringen, hatte ich schon, aber die «Aktiven» machten von aussen auf mich den

Eindruck, ein fester Kreis zu sein, der eigentlich keine Mitstreiter sucht und in den man als Frau Meier oder Lehmann, also ohne eine «Funktion», nicht so ohne Weiteres hineinkommt. Irgendwann ging ich dann aber doch zu einer Versammlung. Ich hatte beschlossen, in Rheinsberg zu bleiben, und so war klar, dass ich hier irgendwas Konstruktives mit anderen Leuten zusammen machen wollte.

Ich brauchte auch den Kontakt zu meinen Wurzeln, von denen einige halt in der Kirche stecken.

Im Einsatz für eine friedliche Nutzung dieses Stücks Erde kann Glauben, der in einer lebendigen Spiritualität wurzelt, erfahrbar werden und seinen Ausdruck finden – und das weit gehend ohne Amtskirche. Ich fand in der FREIen HEIDe Menschen, mit denen ich diese Erfahrung teilen kann.

«Schwerter zu Pflugscharen» lasen wir in der DDR ganz konkret als ein Bild der Zukunft, eine Vision, die, wie ich finde, jetzt auch noch trägt. Ich denke, wir haben viele biblische Aussagen damals anders gehört und gelesen, weniger beliebig verstanden, möchte ich sagen. Die biblischen Worte hatten für uns eine wichtige Funktion; ich hörte sie verheissungs- oder hoffnungsvoller als heute, glaube ich.

Meine ersten Eindrücke von der BI: Das ist ein lockerer Haufen, zum Teil etwas unstrukturiert. Es engagieren sich ganz viele auf ihre Weise, sind da, wenn's drauf ankommt, und jeder macht, was in seinem Umkreis möglich ist. Ich versuche auch zu tun, was mir möglich ist, aber manchmal habe ich so meine Zweifel und Schwierigkeiten. Bei diesem Buch beispielsweise frage ich mich manchmal, ob es uns guttut, dass wir das jetzt zusammen schreiben, oder ob es uns nicht auseinanderbringt. Ich sehe auch in der BI das Problem der menschlichen Befindlichkeiten, da gibt es Machtbedürfnisse, Eitelkeiten, den Wunsch nach Selbstdarstellung und die Angst, nicht genug gesehen zu werden. Manchmal finde ich es schwierig, die Balance zu halten, und ich fühle mich wie der Zauberlehrling, der die Geister rief... Andererseits hat sich die BI bis jetzt als eine tragfähige Sache erwiesen und ich hoffe sehr, dass am Ende die meisten dazu stehen können und dieses Buch als unser gemeinsames gelungenes Werk verstanden wird. Ich glaube, dieses Zweifeln unterscheidet Frauen von den Männern. Männer ma-

chen's anders, ziehen eher eine Sache durch und fragen nicht lange, ob da etwa jemand vor den Kopf gestossen wird, hinterfragen sich selbst weniger. Ich habe halt schon verschiedene Erfahrungen bei der Arbeit in der Bürgerinitiative gemacht: Zum Beispiel die, dass sehr viel Aufwand und Energie in die Zuarbeit für eine Fernsehsendung geflossen sind, die Journalisten aber entgegen gemeinsamen Absprachen nicht das Anliegen der BI vermittelten, sondern die Sendung dazu benutzten, eine politische Person zu diskreditieren. Das hat mich sehr geärgert. Eine positive Erfahrung war die Veranstaltung mit dem Ehepaar Jens, bei der ich den Eindruck hatte, dass es nicht vergeblich war und uns gut getan hat. Wir konnten auftanken, etwas davon für unsere Arbeit mitnehmen. Im Vorfeld war mir manchmal nicht ganz wohl bei der Sache, ich war überrascht, dass die Namen Inge und Walter Jens hier kaum jemandem ein Begriff waren.

Bei allem Stress bin ich gern dabei. Solch eine tragfähige Sache muss man erst mal finden, und das ohne grosse Organisation! Manchmal frage ich mich, ob es die Sache oder die Menschen sind, weswegen ich trotz der Brüche, die es schon gegeben hat und die mich auch zurückgeworfen haben, weiter mitmache. Ich glaube, es ist beides. Ich habe gemerkt, dass ich gern organisiere und gern verhandle, und das bringe ich eben ein, auch wenn ich mich manchmal furchtbar ärgere. Ich kann hier lernen, das, was ich tue, letztendlich loszulassen und abzugeben. Und auch, Kritik nicht so persönlich zu nehmen.

Frage: Angenommen, durch einen plötzlichen gerichtlichen Erfolg in der dritten Instanz würde die Arbeit der BI zu Ende sein. Was für Gefühle und Gedanken hast du bei dieser Vorstellung?

Wir hatten uns diese Frage ja auch schon vorher im Zusammenhang mit der zweiten Instanz gestellt. Ich erinnere mich an die grosse Erleichterung über die Klarheit des Urteils. Dann sah ich Frau Horn in Tränen ausbrechen und plötzlich fühlte ich mich einsam in der Menge, konnte nicht glauben, dass es jetzt plötzlich wahr werden sollte. Gleichzeitig spürte ich etwas wie Erstarrung und die Überlegung: Was jetzt? Die Sache hält doch die BI zusammen. Es war schon eine seltsame Vorstellung, dass dieser Kreis auf einmal weg wäre. Andererseits kann ich mir nicht vorstellen, dass es so einfach passiert. Ich stelle mir

die zivile Übernahme des Schiessplatzes als einen langsamen Aneignungsprozess vor. Es gibt sicher Veränderungen in der Bürgerinitiative, verschiedene Gruppen, die immer mal den Staffstab übernehmen, das ist ja auch unsere Stärke.

Dann gibt's die Skeptiker, die sagen, gibt es euch immer noch da oben, na ja, die muss es eben auch geben.

Dr. Bernd Lüdemann

Herr Dr. Lüdemann ist stellvertretender Vorsitzender der Bürgerinitiative und führt die Vereinsgeschäfte. Unter anderem übernimmt er regelmässig die Einladungen an die Vertreter/innen der Landespolitik.

Wie bei den meisten hat es auch bei mir angefangen. Ich war geprägt durch 37 Jahre DDR, durch ein Leben am und mit dem Schiessplatz. Er war halt schon «immer» da. Man kannte es nicht anders.

Mein Grossvater hat als Waldarbeiter und später Leiter des Holzplatzes in Dranse unmittelbar mit der Heide zu tun gehabt. Ich bin in Dranse direkt am Bahnhof (auch Truppenverladebahnhof) aufgewachsen. Mein Vater hatte sich als Schmiedemeister eine eigene Werkstatt auf dem Grundstück, auf dem auch damals meine Grosseltern wohnten, aufgebaut.

Unser Verhältnis zum Militär im Allgemeinen war sehr distanziert. Die beiden Brüder meines Vaters hatten den Krieg nicht überlebt. Der ältere Bruder starb als Flakhelfer in Süddeutschland. Der jüngere Bruder wurde kurz nach Kriegsende von betrunkenen russischen Offizieren auf der Dorfstrasse in Dranse erschossen. Er wurde 15 Jahre alt.

Da das Bahnhofsgelände unmittelbar an unser Grundstück angrenzt, waren wir fast täglich mit dem russischen Militär konfrontiert. Es wurden Züge mit Panzern, Kanonen, Lastwagen und Soldaten ent- und beladen. Die Panzerfahrzeuge suchten sich oft ihren eigenen Weg zum Schiessplatz. Anfangs ging es quer durch das Dorf. Später wurden Fahrstrecken über die Felder oder entlang des Dranser Sees eingerichtet. Der Lärm der Fahrzeuge und die Abgase, die durch die Ritzen der Fenster ins Haus drangen, waren nur schwer zu ertragen.

Kurioserweise störte der Funkkontakt zwischen den Panzerfahrzeugen auch den ohnehin spärlichen Fernsehempfang. Wir Kinder hatten uns damals auf die Gegebenheiten eingestellt. Es wurden Abzeichen getauscht, Patronen gesammelt, Mützen erschachert und wir «durften» in Fahrzeugen spielen. Jährliche Höhepunkte waren die Abtransporte der Soldaten in Richtung Heimat. Der Zug, bestehend aus Viehwaggons, war so lang, dass die Dampflokomotive dicht am Bahnübergang in Richtung Schweinrich stand und das Zugende an der Bahnübergangsweiche in Richtung Gross Hasslow war. Die Soldaten machten es sich in den Waggons gemütlich. Es wurde im Freien gekocht. Alle waren gut gelaunt. In der Nähe der Lok wurde ein Podest aufgebaut. Kurz vor der Abfahrt des Zuges fanden sich dort die Kommandeure und die hohen Offiziere ein. Der Lokführer gab mit der Dampfpeife das Abfahrtssignal. Die Militärkapelle spielte einen Marsch, immer das gleiche Stück. Der Zug fuhr dann langsam an. Immer wenn ein Waggon die Höhe der Offiziere erreichte, riefen die Soldaten laut: «Hurra ...!» und warfen vor Freude allerlei Zeugs in die Höhe – Brot, Mützen, Handschuhe, Abzeichen. Nachdem der letzte Waggon die Offiziere passiert hatte, packten die Musiker ein und alle verschwanden mit Bussen in Richtung Schiessplatz. Auf dem Bahnhof herrschte schlagartig Ruhe. Jetzt wurden die Dranser aktiv. Ausgerüstet mit allerlei Hilfsmitteln wurden die «Reste» eingesammelt. Dies waren Kastenbrote, Griessbrei und Nudeln – die meist vollen Gulaschkanonen wurden von den Soldaten ausgekippt. Die Reste taugten damals immer noch als Schweine- oder Hühnerfutter.

Durch unsere Nähe zum Bahnhof waren wir auch erste Anlaufstation für die Soldaten, die etwas brauchten. Am häufigsten wurde um Trinkwasser nachgefragt. Auch um Verbandszeug wurde gebeten. Ein Militärarzt hat einmal in unserer Küche sein Operationsbesteck abgekocht. Vielfach wollten die Soldaten auch nur handeln – Gold, Uhren, Radios, Benzin –, um in der Dorfgaststätte Alkohol kaufen zu können. Dies war natürlich für beide Seiten verboten. Andererseits gab es kaum jemanden, der kein Radio oder keine Russenuhr hatte.

Der Dranser Bahnhof wurde durch die Nutzung als Militärbahnhof schon zu DDR-Zeiten ruiniert. Um der Dranser Bevölkerung den Zu-

gang zu den Zügen zu ermöglichen, wurde am äussersten Rand des Geländes ein mit Eisenbahnschienen gesicherter Betonweg angelegt. Der Rest war Staubwüste oder Modderpampe. Die hohen Bäume und die dichte Grasnarbe sind nur noch Geschichte.

Erst nach meinem Studium und mit der Arbeitsaufnahme im Kernkraftwerk Rheinsberg lernte ich eine andere Dimension des Schiessplatzes kennen. Er trennte die Menschen, er unterbrach die Strassen und er hatte ein Eigenleben. Am Schlagbaum in Schweinrich war die «Welt» zu Ende. Ich glaube mich erinnern zu können, dass auf einem Schild stand «Länge der Sperrstrecke 6 km, Länge der Umfahrung 26 km». Da ich jetzt nach Rheinsberg musste, wurde mir dies jeden Tag bewusst. Bei dem Bemühen, einen Passierschein («Propusk») zu bekommen, wurde ich von einer Behörde zur anderen geschickt. Erst nach der Wende habe ich erfahren, dass neben dem Schweinricher Platzkommandanten die Stasi hier ihre Zuständigkeit hatte.

Mit der Stationierung der SS 20 zu Beginn der achtziger Jahre wurde der Schiessplatz erneut vergrössert. Die Dranser wurden mit Stacheldraht und Schutzwällen nun endgültig vom See verbannt. Als wir Kinder waren, hatten wir noch wenige Meter von vorbeifahrenden Panzern entfernt gebadet oder im Gras gelegen.

Natürlich keimte nach der Wende der Wunsch, dass hier alles so werden sollte, wie es mal war – obwohl ich selbst die Region ohne Schiessplatz gar nicht kannte. Aber ich wusste von meinen Grossvätern und meinen Eltern, wie es früher war. Es war für mich schon ein besonderes Erlebnis, als ich das erste Mal um den Dranser See wanderte oder die Strasse nach Flecken Zechlin benutzte.

Durch das Erlebnis der Wende war mir klar, dass man durch engagiertes Auftreten auch etwas erreichen kann. Für mein jahrelanges Engagement in der Bürgerinitiative gibt es eher emotionale Gründe. Das hat mit den Leuten zu tun, die das gleiche Anliegen fast zufällig zusammengeführt hat. Ein Teil des Ganzen zu sein, sich wohlfühlen, die anderen nicht im Stich lassen wollen – das sind wichtige Momente. Eine rein sachliche Ebene reicht da nicht. Ich glaube, dass die emotionale Ebene, auf die sich alle aus dem engeren Kern eingelassen haben, der eigentliche Motor ist. Toll ist die Verlässlichkeit. Viele Leute sind

einfach da, ohne dass es vieler Worte bedarf. Es herrscht eine gewisse Verbindlichkeit und ein Vertrauensverhältnis. Beides ist über die Jahre gewachsen. Dies macht es aber auch Aussenstehenden schwer, Zugang zu finden. Die Plätze sind verteilt, was für das Funktionieren notwendig ist, aber «Neuen» wenig Raum bietet sich einzubringen. Im Rückblick gab es immer wieder Verschiebungen bezüglich der Meinungshoheit innerhalb der BI. Einige «Vorkämpferinnen und Vorkämpfer» haben sich auch aus dem engeren Kern verabschiedet. Ich glaube, viele haben ein «Urerlebnis», was sie mit der Arbeit der BI verbindet. Für mich war das die Lichterkette 1992. Als bei nasskaltem Wetter keiner wusste, ob fünfzig oder fünfhundert Leute kommen werden. Es waren Tausende.

Aus meiner Sicht sollten wir nicht zu sehr einen gewissen Perfektionismus anstreben. Wir sind keine Konzert- und Gastspielform, das was wir haben, sind Elan und Engagement, das muss rüberkommen, das ist unsere emotionale Botschaft. Deshalb halte ich die Elemente der Veranstaltungen immer für sehr wichtig, bei denen viele Leute mitmachen können. Dazu gehören das Wandern oder Aktionen wie zu Ostern 1998 und 1999. Unsere Botschaft ist nicht die perfekte Demo als eine Art Unterhaltung der Teilnehmerinnen, sondern dass wir uns gegen die Weiternutzung des Bombodroms und die Militarisierung der Gesellschaft einsetzen.

Ruth Schirge

Ruth Schirge gehört zu den Jugendlichen, die mit der Bürgerinitiative aufwuchsen, von Kind an Protestwanderungen, Benefizkonzerte und auch die Gerichtsverhandlungen miterlebten. Sie initiierte unter anderem eine Transparentaktion auf Autobahnbrücken, bei der auf den Ostermarsch aufmerksam gemacht wurde.

Dadurch, dass meine Eltern an der Gründung der FREIen HEIDE und an den Vorbereitungen der Wanderungen beteiligt waren und sind, war ich von Anfang an «mitbetroffen».

Zuerst war es wohl eher so etwas wie «Die Mama sagt was und das Kind muss mit». Aber mit der Zeit, durch Verstehen und Erfahren, baute sich ein persönliches Verhältnis zur Initiative auf. Es war wich-

tig, dabei mitzubekommen, worum es sich überhaupt handelt, warum Menschen für so etwas «wandern» gehen und bei verschiedenen Reden sowie Aktionen klatschen und jubeln. Einerseits war es das Gefühl, dazuzugehören und nicht allein dazustehen, aber auch etwas mit den Erwachsenen zu tun zu haben, Aufmerksamkeit zu bekommen, etwas Anerkanntes zu machen, Leute und Neues kennen zu lernen. Soweit meine Erinnerungen zurückgehen, gab es eine Zeit, in der ich mich gegen das Spaziergehen gewehrt habe. Nur ein Interesse am Geschehen war vorhanden. Wenn jemand mich auf bestimmte Aktionen oder ähnliches angesprochen hat, war meine Beteiligung auch kein Problem. Beim Laufen oder Wandern gab es dann keine Längeweile.

Ich fing an, an Sitzungen teilzunehmen, am Anfang äusserte ich mich nur über meinen Vater, es kam nie viel Negatives zurück, so konnte ich auch bald für mich selbst reden. Zu dieser Zeit gab es andere Jugendliche, die ebenfalls zu den Wanderungen kamen oder mit denen ich zu den Gerichtsverhandlungen gemeinsam mit vielen Älteren im Bus fuhr, Aktionen, die Spass machten, wenn man beispielsweise vor dem Gerichtsgebäude einfach Menschen auf das Problem des Bombodroms ansprach. Von anderen Jugendlichen fühlte ich mich abgesichert, stand nicht allein in der Bürgerinitiative.

An die zweite Gerichtsverhandlung kann ich mich noch genau erinnern. Tatjana Händel und ich waren damit beschäftigt, ein unvollendetes Peace-Zeichen im Schnee zu vervollständigen. Zwei Pro-Bundeswehr-Leute aus Wittstock liefen an uns vorbei, verwischten den Mittelstreifen und meinten, ein Mercedesstern würde doch etwas viel Schöneres darstellen. Ein Moment wie dieser stärkte den Willen gegen Krieg und auch keinen Platz herzugeben, um Bombenabwürfe zu üben.

Ich habe in der letzten Zeit viele Bücher über den Zweiten Weltkrieg gelesen und Filme gesehen. Mit den vielen Schrecken, die dazu gehören. Sieht man dann heute wieder solche Bilder in den Nachrichten, kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendjemand so etwas gut findet, ausser den Politikern aus den ganzen Ländern.

Manchmal habe ich das Gefühl, ich werde in der Bürgerinitiative nicht richtig bemerkt. Wenn ich da bin, werde ich ernst genommen, aber In-

fos bekomme ich zum Beispiel nicht. Gelernt habe ich, was es heisst, gewaltfrei zu protestieren.

Es gibt Jugendliche, die interessieren sich für das, was da passiert, sie gehen aber nicht hin. Ich streite mich nicht mit denen. Für die ist es nicht so attraktiv, durch den Wald zu gehen, zu picknicken oder Rednern zuzuhören. Ich gehe auch nicht mit, weil ich am Wandern Spass habe, sondern weil sich da Leute treffen, die ich kenne. Wenn zum Beispiel Tausende Menschen ein Peace-Zeichen oder die Kontur des Schiessplatzes nachbilden, dann passiert das mit viel Freude und Spass. Und dann gehören Jung und Alt in der FREIen HEIDE irgendwie zusammen, denn es gibt eine gemeinsame Basis.



24. März 1999, Verhandlung der Klage der Gemeinde Schweinrich gegen die Bundesrepublik Deutschland in der 2. Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder
Foto: Helmut Schönberg

Bleibt Basdorf bombenfrei?

Matthias Klenner

«Wieso wollen Sie hier bauen; ein paar hundert Meter weiter ist doch das Bombodrom – oder wissen Sie das gar nicht?» So ungefähr lautete die Begrüßungsfrage für uns bauwillige Berliner im Sommer 1992.

Mehr aus dem Bauch heraus kam unsere Antwort: «Aber hier ist es wunderschön!» Und wir bauten, hörten dazu die Endsprengungen von Munition und Anlagen der Roten Armee, bekamen am Rande den Abbau der Wegschranken und Postenhäuser mit und zogen nach dreijähriger Bauzeit dann 1995 endlich ein.

Von den Basdorfern wurden wir gut angenommen und erlebten gerade in den ersten Jahren eine fest gefugte Dorfgemeinschaft. Und diese ist sicher auch notwendig, bei insgesamt neunundzwanzig Einwohnern in einem Walddorf ohne Bus-Anbindung, damals genau zwei Telefonen und dem übermächtigen «Nachbarn» Bombodrom mit seinen jahrzehntelangen enormen Fluglärmbelästigungen, Panzer- und Lastwagenkolonnen-Durchfahrten und immer wieder von Panzern ausgelösten Waldbränden, denen eine fast ohnmächtige Dorffeuerwehr (die einzigen sechs arbeitsfähigen Männer des Dorfes) gegenüberstand.

Teil dieses für uns spürbaren Zusammenhalts im Dorf waren auch die Protestwanderungen der FREIen HEIDe. Fast das ganze Dorf war dabei, der Bürgermeister und das Ortsschild: Nicht zu übersehen. Wir reihten uns ein und waren sehr zufrieden mit unserer Entscheidung.

BI – eine neue Erfahrung für mich

Nie zuvor hatte ich in einer Bürgerinitiative (BI) mitgearbeitet. Als gelerntem DDR-Bürger waren mir Parteien vertraut und Bis eher fremd. Aber aus der persönlichen Betroffenheit als hier lebender Hofeigentümer heraus nahm ich an Protestwanderungen teil und lernte einzelne Teilnehmer kennen. Und war schwer beeindruckt: Welch eine Vielfalt an Persönlichkeiten, Vergangenheiten und heutigen Interessen! Auf dem Hinweg zu einer Mahnsäule sprach ich mit einem schäferhund-führenden Geschäftsmann aus Rheinsberg, den allein die drohende

Lärmbelästigung sich aufraffen liess. Deutsche Arbeitsplätze in deutschen Unternehmen war ansonsten seine Hauptsorge. Vor Ort unterhielt ich mich mit einer Dauerteilnehmerin über eine Unterstützerguppe aus Berlin; auf dem Rückweg stellte ich vielleicht dem Schöpfer der Mahnsäule ein paar Fragen oder genoss still den grossflächigen Anblick des Heidekrauts.

Inzwischen sind mir die Dauer-Aktiven in der BI natürlich besser bekannt und es überwiegt in den Treffs, Wanderungen und den anderen Protestformen ein vertrauter, kameradschaftlicher Ton. Öfter schon konnte ich verschiedene Mitglieder der BI in ganz anderen Angelegenheiten anrufen und auf Unterstützung rechnen: Als Nebeneffekt meiner Mitarbeit haben sich menschliche Beziehungen entwickelt, die mir mein Einleben in die neue Heimat erleichterten und ein Stück Sicherheit gaben.

Immer öfter kam ich auch zu den Vorbereitungstreffen, hörte zu und war wieder und wieder voller Bewunderung. Und ist es nicht schon allein ein Wunder, wenn fünfzehn oder zwanzig Leute aus den verschiedensten Dörfern und Städten alle vier bis sechs Wochen aus eigenem Antrieb an einem Freitagabend aus Entfernungen bis zu hundert Kilometer zusammenkommen und bis in die Nacht hinein über organisatorischen Kleinkram, über die Wertung gerichtlicher Entscheidungen oder über den Slogan zur nächsten Protest-Wanderung beraten? Keiner fragt mich, was genau ich hier will, aber mir werden Original-Plakate für Schautafeln mitgegeben. Keiner fragt, warum ich letztes Mal nicht dabei war, aber es wird anerkennend auf den Tisch geklopft, bringe ich eine Idee ein. Vertrauen und Freiwilligkeit haben mich näherkommen lassen.

Widerstand in der zweiten Generation

Auch meine Tochter Thea (16 Jahre) hat sich gemeinsam mit anderen Jugendlichen in der BI ein Tätigkeitsfeld erschlossen. Sie erfanden ein aus 22 Teilen bestehendes Pappschild, das variabel getragen verkündete: «1999 – Jahr der FREIen HEIDe» und öfter der Blickfang in der Presse wurde. Sie halfen bei der Verteilung der Handzettel, wenn eine neue Protestwanderung anstand, schmückten über mehrer Stunden eine Autobahnbrücke mit der Einladung zum Ostermarsch und besetz-

ten im Juni 1999 in Stuttgart im Rahmen der Evangelischen Kirchentage einen BI-Stand für eine ganze Woche. Aus meiner Sicht eine gute Weise, gesellschaftliche Wirklichkeit zu erleben und nicht im Kleidungs-Protest stecken zu bleiben.

Möglichkeiten wachsen mit

Mit der Zeit wurde ich «Überzeugungstäter»: Die Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin e.V. (IJN) als der freie Bildungsträger, in dem ich arbeite, wurde von mir als Mitglied der BI gewonnen und unterstützte als Gastronomie-Ausbildungsträger in der Folge die Versorgung grösserer BI-Protestwanderungen. Zur Zeit arbeite ich in der IJN mit Jugendlichen in der Berufsvorbereitung Maler. Als eine Möglichkeit praxisbezogener Bildung bot sich an, für die nächsten Protestwanderungen Transparente zu entwerfen und auch herzustellen. Eingeschlossen waren darin Informationen zur Lage des ehemaligen Bombodroms (das fast keiner kannte ...), die kurze Schilderung des Interessen-Konflikts und ein Gespräch über die Formen demokratischer Äusserungsmöglichkeiten. Wenig überraschend dabei: Die wenigsten Jugendlichen haben dazu bereits persönliche Erfahrungen gemacht und verlassen sich lieber auf den Konsum der «Fernseh-Welt».

Weil sich der Ablauf unkonventionell, eben ganz als Projekt gestaltete, kamen Spass und Erfolg nicht zu kurz. Anteil daran hatten auch die Arbeits-, Einzel- und Gruppen-Fotos im Rahmen einer Extra-Schau-tafel. Nicht zuletzt sahen mehrere Jugendliche in der TV-Berichterstattung und in der Presse über den Ostermarsch 1999 ihre Transparente wieder!

Eine Nacht- und Nebelaktion

Am 31. Oktober 1999 war Basdorf als Ausgangspunkt der 58. Protestwanderung geplant und von dort aus die Wanderung zur Gedenkstätte zur Mahnung an die Kriegstoten vom 1. Mai 1945, dem «Birkenfriedhof». Friedlich, aber auch zivil ungehorsam wie immer wurde der lange Weg zum Birkenfriedhof mitten auf das ehemalige Bombodrom genommen. Und wie stets hatte die Bürgerinitiative eine Aktion sich ausgedacht und bestens vorbereitet: Nach fünf Jahren waren die alten Birkenkreuze zum Teil morsch, einige auch abgefallen. Der überwiegende Teil der Kreuze sollte an diesem Sonntag durch neue Birken-

kreuze ersetzt werden. Per Fahrrad oder auch geschultert wurden die Kreuze von dem Grossteil der Teilnehmer über die recht lange Strecke Basdorf – Gedenkstätte geschleppt und vor Ort gleich eingesetzt. Das grosse Kreuz aber, mit einer Länge von über sechs Metern und einem Gewicht von zirka dreihundert Kilo, war schon vor Ort und bereits eingesetzt – wie das?!

Die Vorarbeiten waren entscheidend für den Erfolg am 31. Oktober: Rainer Kühn, auch der Chronist der BI, beschaffte die Birkenstämme und fuhr sie durch den halben Landkreis nach Basdorf; dort wurden die Stämme (nach technischer Zeichnung!) von Horst Bredlow und mir zu zwanzig kleinen und einem grossen Kreuz verarbeitet. Weil die Bundeswehr möglicherweise einen Transport des grossen Kreuzes auf das ehemalige Bombodrom nicht erlaubt hätte, trafen sich also sechs wackere Heinzelmännchen in Basdorf zwei Nächte vor dem Sonntag und sattelten einen für dieses zentrale Kreuz extra konstruierten Wagen für die Unterquerung des Schlagbaums. Vom Moped gezogen und fahrradbegleitet wurde das Kreuz zur Gedenkstätte hingezogen und mühselig aufgerichtet.

Nur erwähnt soll sein, dass extra für diesen Tag von Jugendlichen der IJN Transparente (Erst Bomben, dann «helfen») gemalt, von Willi Schiede aus Basdorf Holzstangen mit Überlänge dafür sogar per Hand gehobelt wurden. Der Erfolg hatte eben viele Väter.

Medien – ein weites Feld

Die BI leistet eine grossartige Pressearbeit (wenn auch noch ohne eigene Digitalkamera und Internet-Zugang). Infolge dessen berichten neben den regionalen Medien (Presse und Ruppin-TV) auch viele grosse Zeitungen und Fernsehsender von grösseren Aktionen oder kommentieren den neuesten Rechtsstand. Daneben melden sich gleich mir eine Reihe von BI-Aktiven auch öfter in Form von Leserzuschriften. Als Leser des Ruppiner Anzeigers schreibe ich natürlich «meiner» Tageszeitung, wenn allzu Bombenfreundliches ausgeschüttet wird. So bekam im Februar 1998 ein technikbegeisterter Artikel einer militärfreundlichen Redakteurin die verdiente ironisch-scharfe Antwort und das Bundestagsmitglied Ernst Bahr im Dezember 1998 meinen Kom-

mentar auf seine öffentliche Taktiererei zwischen Befürwortung des Nato-Angriff-Kriegs und Jein zum ehemaligen Bombodrom. Und das Neue Deutschland wurde gemahnt, doch zum Beginn des «Jahrs der Freien Heide» mehr zu bringen als veraltete Standardinfos. Meine Erfahrung dazu: Wenn ein lokaler Bezug erkennbar ist, werden die Beiträge auch gedruckt und können beim Leser wie auch in der Redaktion Wirkung bringen. Es lohnt sich.

Eigene Medienarbeit

Als Mitglied der PDS ist es für mich ganz natürlich, dass ich auch innerhalb dieser Partei über die nächsten Aktivitäten informiere, Spendenaufrufe weitergebe und regelmässig in der PDS-Zeitung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, «Märkische Linke», über die FREIE HEIDE berichte. Inzwischen gibt es wohl keine Ausgabe ohne FREIE HEIDE-Bericht mehr. Darüber haben sich wiederum Kontakte zum «Pax-Report» (herausgegeben vom Deutschen Friedensrat) und zum Deutsch-Japanischen Friedensforum herausgebildet, denen ich zum Beispiel vor Kurzem eine Rede zum dortigen Abdruck mailen konnte. Dieses «Netzwerk» kann nur gut sein: Denn je mehr vom Anliegen der FREIEN HEIDE und zum Mitmachen überzeugt werden, umso besser. Ausserdem halte ich nichts von einer Parteiarbeit, die nur auf sich gerichtet vornehmlich am Tisch stattfindet. Für mich ist die Wirkung (ausserparlamentarischer Opposition) wichtig und dafür organisiere ich mich in der BI und in einer Partei...

PDS – ja, aber kein PDS-Mitglied der BI

Ich stellte erst mit der Zeit fest, dass es ein «historisches Pflaster» war, auf dem ich mich da bewege: Zu Beginn der BI-Tätigkeit 1992 arbeiteten etliche Leute mit, die auch in der PDS ihre politische Heimat hatten. Sie fühlten sich bei einigen BI-Mitgliedern unerwünscht und aus diesem Kreis herausgedrückt.

Solche Berührungssängste sind vielleicht eine normale Kinderkrankheit der BI, wenn man bedenkt, wie sehr der sonstige Alltag durch Parteien zerrissen ist und die Suche nach Gemeinsamkeiten eher Ausnahmen bildet.

Verstärkt werden solche Risse durch Leute, die sich als «Partei-Missionar» gebärden. So begreife ich mich nicht als (abgesandtes) PDS-

Mitglied in der BI, sondern als selbst Betroffener. Will die PDS an die BI herantreten, dann auch nur über einen offiziellen Vertreter. Wird dieses Rollenspiel stets sauber getrennt, besteht auch keine Angst vor Überfremdung. Im Gegenteil: Die BI könnte und sollte noch direkter und enger mit den interessierten Parteien zusammenarbeiten.

Pluspunkte

Die bisherige Unterstützung der PDS war dennoch nicht gering: Im Landtag des Landes Brandenburg sass bis 1999 zum Beispiel Professor Gonnermann, der nicht nur die FREIE HEIDE mitgründete und an den Protestwanderungen regelmässig teilnahm, sondern als Höhepunkt parteiübergreifenden Wirkens im Landtag Brandenburg am 18. Dezember 1998 eine Entschliessung des Landtags zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide gemeinsam mit der SPD ein- und durchbrachte:

1. Der Landtag ist der Auffassung, dass die Kyritz-Ruppiner Heide künftig zivil genutzt werden sollte.
2. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, von der Bundesregierung den Verzicht auf eine militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide einzufordern.

Obwohl diese Entschliessung formal dem Versprechen des SPD-Wahlkämpfers von 1994, Rudolf Scharping, entsprach («Dieser Platz ist überflüssig und unnötig»), war die Brisanz nicht zu übersehen: Denn inzwischen war Scharping Verteidigungsminister und mit Kriegsvorbereitungen (Jugoslawien) und der Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee beschäftigt und auch der damalige Innenminister des Landes Brandenburg, Alwin Ziel, dachte durchaus nicht daran, sich an der Entschliessung seines Parlaments zu orientieren. Kein Wunder, dass im Zuge der Vorgespräche von PDS und SPD ein weiterer Punkt nicht Teil der Entschliessung werden konnte:

3. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie eine klare politische Position gegen eine militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide bezieht und nicht länger ausweichend – unter Berufung auf die beim Oberverwaltungsgericht des Landes noch anhängigen Verfahren – agiert. (Siehe Drucksache 2/5831) Seit 1998 ist das Bundestagsmitglied Wolfgang Gehrcke (PDS) direkt im Landkreis Ost-

prignitz-Ruppiner vertreten. Vor allem über sein Neuruppiner Büro suchte er den direkten Kontakt mit der BI, beteiligte sich an Protestwanderungen und unterstützte mehrere Spendenaktionen. Zusammen mit dem Bundestagsmitglied Sylvia Voss (Bündnis 90/Die Grünen) regte er einen parteiübergreifenden Antrag zur zivilen Nutzung an den Bundestag an. Wenn es auch bisher beim Vorhaben blieb: Solche Vorstöße verringern künstliche Berührungsängste der in der BI aktiven Abgeordneten untereinander und üben einen heilsamen Druck auf unwillige Fraktionen aus. Wie überhaupt die Arbeit in der FREIen HEIDE der Politikverdrossenheit ein Stück Boden nimmt und Hoffnung gibt.

Das Prinzip Hoffnung –

– für mich und meine Weggefährten geradezu ein Lebensprinzip. Denn im Politpoker von Parteien, Gewühl von Wahlkämpfen, Strudel internationaler Machtverschiebungen, forcierter Produktion von Eurofightern und angesichts deren angekündigter deutscher Erst-Stationierung (dreiunddreissig Maschinen für April 2003; gerade zweihundertachtzig Kilometer nördlich der Kyritz-Ruppiner Heide in Laage/Mecklenburg-Vorpommern) ist jede zeitliche Verzögerung schon ein Erfolg und Lebensgewinn.

Einmischung tut Not

Ulrich Görlitz

Wir fordern Gerechtigkeit und bekommen allenfalls Recht; Recht, das von denen gemacht bzw. geduldet wird, gegen die wir klagen.

Irgendwann Mitte 1992 hörte ich zufällig ein Radiointerview mit dem damaligen Sprecher einer Bürgerinitiative, die sich für die Freigabe eines ehemals russischen Bomben-Zielplatzes für zivile Nutzung einsetzt. Dies entspreche auch den Regelungen des Einigungsvertrages über den Umgang mit zwangseingetragenen Immobilien in der DDR. Die Bürgerinitiative komme dabei, so hiess es, mit dem Bund in Streit, der diesen Platz dennoch zur Weiternutzung durch die Bundesluftwaffe beanspruche. Über das damals genannte Kontakttelefon bekundete ich Interesse an der Arbeit dieser Bürgerinitiative und erhielt postwendend einen schmalen Hefter mit Details, die mich überzeugten, dass hier Einmischung nötig und willkommen ist. Das war der Anfang einer jetzt siebenjährigen Mitarbeit.

Nach der Teilnahme an einer Protestwanderung im September 1992 in Dorf Zechlin berichtete ich in der Berliner Graswurzelgruppe über diese Bürgerinitiative. Ich wusste, dass meine Freundinnen und Freunde dort grundsätzlich antimilitaristisch bzw. pazifistisch eingestellt sind. Es wurde vereinbart, dass wir gemeinsam an einer solchen monatlich stattfindenden Protestwanderung teilnehmen wollten, um diese Bürgerinitiative FREIE HEIDE kennen zu lernen.

Nach der Wanderung berichteten wir in uns nahestehenden politischen, ökologischen und Eine-Welt-Gruppen über die Planungen der Bundeswehr. Wir organisierten Wanderungen um den inkriminierten Platz, den wir nicht betreten durften, was uns hölzerne Wegsperrungen und tausend Warnschilder drohend vorhielten. Viele wanderten dennoch an den Sperren vorbei weit ins verbotene Reich. Die hölzernen Anlagen sind inzwischen durch Stahl und Blech ersetzt worden. Holz war dem Freiheitsdrang demokratischer Bürger wenig gewachsen.

Aus diesen Wanderungen sind inzwischen jährliche Sommeraktionstage im August geworden. Die wundervolle Blüte der Heide bewegt

unsere Herzen alle Jahre wieder. Die Teilnehmer gestalten jedes Mal wenigstens eine öffentlich sichtbare Aktion. Eine grosse Aufgabe hatten wir uns für den Ostermarsch in Fretzdorf 1994 vorgenommen. Vier ostdeutsche Künstler hatten zugesagt, ihre Lieder beim Abschlussfest am Waldrand vorzutragen. Das sagt sich so leicht daher, für mich aber war das eine neue Erfahrung, die Adressen von Künstlern zu finden, telefonische Absprachen zu treffen, zu ändern, dann zu bestätigen, mit der Gema zu verhandeln, mich um eine geeignete Verstärkeranlage und ausreichende Stromversorgung mit Zugmaschine zu kümmern, an der Finanzierung telefonierend und schreibend mitzuwirken und, nicht zuletzt, bei den wöchentlichen Treffen der Berliner Heidegruppe im anarchistischen Laden organisatorisch mitzuplanen und Texte für Aufruf, Handzettel und Plakat mitzugestalten. Tolle Wochen waren das, weil mit jedem Teilerfolg Freude aufkam und mit ihr das Gefühl, wir schaffen das. Es waren wohl viertausend Menschen auf der Lichtung. Nun aber zu der mich treibenden Kraft.

Einmischung in Entscheidungen um Rüstung, Militär und Krieg ist für mich nach dem Verlauf des vergangenen Jahrhunderts, von dem knapp Dreiviertel mein Leben ausmachen, zwingend. Doch hatte die berufliche beziehungsweise wirtschaftliche Existenz lange Zeit Priorität, Einmischung frass meine berufsfreie Zeit, drängte auch in die Berufsarbeit. In scheinbar wenig geschichtsbewusster Nachbarschaft fühle ich mich singulär. Wenn ich plakatiere oder Infos verteile, nennen sie mich Idealist, wohl um das eigene Nichtstun als realistisch zu erleben. Sicher, ich habe als Ruheständler festes Einkommen und selbstbestimmte Zeit, aber auch keinen Anlass zu Selbstbezug. Jede, die bzw. jeder, der ohne das Handeln orientierende Ideale diese Welt bearbeitet, nennt sich Realistin. Zwar sehen viele die Realität oft durchaus wie ich und teilen mein Urteil. Aber Politik bleibt für sie und allgemein auf Wissen, Beobachten, Beurteilen beschränkt. Dadurch schon zählen sie zu einer interessierten Minderheit des Staatsvolkes. Handeln jedoch sollen die Profis, mit der Chance, uns zu betrügen.

Einer allein könne gar nichts bewegen, höre ich oft. Dann sage ich, such dir einen zweiten Menschen, der denkt wie du, und du wirst se-

hen, es ist nicht nur einer. Ebenso oft höre ich, «die da oben» machen ja doch, was sie wollen. Nachgefragt kennen «die da unten» keinen der Bürgererfolge im Larzac oder bei Whyll, Wackersdorf, Gorleben oder kürzlich und international die gegen das so genannte MAI (mutual assurance of investments) und zuletzt von Seattle. Das Ende der DDR war Bürgererfolg, was danach kam, Herrschaftshandeln.

Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass all diese Erfolge durch Ungehorsam und gewaltfreien Widerstand nicht ohne begrenzte Übertretung geltender Gesetze erreicht wurden. Das oben angedeutete Verhältnis von Staat und Recht lässt die Kosten ahnen. Solidarität ertrug das aber. Dreimal verurteilt erhielt ich beispielsweise nach Jahren alle Strafgeelder und Anwaltskosten zurück, was allerdings selten gelingt. Nach der deutschen Vereinigung und dem Ende der Warschauer-Vertrags-Organisation war eine alte Erfahrung mit dem Handeln der «Profis» erneut bestätigt. Die Nato schien auch ohne das lange gepflegte Feindbild, quasi als Siegerin weitersiegen zu wollen, jetzt eben anderswo. Kriegsgründe und -ziele finden beziehungsweise schaffen Fachleute des Krieges leicht. Wir Pazifisten wollen diese Fachkräfte «freisetzen». Das Wissen um die entwickelten Kriegstechniken kann zwar niemand verschwinden lassen. Problemlösung ohne Gewalt ist aber möglich und inzwischen vielfach beschrieben. Sie kann und muss Gewalt überflüssig machen. Solche Logik erklärt mein inzwischen langes Engagement bei der BI ausreichend, denke ich.

Achtzig bis hundert Kilometer Anreise von Berlin aus stellen meinen inneren Schweinehund manchmal heftig auf die Probe. Es geht jedoch um Krieg, nicht nur um Störung im Naherholungsgebiet der Millionenstadt. Es geht nicht um Proklamationen und Reden wider den Krieg, die wir schon alle kennen, sondern um die handgreifliche Verhinderung des grössten zusammenhängenden Luft-Boden-Schiessplatzes in Europa, und das bei klarer Rechtslage. Und es gibt fröhliche Freunde in der Bürgerinitiative. Die Reisen lohnen also, zumal sich mir hier in der Ostprignitz die Chance bietet, zu einem Ausstieg aus der Nato-Drohpolitik beizutragen. Jetzt nach den Bomben auf Serbien bin ich empört über Scharpings Gang in die dritte Instanz gegen die

Kläger hier und sehe jetzt erst recht in der Unterstützung der Bürgerinitiative eine höchst aktuelle politische Aufgabe.

Meine Vergangenheit, die mich siebzehnjährig als Herrn Hitlers Helfer in die Beskiden und auf den Rückzug durch das Schlesien meiner Kindheit, dann auch durch Lazarett und Gefangenschaft führte, ist ein weiterer Grund für das Engagement gegen Vorbereitungen zu weiteren Bombenkriegen. Wenn der Krieg der Vater aller Dinge ist, wie die Alten sagten, dann muss er heute Grossvater werden, seinen Sohn, den Frieden, die Dinge fortzeugen lassen. Spätestens seit Hiroshima droht Krieg das Ende aller Dinge zu werden. Vater aller Werte war er nie, vor allem nicht der Leben erhaltenden und fördernden Werte. Mut, Tapferkeit, gegenseitige Hilfe («Kameradschaft») und Zuverlässigkeit werden stets dem tötenden oder leidenden Kämpfer zugeschrieben. Dabei wird heute das Leben der «kämpfenden» Soldaten so sicher wie möglich gemacht und das der zivilen Menschen immer unsicherer, vergleichbar dem von Geiseln. Ferngelenkte Geschosse beispielsweise treffen über Hunderte Kilometer weit punktgenau. Soldaten haben also nicht einmal die oft beschworene hohe «Kampfmoral», stattdessen gleichen sie Menschen, die total instrumentalisiert und feige gemacht wurden, weil das Land viele Tote nicht lange hinnehmen würde; wegen der nächsten Wahlen und der Kriegsgelder gibt es moderne Technik und die muss geübt werden.

Oft läuft der sogenannte Kampfauftrag wie der an gewissen Spielautomaten ab, ein Monitor wie der daheim, nur mit eingegebenen Zielkoordinaten und Bewegungshilfen. Der Druck auf einen farbigen Knopf wischt das Ziel vom Monitor. Sekunden erfordert seine Tat.

Wie soll der Spieler wissen, was er gerade angerichtet hat? Er weiss es, aber nur dank abstrakter Logik. Gesehen hat er die Sterbenden nicht, nicht gehört die Schreie der Verletzten, auch hat er den Tod nicht gerochen – aus drei oder fünf Kilometer Höhe. Das macht mir sein Handeln verstehbar, entschuldbar nicht. Dahinter steht immer: Befehl ist Befehl. Das muss keiner tun, das darf er nicht. Aber es gehört seit je zum Training von Soldaten, deren Phantasie und Sensibilität zu unterdrücken, um sie für alle befohlenen Aufträge bereit zu machen. Verdrängen macht krank, vor allem die militärischen Hand-

arbeiter, die ohne Monitor. Viele Soldaten des vorigen Krieges haben Jahrzehnte gebraucht, ehe sie über ihre Taten und Erinnerungen sprechen konnten. Mich traf es sanfter, da ich nur etwa zweihundert Kilometer Rückmarsch bis zur Verwundung durchzuhalten hatte.

Jetzt sind die meisten von damals tot oder müde. Mancher Prahlhans hat auch nichts dazugelernt. Andere schweigen als Mittäter in Verdrängung verkrampft. Den Kampf gegen Krieg und militärische Erpressung müssen wir denen mit der «Gnade der späten Geburt» überlassen. Die aber werden selbst zu moralisierenden Erpressern, reden mit logischer Sensibilität. Ein Unterdrücker? – Bomben drauf! Von den wahren Interessen hinter dem Totentanz reden sie nicht.

Ich weiss, dass deutschen Jungen traditionell das «Soldat»-Spielen vorgemacht wird. Mein Vater versuchte das auch, aber dann kam seine Scheidung und danach war es zu spät für den begeisternden Druck durch die Braunhemden. Eine Generation allenfalls blieb von solchem Spiel verschont. Heute entdecken viele Männer wieder neuen Reiz und quasi sportliche Herausforderung darin. Ich habe die «Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär» mitgegründet und freue mich, wenn die Zahl der den Wehrdienst Verweigernden wächst. Aber diese Männer sind noch lange nicht zum Kampf gegen Krieg und Militär bereit. Die Mehrheit der Menschen ist wieder unpolitisch und lebt als «Mitläufer» nur im Heute.

Die Menschen, die dicht an dem wiederum geplanten Luft-Boden-Schiessplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide leben, treibt die eigene Betroffenheit zum Handeln. Nach vierzig Jahren Erfahrung mit Bombenflugzeugen, Granaten und Panzern wehren sie sich gegen die Verewigung dieses Zustandes, auch wenn heute noch rund um den Platz tausend Schilder rufen «Verbot ist Verbot! Der Kommandant». Die Besatzer nahmen damals, was sie brauchten. In einem Staat, wo die Partei immer Recht hatte, war der Anspruch der Besatzungsmacht genauso wenig hinterfragbar, wie in einem solchen, in dem die Parlamentsmehrheit im Dienste des Gesetzanwenders Regierung steht und grosse Rüstungsgeschäfte politisch virulent werden.

Sachlichkeit regiert, dem Anschein nach zumindest, Politik und Recht, auch Wirtschaft und Wissenschaft. Sachkenntnis und Wissen um die

Bedingungen und Kräfte ist deshalb bei jeder kritischen Einmischung förderlich. In den sieben Jahren meiner Mitwirkung bei der regionalen Auseinandersetzung um diesen Bombenplatz habe ich versucht, dem Rechnung zu tragen. Einmal wollte ich über die Vergangenheit dieses verhunzten Stückes Natur, das aber von Jahr zu Jahr an natürlicher Schönheit neu gewinnt, mehr wissen. Zum anderen versuchte ich, den Umgang der Regierung Stolpe und der Mehrheit des Landtages mit dem existenziellen Problem ihrer Bürger in der Ost-Prignitz zu verstehen. Zum dritten arbeitete ich mich durch die mir zugänglichen Gerichtsakten. Spass machte das kaum, allenfalls Staunen, wenn ich hinter die trickreichen Schliche einiger Würdenträger kam, die alles andere als zuverlässige Vertreter ihres Souveräns gewesen sind, des Volkes nämlich. Der Landtag und die damalige Regierung (SPD) forderten, verbal, zivile Nutzung des einstigen Bombodroms. Der Leiter der Staatskanzlei machte zugleich einen Deal mit Rühle: Bombenplatz gegen tausend Mann Garnison in Wittstock. Derselbe Mann protestiert auftragsgemäss gegen Rühles Nutzungsplan und liess zugleich das so genannte Register-Verfahrens-Beschleunigungsgesetz «in Abwägung» unterzeichnen, mit dem das Land auf seine Rückübertragungsansprüche an rund siebzig Prozent der Fläche des einst russischen Bombodroms verzichtete.

Zur Zeit sieht es so aus, als würde Herr Rühle in seinem Nachfolger Scharping fortwirken und als liesse die neue Koalition in Brandenburg eher noch Übleres erwarten. Wird Minister Scharping sein Wort wahr machen, wonach unter einer von der SPD geführten Regierung dieser Übungsplatz verschwinden wird? Bisher ist das nicht zu erkennen. Seine wortreiche Kriegshetze im Frühjahr 1999 gibt zu befürchten. Der Neuruppiner Theodor Fontane sagte über die Engländer seiner Zeit, sie sprächen von Christus und meinten Kattun (Geschäft). Welche Interessen verbergen sich heute hinter so genannten Menschenrechten? US-Politiker sind da ehrlicher und dreister. Was gut sei für General Motors, sei auch gut für die USA, heisst es da. Luftgestützte Fernlenk Waffen sind genauso rechtzeitig für die Nato entwickelt worden wie einst die Guillotine für Robespierre, der Moral zuliebe.

Wird die Regierung Stolpes und seines Vertreters im Generalsrang den Landtagsbeschluss für eine zivile Nutzung dieses Platzes endlich durchsetzen? Gibt es nun eine andere Mehrheit in der Sache wegen der neuen Koalitionsraison oder gar der neuen Moral wegen? Der «Druck der Strasse» auf die Entscheidungsträger ist weiterhin dringend nötig. Auch das ist ein Grund für weitere «Einmischung».



**Christian Ströbele von Bündnis 90/
Die Grünen, Ostern 2000**
Foto: Helmut Schönberg

**Der Stifter des Alternativen
Nobelpreises, Jacob von Uexküll,
Ostern 1997** Foto: Rainer Kühn

Schwerter zu Pflugscharen oder Bomber zu Windrädern

Eckhard Hässler

In einem Gespräch über die Notwendigkeit von Bombenabwurfplätzen stellte am Ende ein Redner fest: «Es ist besser, wenn diese Art des Kriegübens in solchen unbewohnten Gebieten wie Wüsten stattfindet und nicht vor unserer Haustür in der Ruppiner Schweiz.» So logisch das Argument auch klingt, so kurz reicht es. Bombenabwurfplätze sind Plätze der Kriegsvorbereitung. Und auch Wüsten sind ein Teil der Schöpfung und wert, bewahrt zu werden. Jeder Baum und jede Blume ist ein Stück Schöpfung und widerspiegelt damit das Antlitz Gottes. So, wie Franz von Assisi mit den Vögeln sprach, so sind Christen auch heute aufgerufen, Fürsprecher für die geknechtete Schöpfung zu werden. Die ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung findet in der Kyritz-Ruppiner Heide Praxis: Frieden fängt mit der Umkehr des Sinnes an. Bewahrung der Schöpfung findet nicht statt, wo Bomben Landschaften verwüsten und das Militär seinen Frieden damit erklärt, dass Wirtschaftsinteressen gewahrt bleiben müssen.

Als ich vor zehn Jahren in Neuruppin als Stadtjugendwart der evangelischen Kirchengemeinde angestellt wurde, war mir bald deutlich, dass der Protest der Menschen im Namen des Friedens meine Sympathie und Unterstützung zur Folge hatte. Jugendliche mit der Problematik vertraut zu machen und zum Einsatz für Frieden zu gewinnen, war und ist mir ein Anliegen. Frieden stiften im Sinne Jesu, heisst aktiv werden. In vielen Aktionen wurde dieses Friedenszeugnis artikuliert und öffentlich gemacht. Erstmals beteiligten sich Jugendliche aus der Jungen Gemeinde während der Friedensdekade 1994 an einer Aktion, die auf dem Gelände des Bombodroms stattfand. Sie schufen eine etwa zweihundert Meter lange Spruchmeile auf dem Bombodromgelände: «Brot statt Bomben!», «Selig sind die Sanftmütigen», «Schwerter zu Pflugscharen!» waren Aussagen, die am Buss- und Bettag mit Farben aus Dosen auf den Boden aufgesprüht wurden. Jugendliche halfen auch bei der nächtlichen Errichtung der Mahn- und Gedenkstätte auf dem Truppenübungsplatzgelände, die an die am 1. Mai 1945 bei einem Massaker umgekommenen Zivilisten erinnert.

Im Juni 1996 fand das Brandenburgische Landesjugendcamp der Evangelischen Kirche in Netzeband statt. Mehr als tausend Jugendliche waren in das Anrainerdorf des Schiessplatzes gekommen, um miteinander und mit Gästen, wie beispielsweise Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt, zum Thema «Wie kann man heutzutage als Christ in der Politik sein?» zu diskutieren. Die Jugendlichen wollten mit diesem Camp auch Unterstützung für die Bürgerinitiative FREIE HEIDE bekunden. Im November 1996 wurde ein Plakat der Jungen Gemeinde an der Pfarrkirche in Neuruppin von der Polizei beschlagnahmt, das einleitend einen Satz Kurt Tucholskys zitierte: «Soldaten sind Mörder», um dann fortzufahren: «Soldaten sind Gärtner – Freie Soldaten sind Heide-Gärtner»: Auf Kirchentagen betreuten Mitglieder der Jungen Gemeinde Informationsstände der Bürgerinitiative. Der Jugendliche Daniel Kurz startete 1999 eine Postkartenaktion («Erinnerungszettel»), mit der Rudolf Scharping an sein Versprechen erinnert werden sollte.

Das Leid um die Vorherrschaft des Militärs im Land und die Vision vom Frieden, der aus Schwertern Pflugscharen macht, war und ist unser tiefster Impuls. Wir wollen an der Verwirklichung des Traums mitarbeiten, dass unsere Kinder einmal durch die Heide wandern werden und kein Soldat, kein Schild, kein Bombenlärm dies verbietet. Dass Frieden lernen auch heisst: «Aufhören, den Krieg einzuüben», das ist unser Ziel. Es ist aktuell – und offen: «Bomber zu Windrädern und die Befreiung der Natur vom Militär».

Die Sommeraktionstage und andere Aktivitäten auswärtiger Pazifisten

Andreas Hauschild

Wie Ulrich Görnitz in seinem Beitrag schon schildert, wurden viele Menschen bereits im Herbst 1992 durch den laut vorgetragenen Protest auf die BI FREIE HEIDE aufmerksam und nahmen an den angekündigten Wanderungen teil. Wir, das waren zunächst die Aktiven der gewaltfreien Aktionsgruppe Berlin¹. Auf dem Hintergrund unseres jahrelangen antimilitaristisch-pazifistischen Engagements² war von Anfang an unsere Einschätzung, dass die Bundeswehr dem Bombodrom Wittstock eine sehr hohe Priorität einräumen würde³ und es nicht zu erwarten war, dass die Pläne zur militärischen Nutzung aufgegeben würden, wenn die Proteste lokal beschränkt blieben. Wir waren davon überzeugt, dass es einer bundesweiten Bewegung bedarf gegen die Umrüstung der Bundeswehr zur Kriseninterventionsarmee, vergleichbar der Anti-AKW-Bewegung, um das Bombodrom Wittstock zu verhindern. Unser Interesse am Erfolg der BI war so gross, dass wir uns sehr bald an der organisatorischen Arbeit beteiligten und versuchten, die FREIE HEIDE in Berlin bekannt zu machen. Ähnliche Interessen hatten auch einige Aktive des Anarchistischen Ladens⁴ Berlin, sowie weitere Einzelpersonen. Durch die praktische Zusammenarbeit wuchsen wir zur Gruppe FREIE HEIDE Berlin zusammen.

Die Anfänge der Zusammenarbeit mit der BI FREIE HEIDE

Unser anfängliches Selbstverständnis war, den von der Bevölkerung vor Ort getragenen Widerstand nach Kräften zu unterstützen. Die BI setzte grosse Hoffnungen darauf, durch massenhaften öffentlichen Protest Einfluss auf die Parteien nehmen zu können. Gleichzeitig versuchte man, auf dem Klageweg Recht zu bekommen. Dies gelang zunächst mit unvorstellbar grossem Erfolg. Es sah alles so aus, als seien alle für eine zivile Nutzung des Bombodroms Wittstock, nur Kohl und Röhre nicht.

Unsere historisch begründete Skepsis gegenüber der SPD und unsere Vorstellung, mit anderen Widerstands- und Aktionsformen die Arbeit der BI zu ergänzen, motivierten uns zur Mitarbeit.

Unsere Skepsis gegenüber der SPD wurde relativ bald bestätigt. Die SPD-Länder, bis auf Brandenburg und Niedersachsen, stimmten dem Plan der Bundeswehr, das Gebiet doch als Bombodrom zu nutzen, zu. Damit war die wichtigste parlamentarische Hürde bereits im Herbst 1993 genommen. Als das Bundesvermögensamt das Gelände am 22. Dezember 1993 der Bundeswehr übertrug und im Januar 1994 mit Tiefflügen begonnen wurde, wurde mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht reagiert.

Ostern 1994 führten wir erstmals Aktionstage in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide durch. Wir wollten zivilen Ungehorsam zeigen und deutlich machen, dass wir nicht bereit sind, die Besetzung des Geländes durch die Bundeswehr zu akzeptieren, dies für illegitim halten und dagegen Widerstand leisten werden. Die Idee, Aktionstage mit Aktionen um den und auf dem Platz durchzuführen, fand allgemeine Zustimmung. Ein weiterer Vorschlag löste bei uns und der BI vor Ort Begeisterung aus: ein grosses Konzert für junge und ältere Menschen, etwas fürs «Gemüt», um wieder Lust zu bekommen.

Woodstock für Wittstock

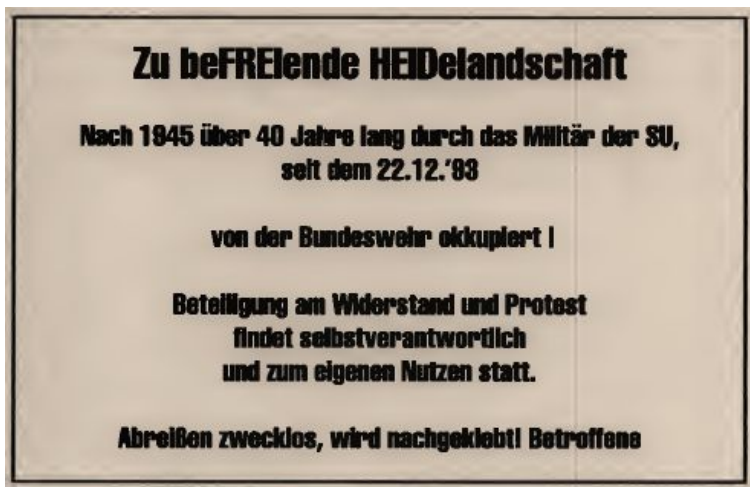
Es war seit langer Zeit das erste Mal, dass nicht wir der Presse, sondern die Presse uns hinterherrannte. Am Samstag fuhren die ersten hundert Teilnehmer auf Fahrrädern die hundert Kilometer von Berlin nach Fretzdorf und trafen dort weitere zweihundert, die aus anderen Orten bereits angereist waren und gemeinsam auf dem Kundgebungsplatz dem Frost zu entkommen suchten. Zum Ostermarsch und dem anschliessenden Kulturereignis kamen zwischen vier- und fünftausend Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche. Im Vergleich zu anderen Protestwanderungen waren prozentual deutlich mehr jüngere Menschen gekommen.

Von den angekündigten ostdeutschen Sängerinnen kamen tatsächlich alle: Stefan Krawczyk, Bettina Wegner, Carsten Troyke, Panach & Cäsar, Victor Luferov. Den Abend begleiteten noch zwei lokal bekannte Rockbands. Die meisten blieben trotz klirrender Kälte. In der bunten Mischung aus Information, Agitation und Liedern haben wohl alle etwas für sich gefunden. Die Künstlerinnen stellten sich erstaunlich gut auf die Situation und das Ereignis ein. Die Tatsache, dass es der grösste

Ostermarsch in der Bundesrepublik war, vermittelte ein Gefühl der Stärke. Ein kräftiger Regen vertrieb gegen Abend die meisten. Die Rockbands spielten dann nur noch vor etwa tausend Zuhörerinnen. Der von uns am Abend erwartete Zustrom der Jugend blieb leider aus.

Zu den anschliessenden ersten Aktionstagen vom Montag bis Donnerstag blieben nur noch wenige. Keinesfalls wollten wir Aktionen machen, die von den Aktiven in der BI abgelehnt werden. Die Gruppe hat mit Begeisterung den Vorschlag aufgegriffen, auf dem Platz Bäume zu pflanzen. Hintergrund des Vorschlags war die lokal unumstrittene Idee, das Gelände wieder zu bewalden und der Forstwirtschaft zuzuführen.

Wir stellten Schilder auf, die den Bundeswehrschildern nachempfunden waren, mit folgender Aufschrift:



Gespannt auf die Reaktion der Lokalmedien und der Bundeswehr setzten wir uns pünktlich mit den durch die BI organisierten Bäumchen, den vorbereiteten Schildern und dem Aktionstransparent «Leben in die Todeszone. Bäume leben – Bomben töten. Auf dem Weg zu einer FREIen HEIDe» in Bewegung. Wir pflanzten 30 Birken ein, stellten die Schilder auf und veranstalteten einen Frühlingstanz um die Bäumchen. Gestört wurden wir nur kurz von einem Angestellten einer Wachgesellschaft, der sich nach der Genehmigung für unsere Aktion

erkundigte. Nachdem wir uns nur kurz entfernt hatten, um Wasser für die Bäumchen zu holen, waren alle Schilder und das Transparent weg. Die Bäumchen standen aber unangetastet. Wie wir am nächsten Tag erfuhren, lagen die Schilder auf dem Schreibtisch des Kommandanten.

Die Antimilitaristischen Sommeraktionstage

Regelmässig kommen Gruppen von ausserhalb der Region, um an den Veranstaltungen der Bürgerinitiative Freie Heide teilzunehmen. Aus Hamburg und aus Bremen kommen alljährlich Busse zum Ostermarsch. Zu den kontinuierlichen Unterstützern gehört auch die FREIE HEIDE Berlin. Zu unseren Versuchen, die Bedeutung der FREIEN HEIDE auch überregional bewusster zu machen, gehört die Durchführung von Antimilitaristischen Sommeraktionstagen. Die Zielgruppe sind eher jüngere Menschen, die sich mit den Zielen der FREIEN HEIDE identifizieren und im beschränkten Umfang engagieren wollen. In jedem Jahr greifen wir ein Thema auf, von dem wir glauben, dass es auch für die Arbeit der BI eine Bereicherung sein könnte.

Als Beispiel dafür, wie wir versuchen, im Rahmen dieser Sommeraktionstage die Arbeit der Bürgerinitiative FREIE HEIDE zu unterstützen, sei die Hauptaktion des Jahres 1995 vorgestellt, die zusammen mit der Gruppe «Lebenslaute»⁵ vorbereitet und durchgeführt wurde. Sie entstand aus einer auf einem Sommerfest der Bürgerinitiative entwickelten Idee, eine Windmühle auf dem Bombodrom aufzustellen – wir machten den Vorschlag, ein Klangspiel aufzubauen.

Seid Sand im Getriebe ...

Mitten durch das Truppenübungsgelände verläuft – seit 1990 für den Privatverkehr wieder geöffnet – die Verbindungsstrasse von Schweinrich nach Zechlin. An dieser Strasse, ca. fünf Kilometer von Schweinrich entfernt, steht ein alter, baufälliger Kommandoturm, davor eine grössere asphaltierte Fläche. Genau auf diesem Platz sollte, so die Auflage des Kommandanten, ein von uns für den 27. August 1995 angemeldetes Konzert stattfinden. Hier empfingen die Aktivist:innen des Sommercamps fünf- bis sechshundert Protestwanderinnen. Die Stimmung

war gut, denn einen ersten Erfolg konnten wir schon verbuchen: Das Gerüst für das Klangspiel stand, und zwar auf der anderen Seite der Strasse, gegenüber vom Konzertplatz etwa vierzig Meter in das Militärgelände hinein. Dieser Platz war bestens für die Anbringung eines Transparentes geeignet. Die Polizei und die Bundeswehr hatten gegen diesen Standort des Klangspielplatzes protestiert und dann auch für die Akten ein Foto mit fröhlich buddelnden und winkenden Menschen gemacht, uns aber weiter nicht bei den Bauarbeiten behindert.

«Wir schaffen am Frieden auf unsere Weise», mit diesem Lebenslaute-Kanon eröffneten wir nach der Begrüssung durch den BI-Vorsitzenden und einer Ansprache von Horst Kasner (ehemaliger Leiter des Pastoralkollegs in Templin) unser Konzert. Diese Aussage bekräftigten wir später in unserer Rede: «Wir wollen mit den in die Luft aufsteigenden Klängen unserer Musik dem Dröhnen der Tiefflieger etwas Lebensbejahendes entgegenschicken. ... Lebenslaute statt Bombengeräusche ... Mit dem Klangspielplatz als bleibendem Symbol möchten wir unseren Teil dazu beitragen, dieses Gelände ... zurückzugewinnen.»

Vor den sporadisch fallenden Regentropfen wurden Musikerinnen und Instrumente durch hilfreich gehaltene Regenschirme bewahrt. Ein Grossteil des Publikums liess sich nicht vertreiben und lauschte den dargebotenen Werken von Händel, Mozart, Diestler und Keller. Den ersten Teil unseres Konzertes beendeten wir mit der Vertonung eines Textes von Günter Eich. Dieses Werk komponierte Uli Klan vor 15 Jahren, aber es ist wie geschaffen für diesen Anlass.

Der Text lautet: «Nein! Schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind! Seid misstrauisch gegen ihre Macht, die sie vorgeben, für Euch erwerben zu müssen! Wacht darüber, dass Eure Herzen nicht leer sind, wenn mit der Leere Eurer Herzen gerechnet wird! Tut das Unnütze! Singt die Lieder, die man aus Eurem Munde nicht erwartet! Seid unbequem! Seid Sand! Nicht das Öl, seid Sand im Getriebe der Welt! Seid Sand!»

Gemäss diesen Worten Günter Eichs forderten die Lebenslaute das Publikum auf – die Verbotsschilder ignorierend –, in das Militärgelände mitzugehen und direkt neben dem Klangspielplatz das Konzert fortzusetzen. Viele Kinder waren schon längst dort, probierten und lauschten an den Klangspielen, die Erwachsenen folgten erst etwas zö-



Konzert der Gruppe Lebenslaute auf dem Gelände des Bombodroms, Sommer 1995
Foto: Andreas Hauschild

gerlich, dann aber doch entschlossen und in grosser Zahl. Für ein konzentriert lauschendes Publikum spielten wir vor der wunderschönen Kulisse der weiten FREIen HEIDE einen langsamen Satz von Haydn und einige swingende Lieder. Derweil werkelten einige Aktivistinnen weiter am Klangspielplatz, richteten das sechs Meter hohe Windrad auf, befestigten das Transparent, verrichteten letzte Handgriffe. Unser Gesamtkunstwerk war vollendet. Es wurde mit viel Applaus und grosser Freude begrüsst. Zur Einweihung des Klangspielplatzes führten wir ein Stück für Sprechgesang und Percussion von Barbara Rodi auf. Dieses Stück mit dem Titel «out of area» thematisiert den Zusammenhang zwischen den «Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr» und dem Tod vieler Menschen.

Einen passenden Abschluss dieses Widerstandstages bildete das von allen gern gesungene «FREIE HEIDE Lied» von Uli Klan.

Die Bundeswehr forderte unter Androhung des kostenpflichtigen Abbaus die sofortige Umsetzung des Klangspielplatzes auf einen ihr genehmeren Flecken direkt neben dem Asphaltplatz. Unsere Haltung

war eindeutig: Nein, wir beugen uns nicht der Macht, wir bauen jetzt nicht ab.

Ausblick

Seit dem Herbst 1992 sind fast acht Jahre vergangen und wir stehen auf halbem Wege zu einer freien Wald- und Heidelandschaft. Dies ist fast ausschliesslich der Erfolg der BI FREIE HEIDE. Der bisherige Beitrag der Menschen von ausserhalb der Region ist eher als gering einzuschätzen.

Ohne Zweifel kann sich der Bund juristisch durchsetzen. Ob er dies tut, hängt vom politischen Preis ab, den er dafür zahlen müsste. Es gibt deshalb im Allgemeinen wenig Gründe, die Einschätzung der Erfolgsaussichten von damals entscheidend zu revidieren, auch wenn wir die Möglichkeiten der Region, in der föderalen Struktur der Bundesrepublik auf Bundesangelegenheiten Einfluss nehmen zu können, stark unterschätzt hatten. Zum Glück sind auch diese Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft und die Sommeraktionstage wird es auch weiterhin geben.

Anmerkungen

- 1 Die gewaltfreie Aktionsgruppe Berlin war eine von mehreren Gruppen, die bundesweit im Rahmen der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen und anderen pazifistischen Gruppen in einem losen Austausch stand. Zum Selbstverständnis der Gruppe gehörten basisdemokratische Entscheidungsstrukturen, strikte Ablehnung von Gewalt gegen Personen, sowie die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam.
- 2 Mit pazifistisch-antimilitaristisch ist hier das gemeint, was K. Krusewitz in seinem Beitrag dazu ausführt.
- 3 Siehe dazu den Beitrag von R. Siemens.
- 4 Auch die Aktiven des Anarchistischen Ladens Berlin waren gewaltfrei und basisdemokratisch und nahmen regelmässig an den Protestwanderungen teil.
- 5 «Lebenslaute» ist eine bundesweit organisierte Gruppe von Musikerinnen und Sängerinnen, die klassische Musik mit zivilem Ungehorsam verbindet.

Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe

Dorothea Winkelmann

Unter dem Titel «Brandenburgs beste Seiten» erscheint im April 2000 ein Sonderblatt der Märkischen Allgemeinen Zeitung. Es wird von sechzehn Lokalredaktionen erstellt, von denen mindestens vier direkt mit der Auseinandersetzung um das geplante Bombodrom konfrontiert sind. Nachdem sie seit der Wende 1989 euphorisch für eine unabhängige und überparteiliche Presse geworben hatten, erwartete ich als aufmerksame und politisch interessierte Leserin, dass sich dieses Thema in der Zusammenstellung der Artikel für das Sonderblatt entsprechend niederschlagen würde.

Themen wie Kultur, Wirtschaft, vor allem die Schönheit der Landschaft und die hohe Lebensqualität, die die Region bietet, finden ihren Niederschlag in der Sonderausgabe. Jüterbog legt Wert auf die Erwähnung der Konversionsbemühungen in der alten Garnisonsstadt; die Neuruppiner Redaktion findet, dass «ohne Fontane nichts geht», darüber hinaus haben das «Kulturdorf Netzeband» und die Aufführungen im Schlosstheater Rheinsberg ihren Platz; aus Lindow, Fehrbellin und Temnitz wird über Vorkommnisse der Kyritz-Neuruppiner Region informiert, ohne jedoch den geplanten Bombenabwurfplatz zu erwähnen. «Brandenburgs beste Seiten» spiegeln ein Tabu der Berichterstattung nach aussen dar, dieses Tabu heisst: Bombodrom.

Lange Zeit konnte ich mit dem Anliegen der Bürgerinitiative Freie Heide nichts anfangen. Was mich erregte, war das Verhalten der Bundeswehr, sich selbstverständlich in das von den russischen Besatzern zwangsannektierte Nest zu setzen. Das empfand ich als Unverschämtheit! Ich begann mich für völlig neue Dinge zu interessieren: Strassenumwidmung, Landesbeschaffungsgesetz, Raumordnungsverfahren – damit hatte ich mich vorher nie beschäftigt.

Aus der Wendezeit hatte ich von Bürgerinitiativen den Eindruck, dass sie nur Ausdruck der schlechten Arbeitsweise der Regierung sind. Trotzdem besuchte ich 1996 als Frau eines selbständigen Gewerbetreibenden die erste Versammlung der Initiative «Pro Heide» und ent-

schloss mich spontan für eine Mitarbeit bei den Hand in Hand arbeitenden Bürgerinitiativen «Freie Heide» und «Pro Heide».

Diese Mitarbeit ist nicht spannungsfrei. Zum einen muss ich auf die Stellung meines Mannes, der Inhaber eines alteingesessenen Textilgeschäfts in Wittstock ist, Rücksicht nehmen. Darüber hinaus blickt unser gesamter Freundes- und Kollegenkreis voller Erwartung auf die Stationierung eines Ausbildungsbataillons der Bundeswehr. Sie erhoffen sich dadurch wirtschaftlichen Wohlstand für die Region. Sie sind der Meinung, dass die Bundeswehr Arbeitsplätze und Kaufkraft bringen würde, insbesondere die Baubranche würde einen Boom erleben. Ich frage mich: Wie können intelligente Menschen derart kurzfristig schlussfolgern? Die Konsequenzen für die Wirtschaftsentwicklung können – wenn überhaupt – nur kurzfristig sein. Grundsätzlich müssen aber die Folgen für Menschen, Tiere und Natur bedacht werden! Tornados würden hierauf keine Rücksicht nehmen.

Nach Überzeugung vieler Wittstocker sind es die Bürgerinitiativen, die Schuld an der unklaren Situation haben. Da die Besitzverhältnisse der Anliegergemeinden nicht eindeutig geklärt seien, würde der Investor Bundeswehr vertrieben werden. Nein, hier geht es nicht um einen werbemässig aufgebauchten Investitionsschub, es geht um die Frage der Demokratie: Wer ist der Staat? Wer hat das Sagen? Ist es die Bundeswehr, die sich selbstherrlich durchsetzen will, oder sind es betroffene Bürgerinnen und Bürger? Auch wenn wir in Wittstock nicht sehr zahlreich vertreten sind: Zusammen mit den vielen Sympathisanten, denen man auf den immer wiederkehrenden Protestwanderungen begegnet, bilden wir eine wichtige Gruppe, die den Klage führenden Gemeinden den Rücken stärkt. Es ist schön zu wissen, dass der Mensch für eine gerechte Sache einen bescheidenen Beitrag leisten kann. Die Hauptsache ist, dass er es will!

Die Grossmutter der FREIen HEIDE – Annemarie Friedrich

Hermann Nehls

Keine wichtige Veranstaltung der Bürgerinitiative Freie Heide findet ohne Annemarie Friedrich statt, die – heute bereits achtzigjährig – mit zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerinitiative (BI) gehört. Unermüdlich und couragiert trägt sie das Anliegen der Initiative an Politiker, Parteien und Verbände heran. Bis spät in die Nacht verfasst sie Briefe und Artikel mit geschichtlichen Anmerkungen, spöttischen Einschätzungen über Halbherzige und politischen Forderungen an «die da oben»!

Am 22. Mai 1920 wurde sie in Berlin geboren. Ihr Vater war Krankenpfleger, ihre Mutter gebürtige Polin. Bis 1932 hatte Annemarie Friedrich, wie sie selbst schreibt, «in einem kleinbürgerlich-armen, aber sehr harmonischen Elternhaus eine glückliche Kindheit». 1933, ihr Vater war SPD-Vorsitzender und Gewerkschaftsfunktionär, wurden er und ihr Bruder als «Staatsfeinde» verhaftet. Der Vater wurde nach einer Woche Misshandlungen im Keller des Polizeipräsidiums wieder freigelassen, ihr Bruder wurde «wegen Vorbereitung zum Hochverrat» zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Ab Kriegsbeginn wurde er zum Minensuchkommando beordert.

Als Tochter und Schwester politisch Geächteter des Naziregimes hatte sie von nun an eine sehr schwere Jugendzeit. Ohne Verdienst des Vaters geriet die Familie in finanzielle Armut. Annemarie Friedrich war gezwungen, vor Beginn der Schule allmorgendlich von vier Uhr dreissig bis sieben Uhr Zeitungen auszutragen. Durch die Unterstützung des Klassenlehrers konnte sie die höhere Schule weiter besuchen, als «Freischule», das heisst, ohne die normalerweise notwendigen zwanzig Mark zu entrichten. Als Bedingung daran war geknüpft, Leistungen zu erbringen, die mindestens «gut» bis «sehr gut» waren. In einem selbst formulierten Lebensbild fasst Annemarie Friedrich diese Zeit mit den Worten zusammen: «Erkaufen einer höheren Schulbildung unter ständigem Leistungsdruck bei Hunger und zusätzlicher Nacharbeit mit einer verlorenen Jugend.»

In ihrer späteren Ausbildung besuchte sie von 1939 bis 1940 die Inge-

nieurschule Beuth in Berlin-Wedding, nach Kriegsende und der Geburt zweier Söhne lernte sie im Lehrerausbildungsinstitut Cottbus. Parallel dazu, «für die Besten», absolvierte sie ein Fernstudium der Germanistik. Zusammen mit ihrem Mann, der in den Siebzigerjahren in Folge eines Motorradunfalls starb, arbeitete sie ab Beginn der Fünfzigerjahre als Lehrerin in der Gesamtschule Flecken Zechlin. Die Schule war beiden zum Lebensinhalt geworden. Die Aktivitäten von Annemarie Friedrich gingen immer über den normalen Unterricht hinaus. Sie leitete das Schüler-Kulturensemble, organisierte Klassenfahrten und mit Leidenschaft übernahm sie die Betreuung der Schülerinnen und Schüler bei Literaturbildungsfahrten.

SPD-Mitglied war sie direkt nach Kriegsende geworden. Etwas anderes wäre bei ihrem Elternhaus «nicht in Frage gekommen». Als die SPD mit der KPD 1946 zur SED verschmolzen wurde, trat sie aus der Partei aus. Nach dem Zusammenbruch der DDR trat sie wieder in die SPD ein. Sie nimmt für sich in Anspruch, als Veteranin der Partei zu gelten.

1992 gehörte Annemarie Friedrich zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerinitiative FREIE HEIDE.

Wie und warum ich zur FREIen HEIDE kam, wurde ich schon oft gefragt

Annemarie Friedrich

Die Antwort: Völlig logisch.

Aus einer in der Nazizeit verfolgten und misshandelten SPD-Familie stamme ich. Und 1944 wurde ich in Berlin während eines amerikanischen Luftangriffs auch noch total ausgebombt. Und doch: Nach Jahren schlimmster Erlebnisse und Entbehrungen war ich allem zum Trotz das erste Mal seit Langem glücklich. Das war, als ich 1950/51 meine erste Lehrerstelle in der Schule Flecken Zechlin bekam. Mit meinem schwer kriegsbeschädigten Ehemann, zugleich mein Kollege, und mit unseren zwei kleinen Söhnen gelangte ich in diese unvergleichlich schöne Gegend. Die Rheinsberger Wald-Heide-Seenketten-Endmoränenlandschaft war mir bis dahin nur theoretisch durch Theodor Fontanes «Wanderungen durch die Mark Brandenburg» ein Begriff. «Nun muss alles endlich gut werden», glaubte ich.

Wir besaßen zwar nicht einmal mehr als das Nötigste an Möbeln und Haushaltsgegenständen, es gab zu dieser Zeit auch nichts Derartiges zu kaufen und wir hätten dafür auch sowieso kein Geld gehabt, aber wir waren zuversichtlich wie nie zuvor. Wie sollte es anders sein?

Die romantischste Seenkette der Mark Brandenburg vor uns! Das zusammenhängend grösste und besonders schöne Waldgebiet mit seltenen Gewächsen darin hinter und neben uns! Solch ein Glück nach Notunterkunft und soviel vorangegangenem Leid!

Nazizeit und Krieg vorbei! Ruhe! Endlich keine Angst mehr! Alles andere wird sich nun schon finden. Es fand sich – aber anders, als wir es uns gedacht hatten.

142 Quadratkilometer des uns umgebenden wunderbaren Bauern-, Kirchen-, Gemeinde- und Landeswaldes wurden nach und nach in gezielter Naturzerstörung von den Nachkriegsbesatzern okkupiert und in eine Wüste umgewandelt, in ein militärisches Panzer-, Artillerie-, Raketen-, Kampfflugzeug- und Bombenabwurfübungsgelände überdimensionalen Ausmasses. Unüberhörbar der nach aussen dringende Militärlärm, unübersehbar die immer weiter nach aussen geschobenen militärischen Sperrschilder!



**Rudolf Scharping - hier mit Annemarie Friedrich -
unterwegs in Wahlkampfzügen am 6. August 1994**



Foto: Marc Hufnagel (Ruppiner Anzeiger)

Nach dem Ende des Weltkrieges wieder Ruhe, Sicherheit, keine Angst mehr? Nichts davon, weder tags noch nachts!

Die Menschen in den vielen Orten rund um dieses Riesenbombodrom lebten vierzig weitere Jahre mit allen Schrecken, Ängsten, Erschwerenissen, Gefahren wie direkt hinter einer Kriegsfront. Zunehmend wurde das immer unerträglicher, lauter, belastender im Laufe dieser Jahrzehnte. Erschütterte Fundamente, gerissene Häuserwände und -decken, hörgeschädigte Menschen, auch Tote. Als dreissigjährige junge Frau und Mutter war ich hierher gekommen. Eine über siebzehnjährige Witwe und Grossmutter war ich, als die Besatzer vom Bombodrom abzogen.

Besatzerzeit endlich vorbei! Endlich auch hier Ruhe und keine tägliche, nächtliche Angst mehr! Freude! Hoffnung! Zuversichtliche Pläne endlich auch bei den hier jahrzehntelang Gepeinigten, wenigstens nun noch für den Rest ihres Lebens! Doch was für ein Irrtum!

1993 stimmte man im Bundestag und sogar im Bundesrat für die direkte Umwandlung von vierzig Jahren Stalin'scher Besatzerwillkür und Menschenentrechtung in «bundesdeutsches Recht». Offensichtlich war dort keiner fähig zu ermessen, was bereits vierzig Jahre im Leben eines Menschen bedeuten, und dann solche Jahre. Sie waren nicht in der Lage, sich eine derartige Zeitspanne, mit ihrem eigenen Dasein vergleichend, abmessend, nur intellektuell als Betroffene vorzustellen. Wie hätten sie sonst nur mittels Handhebens uns ein solches weiteres Leben zumuten können? Und das ja sogar kontinuierlich intensiver, Nato-orientiert, weil es ja sogar «in ganz Europa», so das Hardthöhe-Zitat, «keinen schöneren Truppenübungsplatz gibt».

Urheber dieser Idee war 1992 der damalige Verteidigungsminister. Der aber war, als das alles hier begann, ein achtjähriger kleiner Volker in einer Hamburger Schulunterstufe. Und der jetzige Fortsetzer dieser Idee war, als das hier bei uns einen solcher Anfang nahm, noch ein Klein-Rudi im Kindergartenalter. Beide also, einschliesslich der sie jetzt umgebenden Ausschussmitglieder, sind absolute «Nichtbetroffene», Nichtbetroffene, die über Betroffene entscheiden! Ich aber vergesse nicht, wie immer wieder meine vielen Kinder, die in den Schulklassen während dieser Jahre vor mir sassen, vor dem Lärm die Köpfe einzogen, empfinde selbst noch in der Nachbetrachtung ihr Zu-

sammenzucken und ihre Schreckgesichter. Ich kann nicht einmal annähernd schätzen, wie oft wir Unterricht und alle Gespräche unterbrechen mussten, wenn die Kampfbomber über unseren Ort und mehr als sehr oft über unser Schuldach donnerten, oft nach durchgängigen schlaflosen «Bombodrom-Übungs Nächten». Viele meiner Kinder von damals sind inzwischen selbst schon Eltern oder sogar schon Grosseltern. Auch sie wissen, was diese vierzig Jahre in ihrem Leben bedeuten, solche Jahre.

Kann da noch eine Frage offen sein, wie und warum ich zur BI kam?

Was bedeutet das Bombodrom konkret?

Im Tagesordnungspunkt 6 b, Bericht des Bundesverteidigungsausschusses Bonn vom 7. Dezember 1998 heisst es: «Die Nutzung ist vorgesehen an 35 Wochen pro Jahr für Tag- und Nachteinsätze. Die Nutzung entfällt für vier Wochen während der Sommerferien des Landes Brandenburg, an Ostern und Pfingsten sowie zwischen Weihnachten und Neujahr. Flugbetrieb wird nur an Werktagen durchgeführt. Das Heer plant die Nutzung bis zu zehn Wochen im Jahr mit Truppenteilen bis zur Kompanie-/Bataillonsebene.»

Nach dem immer noch geltenden Ruhe-Konzept sind dreitausend Kampfeinsätze jährlich geplant. Seit der Gerichtsverhandlung in Potsdam am 29. August 1996 wissen wir offiziell, dass ein Einsatz bis zu zwölf Anflüge pro Flugzeug beinhaltet.

Und seit dem September 1996 haben wir vom Bundeswehrkommando Ost (Strausberg) schriftlich, dass die Kampfflugzeuge auch schon über der geplanten Nachtflugschneise in Zechlin-Lutterow, also ausserhalb des Platzes, auf sechzig bis dreissig Meter über Grund sinken dürfen und werden.¹

Genau das ist auch schon im Herbst 1998 über den Köpfen der Menschen auf dem Kartoffelfeld des Anrainerdorfes Basdorf geschehen. Nicht etwa versehentlich, auch nicht zum ersten Mal.

Ein Einsatz, das bedeutete beispielsweise am 25. März 1998 bereits

18 Tiefüberflüge über Basdorf und am 10. Juli 1998 um 10.55 Uhr einen Tiefstflug mit 121 Dezibel über dem Ort. Am 9. September 1998 betrug genau dort wieder die Lärmintensität sogar schon 129 Dezibel, nicht geschätzt, sondern mit einem entsprechenden Spezialgerät exakt gemessen! (Anmerkung: Hörschädigungen gibt es bereits ab 85 Dezibel!)

Am 12. Oktober 1998 wurden acht Sturzflüge bis auf dreissig Meter über Grund vor Basdorf mit dann senkrechtem Hochziehen der Kampfflugzeuge direkt über dem Ort beobachtet. Die Lärmmessung ergab dabei 137 Dezibel. Zulässig sind 55 Dezibel tags und 45 Dezibel nachts.

Anmerkung

1 Schreiben der Wehrbereichsverwaltung 7 vom 19. September 1996

Wege zur freien Heide

Sylvia Voss

Mein Weg zur freien Heide begann lange, bevor es die BI gab, und lange, bevor ich zu den Grünen kam. Ziemlich oft und genauso dumm wurde von den Offiziellen der Bundeswehr betont, die Menschen, die da protestierten, seien zu grossen Teilen «Demonstrations-Touristen». Dieses Argument zeigt eigentlich die ganze Argumentationsarmut und Hilflosigkeit der Armee im Umgang mit Menschen, die einfach ihre Heimat lieben. Die Bundeswehr selbst sieht sich als Verteidiger der Heimat und dies völlig natürlich auch in den Grenzen von ganz Deutschland. Die Bewohner dieser Bundesrepublik aber dürfen Heimat anscheinend nur ganz streng regional lieben.

Doch selbst wenn man dieses seltsame Denkschema im Sinne der Bundeswehr anwendet, verkennt es, dass ein grosser Teil unserer Bevölkerung im Leben des öfteren Wohn- und Arbeitsorte wechselt und somit auch streng regional eine «neue Heimat» findet. Mich hat die Liebe von der Ostsee an die Ufer der Havel verschlagen (zwischenzeitlich lebten wir als Studenten fünf Jahre in Thüringen, auch das ein bis heute von uns geliebtes Stückchen Erde) und so führten mich erste Fahrten überall in dieses mir bis dahin nur vom Zugfenster in vorbeifliegenden Bildausschnitten bekannte Land, das heute wieder Brandenburg heisst. Für meinen Mann als «Eingeborenen» war es immer wieder ein Erlebnis, mir neue Schönheiten in Natur, Landschaft, in Dörfern und Städten zu zeigen. Später machten wir Ausflüge mit unseren Kindern. Ob es Uckermark, Prignitz, Spreewald, Fläming, das Rhinower Ländchen, die Nuthe-Nieplitz-Niederung, das Schlaubetal, die Pontischen Hänge des Oderbruchs, der Gülper See und ganz viele andere faszinierende Ecken dieses Landes waren, jeder dieser Orte hat uns mit seinen ganz ureigenen Erlebnissen und Herrlichkeiten berührt. Genauso erging es uns – und jeder, der einmal dort war, wird es nachvollziehen können – mit dem Zauber von Natur und Kultur in den Weiten der hügeligen Wälder, an den Ufern der grossen und kleinen glitzernden Seen, den Bächen und Mooren und dem Heideland zwischen Wittstock, Neuruppin und Rheinsberg. Das Wandern, Schwimmen, Bootfahren, Pilze- und Blaubeerensammeln, das Entdecken der

Dörfer und Städtchen mit ihren alten Traditionen und kulturellen Schönheiten, alles hat uns durch die Zeiten des Jahres, bei Schnee, Regen, Wind und Sonneleuchten, im Mond- und Sternenschein, im Gesang der Vögel, im Duft der Natur mit allen ihren Farben und Formen tief ergriffen.

Mein Weg zum tätigen Schutz des solcherart Geliebten war nur natürlich. In den noch ganz hoffnungsfrohen Monaten der Wendezeit ahnten wir schon die schweren Kämpfe des Monetären gegen unsere noch in weiten Teilen so reichhaltige, vielgestaltige Natur. Mich führte jenes Ahnen zu den Grünen und später an die Spitze dieser Partei im Land Brandenburg. Und über dieses politische Engagement erreichte uns ein Hilferuf aus der Kyritz-Ruppiner Heide. Wohl waren wir zu DDR-Zeiten mit dem Dasein des Militärs in der Region vertraut geworden. Das Ausmass dieser Besatzungsfolgen war uns aber bis dahin unbekannt. Nun lernte ich in Versammlungen all das kennen und auch all diese Menschen, die in den friedlichen Kampf zogen gegen einen schier übermächtigen Gegner, die Bundeswehr. Es war nicht fassbar für uns alle, dass eine Regierung – damals noch in Bonn –, die sich demokratisch nannte, nun mit dem Faustrecht der Macht das alte Besatzungsunrecht nahtlos fortsetzen wollte. Glücklicherweise wollte die Brandenburger Landesregierung für diese so wunderschöne Ferienregion eine andere Nutzung als einen Bombenabwurfplatz und unerträglichen Tieffluglärm mit allen seinen Folgen für Gesundheit und Wohlergehen, aber auch für die alten Dörfer. Glücklicherweise wollten auch der Kreistag und der Landrat eine Konversion dieser widerrechtlich anektierten Gemarkungen.

Es war erstaunlich, mit welcher Kraft die Bewohner dieser Dörfer – die über Jahrzehnte hinweg ihre alten Strassen und Wege über den riesigen Schiessplatz der Sowjetarmee nicht benutzen konnten – in ganz lebendigen Strukturen Hand in Hand zusammenstanden und nun für das Wiedererblühen ihrer zerstörten Heimat eintraten, und dies trotz aller Widerstände seitens der Bundeswehr, der Bundesregierung, der Gerichtsprozesse und gebrochener Wahlversprechen. So viel Fantasie für Aktionen, so viele Ideen für die nun regelmässig stattfindenden

Protestwanderungen, so viel Unterstützung von Pfarrern, Bäckern, Fleischern, Bauern, Musikern, Künstlern, Hausfrauen, Kindern, Jugendlichen, Rentnern, Vereinen und eben auch von Politikern. So wanderten in den grösser werdenden Protestmärschen immer mehr auch bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit. Der Protest begann sich auszudehnen über das ganze Deutschland und sogar über Grenzen hinweg. Einer der wohl bemerkenswertesten Grundsätze dieser BI war und ist, dass es ein «Sankt Florians»-Prinzip beim Kampf gegen diesen Bombenabwurfplatz und den Tieffluglärm nicht geben darf. So war es auch ganz selbstverständlich, mit den Anwohnern im Westen des Landes zu sprechen, die ähnlichen Belastungen ausgesetzt sind wie beispielsweise Nordhorn. Aber auch der lange und erfolgreiche (weil dort ein Politiker sein Wahlversprechen einlöste) Kampf der Bewohner des Larzac in Frankreich um den Erhalt ihrer Heimat war eine Quelle des Voneinander-Lernens, neuer Freundschaften und der Unterstützung. Inzwischen ist der Fretzdorfer Ostermarsch der jeweils grösste in Deutschland und Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern sprechen uns Mut zu, wie beispielsweise in seiner beeindruckenden Rede der Stifter des Alternativen Nobelpreises Jacob von Uexküll aus London.

Bei den Mitgliedern unseres Landesverbandes Bündnis 90/Die Grünen war seit Bekanntwerden der Pläne der Bundeswehr und der Bundesregierung klar, dass wir die BI FREIE HEIDE konsequent unterstützen würden. So sind bei jeder der inzwischen stattgefundenen Wanderungen unsere Leute dabei, mal mehr, mal weniger, manchmal sogar ganze Kreisverbände. Mein Mann und ich nehmen, sofern es unsere Zeit erlaubt, auch an den planenden Versammlungen teil oder organisieren so viel mit wie möglich.

Unser Landesverband hat alles in seinen Kräften Stehende getan, der BI politische Unterstützung zu geben, sei es über Öffentlichkeitsarbeit oder Aktionen. Wir haben entsprechende Parteitagebeschlüsse gefasst und die FREIE HEIDE in all unseren Bundesgremien bekannt gemacht und auch dort um politische Unterstützung geworben. So hat auf unseren Antrag hin der Bundestag von Bündnis 90/Die Grünen der BI seine Unterstützung versichert und den Kampf gegen den Bomben-

abwurfplatz auf der Bundesebene beschlossen. Diesem Beschluss sind Taten gefolgt.

Nach der für SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewonnenen Bundestagswahl 1998 glaubten wir uns gemeinsam mit der BI einem Erfolg so nahe, denn auch die SPD hatte auf ihrem Bundesparteitag einen Beschluss gegen das Bombodrom gefasst. Dazu stand Herr Scharping seit 1994 öffentlich bei der BI mit dem Versprechen im Wort, wenn die SPD an die Regierung käme, werde es keine militärische Nutzung der Kyritz-Wittstocker Heide geben. So haben unsere Vertreter in den Koalitionsverhandlungen darum gekämpft, das Ziel der nichtmilitärischen Nutzung dieses widerrechtlich besetzten (nach der Sowjetarmee nun von der Bundeswehr) Areals im Koalitionsvertrag festzuschreiben und eine Umsetzung dieser Position schnellstmöglich zu erwirken.

Nicht nur mich hat der Wortbruch der SPD, besonders Herrn Scharpings, sehr getroffen. Seit ich in der Politik tätig bin – bis zur Bundestagswahl 1998 immer ehrenamtlich –, gibt es für mich den Grundsatz, glaubwürdig und ehrlich Politik zu machen. Ich war dabei, als Scharping 1994 sein Versprechen gab. Nun im Bundestag und dann als Verteidigungsminister erlebte ich einen ganz anderen Menschen. Aber ich erlebte auch eine SPD, die offensichtlich nicht bereit war, mit der Stärke des Parlaments in diesem Fall ein Zeichen zu setzen, für das Leben, für die Glaubwürdigkeit, für alle diejenigen Menschen, die sie voller Hoffnung und im Vertrauen in die Ehrlichkeit dieses für sie so wichtigen Versprechens gewählt hatten. In der Fraktion der SPD gibt es bis heute offensichtlich keine Mehrheit, den eigenen Bundesparteitagsbeschluss umzusetzen. Anders ist es nicht zu erklären, dass alle Versuche, einen interfraktionellen Antrag für die nichtmilitärische Nutzung des Areals einzubringen, bisher nicht zustande kamen, wohl, weil deutlich wurde, dass ein solcher Antrag, so es ihn erst einmal gäbe, mit grosser Mehrheit des Bundestages beschlossen werden würde!

Die Widerstände aber haben uns nicht geschwächt, sondern gestärkt. Jeder kleine oder auch grosse Erfolg, jede gelungene Veranstaltung ist inzwischen ein richtiger Quell von Freude und Hoffnung. Die Arbeit in der BI hat uns neue Freunde finden lassen und unser Leben reicher gemacht. Ich glaube, die massgeblichen Politiker der SPD in Regie-



Sylvia Voss, Landrat Gilde, Steffen Reiche, 1. Januar 1998, Windradaktion

Foto: Rainer Kühn

rung und Fraktion müssten einmal in dieser faszinierenden Landschaft ihre Ferien verbringen, durch die duftenden Wälder wandern, Pilze und Blaubeeren sammeln, in den stillen, glitzernden Wassern baden, die Blüte der Heide sehen, dem Gesang der Vögel lauschen, Sonne, Wind und Regen und die Gräser der Wiesen auf der Haut spüren, die überwältigende Sternenpracht erleben oder beim Mondlicht mit dem Kahn unterwegs sein. Sie müssten die Schönheiten der Dörfer und Städte erleben und mit den Menschen ins Gespräch kommen. Eines Tages dann in diesen Ferien würden die Mahnsäulen zu ihnen sprechen, würden sie es fühlen, vielleicht, hoffentlich, das, was uns alle bewegt: Es ist unsere Heimat. Und weil wir sie so lieben, können wir nicht zulassen, dass hier, in einer der schönsten Ferienregionen Deutschlands, weiter der Krieg zu Hause ist, dass die friedliche, naturschonende und touristische Regionalentwicklung im Kyritz-Ruppiner Land durch die Pläne der Bundeswehr verhindert wird!

Lasst uns diese Politiker einladen Ferien zu machen in Zempow und anderswo, dort überall, wo das Herz der «Heide» schlägt, damit auch sie ihren Weg zur freien Heide finden.

Ein Christdemokrat kämpft für die FREIE HEIDE Interview mit Rainer Kühn

Ragnar Daniel Vogt

*Sie sind Mitglied der CDU und Mitstreiter der FREIEN HEIDE.
Ist das überhaupt vereinbar?*

Eigentlich sollte die Mitgliedschaft in einer «christlichen und demokratischen» Partei mit dem Widerstand gegen einen Bombenabwurfplatz mehr als nur vereinbar sein. Die beiden Aktivitäten müssten einander fördern und stärken. Die Wirklichkeit ist allerdings auf grausame Weise anders. Sowohl die rüstungs- und militärfreundliche Politik der CDU in den langen Jahren ihrer Regierungstätigkeit auf Bundesebene, als auch die jüngst bekannt gewordenen Skandale um Spendengelder aus Rüstungsgeschäften legen es nahe, als langjähriges Mitglied die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Doch der Glaube und die Hoffnung, bezogen auf die leider viel zu wenigen Glaubwürdigen und Aufrichtigen, die es gerade in den kleinen ländlichen Ortsverbänden in der Ostprignitz noch gibt, haben mich bisher davon abgehalten.

Mit Konsequenzen meinen Sie also Austritt. Wie kommen Sie, wenn Sie Mitglied bleiben, mit Ihrer Doppelrolle: CDU und FREIE HEIDE klar?

Indem ich mich politisch so einsetze, wie ich meine, dass ein christlicher Demokrat handeln sollte. Parteifreunde mit einflussreichen Funktionen konfrontiere ich bisweilen mit Widersprüchen, die nicht bei mir, sondern bei ihnen liegen. So habe ich den heutigen CDU-Landesvorsitzenden und Innenminister Jörg Schönbohm auf einer Wahlkampfveranstaltung am 1. Juni 1999 im Wittstocker Rathaus aufgefordert zu erklären, warum er 1991 als Befehlshaber des Oberkommandos Ost versichern liess, die Bundeswehr wolle keine ehemals sowjetischen Übungsplätze wie das «Bombodrom» übernehmen und weshalb er sich nun dafür stark macht, dass die Bundeswehr das «Bombodrom» als deutschen Bombenabwurfplatz betreiben soll. Herr Schönbohm wurde vor der versammelten Wittstocker Bürgerschaft ziemlich nervös, als ich der neben ihm sitzenden Generalsekretärin

Angela Merkel die Erklärung überreichte, die er, Schönbohm, am 2. Februar 1991 auf Anfrage von Landrat Gilde zu den Stationierungsplänen im Landkreis Wittstock abgeben liess. Sie lautete (*Kühn schlägt seine bereitliegende Chronik auf, liest*): «Der Standort ist durch Truppenteile der sowjetischen Streitkräfte belegt. Die Bundeswehr strebt grundsätzlich keine Übernahme von sowjetischen Liegenschaften an. Diese Liegenschaften gehen nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte in das allgemeine Grundvermögen des Bundes, verwaltet durch den Bundesminister der Finanzen, über.» Ich fragte in die Versammlung hinein Frau Merkel, was sie von der Glaubwürdigkeit eines CDU-Landesvorsitzenden hielte, der so etwas hatte erklären lassen, um dann das genaue Gegenteil anzuordnen. Schönbohm riss Frau Merkel meinen Zettel aus der Hand und sagte, er habe damals erklären lassen, die Bundeswehr übernehme «grundsätzlich keine sowjetischen Liegenschaften». Grundsätzlich bedeute aber nicht «ausnahmslos». Im Fall des Bombenabwurfplatzes bei Wittstock handle es sich eben um die Ausnahme. Kein Wort davon, dass dies im Zusammenhang mit der Frage des damaligen Wittstocker Landrats keinen Sinn macht: Denn Gilde wollte ja wissen, was die Bundeswehr konkret in seinem Landkreis vorhat. Die Antwort des Oberstleutnant Kolbe *konnte* gar nicht anders verstanden werden als so: «Wir haben kein Interesse am Gelände des ehemaligen sowjetischen Bombodroms.» Aber Herr Schönbohm meinte, sich mit juristischen Feinheiten heraussprechen zu können.

Wie hat sich denn die Haltung der CDU zum Bombenabwurfplatz in der Region entwickelt?

Nach der Wende machten sich fast alle Menschen in dieser Region Hoffnung, die Fläche zwischen Frankendorf und Zempow und zwischen Gadow und Neuglienicke könne wieder zivilen Nutzungen zugeführt werden. Plötzlich brachten viele Menschen den Mut auf, politische Verantwortung zu übernehmen und sich für eine zivile, umweltgerechte Entwicklung der Ostprignitz zu engagieren. Das Krebsgeschwür, das der Ostprignitz unter der Bezeichnung «Bombodrom» zu trauriger Berühmtheit verhelfen hat, musste weg. Darin waren sich die

meisten Menschen der Region einig. Diese Meinung wurde von allen Parteien mitgetragen, auch von der CDU. So sagte der damalige Pressesprecher der CDU/DSU-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung von Wittstock in der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) vom 9. Juli 1992 (*Kühn blättert wieder seine Akten auf, liest*): «Unsere Meinung hat sich nicht geändert – auch wenn sie von der Meinung der Parteispitze in Bonn abweichen sollte: Als Kommunalpolitiker haben wir einen Wählerauftrag zu erfüllen, um den wir uns nicht drücken wollen. Und da dürfte es inzwischen gleich sein, welche Uniformen die Soldaten tragen, die Bombendetonationen und Flugzeuglärm verursachen. Im Gegenteil, man sollte von den eigenen Truppen der Bundeswehr mehr Rücksichtnahme und den Verzicht auf den Bombenabwurfplatz erwarten können.»

Die CDU hat diese Position bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich wiederholt: in von ihren Abgeordneten im Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung Wittstock (so MAZ vom 11. Juli 1992) mitgetragenen Aufrufen an die Bevölkerung, in einem Appell des Wittstocker Hauptausschusses an den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle (CDU), seine Entscheidung zur weiteren Nutzung des Schiess- und Bombenabwurfplatzes durch die Bundeswehr rückgängig zu machen (laut MAZ vom 11. Juli 1992). Man kann mit Fug und Recht sagen, dass es damals in der Region eine Allpartei-enkoalition gegen einen deutschen Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide gab.

Allerdings zeigten sich im selben Zeitraum erste Signale von Halbherzigkeit ausgerechnet bei unserer Bundestagsabgeordneten Rosemarie Priebus (CDU) aus Wittstock. Ihr wurde bereits damals von Landrat Winter (CDU) aus Kyritz öffentlich vorgeworfen, sich nicht stark genug gegen die Wiederinbetriebnahme des Platzes gegenüber Verteidigungsminister Rühle eingesetzt und deshalb in Bonn nichts gegen die Absichten der Bundeswehr ausgerichtet zu haben. Sie veränderte ihre Haltung im Deutschen Bundestag radikal und wurde zur glühenden Befürworterin einer möglichst nahtlosen militärischen Nachnutzung des sowjetischen Bombodroms durch die Bundeswehr. Auch die CDU/DSU-Kreistagsfraktion Wittstock hatte sich mittlerweile auf die andere Seite geschlagen. In einem Schreiben vom 10. Februar 1993

flehen die Kreistagsmitglieder der CDU/DSU Herrn Rühle regelrecht um die schnelle Einrichtung des Bombenabwurfplatzes bei Wittstock an. Unterschrieben haben dieses Bittgesuch teilweise die gleichen Wittstocker CDU-Mitglieder, die den bereits erwähnten Aufruf gegen den Bombenabwurfplatz unterzeichnet hatten. Sie haben also innerhalb eines halben Jahres ihre Meinung um 180 Grad gedreht. Bei der Bundestagswahl 1994 verlor Frau Priebus ihr Mandat an den SPD-Kandidaten Ernst Bahr, der in seinem Wahlkampf und besonders eindringlich auf seinen Wahlplakaten eindeutig gegen den Bombenabwurfplatz Stellung bezogen hatte.

Woher kommt bei Ihnen der Antrieb zur Gegnerschaft gegen den Bombenabwurfplatz?

Ein intensives Engagement in der Jungen Gemeinde während der Schulzeit und später in der Evangelischen Studentengemeinde liess in mir eine kompromisslose pazifistische Grundeinstellung heranreifen. Der Widerstand gegen die Fortsetzung des sowjetischen Bombodroms war deshalb von Beginn an auch meine Sache. Mahatma Gandhi sagte: «Es gibt keinen Weg zum Frieden, der Friede ist der Weg.» Und eben diesen Weg habe ich versucht zu gehen und ich versuche das heute erst recht. Ich gehöre zu den Menschen, die mit der Bergpredigt Politik machen wollen und in Kauf nehmen, dass sie für diese Haltung von neunzig Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland verspottet werden. Ermutigung fand ich immer in unserer Landeskirche, insbesondere ihrem synodalen Arbeitskreis «für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung», dem ich seit drei Legislaturperioden angehöre. Herzerfrischend sind für mich Menschen wie die Hamburger Theologin Dorothee Solle, die es wagen, die Dinge beim Namen zu nennen. Die «Grosse Dame» der Friedensbewegung hat beim vierten bundesweiten Ostermarsch für eine FREIE HEIDE 1996 vor fünftausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern erklärt, dass es auf der Welt vor allem drei Krankheiten gibt, die vor keiner Grenze Halt machen und die sich im Handumdrehen ausbreiten: AIDS, Rinderwahn und Militarismus. Das sehe ich genauso.



Professor Dorothee Solle, Ostern 1996 Foto: Rainer Kühn

Und schliesslich ist es die Bürgerinitiative FREIE HEIDE, die mich immer wieder anspricht. Durch den Ideenreichtum ihrer Mitglieder wurde eine Widerstandsform ins Leben gerufen, die in der Geschichte der angeblich schon fast totgesagten Friedensbewegung einmalig ist. So werden in den Anrainergemeinden des Übungsplatzes oder auch mitten im Gelände Mahnsäulen bzw. Gedenkstätten errichtet, die Vorübergehende dauerhaft und eindrucksvoll darauf aufmerksam machen sollen, dass hier auf die Bevölkerung eine Form von Gewalt ausgeübt wird, nämlich die «Gewalt von oben», die Frau Professorin Solle in ihrem Buch «Gewalt» anklagt als «Wirtschafts- und Militärgewalt». Und es ist durch niemanden einzusehen, dass wir die «Gewalt von unten», die der Strasse, bekämpfen sollen, aber die Gewalt von oben wehrund schutzlos hinnehmen müssen.

Wie haben Sie sich zum Bombodrom zu DDR-Zeiten verhalten?

Naja, es gibt ja bei vielen politischen Mitläufern der Jetztzeit die Unterstellung: «Ja, heute macht ihr den Mund auf, aber damals habt ihr euch nicht getraut, etwas zu sagen.» Dem halte ich entgegen, dass es

auch schon vor der Wende, die schliesslich durch Zivilcourage und gewaltfreien Widerstand herbeigezwungen worden ist, Beispiele für mutiges, verantwortungsvolles Bürgerverhalten gab – auch gegenüber der Militärmacht der sowjetischen «Freunde».

Folgendes hat sich Anfang der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Nutzung des Bombodroms durch die Sowjetarmee zugetragen: Seit der Einrichtung und Inbetriebnahme des Platzes durch die Russen wurden Kerosin und anderer Treibstoff mittels Tanklastwagen vom Verladegleis des Dranser Bahnhofs in die Tankanlage auf dem Übungsgelände gefahren. Um die riesigen Tankanlagen zu füllen, waren ganze Kesselwagenzüge erforderlich. Das Umfüllen und der Transport zum Platz nahmen meistens mehrere Tage in Anspruch. Deshalb kam man auf die Idee, dass es weniger gefährlich und auch kostengünstiger wäre, wenn der Treibstoff durch eine Pipeline vom Verladebahnhof zur Tankanlage gepumpt würde. Vor allem wäre dadurch das Risiko des Gefahrguttransports weggefallen. So ging man frisch ans Werk und buddelte einen ca. einen Meter tiefen Graben, in welchem zwei Stahlrohre von viereinhalb Zoll Durchmesser verlegt wurden. Aufgrund des zu erwartenden Druckverlusts in den Rohrleitungen ergab sich die Notwendigkeit des Einbaus von zwei Druckverstärkerstationen im Trassenverlauf.

Nun lag aber das Problem nicht an der Idee, den Transport des Treibstoffs statt durch Tanklastwagen durch Rohrleitungen zu bewerkstelligen, sondern an der Qualität der Ausführung der Arbeiten und den permanenten Verstössen gegen bestehende Brandschutz- und Sicherheitsbestimmungen. Eines Tages entdeckte ich an einer Stelle, an der sich die Schnittflächen der zu verschweisenden Rohrenden infolge des unregelmässigen Geländeverlaufs nicht gleichmässig und parallel gegenüberstanden, eine nicht fachgerecht vorgenommene Überbrückung eines grösseren V-förmigen Schweissspalts. Im Schweisserjargon sagt man dazu «zugepopelt». Ich entdeckte eine Schlackestelle an der Schweissnaht und klopfte mit einem Stein drauf. Die Schlacke platzte weg und gab ein fingerbreites Loch frei. Durch dieses Leck wäre bei Inbetriebnahme der Anlage Kerosin ins Erdreich, das Grundwasser und die nahegelegenen Seen geflossen.

Man musste davon ausgehen, dass die von mir entdeckte fehlerhafte Schweissstelle an der vier Kilometer langen doppelten Rohrleitung nicht die einzige war. Ich erkannte, dass Gefahr im Verzuge war und die Fertigstellung der Leitung so lange gestoppt werden musste, bis eine Abnahme nach deutschen Qualitäts- und Sicherheitsstandards gewährleistet war. Ich sprach die zuständigen Stellen darauf an. Trotz meiner fachmännisch vorgetragenen Argumente erhielt ich zunächst weder in der Gemeinde noch im Kreis die erforderliche Unterstützung. Auch bei den sonst zuständigen behördlichen Stellen, bei den Parteien und sonstigen Organisationen fand ich kein Einsehen. Im Gegenteil: Am liebsten hätte man mir das Etikett des Klassen- oder Sowjetfeindes angehängt, um mich lästigen Mahner loszuwerden.

Aber da hatte man mich in meiner Beharrlichkeit unterschätzt. Ich liess nicht locker und fand schliesslich Gehör beim Feuerwehroffizier der damaligen Bezirksbehörde, Hauptmann Tietze. Er gab mir Recht, setzte eine Kommission aller fachlich und politisch zuständigen Organe ein. Wie es im Einzelnen dazu kam, weiss ich nicht. Jedenfalls ist die Leitung nicht einmal in Probetrieb gegangen. Die Anlage wurde zum Teil demontiert, zum Teil durch den laufenden Übungsbetrieb zerstört und schrittweise verschrottet worden. An einigen wenigen Stellen finden sich heute noch Reste des Rohrsystems.

Ich weiss nicht, ob man sich heute noch einen Begriff davon machen kann, dass diese geradezu selbstverständliche Intervention eines Bürgers damals ein Kraftakt war. Die meisten Menschen hatten Angst, in einem solchen Fall des Verstosses gegen die verordnete Freundschaft mit der Sowjetarmee geziehen zu werden. Insbesondere waren Sanktionen des berüchtigten Staatssicherheitsdienstes zu befürchten, wenn man sich in irgendeiner Weise – und sei es noch so berechtigt – querlegte.

Was würden Sie den Leserinnen und Lesern des Buches der FREIen HEIDE gerne sonst noch sagen?

Nie wieder Krieg! Das bedeutet vor allem: Keine Übungsplätze, die den Krieg perfektionieren sollen!

Politisch erwachsen

Kay Noeske-Heisinger

Schon 1989 habe ich, aus einem stark kirchlich geprägten Elternhaus stammend, bei den Vorbereitungen der Neuruppiner Friedensgebete mitgemacht und entwickelte dafür mehr Interesse als für die täglichen Schulaufgaben. Ich bekam das Gefühl, dabei zu sein, wobei, wusste ich in der Bedeutung erst später. Es machte Spass und war mir wichtig, da mein Gerechtigkeitsbewusstsein so empfand – doch ahnte ich nichts von bestehenden Gefahren. Die Leute, die ich während dieser Zeit beim Neuen Forum kennen lernte, sahen in mir nicht in erster Linie den kleinen Jungen, sondern ich war einer von ihnen und konnte meine Meinung sagen, die auch geachtet wurde.

Dazu kam 1990 die Erfahrung beim Kampf gegen den Neuruppiner Flugplatz der Roten Armee, von dem ich von klein auf betroffen war, da die Anflugschneise der Düsenflugzeuge direkt über unserem Garten war. Auch hier stand der Spass, den wir während des Zeltcamps in der Einflugschneise hatten, im Vordergrund. Aber auch der Zuspruch der Anwohner und das rege Interesse der in- und ausländischen Medien gaben mir die Bestätigung, dass ich mich für eine gute Sache einsetzte. Das Ergebnis war nach knapp zwei Jahren zu sehen – im Sommer wurde der Flugplatz als einer der ersten geschlossen.

Dann stand im August 1992 das von der Weiternutzung des GUS-Übungsplatzes bei Wittstock in der Zeitung. Von diesem Truppenübungsplatz hatte ich zuvor noch nie gehört. Schweinrich – wo lag das überhaupt?

Ich fuhr mit meinen Eltern am 15. Mai 1992 nach Schweinrich, wo nach Zeitungsmeldungen an diesem Tag wohl viereinhalbtausend Menschen gegen die Bundeswehrpläne protestiert haben. Ich sah und hörte Leute aus der Region sprechen und der Aufruf zur Bildung der Bürgerinitiative durch den Dorf Zechliner Pfarrer Reinhard Lampe erweckte mein Interesse. Die Äusserungen von Professor Theodor Ebert, Friedensforscher an der Freien Universität Berlin, dass dieser Protest einen langen Atem bräuchte und sieben Jahre oder mehr als realistisch anzunehmen seien, konnte ich nicht recht glauben – in Neuruppin hatte

es doch auch nur drei Jahre gedauert. Aus heutiger Sicht hatte Professor Ebert leider mehr als Recht – wir warten immer noch. Die hastig-euphorischen Züge aus der Anfangszeit waren nicht durchzuhalten, Einzelne haben sich abgewandt oder brauchten auch einfach nur einmal Zeit sich zu regenerieren – unser Atem ist zwar langsamer geworden, jedoch sind wir noch da.

Wie schon gesagt, am Anfang war alles schnell und voller Illusionen, doch gerade das schiedete zusammen und machte Spass – es gab noch Menschen, die freiwillig und mit persönlichem Einsatz von Zeit und Geld Veränderungen herbeiführen wollten. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, wo Kreativität und Aktionismus gebündelt wurden, aber auch die Naivität der Neufünfland-Bürger mitspielte.

Bei der Gründung der Bürgerinitiative in Schweinrich am 23. August 1992 war ich das jüngste Gründungsmitglied. Ich übernahm die Aufgabe, Informationsstände für Berlin und Hamburg mit anderen Neuruppinern vorzubereiten – im Rückblick eine gute Aufgabe, doch leider haben wir es nie nach Hamburg und nur einmal nach Berlin geschafft. Unsere Gruppe war aber dennoch nicht unproduktiv. Wir malten Spruchbänder für die Autobahnaktion, bei der an den Brücken der A 24 zwischen Wittstock und Neuruppin auf unser Problem aufmerksam gemacht wurde. Wir gestalteten eine Ausstellung – durch die Unterstützung Marc Hufnagels (Pressefotograf) hatten wir viele Fotos zur Verfügung, aus einer Schule bekamen wir alte Landkarten, auf die wir die Umrisse des Areals einzeichneten und dieselbe Fläche auf Berlin übertragen – immerhin ein Sechstel des Stadtgebietes. Zusammen mit meinem ehemaligen Russischlehrer Helmut Kolar produzierte ich ein Video, das bei unterschiedlichen Anlässen gezeigt wurde, unter anderem in Berlin am Rande einer Grossdemonstration, in Potsdam bei der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie in Bonn. Gemeinsam mit Helmut Kolar und anderen fuhr ich im September 1992 nach Bonn. Während dieser langen Fahrt kamen wir im Auto natürlich auf viele Dinge zu sprechen, unter anderem auch auf seinen mich prägenden Einfluss als Lehrer in den Umbruchstagen 1989/90 und die Geschehnisse an der Schule, wo ich auch wegen meines ausserschulischen Engagements und dem Eintreten für meine Meinung von einigen Lehrern un-



Ministerpräsident Manfred Stolpe besucht die BI. Die Besichtigung verschiedener Mahnsäulen sowie eine Fahrt über den Schiessplatz stehen auf dem Programm.

Foto: Marc Hufnagel (Ruppiner Anzeiger)

terschwellig angefeindet wurde. Doch auf der Rückfahrt waren die Erlebnisse der beiden Tage in der «neuen» deutschen Hauptstadt primär. So hatten wir symbolisch vier Stunden die Hardthöhe besetzt – natürlich vor dem Tor – und einen Termin mit dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bei dem nichts herauskam. Auch die von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 organisierte Pressekonferenz war eher bescheiden besucht, da das Thema im entfernten Rheinstädtchen den Journalisten nicht wichtig genug war. Doch gelang es uns im «Langen Eugen» (Bürogebäude der Bundestagsabgeordneten) vor der Sitzung des Verteidigungsausschusses dem damaligen Verteidigungsminister Volker Rühle die mehr als dreissigtausend Unterschriften medienwirksam zu überreichen, so dass wir wenigstens einen kleinen Erfolg verbuchen konnten. Summa summarum war die politische Ignoranz, mit der wir konfrontiert wurden, erschreckend. Die Kyritz-Ruppiner Heide war zu weit weg vom ruhigen Bonn.

Auf kommunaler Ebene war das Thema schnell eines der wichtigsten und in den drei Kreistagen von Wittstock, Kyritz und Neuruppin die

ablehnende Haltung gegenüber den militärischen Nachnutzungsplänen parteiübergreifend. Ein schnell gefundenes Mittel, den Protest der Bürgerinitiative zu formieren, waren die Protestwanderungen. Anfangs noch monatlich, fand die erste Wanderung am 13. September 1992 in Dorf Zechlin statt. Hier wurde die erste Mahnsäule, der weitere folgten, enthüllt. Durch die Protestwanderungen lernte ich Dörfer kennen, die ich wohl nie im Leben betreten oder befahren hätte, ob es Basdorf war, das kleinste eigenständige Dorf Brandenburgs, oder Luterow. Eines hatten die Dörfer am Rande des Platzes gemein – sie waren ausserhalb der öffentlichen Wahrnehmung, obwohl sie alle idyllisch mitten im Herzen des heutigen Grosskreises Ostprignitz-Ruppin liegen.

Mit der Zeit stellte sich heraus, dass auch für die Arbeit einer Bürgerinitiative das Geld von existentieller Bedeutung ist. So kam es am 29. Januar 1993 in Schweinrich zur Gründung des Vereins, der die Gemeinnützigkeit anstreben sollte, um Spendern eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt geben zu können. Da jeder einzutragende Verein eine Satzung haben muss, war diese in der Vorgründungsphase zu erarbeiten. Dieser Aufgabe habe ich mich angenommen, doch damit fing es auch schon an schwierig zu werden – was waren der Zweck und die Ziele für diesen Verein? Ich legte einen Vorschlag vor, der, wie wir bemerkten, die Aufgabe zu eng begrenzte. Auf der zweiten Sitzung kam ein Entwurf zur Abstimmung, der weit über den meinen hinausging, jedoch in den wesentlichen Zielen übereinstimmte. Weitere Änderungen wurden nötig, da einige Formulierungen nicht mit den behördlichen Ansprüchen zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit konform liefen. Im Endeffekt wurde uns die Gemeinnützigkeit zugesprochen.

Für den Ostersonntag 1993 hatte die Vorbereitungsgruppe eine Protestwanderung in Fretzdorf vorgesehen, was von lang anhaltender Bedeutung war. An diesem Tag kamen zirka dreitausendfünfhundert Menschen, was uns schlagartig zu einer der grössten Ostermarschveranstaltungen machte und somit auch in den Medien Erwähnung fand. Schon im Vorfeld gab es Mutmassungen aus dem Lager der Bundeswehrunterstützer, dass diese Veranstaltung «gewalttätige Autonome» anziehen würde, doch wurden sie eines Besseren belehrt, wie bei allen

vorherigen und auch allen nachfolgenden Veranstaltungen. Fretzdorf wurde für mich ein Synonym für meine kommenden Ostersonntage. Denn ich hatte jedes Jahr aufs Neue beim Organisieren der Grossveranstaltungen meinen Anteil, ob es das alljährliche Verladen der Verstärkeranlage aus dem Jugendfreizeitzentrum Neuruppin war oder das Spendensammeln für die Finanzierung, das Schreiben an Musiker aus nah und fern oder das Aufbauen einer Bühne, das Heranschaffen von Luftballons und Helium oder die Koordination des Hubretters der Neuruppiner Feuerwehr. Wenn abends alles vorbei war, ging es mir jedes Mal genauso schlecht, dass ich mir sagte: Im nächsten Jahr mache ich Pause. Zum Glück dauerte es zwölf Monate bis zum nächsten Mal und der Stress aus dem Vorjahr war verflogen. Die positiven Stimmen der Teilnehmer und der Presse entschädigten zudem für die Hektik des Tages. Eine der für mich schönsten Aktionen war 1994, als Wolfgang Freese, Arno Weingart und ich mit über dreihundert Luftballons in Neuruppin ein Plakat mit dem FREIE-HEIDE-Logo steigen liessen. Wir verbrachten den ganzen Vormittag damit, die Luftballons zu füllen. Ein ganzes Zimmer war von der Decke bis zum Fussboden bunt gefüllt. Innerhalb von wenigen Minuten, nachdem wir das Plakat losgelassen hatten, konnten wir es nur noch erahnen. Wo es gelandet ist, weiss ich leider bis heute nicht.

Abschliessend kann ich nur sagen, dass diese Bürgerinitiative nicht nur Protest ist, sie ist viel mehr. Sie ist Familie, Bildungsträger, Kommunikationspunkt, Heimat. Es geht nicht um private Interessen, sondern vielmehr um die Unterstützung der Betroffenen. Aber auch der Spass bei allen Aktionen kommt nicht zu kurz. Selbst wenn die Meinungen der Einzelnen in Sachfragen differieren, findet sich fast immer ein Kompromiss. Und was ganz wichtig ist: Ich habe viele nette Menschen dabei kennenlernen können.

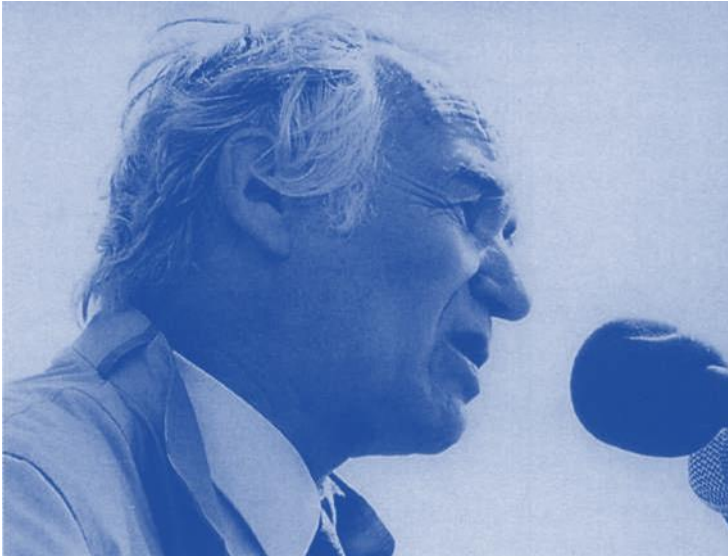
Christliches Engagement mit und ohne Kirche

Peter Freimark

Für viele Teilnehmer bei den Wanderungen auf dem Weg zur freien Heide gibt es eine gute, aber für manche auch eine seltsame Erfahrung. Jede Protestwanderung gegen eine weitere oder erneute Nutzung des Territoriums zwischen Neuruppin, Wittstock und Kyritz für militärische Zwecke beginnt mit einer geistlichen Besinnung (Andacht) in der Kirche des entsprechenden Ortes oder an einer Mahnsäule, die während einer Wanderung aufgestellt wurde. Manche Mahnsäulen haben eine eindeutige christliche Ausrichtung, die Mahnung für den Frieden ist und somit Kraft gibt, Wege für die Menschen zu suchen und zu gehen. Wenn zuerst manche Nichtchristen verunsichert waren, dass der Beginn stets mit einer biblischen Besinnung seinen Anfang nahm, so sind auch sie jetzt in den Kirchen mit offenen Ohren und Blicken zu finden. Ich persönlich finde es sehr wichtig, dass diese Besinnungen stets vorangehen und somit jedes Mal das Ziel der Aktion angegeben wird. Es werden vor dem Hintergrund des biblischen Friedens Kräfte und Mut erfahrbar, es wird um Segen gebeten und der friedliche, ehrliche und ernsthafte, aber auch entschlossene Geist deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich denke, diese geistlichen Besinnungen vor den Wanderungen haben einen grossen Anteil daran, dass bis in die Gegenwart hinein jede Protestaktion für die friedliche Nutzung der Heide gewaltlos begann und endete. Ja, die Wanderungen ähneln sogar einem entspannten Familiennachmittag, da ja Teilnehmer aus allen Bevölkerungsschichten und jeden Alters, Frauen, Männer und Kinder stets dabei sind.

Gut und wichtig ist auch, dass Pfarrer der an den Schiessplatz anliegenden Orte mit ihren Gemeindemitgliedern zusammen den friedlichen Protest unterstützen.

Mit grosser Dankbarkeit denke ich an die Begegnungen mit unserem Bischof Dr. Gottfried Forck und seiner Frau zurück. Er war der richtige Bischof zur richtigen Zeit, der schon in der DDR eindeutig seinen Weg ging und die Botschaft der Bibel konkret in die gesellschaftliche Gegenwart verkündete. Er blieb nicht beim Reden, er handelte auch danach. Sein Einsatz bei der Bürgerinitiative FREIE HEIDE bis zu seinem Sterben hat viele tief beeindruckt.



Altbischof Gottfried Forck auf einer Protestwanderung
Foto: Marc Hufnagel (Ruppiner Anzeiger)



Ostern 1997 Foto: Archiv der BI FREle HEiDe

Deutliche Unterstützung von Seiten der kirchlichen Leitungsgremien gab es vor allem in der Anfangszeit des Protestes. Auf der Herbstsynode der Evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg (EKiBB) im Jahre 1992 wurde von der überwältigenden Mehrheit der 250 Synodalen (keine Gegenstimmen, neun Stimmenthaltungen) der Beschluss verabschiedet: «Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg spricht sich gegen die Weiternutzung des Bombenabwurfplatzes Wittstock durch eine Übernahme der Bundeswehr aus. Im Prozess der derzeitigen weltweiten Abrüstung ist sie für die zivile Nutzung der Wald- und Seenlandschaft im Norden Brandenburgs.»

Im Jahr darauf tagte die Herbstsynode der EKiBB im Berlin-Spandauer Johannesstift. Der Eröffnungsgottesdienst der Synode fand aber in Wittstock statt. Damit gaben die Mitglieder der Synode ein Zeichen der Solidarität mit den dortigen Gemeindemitgliedern und Bürgern im Kampf gegen die Wiedereinrichtung des Bombenabwurfplatzes durch die Bundeswehr.

Auch die Synode des bis 1998 existierenden Kirchenkreises Ruppin fasste mehrere Beschlüsse zur Unterstützung des Anliegens. Die Synode des neu gebildeten Kirchenkreises Wittstock-Ruppin beschloss im Dezember 1998 immerhin, die für den 24. Oktober 1999 vorgesehene kreisfreie Kollekte als «Hilfsfonds für Kläger in Sachen Truppenübungsplatz Wittstock-Ruppiner Heide» zu verwenden.

Dr. Wolfgang Huber, evangelischer Bischof von Berlin und Brandenburg, hielt bei der Protestwanderung am 11. Juni 1995 die geistliche Besinnung in der Kirche von Rossow.

An die Teilnehmer der 30. Protestwanderung am 17. September 1995 schrieb er in einem Grusswort: «Hier einen Bombenabwurfplatz zu bauen, hiesse, militärische Gewalt als normalen Bestandteil des Lebens zu akzeptieren. (...) Die Fortsetzung Ihres friedlichen Protests ist nach meiner Überzeugung ein deutliches Zeichen des Friedenswillens der hier lebenden Menschen, das über diese Region hinaus Beachtung und Zuspruch findet. Nur noch der Friede ist der Ernstfall, der Krieg aber sei der Todesfall. In diesem Sinne brachte es Gustav Heinemann

einmal auf die einprägsame Formel, dass für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein hohes Mass an Zivilcourage notwendig ist. Dass dies heute noch notwendig und möglich ist, zeigt Ihre Initiative.» Gemessen an dem Einsatz des Altbischofs Forck und daran, dass ein grosser Teil der gegen den Bombenabwurfplatz Aktiven auch Mitglieder der Kirche sind, ihr Engagement deshalb als im christlichen Glauben fussend verstehen und daher begründete Erwartungen auf Unterstützung durch die kirchenleitenden Menschen haben, sind diese Zeichen selten und erwecken den Eindruck, «die Kirche» stünde dem Protest heute eher kühl und distanziert gegenüber.

Diese verliert damit allerdings bei Christen und auch Nichtchristen ein Stück Glaubwürdigkeit in ihrem Reden von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Die zeitweilige Rechtfertigung von Nato-Einsätzen im ehemaligen Jugoslawien hat zahlreiche Menschen irritiert, die von einer Kirche ausgingen, die sich für Kriegsdienstverweigerung als dem «eindeutigeren Zeichen» in der Friedensfrage ausgesprochen hat. Dieses deutliche Zeichen, das von der Kirche ausgehen sollte, sie sichtbar macht, scheint am Verblässen.

Auch in den Gemeinden sind diejenigen eine Minderheit, die sich weiterhin für Frieden und Abrüstung einsetzen, aber das war ja schon immer so, ob beim Kaiser, im Nationalsozialismus, in der DDR, in der alten Bundesrepublik. Warum sollte es in der neuen, gemeinsamen Bundesrepublik Deutschland anders sein? Das ist jedenfalls kein Zeichen dafür, dass der Weg falsch ist, im Gegenteil.

Und doch, unter dem Dach der Kirche gibt es weiter, wie in allen Zeiten, unterschiedliche Strömungen, die ihren Freiraum finden, und das ist gut und wichtig. Auch wenn der Einsatz für friedliche statt militärische Nutzung von Flächen und Objekten nicht überall in den Amtsstuben der Kirchen und Gemeinden Wohlwollen findet, weil andere Prioritäten gesetzt werden und finanzielle Probleme so viel Zeit und Kraft verbrauchen. Der Einsatz für Frieden und Abrüstung auch auf der Freien Heide und anderswo wird weiter gehen, denn das Gewissen drängt, das «deutlichere Zeichen» weiter zu leben, auf dem Hintergrund der Erfahrungen der vierzig Jahre DDR und insgesamt der deut-

schen Geschichte, nicht nur im letzten Jahrhundert. Flagge zeigen für ein ehrliches Bemühen ist manchmal wichtiger, als Kampagnen in Gang zu bringen und grosse Werbeaktionen für die Kirche zu organisieren. Publicity ist eines, aber bei Weitem nicht alles.

Es waren nicht die Diplomaten in der Kirche der DDR, die den Vor-schuss an Vertrauen von der Bevölkerung geschenkt bekamen. Es waren diejenigen, die von Glauben und Gewissen genötigt wurden, nicht angepasste Wege zu gehen und dafür auch manche Schwierigkeiten und Ängste auf sich nahmen. Ehemalige Synodale und noch amtierende Synodale sind weiter bei den Protestwanderungen dabei, denn die Erfahrung der Vergangenheit lässt sie handeln. Diejenigen, welche die Staatsmacht durch ihren Glauben und daraus resultierende Taten herausforderten, hielten die Hoffnung auf Veränderung des Systems aufrecht. Auch durch sie ist mit Gottes Hilfe Neues, Verbesserungswürdiges möglich geworden.

Widersprüche – davon haben wir genügend. Aber alle helfen uns, unseren Weg für eine menschenwürdige Gesellschaft zu finden. Den Freiraum Kirche, den gibt es und der wird wahrgenommen, mit Wohlwollen oder auch ohne Wohlwollen der Mächtigen. Gott sei Dank!

«Suche Frieden und jage ihm nach»

Heinz-Joachim Karau

Wir sind das Volk! Bis dieser Satz auf den Strassen skandiert wurde, war eine offene Diskussion über die Lebensbedingungen in der DDR und über Zukunftshoffnungen fast ausschliesslich nur unter dem Dach der evangelischen Kirche möglich. Diese war eine wichtige Kraft im Prozess der sich langsam vorbereitenden Selbstbefreiung. Sie bot auch vielen ausserkirchlichen Gruppen Raum und Gesprächsmöglichkeiten.

Anknüpfend an diese Erfahrung beginnen die Protestwanderungen der FREIen HEIDe in der jeweiligen Ortskirche mit einer geistlichen Besinnung. Sie bietet Raum für Informationen, Selbstvergewisserung und Ermutigung. Die Bürgerinitiative bekräftigt damit ihre Entschlossenheit zu gewaltfreiem Widerstand. Darum ist der Beginn der Wanderungen ein besonderer Schwerpunkt und wird von den Teilnehmern bewusst wahrgenommen, unabhängig davon, ob sie in kirchlicher Tradition stehen oder nicht.

Dabei gibt es auch unterschiedliche Ansichten zur Problematik. Einige halten das Militär, und also auch Übungsflächen, für unaufgebar, jedenfalls auf eine nicht absehbare Zeit. Aber nicht bei uns sollen sie ihre Bombenabwürfe üben, nicht bei uns ihre Schiessübungen veranstalten; denn wir haben Jahrzehnte den Lärm und die Gefährdungen durch die Sowjets erlebt. Unser wenig fruchtbares Gebiet braucht den Tourismus, braucht die Stille. Andere sind der Überzeugung: Es ist an der Zeit, auf Waffen, Militär und Übungsplätze zu verzichten. Alle Konflikte müssen mit viel Geduld politisch gelöst werden. Nach den schrecklichen Kriegen müssten wir es doch begriffen haben: Krieg löst nicht Probleme, sondern er schafft neue. Darum brauchen wir keine Waffen mehr, kein Militär, kein Übungsgelände. Nur der Mut zur Abrüstung kann uns aus dem Teufelskreis der Angst voreinander und dem dann folgenden Rüstungswettlauf hinausbringen. Es ist höchste Zeit, nationale Streitkräfte aufzugeben und eine internationale Schutztruppe aufzubauen. Wir wachsen zusammen zur europäischen Gemeinschaft, führen die Euro-Währung ein – und pflegen nationale Streitkräfte! Sie

sind völlig unzeitgemäss, überholt, antiquiert. Die veränderte Zeit fordert verändertes Denken und Handeln.

Auch politische Vernunft verleiht den Worten des Jesus aus Nazareth nach wie vor Aktualität. «Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Gottes Kinder heissen. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen» (Matth. 5). Also nicht die Gewalttäter, die Rücksichtslosen, die Vernichter derer, die nicht ins Konzept passen. Sie werden das Erdreich verwüsten, werden Friedhöfe schaffen, aber keinen Frieden. Ihre «Erfolge» werden von kurzer Dauer sein, denn die Besiegten werden sich rächen wollen. Der nächste Krieg ist in Sicht.

Oder, kurz und unerhört, in der antiken Welt einzigartig und revolutionär: «Liebet eure Feinde!» (Matth. 5). Versucht sie zu euren Freunden zu machen. Überwindet ihre Feindschaft durch eure Güte. «Es wird dem Bösen schwerfallen, böse zu sein, wenn man gut zu ihm ist», so ähnlich hat es Bert Brecht formuliert. Vernünftige Einsicht gebietet es, die Gegensätze abzubauen, die zu Konflikten führen; also den Gegensatz von reich und arm: Der Starke hilft dem Schwachen. Verträge zu gegenseitigem Nutzen werden abgeschlossen. Der Wohlstand wird geteilt. Das Prinzip der Gleichberechtigung wird beachtet. Vormachtstellungen und Abhängigkeiten werden vermieden. Solche Politik entspricht dem Ruf Jesu. Oder: «Stecke dein Schwert in die Scheide, denn wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen» (Matth. 26). Wer sich auf Kämpfen, Siegen, Töten einlässt, wird über kurz oder lang in diesem Strudel selbst umkommen.

Oder, in der Weiterführung dieses Friedensprogrammes Jesu, heisst es bei den Aposteln: «Strebt dem nach, was dem Frieden dient» (Röm. 14), «Suche Frieden und jage ihm nach» (1. Petr. 3) und «Jaget nach dem Frieden gegen jedermann» (Hebr. 12). Aus den Sprüchen Salomos wird zitiert (Röm. 12): «Wenn deinen Feind hungert, gib ihm zu essen; dürstet ihn, gib ihm zu trinken. Wenn du das tust, wirst du feurige Kohlen auf sein Haupt sammeln.» So wird sich der Feind schämen und sich vielleicht ändern.

Die Worte Jesu und der Apostel führen weiter, was bei den Propheten Israels gerufen und in den Psalmen besungen wurde. Ca. 700 v. Chr. nahmen die Propheten Jesaja und Micha ein visionäres Gedicht auf: Die Völker kommen sich näher, wenn sie gemeinsam Weisung vom

Zionsberg holen, von Gott, der Gerechtigkeit will: «Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spiesse zu Sicheln machen, denn es wird kein Volk gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.» Dieses einprägsame Bild der Konversion von todbringenden Waffen zu lebensnotwendigen Werkzeugen blieb in der Menschheit lebendig. Hammer und Sichel waren ursprünglich im 20. Jahrhundert Hoffnungszeichen. Doch sehr bald wurde daraus ein Unterdrückungs- und Mordzeichen. Aber das Hoffnungszeichen setzte sich immer wieder durch. Als Monument steht der den Hammer schwingende und das Schwert umschmiedende Mensch vor dem Gebäude der UNO in New York. Die evangelische Jugend in der DDR trug dieses Zeichen als Aufnäher und forderte einen besseren Frieden als den der waffenstarrten Abschreckung. Dieses Symbol begleitet uns bei jeder Protestwanderung. Der unbedingte Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden wird in Psalm 85,11 besungen: «... dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Frieden sich küssen.» Unter ungerechten Zuständen ist kein dauerhafter Frieden möglich. Spätestens bei der folgenden Generation wird das Leben unerträglich. Kinder werfen mit Steinen. Sie werden geknüppelt und erschossen. Die ohnmächtige Wut wächst. Terroranschläge schrecken die Besatzer und steigern die Zwangsmassnahmen. Die brutale Gewalt wuchert. Am Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern erleben wir diese Not seit Jahren.

Angeregt durch die Friedenssehnsucht in den Schriften Israels und durch das Friedensprogramm Jesu entwickelten sich im Laufe der Jahrhunderte allmählich neue Ansichten des menschlichen Miteinanders. Warum allmählich? Neue Gedanken, die zu neuem Verhalten führen, setzen sich bei uns trägen Menschen nur langsam durch. Weit hin begnügte man sich mit dem Frieden in begrenzten Lebensbereichen, in der Familie, in der Stadt, aus der praktischen Vernunft heraus, dass gedeihliches Zusammenleben Frieden braucht. Zudem war die Bibel kaum verbreitet, das wurde anders seit der Reformationszeit und wirkte dann weiter im Humanismus.

Erasmus von Rotterdam (1517) hoffte auf die Vernunft des Menschen.

Darum forderte er umfassende Bildung. Sie würde zur Einsicht führen, dass Krieg naturwidrig und menschenunwürdig ist. Schliesslich werden die Staaten als Ordnungsmächte unnötig werden. Der Frieden zwischen den Völkern könnte durch Verträge und ein internationales Schiedsgericht bewahrt werden. Dagegen rechnete Martin Luther (1526) nüchtern damit, «dass die Welt böse ist, die Leute nicht Frieden halten wollen, rauben, stehlen, Weib und Kind schänden, Ehre und Gut nehmen. Solchen gemeinen Aller-Welt-Unfrieden ... muss der kleine Unfriede, der da Krieg oder Schwert heisst, steuern.»

Zur gleichen Zeit forderten und lebten «die Stillen im Lande», die Täuferbruderschaften, das bedingungslose Liebesgebot und den absoluten Gewaltverzicht und hofften auf ihre ansteckende Wirkung. Der Reichstag zu Speyer verurteilte sie zum Tode (1529). Über zweitausend wurden umgebracht. Aber ihre Überzeugungen wirkten weiter in den verschiedenen Gruppen der Mennoniten (seit 1536), die sich bis heute in Holland, Deutschland, Russland, Amerika und anderswo finden. Auch die «Gesellschaft der Freunde», die unter dem Spottnamen «Quäker» bekanntgeworden sind, lebten im Widerspruch zum üblichen Kirchentum und zur Kriegspolitik ihrer Staaten. Mitte des 17. Jahrhunderts fanden sich diese «Kinder des Lichtes» oder «Freunde der Wahrheit» in England zusammen. Verfolgungen trieben sie in andere Länder (Amerika), aber von ihrer Überzeugung liessen sie nicht: Unbedingte Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit machen den Eid unnötig und den Handel und Wandel zuverlässig; die Gleichstellung aller Menschen hebt jede Über- und Unterordnung auf und damit auch jede Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Quäker gaben Anstösse zur Demokratiebildung, zur Überwindung sozialer Notstände, zur Entwicklung des Schulwesens für Kinder und Erwachsene, zur Reform des Gefängniswesens, zur Abschaffung der Sklaverei. Ihre Überzeugung ist: Wenn jeder Mensch den Kriegsdienst ablehnte, wäre kein Krieg mehr möglich.

Andere Denker haben ähnlich wie Erasmus auf den vernunftbegabten Menschen vertraut, der doch einsehen müsste, dass sich kein Krieg lohnt; oder sie haben sich um die Schaffung eines internationalen Rechtes bemüht (Hugo Grotius); oder haben einen Weltbund der Völ-

ker gefordert, damit ein «ewiger Friede» (Kant, 1795) werde. Der Friede ist für Kant unmittelbare moralische Pflicht und es gibt überhaupt kein Recht auf Krieg, auch nicht als letzte Möglichkeit (ultima ratio). Erst wieder im 19. Jahrhundert wurde der Pazifismus lebendig. Friedensgesellschaften wurden gegründet, Friedenskongresse fanden statt, das Internationale Rote Kreuz entstand (1864). Einzelne Rufer standen auf wie Bertha von Suttner und Leo Tolstoi. Im vergangenen Jahrhundert ermöglichte Mahatma Ghandi die Unabhängigkeit Indiens, indem er den gewaltlosen Widerstand anführte. Auch die Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung Nordamerikas wurde durch Formen des gewaltlosen Widerstandes möglich (Martin Luther King).

Nach dem ersten Versuch eines Völkerbundes (1919) bildete sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Organisation der Vereinten Nationen (UNO, 1945). In den immer wieder aufflammenden Konflikten vermittelte sie, half zu Kompromissen, linderte Not und stellte Friedenstruppen zwischen die Fronten der Verfeindeten. Die Waffen der UNO-Soldaten dienen der Selbstverteidigung und nicht der Parteinahme für eine Seite. Aber die UNO hat es nicht geschafft, Krieg verhütende Massnahmen durchzusetzen, den Waffenhandel zu unterbinden und eine Weltwirtschaftsordnung in die Wege zu leiten, die die Kluft zwischen reichen und armen Völkern überwindet.

Bisher gibt es kein Rezept, um ein friedliches Miteinander der Völker wirklich herzustellen. Immer wieder hat sich erwiesen, dass Gewalt stets Gegengewalt erzeugt. Was kann man tun, wenn alles Verhandeln, Mahnen und Boykottieren fruchtlos bleibt? Gibt es eine Alternative zu militärischen Einsätzen in Krisengebieten? Seit dem Kosovokrieg werden die Bemühungen um zivile Konfliktbearbeitung in Krisengebieten aktueller denn je. Hat solch ein Ansatz der politischen Lösung überhaupt Chancen gegenüber den Versuchen der militärischen Lösung?

Das sind Fragen, die uns bewegen. Mit ihnen, unseren Antwortversuchen und Hoffnungen, kommen wir zu den Protestwanderungen. Uns alle eint eine grosse Sehnsucht.

«Give Peace A Chance»

Wolfgang Freese

Mein Mitmachen bei der Bürgerinitiative FREIE HEIDE war anfangs rein technischer Natur. Bei der ersten Grossveranstaltung mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegen die militärische Nutzung der Wittstock-Ruppiner Heide war ich nicht dabei. Bekannte berichteten jedoch über sehr schlechte Übertragungsqualität der Wortbeiträge, so dass sie bei manchen Reden Schwierigkeiten gehabt hätten, den Inhalt zu verstehen. So sagte ich zu, bei einer möglichen nächsten Protestveranstaltung mit meiner Diskotechnik zu helfen. Während der Wendemonate des Jahres 1989 hatte ich mit dieser Technik bereits sämtliche Demonstrationen in der Stadt Neuruppin beschallt.

Diese Zeit der so genannten Wende war ohnehin für mich die politisch prägendste Zeit in meinem Leben: Die Hoffnung, die Michail Gorbatschow mit «Glasnost und Perestroika» verbreitete, begeisterte viele Menschen in der DDR, so auch mich. Nach Jahrzehnten voller Worthülsen und Perversionen, die eine ganze Sprache ad absurdum führten, verbreiteten diese beiden russischen Begriffe für «Öffentlichkeit» und «Umbau» unbeschreibliche Faszination. Als jedoch die Absage der DDR-Oberen mit «Sputnik»-Verbot und Hagers Tapetenwechselabsage eingeläutet werden sollte, brachte das den Zorn vieler Menschen auf den Plan. Bis dahin für undenkbar gehalten, war mit dem «Neuen Forum» die Gründung einer Oppositionsorganisation gelungen. Der Gründungsaufruf erscheint aus heutiger Sicht butterweich und brav. In einer Zeit jedoch, in der schon schriftliche Unmutsäusserungen mit mehreren Unterschriften, gleich zu welchen Themen, als Unterschriftensammlung strafbare Handlungen darstellten, war das bereits revolutionär ...

Neuruppin als Garnisonsstadt beherbergte zu DDR-Zeiten gerüchteweise in den städtischen und den umliegenden Kasernen genauso viele sowjetische Soldaten wie Einwohner. Wohl einmalig war, dass ein sowjetischer Militärflugplatz unmittelbar an eine Stadt angrenzte. Zum Leben in dieser Stadt gehörten neben diesem Flugplatz mit seinem unerträglichen Lärm und den Gefährdungen unzählige andere Tabuberei-

che, die in irgendeiner Form etwas mit sowjetischem Militär zu tun hatten: Mit grauen Mauern umgebene Kasernengelände, ganze Strassenzüge, die von Offiziersfamilien bewohnt waren, riesige eingezäunte Waldflächen, die als Panzerübungsplätze dienten.

Als bodenständiger Neuruppiner, der seit seiner Geburt sogar in derselben Wohnung wohnt, erinnere ich mich solange ich denken kann an häufigen Explosionslärm bei bestimmten Windrichtungen. Die genaue Herkunft war mir jedoch über Jahrzehnte unklar. Es gehörte zu dem damaligen Lebensgefühl, viele Lebensumstände kaum zu hinterfragen, Tabus zu akzeptieren, obwohl man ja mit vielem nicht einverstanden war. Zu solchen Tabus gehörte auch ein «Schiessplatz» irgendwo zwischen Neuruppin und Wittstock, dessen genaue Lage und Grösse ich nie erahnte. Ich wusste nicht einmal, dass es noch unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganze Reihe von Verbindungsstrassen quer über diesen späteren Übungsplatz gegeben hatte. Die Folge dieses riesigen Geländes zwischen den beiden DDR-Kreisstädten war, dass sich zwei benachbarte Regionen völlig voneinander entfernten, die noch vor 1950 unzählige Gemeinsamkeiten hatten.

Schon in der Schule entwickelte sich bei mir ein grosses Interesse an Musik jeglicher Art. Popmusik wurde für mich zu einem ganz besonderen Hobby: Nachdem ich eine ganze Reihe staatlicher Hürden genommen hatte, indem ich Lehrgänge besuchte und Prüfungen ablegte, erhielt ich am Ende damit die Genehmigung, öffentlich bei Tanzveranstaltungen Tonbänder, Kassetten und Schallplatten abspielen zu dürfen. Das Hinterfragen und das Übersetzen englischsprachiger Musik führte mich immer mehr an engagierte Musiker wie Bob Dylan, Joan Baez, John Lennon, Donovan und viele andere heran. Inhaltlich spielte für mich immer mehr politisch engagierte Musik eine Rolle. Ich sog Informationen über Ereignisse wie Woodstock, die Ostermarschbewegung oder die Antivietnamkriegsbewegung in mich auf. Schwierig war das Beschaffen von solchen Informationen, wenn man sie ungefiltert durch sozialistische Propaganda haben wollte. Die einzige anscheinend ungefilterte Quelle war da das Westradio beziehungsweise das Westfernsehen. Eine wichtige Rolle unter DDR-Jugendlichen spielte in Bezug auf die Antikriegsproblematik der in DDR-Kinos nur kurzzeitig gezeigte amerikanische Kinofilm «Blutige Erdbeeren». Da die-

ser Film der einzige in der DDR war, der wenigstens ein kurzes Schlaglicht auf einige Hintergründe von «Studentenunruhen» in den USA warf, wurde er zum Kultfilm unter der damaligen Generation ostdeutscher Jugendlicher. So wie der Film wurden auch die Filmmusiken von Neil Young, Joni Mitchell oder John Lennon zum Kult, insbesondere Lennons Titel «Give Peace A Chance». Dazu beigetragen hatte vielleicht auch das Gerücht, der Film wäre nach kurzer Zeit der Zensur zum Opfer gefallen. Aus diesem Interesse an engagierter Popmusik entstand nach und nach auch der Zugang zu ganz anderen Musikstilen. Zu nennen wären hier vor allem Liedermacher wie beispielsweise Hannes Wader, dessen Lieder mich inhaltlich und musikalisch begeisterten. Aber auch das weite Feld der Friedenslieder der deutschen und der internationalen Volksmusik gehörten dazu.

Später, als Lehrer an einer Neuruppiner Schule, hatte ich mit diesem Repertoire – ich hatte dann auch irgendwann Gitarre spielen gelernt – eine gute Grundlage, um mit Jugendlichen eine sogenannte FDJ-Singegruppe zu gründen. Allerdings dauerte es nicht lange und mir wurde nahegelegt, einige Lieder aus dem Programm zu streichen. Obwohl es sich «nur» um deutsche Volkslieder handelte, würden diese Lieder die aktuelle DDR-Politik aufs Gröblichste torpedieren. Einflussnahme, oder besser Zensur, auf dieser Ebene war klar zu erkennen. Wie freute man sich, wenn es gelungen war, ein brisantes Lied oder Gedicht mit den Jugendlichen gemeinsam von Offiziellen unbemerkt öffentlich aufzuführen. Ohne damals zu wissen, ob die Zensurmechanismen in der grossen Kultur der DDR ähnlich funktionierten, freute man sich auch hier, beispielsweise ab und zu vereinzelt Zitate von Schriftstellern zu finden, die – offenbar an der offiziellen Zensur vorbei – veröffentlicht wurden. In Christa Wolfs Buch *Kassandra* von 1981 zum Beispiel fand ich Folgendes: «Um Kriege zu verhindern, müssen auch Menschen in ihrem jeweils eignen Land Kritik an den Missständen ihres eignen Landes üben. Rolle der Tabus bei der Kriegsvorbereitung: Unaufhörlich, unermesslich wächst die Zahl der unwürdigen Geheimnisse. Wie unbedeutend alle Zensur-Tabus und die Folgen ihrer Übertretung durch die Bedrohung des Lebens werden.»

So faszinierend für viele in der DDR die Möglichkeiten der westdeutschen Friedensbewegung waren (gegen den eigenen Staat auf die Strasse gehen!), so unmöglich war es in der DDR, irgendwelche Tabus zu brechen. Selbst kleinste Begebenheiten zeichnen ein Bild davon: Anfang der Achtzigerjahre fiel mir ein Anstecker in die Hände mit der Aufschrift «Nato-Atomraketen – nein danke». Nachdem ich mit dem Filzstift das Wort Nato so durchgestrichen hatte, dass es allerdings noch gut lesbar war, heftete ich mir den Sticker sichtbar an den Kragen. Dieser vorsichtige Protest gegen jede Art von Atomraketen, also auch gegen die sowjetischen SS 20, brachte mir als Lehrer ein Disziplinargespräch mit dem Schulrat ein, und ich musste unter Androhung anderer Konsequenzen den Sticker entfernen. Diese kleine Geschichte ist wahrscheinlich eine von Tausenden. Viele Menschen in der DDR, die zum Beispiel aktiv in Friedensinitiativen der Kirchen mitarbeiteten, erinnern sich noch sehr gut an die systematische Verfolgung von Jugendlichen, die zum Zeichen ihres Friedensengagements Aufhänger trugen mit dem Zeichen «Schwerter zu Pflugscharen» durch Lehrer, Lehrausbilder oder Vorgesetzte in Betrieben. Es handelt sich bei diesem «verbotenen» Motiv widersinnigerweise um ein biblisches Symbol, das als Vorlage diente ausgerechnet für den sowjetischen Beitrag in Form eines Denkmals vor dem UNO-Gebäude in New York.

Heute, zehn Jahre nach den Erfahrungen der DDR, machen mich Äusserungen wütend, die nicht selten in Worten gipfeln, wie zum Beispiel «Scheiss Demokratie, man kann ja sowieso nichts ändern». Die Möglichkeiten des sich Einmischens und der Auseinandersetzung sind heute gegeben. Mehr noch: Es gibt unzählige Situationen, die einfach nach Widerspruch, wenn nicht sogar nach einem Aufschrei verlangen. Ohne Frage gehört die Problematik um die freie Heide dazu, die Ungerechtigkeit der Einrichtung als sowjetischer Luft-Boden-Schiessplatz genauso wie das Ansinnen, dieses Unrecht aus tiefsten stalinistischen Zeiten mit der Weiternutzung durch die Bundeswehr zu zementieren. Immer mehr Menschen unserer Region hegen grosse Sympathie für die Idee der freien Heide und stellen nach dem Ende der Blockkonfrontation den Sinn von Armeen grundsätzlich in Frage. Wichtig jedoch über diese Sympathie hinaus ist das eigene Aktivwerden.

Ich wünsche mir den Optimismus und den Mut des 89er Herbstes, als wir, was anfangs völlig unmöglich schien, gewaltfrei, phantasievoll und konsequent das Ende einer Diktatur herbeigeführt haben. Viel zu schnell haben nach der darauf folgenden Entwicklung viele Menschen den Mut verloren und mit Zurückziehen und Resignation reagiert. Rolf Hochhuth sagt: «Wo Demokratie nicht Kampf ist, da ist sie Korruption.»

Nachdem jahrzehntelang dieser Kampf nicht möglich und das sich Einmischen sinnlos schien, sehe ich als wichtigste Errungenschaft die Tatsache an, dass nach zwei (!) Diktaturen im Osten Deutschlands wir heute hier in einer Demokratie leben, auch wenn sie in einigen Punkten durchaus kritikwürdig ist.

Um bei der zweiten Diktatur zu bleiben: Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Aufrechterhalten des autoritären Systems DDR leistete ohne Frage die sozialistische Schule. Die dortige Erziehung duldet meiner Meinung nach kein in Frage Stellen von zu vermittelnden Grundsätzen. Stattdessen wurden Doppelzüngigkeit, Unmündigkeit, Rückgratlosigkeit, Untertanengeist und die Unfähigkeit zur argumentativen Auseinandersetzung vierzig Jahre lang von gut funktionierenden sozialistischen Lehrerpersönlichkeiten erfolgreich vermittelt.

Aber Demokratie lebt von der Auseinandersetzung, vom Kampf der Argumente. Ohne aktive Auseinandersetzung von unten verkommt Demokratie zu einer Farce. Die Reaktion auf die vielfach zitierte Politikverdrossenheit kann meines Erachtens nur ein Mehr an Mitwirkungsmöglichkeiten sein, so wie es bei allen Vorbehalten gegenüber sozialdemokratischer Politik Willy Brandt im Wahlkampf in den Sechzigerjahren mit der These «Mehr Demokratie wagen» geprägt hatte. Aber diese Forderung lässt sich eben auch nur im Kampf von unten her durchsetzen ...

Die Bürgerinitiative FREIE HEIDE ist im besten Sinne des Wortes eine basisdemokratische Initiative. Sie vereint Menschen unterschiedlichster Überzeugungen und politischer Anschauungen. Mit dabei sind Mitglieder sämtlicher demokratischer Parteien sowie Parteilose. Es gibt Anwohner, die nach vierzig Jahren das Kriegsspielen vor ihrer Haustür satt haben, es gibt Pazifisten, es gibt Anarchisten ...

Der gemeinsame Nenner, der alle diese Menschen eint, ist das Ziel der



Mit 300 Wanderern betritt am 1. Mai 1995 erstmals eine grosse Gruppe das Bombodrom. Die 28. Protestwanderung führt von Basdorf aus zur Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer der letzten Kriegstage. Hinten rechts: Wolfgang Freese
Foto: Marc Hufnagel (Ruppiner Anzeiger)

Verhinderung eines neuen Bombenabwurfplatzes der Bundeswehr im Gebiet der Wittstock-Ruppiner Heide. Die Bekanntschaft vieler dieser Menschen ist für mich zu einer nie geahnten persönlichen Bereicherung geworden. Aus einer Reihe solcher Bekanntschaften sind inzwischen Freundschaften entstanden, die mir sehr wichtig geworden sind. Die vielfältigen persönlichen Beziehungen und die unterschiedlichsten Fähigkeiten der Mitstreiter sind wahrscheinlich die Stärken unserer Bürgerinitiative.

So wurden im Laufe der Jahre vielfältigste phantasievolle Aktionen auf unterschiedlichen Ebenen entwickelt. Die wichtigste ist der gewaltfreie Protest der Strasse in Form unserer Protestwanderung. In

ziemlich regelmässigen Abständen wird dabei von der Kirche einer der Anliegergemeinden aus nach einer religiösen Besinnung mit «Kind und Kegel» bis zu einem Punkt an der ehemaligen Schiessplatzgrenze gewandert, wo symbolische Aktionen den Höhepunkt bilden. Im Laufe der Jahre sind bestimmte Bestandteile unserer Protestwanderungen einfach nicht mehr wegzudenken. Zu solchen Traditionen gehört mittlerweile der 4. Satz von Johann Sebastian Bachs Brandenburgischen Konzerten, der immer dann erklingt, wenn der Demonstrationszug bis auf wenige hundert Meter das Wanderziel erreicht hat. Ebenfalls zur Tradition geworden ist beispielsweise das gemeinsame Tanzen am Ende der Wanderungen. Viele erinnern sich noch an das beeindruckende Bild, als wir mit fast tausend Teilnehmern und Teilnehmerinnen zu einer Neujahrswanderung unseren berühmten Sirtaki tanzend symbolisch von der freien Heide Besitz ergriffen.

Alljährlicher Höhepunkt ist der Ostermarsch, der seit einigen Jahren mit mehreren tausend Teilnehmern mittlerweile die zentrale Rolle in der Friedensbewegung der Bundesrepublik spielt. Nicht nur zu den Ostermärschen ist es Tradition, dass Wanderungen und Kundgebungen durch verschiedenste kulturelle Beiträge ergänzt werden. Stellvertretend seien die Benefizkonzerte von Keimzeit oder Gerhard Schöne genannt. Eine Enttäuschung war allerdings die Anfrage an mein früheres Friedensliederidol Hannes Wader. Er lehnte ein Benefizkonzert anlässlich unseres Ostermarsches mit den Worten «Ostern marschiere ich nicht mehr!» ab. Eine sehr positive Reaktion hingegen ergab die Bitte um Unterstützung bei Rio Reiser. Sie gipfelte in den schon recht konkret geplanten Vorbereitungen für ein Benefizfestival verschiedenster ost- und westdeutscher Bands. Er hatte vor, sich aktiv an dieser Vorbereitung zu beteiligen. Wenige Monate später fanden diese Pläne jedoch durch seinen plötzlichen Tod ein jähes Ende.

Die zweite Ebene der Auseinandersetzung ist die parlamentarische. In fast allen Vertretungen der Anliegergemeinden gibt es klare Beschlüsse für eine nichtmilitärische Nutzung der Heide ähnlich wie im Kreistag des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, dessen Mitglied ich seit der ersten freien Kommunalwahl am Ende der DDR bin, anfangs für das Neue Forum, heute für Bündnis 90/Die Grünen. Der Entschluss als

damaliges Mitglied einer Bürgerbewegung Parteimitglied zu werden, fiel mir nicht leicht, gerade in Anbetracht der Erfahrung mit der Einparteiendiktatur der DDR. Letztlich hat die Erkenntnis mit den Ausschlag gegeben, dass das Thema freie Heide kein regionales, sondern ein grundsätzliches Bundesproblem darstellt und damit nur auf Bundesebene mit Hilfe einer Partei, die im Bundestag vertreten ist, gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang war schon erstaunlich, dass auf Beschluss des Kreisverbandes Ostprignitz-Ruppin der Satz «Der militärischen Nutzung der Kyritz-Wittstocker Heide werden wir uns entschieden widersetzen» 1998 ins Bundeswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen wurde.

Die dritte Ebene ist die der gerichtlichen Auseinandersetzung. Vor 1989 undenkbar – heute in einem Rechtsstaat – klagt eine Klägerschaft gegen den eigenen Staat. Ziel: die Verhinderung der geplanten militärischen Nutzung des Geländes durch die Bundeswehr, auf dem Anfang der fünfziger Jahre nach Enteignungen und Zwangsverkäufen dieser sowjetische Truppenübungsplatz eingerichtet wurde. Nach einem besonders lauten Aufschrei verlangt in der Auseinandersetzung um das Bombodrom zum Beispiel auch die Äusserung eines Schiessplatzbefürworters, des Wittstocker FDP-Bürgermeisters. In einer Sendung des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg «Vor Ort» träumte er von einem wirtschaftlichen Aufschwung durch Militär, «genau wie in den Dreissiger Jahren, als die Fliegerhorste in Wittstock und anderswo eingerichtet wurden». Diese Worte zeugen von unglaublicher politischer Verantwortungslosigkeit: Unter zielgerichteter Umgehung der Versailler Verträge wurden nämlich schon vor dem Ende der Weimarer Republik als zivile Flugschulen getarnte militärische Fliegerhorste eingerichtet. Als die Zeit dann reif genug schien, entpuppten sich sämtliche Fluglehrer und andere Angestellte als Angehörige der Wehrmacht, indem sie ihre Kleidung von einem Tag auf den anderen gegen Wehrmachtuniformen austauschten. Mit dem Bau der Fliegerhorste hatte also Deutschland entgegen den Festlegungen der Versailler Verträge wieder eine Luftwaffe. Diese Entwicklung endete wie bekannt in dem Inferno des Zweiten Weltkrieges.

Jegliches Arbeitsplatzargument der Bundeswehr oder anderer Schiessplatzbefürworter führt sich in diesem Zusammenhang selbst ad absurdum. Es kann heute nur grundsätzlich darum gehen, Krieg als Mittel der Auseinandersetzung ein für alle Mal zu ächten. Militär ist eine von Ideologien unabhängige Grösse und wie lässt sich das besser illustrieren als durch die Tatsache, dass der so genannte «Standortkommandeur» eines geplanten Luft-Boden-Schiessplatzes der Bundeswehr ein ehemaliger Offizier der NVA der DDR ist. Ein noch bis ins Jahr 1989 den Sozialismus verteidigender Offizier mit klarem Klassenstandpunkt und wahrscheinlich noch klarerem Feindbild wird in eine leitende Position der Armee des ehemaligen Klassenfeindes übernommen.

Wir standen in den Neunzigerjahren und stehen am Anfang dieses neuen Jahrhunderts an der Schwelle eines Zeitalters ohne Blockkonfrontationen, in dem solche Visionen wie die Ächtung des Krieges durchaus Wirklichkeit werden können, auch wenn der Kosovokrieg ein schlimmer Rückschlag dabei war. Aber dieser Fehler muss der letzte seiner Art gewesen sein und er muss die Chance einer Neubestimmung geben und das Resultat muss noch grössere Anstrengung sein. Es ist schon eine bittere Erkenntnis, dass sich nichts von allein durchsetzt. Brecht lässt seinen Galileo sagen: «Es setzt sich nur soviel Wahrheit durch, als wir durchsetzen. Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.»

Die freie Heide wird ein Schritt sein auf dem Weg zur Vernunft. Es müssen jedoch noch viele Schritte dieser Art folgen ...

**1. Demonstration gegen die weitere militärische Nutzung der FREIen HEIDE
am 15. August 1992 mit 4'500 Menschen in Schweinrich Foto: Rainer Kühn**

Recht, Widerstand und Politik



Rheinsberg – Kulturstadt unter Düsenjägern?

Manfred Richter

Es war schon eine Erleichterung, als die Streitkräfte der Roten Armee endlich vom Truppenübungsplatz abzogen.

Geschützdonner und der Lärm der Düsenjäger hatten viele Jahre lang das Leben in der Region beeinträchtigt. Am meisten hatten natürlich die Bewohner der Dörfer direkt am Schiessplatz zu leiden; da ist schon mal durch einen Querschläger die Veranda eines Wohnhauses zertrümmert worden, da sind grosse Glasfenster durch den Überschallknall der Düsenjäger zersplittert, der Höllenlärm bei Tiefflügen hat die Kinder geängstigt. Aber nun waren sie ja weg, die russischen Soldaten sind endlich wieder nach Hause gefahren in ihre Heimat, zu ihren Familien – viel Glück zu Hause!

Der kalte Krieg war zu Ende, das östliche Militärbündnis zusammengebrochen – der Feind war abhanden gekommen. Wozu braucht man da noch so einen riesigen Truppenübungsplatz? Die Bundeswehr war ja auch vierzig Jahre ohne ihn ausgekommen, trotz Krisen, in schwierigsten Zeiten der Konfrontation.

Alle gingen ganz selbstverständlich davon aus, dass jetzt die enteigneten Privatleute, die Dörfer, die Kirchengemeinden ihre Ländereien zurückerhalten würden. Es wurden Pläne geschmiedet für eine friedliche Nutzung. Alte unterbrochene Verbindungswege zwischen den Dörfern sollten wieder hergestellt werden. Wir Rheinsberger merkten auf einmal, wie nahe eigentlich Wittstock ist. Mehr als vierzig Jahre lag der grosse Schiessplatz zwischen uns, Soldaten versperrten den Weg auf der Verbindungsstrasse, liessen sich manchmal mit Schnaps und Zigaretten überreden, den Schlagbaum hochzuheben.

Jetzt war alles wieder normal, friedlich, optimistisch. Die Menschen in der Region um Rheinsberg setzten stark auf den Tourismus, auf den Einklang von Natur und Kultur. Viele Familien nahmen Kredite auf, bauten Pensionen, Reiterhöfe, Hotels und Ähnliches im Vertrauen auf eine friedliche Entwicklung ohne Militärlärm. Rheinsberg entwickelte sich zur «heimlichen Kulturhauptstadt» Brandenburgs. Mit dem Schlossmuseum, der Tucholsky-Gedenkstätte, der Musikakademie,

der Kammeroper, den Konzerten in der Kirche entstand ein reiches kulturelles Leben. Im Sommer finden viele Konzerte im Schlosspark statt, das Heckentheater wurde saniert, das Schlosstheater wieder aufgebaut. Die Kammeroper zieht viele tausend Gäste zu den Operntagen im Sommer in die Stadt. Viel Kraft, viel Geld und viele Hoffnungen wurden in diese Entwicklungen investiert. Gesundheitseinrichtungen siedelten sich an, wegen der Ruhe, der schönen Landschaft, der sauberen Luft. Ein Thermalbad soll folgen, um diese Richtung weiter zu stärken.

Und nun? Kommen nun doch die Kampfflugzeuge? Sollen mehr als tausend Mal im Jahr Düsenjäger im Tiefflug das Bombenwerfen üben? Sie werden einen Höllenlärm verbreiten und mit vielen Tonnen Kerosin die Luft verpesten. Was wird aus den Konzerten im Heckentheater, im Schlosshof? Unterbrechen die Sänger ihren Vortrag, wenn die Düsenjäger kommen, und machen hinterher einfach weiter? Was werden die vielen tausend Besucher sagen, wird ihnen die «Bombenstimmung» gefallen oder suchen sie sich andere Orte? Wenn sie wegbleiben oder weniger werden, wie sollen die Kredite vieler Unternehmen zurückbezahlt werden, die in den Tourismus investiert haben?

Es kann eigentlich nur einen Schluss geben – der Truppenübungsplatz würde die Pläne und die Zukunft einer ganzen Region und ihrer Menschen gefährden. Warum sollten wir das zulassen?

Die Bundeswehr hat einfach so die Nachfolge der Roten Armee angetreten. Während in anderen Fällen immer penibel geprüft wurde, ob in DDR-Zeiten Alteigentümer und Altinteressen beeinträchtigt wurden, gilt das im Fall des Schiessplatzes offenbar nicht. Die Rechtslage wird immer so ausgelegt, wie es gerade in den Kram passt. Die Tatsache, dass jetzt kleine, neue Dörfer und Städte, der Landkreis, Privatpersonen und Kirchengemeinden gegen die Bundesregierung Deutschland klagen müssen, um ihr Recht durchzusetzen, ist eine neue, schmerzliche Erfahrung für viele. Und die Gerichtsverfahren kosten Geld, das wir lieber in Schulen und Kindertagesstätten, in Strassen und Kultur investiert hätten.

Noch eine grosse, auch persönliche Enttäuschung muss ich hier benennen, die Enttäuschung über das Gewicht, die Ehrlichkeit, die Glaubwürdigkeit von Politikerworten. Der Sozialdemokrat Scharping hat,

noch in der Opposition, im Wahlkampf anlässlich einer Demonstration gegen den Schiessplatz versprochen, auf den Schiessplatz zu verzichten, wenn die SPD an der Regierung sei. Nun ist die SPD an der Regierung, Herr Scharping ist sogar Verteidigungsminister. Er hat alle Möglichkeiten, sein Versprechen einzulösen, die Menschen hier warten darauf – aber er tut es nicht. Ich bin auch Sozialdemokrat – eine grosse Chance, Politik wieder glaubwürdig zu machen, wird vertan. Das tut weh.

Aber es gibt auch Positives. Die Erfahrung, dass Bürgerproteste, Demonstrationen und Diskussionen eine so machtvolle Maschinerie wie die Bundeswehr stoppen können, dass wir jetzt in einem Rechtsstaat diese Möglichkeit haben, ist auch eine neue Erfahrung. Wäre Ähnliches in der DDR denkbar gewesen?

Den aktiven Mitgliedern der Bürgerinitiative FREIE HEIDE zolle ich grosse Hochachtung. Über Jahre die Bürgerproteste immer wieder neu zu motivieren, zu organisieren, zu finanzieren, nicht aufzugeben, immer wieder neue Wege zu finden, das ist eine tolle Leistung. Die eigentliche Arbeit machen, wie überall, nur wenige aktive Mitstreiter – vielen Dank! Nur dieser engagierten ausdauernden Arbeit ist es zu verdanken, dass die Düsenjäger noch nicht fliegen, dass unsere schöne, interessante Erholungs- und Kulturlandschaft noch nicht gestört, behindert wird.

Unterstützen wir weiter die Bürgerinitiative FREIE HEIDE, damit wir möglichst bald die letzte Protestwanderung machen können und auch die Bundeswehr freundlich aus der Wittstocker Heide verabschieden können.

Die Haltung der Parteien zum Bombodrom

Benedikt Schirge

Kaum wurde das Truppenübungsplatzkonzept der Hardthöhe durch Verteidigungsminister Volker Rühle veröffentlicht, gab es eine Reihe spontaner Protestäusserungen auf regionaler Ebene. Die Kreistage Kyritz, Wittstock und Neuruppin widersprachen trotz ihrer verschiedenen jeweiligen Zusammensetzung einstimmig, den russischen Bombenabwurfplatz auch in Zukunft militärisch zu nutzen. Die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, teils parteilos, teils parteilich gebunden, fanden sich en gros zusammen, um ihrer Ablehnung Ausdruck zu verleihen (Planung eines Zweckverbandes). Auch die Landesregierung von Brandenburg, der die Pläne von der Bundeswehr so nebenbei mitgeteilt wurden und die sehr bald die Protestbewegung vor Ort registrierte, wies auf die Schwierigkeiten und Probleme dieses Vorhabens hin. Christian Gilde, damals Mitglied des Brandenburg Landtages, hielt eine beeindruckende Rede vor dem Landesparlament und auch der Landtag lehnte mit grosser Mehrheit die Übernahmepläne der Bundeswehr bezüglich des Bombodroms ab: «Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen über das Truppenübungsplatzkonzept der Bundeswehr die regionalen und kommunalen Bedürfnisse der Brandenburgerinnen und Brandenburger und das Interesse am Schutz von Natur und Umwelt mit Nachdruck geltend zu machen. In diesem Zusammenhang ist von der Bundesregierung zu fordern, auf eine weitere militärische Nutzung des früheren sowjetischen Truppenübungsplatzes Wittstock als Bombenabwurf- und Raketenchiessplatz zu verzichten.»¹ Ausserdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, Brandenburg nicht zum Truppenübungsplatzland der Bundesrepublik zu machen, da eine überproportionale Belastung des Bundeslandes im Vergleich zu den anderen geplant war. Bereits im Frühjahr 1992 hatte Konrad Weiss (Mitglied des Bundestages für Bündnis 90) im Bundestag darauf hingewiesen. Auf der Landesebene folgten ablehnende Beschlüsse zum Bombodrom bei Bündnis 90, der PDS und der SPD.

Ebenso wurde in Bonn recht schnell klar, dass die Vorhaben des Verteidigungsministeriums in Brandenburg nicht so ohne Weiteres hinge-

nommen würden. Die Landtags- und Kreistagsbeschlüsse sowie die Äusserungen würden Eingang in den Entscheidungsprozess finden, liess die Bundesregierung mitteilen. Eine Woche später schon beriet der Verteidigungsausschuss am 29. Oktober 1992 abschliessend mit mehrheitlicher Zustimmung der Regierungsfractionen das Truppenübungsplatzkonzept.

Dabei unterstellte die CDU der SPD eine Zustimmung zum Konzept, diese wehrte sich aber vehement dagegen. Einen Tag später hiess es in einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion: «Die Vertreter der SPD im Verteidigungsausschuss haben den von CDU/CSU und FDP vorgelegten Antrag einstimmig abgelehnt, weil er den Bedürfnissen der Menschen in den neuen Ländern nicht gerecht wird, sondern lediglich den übertriebenen Gebietsansprüchen der Bundeswehr Tribut zollt.»

Weiter heisst es unter anderem zum Bombenabwurfplatz Wittstock: «Darüber hinaus sollte der Bundesverteidigungsminister sich überlegen, ob er tatsächlich einen Übungsplatz weiter nutzen will, der erst in den Fünfzigerjahren und nur durch Enteignung, also unrechtmässig entstanden ist. DDR-Unrecht will Herr Bundesminister Rühle doch sicherlich nicht fortsetzen, oder?»²

Auch ein Sonderparteitag der Bundes-SPD positionierte sich am 17. November 1992 in einem Sofortprogramm für die Regierungsübernahme. Darin heisst es: «Wir werden die Ausgaben für die Streitkräfte nachhaltig senken und überflüssige Rüstungsprojekte streichen sowie die militärischen Tiefflüge einstellen. Die bisherigen sowjetischen Truppenübungsplätze in Ostdeutschland, Wittstock und Colbitz-Letzlinger Heide, werden wir stilllegen, sanieren und dem Naturschutz bzw. einer umweltverträglichen Nutzung zur Verfügung stellen.»³ Zahlreiche einzelne Schreiben von SPD-Bundestagsabgeordneten mit unterstützendem Tenor, aber dem Bedauern, im Moment keine Mehrheiten zu haben, erreichten zuvor die Bürgerinitiative (besonders von Mitgliedern des Verteidigungsausschusses).

Ebenso fasste im November 1992 die Landessynode von Berlin-Brandenburg einen eindeutigen Beschluss: «Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg spricht sich gegen die Weiternutzung des Bombenabwurfplatzes Wittstock durch eine Übernahme der Bundeswehr aus. Im Prozess der derzeitigen weltweiten Abrüstung ist sie

für eine zivile Nutzung der Wald- und Seenlandschaft im Norden Brandenburgs.»⁴

Mindestens wöchentlich erhielt die Bürgerinitiative zu dieser Zeit Unterstützung – durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, durch Vereine, Kommunalparlamente, Kirchengemeinden und viele mehr. In der Anfangszeit gab es keine Protestwanderung, ohne dass brandenburgische Ministerinnen beziehungsweise Bundestags- und Landtagsabgeordnete teilnahmen. Manch Politiker aus dem Westen war erstaunt über die Volksnähe der Amts- und Mandatsträger.

Im Herbst 1992 gab es auch zwei Besuche von Vertretern der Bürgerinitiative in Bonn. Im ersten Gespräch liess sich Rühle trotz Zusage an den CDU-Landrat von Kyritz von einem Staatssekretär vertreten, dessen Aufgabe es war abzuwiegeln. Zuerst protestieren alle, hiess es, in ein, zwei Jahren ist das kein Thema mehr. Überrascht war er allerdings über die unmittelbare Nähe eines Atomkraftwerkes. Beim zweiten Besuch kurze Zeit später wollte Rühle wieder dem Gespräch ausweichen, jedoch gelang es, ihm vor der Tür des Verteidigungsausschusses vierzigtausend Unterschriften gegen das Bombodrom zu überreichen. Die Gegend wäre touristisch nicht sehr interessant, man würde höchstens einmal in die Region kommen, war sein Kommentar zu den regionalen Vorstellungen.

Am 14. Januar 1993 kam es im Bundestag zur namentlichen Abstimmung über das Truppenübungsplatzkonzept. Mit den Stimmen der Koalition – wobei es bei der FDP eine rühmliche Ausnahme durch den Abgeordneten aus Brandenburg gab, die CDU-Abgeordnete aus dem Prignitz-Ruppiner Wahlkreis hingegen spurte – und gegen die Stimmen der Opposition (SPD, Bündnis 90, PDS) wurde das Konzept bestätigt.

Politisch schien sich vorerst wenig bewerkstelligen zu lassen. Die Staatskanzlei in Potsdam hatte dem Verteidigungsministerium vorgeschlagen, als «Bonbon» für die Gegend eine Garnison zu errichten, was verbal durch die Hardthöhe auch bald umgesetzt wurde. Etliche Vertreter aus Wittstock (hier sollte der Standort entstehen) erhofften sich wirtschaftlichen Aufschwung und wurden Bombodrombefürworter. (Obwohl diese Pläne nie eine planerische Umsetzung erfuhren, reicht die Hoffnung bis ins Jahr 2000.) Die Bürgerinitiative forderte



Landesprominenz bei der 2. Protestwanderung am 11. Oktober 1992 mit ca. 1'000 Menschen, darunter die Ministerinnen Regine Hildebrandt und Marianne BIRTHLER sowie die Bundestagsabgeordneten Markus Meckel und Jürgen Türk Foto: Helmut Schönberg

jedoch von der Landesregierung die Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom September 1992. Mit viel Mühe gelang es, Ministerpräsident Manfred Stolpe im Herbst 1993 zu einem Besuch am und auf dem Bombodrom zu gewinnen. So lange die Menschen vor Ort den Übungsplatz nicht wollen, so lange wird er nicht kommen, so sein Kommentar. Ausserdem forderte er uns auf, Unterschriften im Rahmen einer Volksinitiative zu sammeln, um zu zeigen, dass die Brandenburger das Bombodrom nicht wollten. Des Weiteren informierte er uns, dass es nun auch zu einer Bundesratsinitiative seitens der Landesregierung Brandenburgs kommen werde.

Unterdessen hatte die SPD in Bonn die Petition der Bürgerinitiative gemeinsam mit der Koalition abgelehnt. Nach einem deutlichen Schreiben der Bürgerinitiative entschuldigte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Ulrich Klose, und erklärte dies mit der Empfehlung der SPD-Verteidigungspolitiker! Klose brachte daraufhin die Petition neu in den Ausschuss, allerdings ohne ein neues Ergebnis zu erzielen.

Im Dezember 1993 stimmte der Bundesrat über den Antrag Brandenburgs zur Entschliessung zur zivilen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock ab. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Brandenburg votierten für die Entschliessung. Die SPD-geführten Länder hatten zu dieser Zeit die Mehrheit im Bundesrat! Lag es an ungenügender Vorbereitung oder waren vielmehr die SPD-Beschlüsse nichts wert? Auch ein rot-grünes Land wie Hessen stimmte gegen die Entschliessung.

Am 22. Dezember 1993 übernahm das Verteidigungsministerium die Besitzrechte vom Finanzministerium, obwohl der Vorgang rechtlich ungeklärt ist. Die Landesregierung als auch die Landkreise überprüften daher Klagemöglichkeiten.

Anlässlich einer Veranstaltung in Nordhorn, wo die Bevölkerung seit Langem gegen den britischen Bombenabwurfplatz kämpft und Rüge in einer Veranstaltung dort den Menschen baldige Verlagerung eines Teils der Einsätze versprach, reagierte er auf die Frage nach dem Widerstand in Brandenburg in der Weise, dass ihn der Protest in Wittstock nicht interessiere.

Am 17. Januar 1994 flogen die ersten Tornado-Kampfflugzeuge im Tiefflug über die Heide. Zehn Tage später wurde Klage gegen die Bundesrepublik erhoben.

Zunehmend war das Jahr vom Wahlkampf geprägt. Bei der 22. Protestwanderung der FREIen HEIDe schliesslich kam auch Kanzlerkandidat Rudolf Scharping (SPD) und sagte unter anderem: «Es wäre wahrlich schöner, man könnte ... aus dieser Region etwas machen ... die Heidelandschaft geniessen ... ein zusätzliches Urlaubsgebiet (könnte entstehen). Aber das geht ganz schlecht in der Nähe eines Truppenübungsplatzes ... Ein solcher Bombenabwurfplatz in Deutschland ist unnötig. Und ich sage Ihnen ..., 16. Oktober, da wird eine Entscheidung getroffen und wenn dann eine Mehrheit im deutschen Bundestag da ist, dann wird eine weitere Entscheidung getroffen: Dann wird das hier nicht mehr Truppenübungsplatz sein!»⁵

Einen Monat später unterstrich der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky durch seine Anwesenheit bei der nächsten Protestwanderung die ablehnende Haltung der PDS gegenüber den Bombodromplänen.



Übergabe von 22'407 Unterschriften an den SPD-Fraktionsvorsitzenden des Brandenburgischen Landtages Wolfgang Birthler in Potsdam am 23. Februar 1995

Foto: Helmut Schönberg

Die SPD verlor die Bundestagswahl im Oktober 1994. Die Hoffnung auf eine politische Lösung (die wohl sowieso unbegründet war, wie man später merkte) schwand. Der Rechtsweg erhielt ein stärkeres Gewicht.

Ende Februar 1995 übergab die Bürgerinitiative 22'407 Unterschriften, die im Rahmen einer Volksinitiative gesammelt worden waren, an die SPD-Fraktion des Landtages mit dem Wunsch, neue Impulse zu ermöglichen.

Die Bürgerinitiative führte kontinuierlich ihre Protestwanderungen, verbunden mit permanenter Öffentlichkeitsarbeit, durch. Die Präsenz der Politprominenz aus Brandenburg liess nach. Regine Hildebrandt, Matthias Platzeck und Steffen Reiche waren die einzigen Kabinettsmitglieder aus Brandenburg, die an Wanderungen zwischen 1995 und 1998 teilnahmen.

1997 wurde in einer Kleinen Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung nach den Auswirkungen eines Luft-Boden-Schiessplatzes auf den Tourismus befragt. Die lapidare Antwort lautete: Keine. Analysen zu arbeitsmarktpolitischen Effekten eines Truppenübungsplatzes (TÜP) beziehungsweise zu erwartenden Verlusten im

Tourismusbereich hielt die CDU/CSU-FDP-Regierung nicht für nötig. Es bewegte sich nichts.

Vor den Bundestagswahlen 1998 waren der Parteivorsitzende der SPD, Oskar Lafontaine, und der Kanzlerkandidat der SPD, Gerhard Schröder, nicht bereit, sich zum Bombodrom zu äussern, allerdings wurde uns versichert, das Wort der SPD gelte! Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) versprach in Neuruppin im Sommer 1998, sich für die zivile Nutzung des Bombenabwurfplatzes einzusetzen.

Nach dem Wahlsieg der SPD schrieb Rudolf Scharping am 15. Oktober 1998 noch als Fraktionsvorsitzender an die BI: «Ich habe jedoch keinen Zweifel, dass es uns gelingt, mit neuem Schwung der Herausforderung (Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung) gerecht zu werden ... Koalitionsverhandlungen und der anschliessende Beginn unserer Regierungsarbeit erfordern meine häufige Anwesenheit in Bonn. (Daher sagte er für die nächste Wanderung ab – der Verfasser) Das ist bedauerlich. So bleibt mir zunächst nur, Euch für die Arbeit weiterhin viel Erfolg zu wünschen.»⁶

Zwölf Tage später wurde Rudolf Scharping Verteidigungsminister. Briefe aus ganz Deutschland erreichten ihn nun mit der freundlichen Bitte, sein Versprechen aus dem Jahre 1994 zu erfüllen. Doch im Verteidigungsministerium herrschte Funkstille. Auf Nachfragen von Journalisten reagierte Scharping gereizt, er habe zur Zeit anderes zu tun. Die CDU-Fraktion nutzte die Gelegenheit zu fragen, wie Scharping zum Bombodrom stehe. Diplomatisch liess er auf das laufende Verfahren hinweisen, jedoch spürte man eigentlich nichts mehr von ablehnender Haltung.

Anfang Dezember 1998 wurde ein offener Brief von vierzig zum Teil weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Persönlichkeiten an die Mitglieder des Bundestages geschickt. Walter Jens sprach von einer Nagelprobe für die Demokratie, wie Scharping mit seinem Versprechen umgehen werde. Die Bundestagspoststelle hielt zuerst die Briefe über zwei Wochen zurück. Nach dem Weihnachtsurlaub kamen vereinzelte Reaktionen, hauptsächlich zustimmend, aber auch ein Brief eines SPD-Mitgliedes aus dem Verteidigungsausschuss: «Die von Ihnen gewählte Bezeichnung ‚Bombodrom‘ (ist) nicht nur irreführend,

sondern schlicht und einfach absichtlich falsch gewählt. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie endlich zur Kenntnis nehmen würden, dass der Ausbildungsplatz Wittstock nur deshalb ein unzerstörtes Naturgebiet geblieben ist, weil es der Zerstörung durch die Landwirtschaft und durch Zersiedelung entzogen war. Die Bundeswehr wird mit grosstem Nachdruck den Natur- und Umweltschutz in der Region fortführen.»⁷ Die Rote Armee hatte also mühevoll vierzig Jahre Bomben abgeworfen, um den Natur- und Umweltschutz zu gewährleisten bzw. die Fläche vor der Landwirtschaft zu schützen!

Ende Dezember 1998 beschloss der Brandenburger Landtag nach Antrag der PDS-Fraktion: «Der Landtag beauftragt die Landesregierung, von der Bundesregierung den Verzicht auf eine militärische Nutzung in der Kyritz-Wittstocker Heide einzufordern.»⁸ Doch es regte sich kaum etwas. Nach einem Vierteljahr kamen Antwortbriefe aus dem Verteidigungsministerium, dass der Bundestag 1993 über das Truppenübungsplatzkonzept abgestimmt habe und es ausserdem ein laufendes Verfahren gäbe, das abzuwarten sei. Keine Erwähnung von früheren Beschlüssen oder gar Versprechen. Als ob es keinen Regierungswechsel gegeben hätte.

Später hiess es, Scharping wolle den Ausgang der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) abwarten und dann seine politische Entscheidung treffen. Als das OVG Frankfurt/O. den Klagen im Frühjahr 1999 vollständig stattgab und die Bundeswehr zu Planungsverfahren verpflichtete, ging der Verteidigungsminister in die Beschwerde und erreichte die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht. Die Bürgerinitiative sammelt Spenden und Spenden, während das Verteidigungsministerium die Kosten der Prozesse locker aus dem Steuersäckel finanziert. Meinte Scharping das mit Politik der Erneuerung?

Anfang Juni 2000 wanderte die Bürgerinitiative vom Bombodrom zum Reichstag, um endlich wieder Gespräche mit Politikern zu führen. Im Gepäck war eine Mahnsäule, die Bundestagspräsident Thierse übergeben werden sollte. Nach vier Tagen Wanderung wurde uns kurz vor dem Reichstag mitgeteilt, der Bundestagspräsident habe keine Zeit. Der Fraktionsvorstand der SPD teilte uns ebenfalls bei dieser Gelegenheit mit, wir müssten verstehen, dass das Amt des Bundestagspräsidenten zur Neutralität verpflichtete. Wir hatten von Herrn Thierse

keine Entscheidung zum Bombodrom erwartet. Wir wollten nur ein Zeichen der politischen Kultur zwischen Souverän und Volk setzen und Herr Thierse bitten, auf politische Verlässlichkeit zu achten beziehungsweise sie zu fordern. Von SPD-Seite wurde stattdessen auf die Lastenverteilung, ein Argument der Vorgängerregierung, hingewiesen. Bündnis 90/Die Grünen verwiesen auf ein fraktionsübergreifendes Positionspapier, das beiden Fraktionsvorständen der Koalition vorgelegt werden sollte, betonten aber auch ihre geringe Einflussmöglichkeit. Die PDS regte eine aktuelle Stunde im Bundestag an, das Präsidium konnte allerdings keine Aktualität in der Frage um das Bombodrom erkennen. Die SPD-Sprecherin im Tourismusausschuss liess sich über die Problematik ausführlich informieren und sagte ihre Unterstützung zu. Konträr verlief das Gespräch mit dem Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium, Walter Kolbow. Er verwies auf den Beschluss des Bundestages von 1993. Da man bisher kein anderes Konzept habe, müsse man sich daranhalten. Ausserdem habe sich die politische Situation geändert, Deutschland brauche heute mehr Möglichkeiten für Bombenabwurfübungen als vor sechs, sieben Jahren wegen der internationalen Verpflichtungen. Der Prozess würde aus prinzipiellen Gründen weitergeführt, alle rechtlichen Möglichkeiten würden ausgeschöpft. Das Versprechen von Scharping sei mehr oder weniger wahltaktisch zu verstehen.

Als François Mitterrand 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt wurde, tat er nach einundzwanzig Tagen eigentlich etwas Normales, aber im Nachhinein doch Erstaunliches: Er erfüllte sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen, einen kleinen Militärplatz im südfranzösischen Larzac entgegen allen Plänen der Verteidigungspolitiker nicht auf grosse Dimensionen auszuweiten und damit unter anderem die Existenz vieler Landwirte zu ruinieren. Eine zehn Jahre währende Auseinandersetzung hatte am Ende zum Erfolg geführt.

Auch in Deutschland bestand Hoffnung auf ein gegebenes Versprechen. Nachdem bei der CDU/CSU-FDP-Regierung bald deutlich wurde, dass man ohne auf rechtsstaatliche Grundsätze zu achten und an der Bevölkerung vorbei zu handeln gedachte, gab es doch gewisse Erwartungen an die damalige Opposition, die durch vielerlei Äusse-



Wandern in der blühenden Heide, August 1999 Foto: Helmut Schönberg

rungen erhärtet wurden. Als dann die SPD 1998 die Regierung übernahm und Scharping auch noch Verteidigungsminister wurde, hätte man glauben können, wie in Frankreich, hier beweist sich Demokratie, Dinge sind zu ändern. Doch seit zwanzig Monaten redet der Verteidigungsminister nicht mehr mit der Bürgerinitiative, im Gegenteil, er ist jetzt der Klagegegner geworden, der die nächste Instanz forderte. Es regieren zwei Parteien, die beide Grundsatzbeschlüsse zur zivilen Nutzung der Heide in ihren Programmen haben, und nichts passiert. Die Demokratie erleidet dadurch grossen Schaden. Allen, die sagen, die da oben machen sowieso, was sie wollen, denen kann man nicht glauben, wird Vorschub geleistet.

Die viel beklagte Politikverdrossenheit, die in der Öffentlichkeit immer wieder festgestellt wird, kann einen bei solchen Vorgängen nicht mehr verwundern. Zumal, wenn auch noch wiederholt die Aussage von politischer Seite kommt, in ein laufendes rechtliches Verfahren möchte man sich nicht einmischen.

Trotzdem wird die Bürgerinitiative sich nicht von unglaubwürdigen Politikern entmutigen lassen. Wir werden weiterhin jede Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit den politischen Vertretern nutzen, denen dieses Problem ein ernstes Anliegen ist. Und wir werden weiterhin unser Recht wahrnehmen, mit demokratischen Mitteln Politik mitzugestalten, ja, wir verstehen es geradezu als unsere Pflicht.

Anmerkungen

- 1 Drucksache 1/1225 des Landtages Brandenburg September 1992
- 2 Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 30. Oktober 1992, mit Bezug dazu auch: Schreiben an Paul Breuer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Walter Kolbow, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, vom 3. November 1992
- 3 Sonderparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands November 1992, Bonn
- 4 Herbstsynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vom 4. bis 8. November 1992 in Berlin
- 5 Aus der Rede Rudolf Scharpings anlässlich der 22. Protestwanderung der FREIen HEIDE am 6. August 1994 in Gadow
- 6 Schreiben des Stellvertretenden Vorsitzenden des SPD und Fraktionsvorsitzenden des SPD im Bundestag, Rudolf Scharping, an die Bürgerinitiative vom 15. Oktober 1998
- 7 Schreiben von Manfred Opel (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages, vom 14. Dezember 1998 an die Bürgerinitiative
- 8 Beschluss des Brandenburger Landtages vom 18. Dezember 1998

Gemeinden wehren sich

Helmut Schönberg

Die Schiessplatzproblematik beschäftigt die hiesige Bevölkerung nun schon seit fünfzig Jahren und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Als die sowjetische Besatzungsmacht mit der Einrichtung eines Schiessplatzes begann, ahnten die Menschen dieser Region damals noch nicht, dass damit die Heide für sie auf lange Zeit abgeriegelt werden sollte.

Der Kalte Krieg und der beginnende Ost-West-Konflikt waren der Hintergrund für eine fortlaufende Landnahme durch die sowjetische Besatzungsmacht. In der Heide wurde für den Ernstfall geübt. Die Panzer zerwühlten den Boden und der Lärm der Artillerie und der Bomber, die tausendfach Bomben über das Zielgebiet der Heide entluden, bestimmte den Alltag. Zu Beginn der Achtzigerjahre wurden, als Antwort auf die Stationierung von Pershing-II-Raketen in Westdeutschland, SS-20-Raketen mit Atomsprenköpfen in die Heide gebracht. Und wieder brauchten die sowjetischen Militärs mehr Platz. Jetzt wurden sogar weite Teile mit Stacheldraht abgesperrt.

Die Heide war über die Zeit längst zu einem militärischen Faktum im Ost-West-Konflikt geworden. Die Interessen der hier lebenden Menschen blieben dabei auf der Strecke. Das System erlaubte keine Fragen und keinen Widerstand. Erst mit der Auflösung des Warschauer Vertrages und der Beseitigung des Ost-West-Gegensatzes keimte bei den Menschen wieder die Hoffnung auf eine friedliche Heide. Mit dem Vertrag zum Abzug der GUS im Jahre 1990 war das Ende der militärischen Nutzung in Sichtweite gerückt. Spontan bildeten sich Initiativen für eine zivile Nachnutzung: «Rettet den Dranser See» und «Zweckverband der Anliegergemeinden».

So wurde das Landschaftsschutzgebiet um den Dranser See von Militärmüll entrümpelt, Militärstellungen eingeebnet, Badestellen angelegt und die Wege um den Schiessplatz instand gesetzt. Die Gemeinde Schweinrich hat für Rekultivierungsarbeiten auf dem ehemaligen Schiessplatz im Bereich des Dranser Sees in den Jahren 1990 bis 1991 zirka fünfzigtausend DM aufgebracht. Weiterhin waren acht Bürger zwei Jahre lang in der ABM-Massnahme «Dranser See» tätig und wei-

tere zehn Bürger ein Jahr in der ABM-Massnahme «Schiessplatzwege». In diesen beiden Massnahmen wurden Werte in Höhe von zwei Millionen DM geschaffen. Im Jahre 1992 waren diese Aktivitäten deutlich sichtbar geworden: Badestelle bei Griebsee, Wanderweg um den Dranser See, Instandsetzung der Wege zwischen Zempow, Dranse, Schweinrich, Zootzen und Gadow.

Auf Veranstaltungen wurde über die zivile Nachnutzung diskutiert und Nutzungskonzepte entwickelt – Vertreter der Bundeswehr, der GUS-Streitkräfte und der Landesregierung Brandenburg machten uns Mut, für eine zivile Nachnutzung zu wirken. Die Bundeswehr erklärte im Jahre 1991 schriftlich – übrigens im Namen des damaligen Befehlshabers des Bundeswehrkommandos Ost und heutigen brandenburgischen Innenministers Jörg Schönbohm –, dass grundsätzlich keine ehemaligen sowjetischen Liegenschaften übernommen würden. Die Ankündigung im Juni 1992, den Platz doch zu übernehmen, stoppte unsere Planungen (siehe Dokument 4 im Anhang).

Es entwickelte sich eine friedliche Protestkultur, die mit dazu beigetragen hat, dass die militärische Nutzung bislang verhindert werden konnte. Auf über achtzig Protestveranstaltungen bekundeten ungefähr neunzigtausend Bürger ihren Willen gegen eine militärische Nutzung. Bürger beiderseits des ehemaligen Schiessplatzes begegneten sich wieder und wir lernten unsere schöne Umgebung auf den Wanderungen neu kennen. Es entstand ein regionales Wir-Gefühl, nach vierzigjähriger Trennung durch den russischen Übungsplatz hatten sich die Menschen wieder etwas zu sagen.

Der ehemalige Landkreis Wittstock reichte eine Klage gegen die militärische Nutzung beim Verwaltungsgericht Potsdam ein, die dann auf den späteren Landkreis Ostprignitz-Ruppin erweitert wurde. Weitere Gemeinden, eine Kirchengemeinde und Privatpersonen schlossen sich der Klage an. Obwohl das Verwaltungsgericht unsere Klage teilweise abgewiesen hatte, war ich dem Verwaltungsgericht für die deutlichen Aussagen dankbar.

Denn durch das Verwaltungsgericht wurde auch für Recht erkannt: «Es wird festgestellt, dass für die militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock durch die Beklagte (Bundeswehr) zu militäri-

schen Zwecken ein förmliches Planungsverfahren nach § 1 Abs. 2,3 des Landbeschaffungsgesetzes erforderlich ist. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.» In der Urteilsbegründung wurde weiter ausgeführt:

- Die Klägerin (Gemeinde Schweinrich) hat die massgeblichen Grundlagen geschaffen, um eigenverantwortlich von ihrer Planungshoheit Gebrauch zu machen.
- Das Rechtsverhältnis ist streitig, weil Klägerin und Beklagte den vorliegenden Lebenssachverhalt in rechtlich relevanter Weise abweichend würdigen.
- Die Beklagte ist nämlich nicht berechtigt, derzeit das streitbefangene Gelände auf den Gemarkungsflächen der Klägerin als Truppenübungsplatz zu militärischen Zwecken zu nutzen.
- Wegen der Nähe des unbeplanten Innenbereiches der Klägerin zum streitbefangenen Gelände sind aufgrund des Aufstellungsbeschlusses über den Flächennutzungsplan Standortzuweisungen im Rahmen der Bauleitplanung der Klägerin denkbar, die mit der Nutzung des streitbefangenen Geländes als Truppenübungsplatz unvereinbar sind.
- Das streitbefangene Gelände ist zu militärischen Zwecken nicht (mehr) gewidmet, denn mit der Übergabe durch die sowjetischen Truppen und die Übernahme der Bundesfinanzverwaltung ist die auflösebedingte Entwidmung eingetreten.
- Die Beklagte ist schliesslich nicht befugt, das streitbefangene Gelände aufgrund der Zustimmung des deutschen Bundestages zu dem Truppenübungsplatzkonzept des Bundesministers der Verteidigung militärisch zu nutzen.
- Abschliessend stellte das Verwaltungsgericht fest, dass die Unterhaltung einer funktionsfähigen militärischen Landesverteidigung durch das geforderte Planungsverfahren nicht gefährdet sei. Angesichts einer verkleinerten Bundeswehr stehe ausreichend Übungsgelände zur Verfügung.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schweinrich hat einstimmig entschieden, in die Berufung zu gehen, weil die mögliche Inbetriebnahme des Luft-Boden-Schiessplatzes einen in seinem Umfang noch nicht vorhersehbaren Eingriff in unseren Lebensraum darstellen wür-

de. Bislang treibt die Bundeswehr mit ihrem Schiessplatzkonzept ein Verwirrspiel. So erklärte der Platzkommandant im November 1995 den anwesenden Bürgermeistern das Schiessplatzkonzept mit Schiessbahnen für Panzer und Artillerie, während die Bundeswehr vor dem Verwaltungsgericht in Potsdam mitteilte, dass die Schiessbahnen für Panzer und Artillerie entfallen würden.

Zu den Flughöhen gibt es ebenfalls widersprüchliche Informationen. Bislang sollten die Flugzeuge nur auf dem ehemaligen Schiessplatzgelände unter hundert Meter fliegen. Mit dem Schreiben der Wehrbereichsverwaltung VII vom 19. September 1996 teilte die Bundeswehr mit, dass bereits ausserhalb des Übungsgeländes eine Flughöhe von derzeit sechzig Metern und in naher Zukunft auch dreissig Metern erreicht werden könne und damit die Windkraftanlagen abgelehnt würden. Der Gemeinde Schweinrich wurde mit Schreiben vom 5. Januar 1996 mitgeteilt, dass die weitere Wohnbebauung dreitausend Meter von der Schiessplatzgrenze zu planen wäre. Die tatsächlichen Gegebenheiten sehen jedoch so aus, dass sich die vorhandene Wohnbebauung zweihundert bis achthundert Meter vom ehemaligen Übungsplatz befindet. Diese Beispiele zeigen, dass genügend Konfliktstoff vorhanden ist, den es rechtlich zu klären gilt, auch im Hinblick auf unsere Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Am 24. März 1999 fand die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht für das Land Brandenburg in Frankfurt an der Oder statt. Es wurden die Klagen der Gemeinden Schweinrich und Rossow von den übrigen Klagen (Gemeinden Flecken Zechlin und Dorf Zechlin, der Kirchgemeinde Dorf Zechlin und der Einzelkläger) abgetrennt.

Das Oberverwaltungsgericht fällte folgendes Urteil:

«Auf die Berufung der Klägerin (Gemeinden Schweinrich und Rossow) wird das angefochtene Urteil geändert. Die Beklagte (Bundesrepublik Deutschland) wird verurteilt, eine Nutzung des Geländes des früheren Truppenübungsplatzes Wittstock auf dem Gemeindegebiet der Klägerin als Truppenübungsplatz oder Luft-Boden-Schiessplatz, einschliesslich einer dieser Nutzung dienenden Durchführung von Tiefflügen, zu unterlassen.

Die Berufung der Beklagten wird zurückgewiesen.

Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens beider Rechtszüge.»

Das Oberverwaltungsgericht begründete das Urteil folgendermassen: «Der Eingriff in die Planungshoheit der Klägerin durch die neuerliche Nutzung des Geländes als Truppenübungsplatz und Luft-Boden-Schiessplatz ist rechtswidrig, die Klägerin in ihrer Planungshoheit verletzt, weil es hierfür an der gemäss Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG erforderlichen gesetzlichen Grundlage fehlt.

Die Beklagte kann sich zur Rechtfertigung der militärischen Nutzung des streitgegenständlichen Geländes als Truppenübungsplatz und Luft-Boden-Schiessplatz nicht auf eine entsprechende Widmung dieser Flächen berufen.

Die Revision ist nicht zugelassen, weil keiner der in § 132 Abs. 2 VwGO genannten Gründe vorliegt.»

Für die Gemeinden, für die BI FREIE HEIDE und für alle Betroffenen war das Urteil ein grosser Erfolg, der in seiner Eindeutigkeit so nicht zu erwarten war.

Die Bundeswehr hat nun allerdings gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde eingelegt. Dem wurde vor dem Bundesverwaltungsgericht Berlin stattgegeben. Die Bundeswehr lehnt also weiterhin ein förmliches Planungsverfahren, wie es das OVG erneut festgestellt hatte, ab.

Somit kommen auf die Gemeinden, die in die Revision gezwungen wurden, wieder erhebliche Prozesskosten zu. Die Bundeswehr bezahlt ihre Prozesskosten aus Steuergeldern. Wir sind dagegen weiterhin auf die Solidarität vieler Menschen angewiesen. Wie heisst es doch so schön: Gemeinsam sind wir stark. An dieser Stelle möchte ich mich deshalb bei allen Mitstreitern für die bisherige finanzielle Unterstützung recht herzlich bedanken.

Professor Theodor Ebert prophezeite uns schon bei der ersten Protestaktion am 10. August 1992 in Schweinrich am Dranser See vor fünftausend Betroffenen: «Ihr habt einen langen Weg vor euch, dazu benötigt ihr einen langen Atem.» Es gibt gute Beispiele in der Geschichte, dass ein langer Atem zum Erfolg führte. Von 1971 bis 1981 leisteten südfranzösische Bauern in Larzac gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes erbitterten Widerstand. Der designierte franzö-

sische Präsident Mitterrand erklärte den Betroffenen, dass sie ihren Acker behalten könnten, wenn er die Regierungsgeschäfte übernehme. Er hat sein Versprechen gehalten.

Auch der Kanzlerkandidat der SPD, Rudolf Scharping, verkündete 1994 in Gadow: «... wenn die SPD die Regierung übernimmt, wird es diesen Schiessplatz nicht geben!» Inzwischen hat die SPD mit dem Bündnis 90/Die Grünen die Regierungsverantwortung übernommen. Jedoch kann sich der jetzige Verteidigungsminister und damalige Kanzlerkandidat Rudolf Scharping an sein Versprechen kaum mehr erinnern.

Wir werden jedoch die SPD an ihr Versprechen erinnern, solange die Schiessplatzpläne nicht vom Tisch sind. Die einfachen Bürger sind nicht so vergesslich wie mancher Politiker.



Ostermarsch 1999: die Kontur des Bombodroms wird nachgestellt

Foto: Archiv BI FREle HEIDe

Recht und Widerstand Die Prozesse gegen den Bombenabwurfplatz Wittstock

Reiner Geulen

Die erfolgreichen Prozesse gegen die Inbetriebnahme des Bombenabwurfplatzes Wittstock sind ein lehrreiches Beispiel für das erfolgreiche Zusammenwirken von rechtsstaatlichen Verfahren und zivilem Ungehorsam.

I.

Um die Bedeutung der Prozesse und der inzwischen erstrittenen Gerichtsurteile einschätzen zu können, ist es erforderlich, zunächst einen Blick auf die «Landnahmen» der Bundeswehr in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik zu werfen. Das sogenannte Landbeschaffungsgesetz, auf dessen Grundlage die Bundeswehr Truppenübungsplätze, Bombenabwurfplätze und ähnliches einrichtet, ist ein typisches Produkt der Adenauer-Zeit. Es stammt aus den Fünfzigerjahren, hat nur wenige Paragraphen und besagt nach seinem Wortlaut im Wesentlichen, dass die Bundeswehr für ihre Zwecke Land durch eine so genannte «Bezeichnung» beschaffen kann. Schon die Verfahrensweise belegt den obrigkeitsstaatlichen Gestus eines solchen Rechtsaktes: Die Bundeswehr muss gewissermassen nur mit dem Finger auf eine bestimmte Landschaft zeigen und kann sich so – praktisch ohne gerichtliche Kontrolle – das erforderliche Land in jeder beliebigen Größenordnung aneignen.

In der Praxis ist so seit den Fünfzigerjahren in der Altbundesrepublik auch verfahren worden. Eine gerichtliche Kontrollmöglichkeit konnte praktisch nicht wahrgenommen werden, zumal ein Teil der Landbeschaffungen – beispielsweise der Umnutzungen von Gelände der früheren Wehrmacht – auf der Grundlage des Nato-Truppenstatutes zugunsten der Alliierten der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde; das Nato-Truppenstatut sieht zwar vor, dass die jeweiligen Gastländer das nationale Recht achten müssen, doch war und ist eine Klage gegen das Gastland und sein Militär nicht möglich.

Nach dem Ende der Adenauer-Ära hat allerdings das Bundesverwal-

tungsgericht in den Achtzigerjahren in mehreren Grundsatzentscheidungen rechtsstaatliche Mindeststandards für das «Bezeichnungsverfahren» vorgeschrieben. Insbesondere Gemeinden hatten danach das Recht, gegen eine solche Bezeichnung, die im Ergebnis der Enteignung von ganzen Gemeindegebieten mit vielen Quadratkilometern gleichkommen konnte, zu klagen.

Letztlich erklärt diese Ausgangssituation, die im Grunde der Rechtslage seit dem 18. Jahrhundert entspricht, weshalb die Bundeswehr nach der Wende zu der Auffassung gelangen konnte, sie könne den Bombenabwurfplatz Wittstock genauso nutzen wie die sowjetische Armee, ohne hierbei gerichtlicher Kontrolle zu unterliegen. Dies sollte sich als ein schwer wiegender Fehler erweisen.

2.

Der Bombenabwurfplatz Wittstock wurde seit Anfang der Fünfzigerjahre durch die sowjetische Armee eingerichtet. Bis dahin bestand hier seit Jahrhunderten eine Natur- und Kulturlandschaft aus Wäldern, Heide und Äckern. Theodor Fontane hat diese Gegend intensiv bereist und in seinen «Wanderungen durch die Mark Brandenburg» ihre Schönheit beschrieben.

Die sowjetische Armee dehnte in den Jahrzehnten bis zur Wende den Bombenabwurfplatz sukzessive bis zu einer Grösse von 142 Quadratkilometern aus. Wälder wurden beseitigt, die Heide plattgewalzt, ein grösserer Teil des Areals wurde über Jahrzehnte hinweg fast täglich mit Bomben beworfen.

Die Bürger und Landwirte wurden auf Wunsch der sowjetischen Armee durch die Behörden der DDR enteignet. Die Akten zeigen, dass die Enteignungsverfahren letztlich nichts anderes als Scheinverfahren waren. Die Bürger wurden im Abstand von zehn Minuten zu den örtlichen Stellen vorgeladen und mussten ein Enteignungsdokument unterzeichnen. Die hierfür gezahlte Entschädigung war lächerlich gering. Wer die Unterschrift verweigerte – wie die Evangelische Kirche – wurde durch eine kurze schriftliche Mitteilung ohne gerichtliche Anfechtungsmöglichkeit zwangsenteignet.

Als nach der Wende die sowjetische Armee abzog, teilte die Bundeswehr den betroffenen Gemeinden mit, dass sie das Gelände nicht be-

nötige. Einzelne Orte – wie z.B. Schweinrich – begannen daraufhin, das Dorfgebiet, das die sowjetische Armee abgesperrt hatte, wieder herzurichten und insbesondere die Wege und Strassen auf dem Bombenabwurfplatz – teilweise mit öffentlichen Mitteln – wieder herzustellen.

Nun geschah in den Tagen vor Weihnachten 1993 etwas, das für Menschen mit rechtsstaatlichem und demokratischem Grundverständnis unbegreiflich ist. Ohne irgendjemanden anzuhören oder zu informieren, besetzte die Bundeswehr den früheren sowjetischen Bombenabwurfplatz und stellte im Grenzbereich Schilder auf, die das Betreten dieses «militärischen Sperrgebietes» unter Schusswaffenandrohung strikt verboten. Von den Gemeinden Schweinrich und Rossow zum Beispiel wurde mehr als die Hälfte des Gemeindegebiets einfach abgesperrt. Teilweise wurden – wie im Falle der Gemeinde Schweinrich – sogar Flächen abgesperrt, die nicht einmal die sowjetische Armee beansprucht hatte. Die Anwohner hatten nun genug von der militärischen Willkür, die sie seit Jahrzehnten belastete, und beschlossen, gegen die Bundeswehr vorzugehen.

3.

Als mich damals die Bürgerinitiative und der Landrat des betroffenen Kreises, Christian Gilde, baten, vor Ort über eine juristische Verhinderungsstrategie zu reden, hatte ich den Eindruck, dass die Betroffenen intuitiv erkannt hatten, dass man gegen ein solches militärisches Prestigeprojekt erfolgreich nur vorgehen kann, wenn man parallel beide Strategien einschlägt: Einerseits die Wahrnehmung aller rechtsstaatlichen und prozessualen Mittel, insbesondere die Führung eines Verwaltungsgerichtsprozesses, und andererseits die Praktizierung des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstandes.

Dies ist nun seit acht Jahren der Kernkonflikt in der Region zwischen Rheinsberg und Neuruppin: Auf der einen Seite die Bundeswehr mit ihrem Standpunkt, die ganze Region und die Interessen der Menschen ignorieren zu dürfen, und zum anderen die betroffenen Bürger mit ihrer Strategie des juristischen und politischen Widerstandes.

4.

Wir haben dann alsbald vor dem Verwaltungsgericht Potsdam Klage erhoben, und zwar aus juristischen Gründen vor allem für die betroffenen Gemeinden sowie auch für einzelne Bürger, die unmittelbar in den An- bzw. Abflugschneisen leben.

Gleichzeitig haben wir nach dem Vermögenszuordnungsgesetz formell beantragt, dass die seinerzeit enteigneten Grundstücke – es handelt sich teilweise um die Wege und Strassen, die bereits wieder hergerichtet worden waren – den Gemeinden zurückübertragen werden.

Zu unser aller Überraschung verfügte dann die Oberfinanzdirektion Cottbus tatsächlich die Rückübertragung dieser Grundstücke an die Gemeinden. Dies war deswegen verwunderlich, weil die Oberfinanzdirektion Cottbus im Auftrage des Bundes tätig wird, der Bund aber auch gleichzeitig den Bombenabwurfplatz betreiben will. Es gehört mit zu den interessanten Aspekten dieses Konfliktes, dass der Bund anscheinend gar nicht realisierte, dass er den Gemeinden durch diese Rückübertragung eine starke Rechtsposition verschaffte, die schliesslich eine weitere Grundlage des Anspruches auf Verhinderung des Bombenabwurfplatzes wurde.

Das Verwaltungsgericht Potsdam hat dann über die Klage der Betroffenen mehrfach verhandelt und ihnen schliesslich in seinem abschliessenden Urteil weitgehend Recht gegeben.

Dieses Urteil und bereits der vorhergehende Prozess bewirkten zudem, dass die Bundeswehr den Bombenabwurfplatz praktisch nicht nutzen konnte. Es finden sich auf den 142 Quadratkilometern schon seit Jahren nur eine Handvoll Militärs. Im Übrigen hat die Bundeswehr lediglich Wert darauf gelegt, gelegentliche symbolische Aktionen zu veranstalten, wie zum Beispiel vereinzelte Tiefflüge oder kleinere militärische Übungen.

5.

Nach den Urteilen des Verwaltungsgerichts gab die Bundeswehr ihren Standpunkt aber nicht auf, sondern legte Berufung zum Oberverwaltungsgericht in Frankfurt/Oder ein. Dieses Berufungsverfahren war deshalb von grundsätzlicher Bedeutung, weil das Oberverwaltungsgericht gleichzeitig die letzte Tatsacheninstanz ist, so dass der Ausgang

dieses Berufungsverfahren für beide Parteien von grundlegender Bedeutung war.

Die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht am 24. März 1999 war für alle Beteiligten ein denkwürdiges Erlebnis. Die Bundeswehr hatte wieder eine Vielzahl von einfachen Rekruten abgestellt, die im Zuhörerraum Platz nahmen. Die Region war so stark vertreten, dass ein Teil der Zuschauer nicht mehr in den Saal passte. Bei Beginn der Verhandlung, die durch umfangreiche Schriftsätze vorbereitet worden war, zeigte sich, dass das Oberverwaltungsgericht noch weit über die erste Instanz hinausging und den Standpunkt der Kläger in allen wesentlichen Punkten teilte. So fielen dann auch die Urteile aus: Die Bundeswehr wurde verurteilt, die Nutzung des Bombenabwurfplatzes zu unterlassen, mit der praktischen Konsequenz, dass sie den gesamten Platz räumen muss.



**7. Dezember 1995, erster Verhandlungstermin beim Potsdamer Verwaltungsgericht.
Mitte: Dr. Reiner Genien, rechts: Landrat Gilde Foto: Carola Martin**

6.

Man kann die Urteile des Oberverwaltungsgerichts vom 24. März 1999 als Meilenstein in der Geschichte des rechtsstaatlichen Umgangs mit dem Militär nicht nur im Nach-Wende-Deutschland, sondern in der gesamten Nachkriegsgeschichte der Altbundesrepublik bezeichnen. Das Oberverwaltungsgericht stellt nicht nur fest, dass die militärische Nutzung des Bombenabwurfplatzes durch die Bundeswehr ohne rechtliche Grundlage erfolgt; es wird ausdrücklich zusätzlich gerügt, dass die betroffenen Bürger und insbesondere die Gemeinden nicht angehört wurden und dass ihre Interessen bei der Landnahme durch die Bundeswehr gar nicht zur Kenntnis genommen und – wie es juristisch heisst – abgewogen wurden. Ausdrücklich bestätigt das Oberverwaltungsgericht auch den von uns seit jeher vertretenen Standpunkt, dass für die von der Bundeswehr geplante militärische Nutzung gar keine gesetzliche Grundlage existiert. Es fehlt also nicht nur ein förmliches Verfahren, sondern überhaupt ein Gesetz, auf das sich die Bundeswehr stützen könnte. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung sind die Urteile inzwischen mehrfach veröffentlicht worden.

7.

Die Bundeswehr hat nunmehr Revision zum Bundesverwaltungsgericht eingelegt; dessen Entscheidung wird abzuwarten sein. Die Kläger haben aber allen Grund zur Zuversicht, denn das Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder argumentiert explizit auf der Grundlage der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Rechtsstreit zur Revisionsentscheidung auch nicht deshalb zugelassen, weil es gegen die Urteile des Oberverwaltungsgerichts Bedenken hätte, sondern weil es die «grundsätzliche Bedeutung» des Rechtsstreits anerkannt hat.

Unsere Zuversicht gründet sich noch auf ein weiteres starkes Argument. Die militärische Nutzung des Bombenabwurfplatzes wäre nicht nur rechtswidrig und gesetzlos; sie würde darüber hinaus Verfassungsgrundrechte der Bürger und Gemeinden verletzen. Das Grundgesetz räumt den Gemeinden (Städten) eine Selbstverwaltungsgarantie ein, die die Gestaltung wesentlicher kommunaler Angelegenheiten umfasst, insbesondere die so genannte Bauleitplanung. Darüber hinaus ist

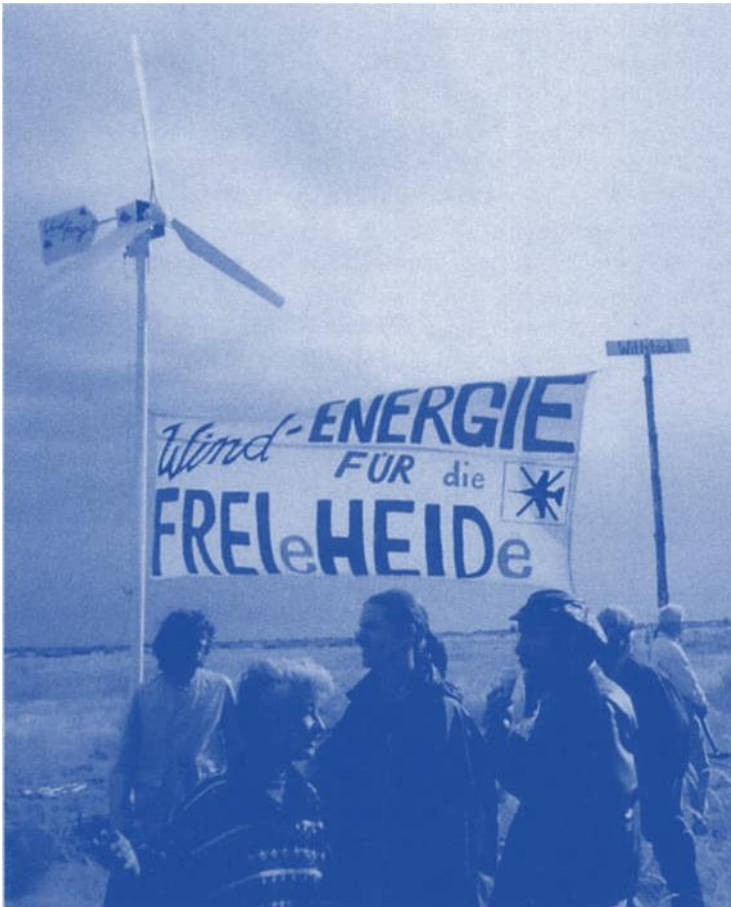
auch das Eigentum der Gemeinden verfassungsrechtlich geschützt. Beides wird – im Falle der im Revisionsverfahren vorgezogenen klagenden Gemeinden Schweinrich und Rossow – in hohem Masse betroffen, weil beiden Gemeinden über die Hälfte ihres Gebietes weggenommen werden soll.

Die Bürger sind insbesondere in ihrem Grundrecht auf Gesundheit («körperliche Unversehrtheit») aus Artikel 2 des Grundgesetzes betroffen. Während der Gerichtsverfahren wurde deutlich, dass sich die Bundeswehr hinsichtlich der Tiefflüge nicht festlegen will. Die Pläne der Bundeswehr gehen dahin, dass ausserhalb des eigentlichen Bombenabwurfplatzes in den betroffenen Gemeinden sogar die Flughöhe von dreihundert Metern unterschritten wird. Auch zur Zahl der Flüge wollte sich die Bundeswehr ebenso wenig festlegen wie zur Frage eines Nachtflugverbotes. Die Perspektive für die Betroffenen wäre bei einer Inbetriebnahme des Bombenabwurfplatzes katastrophal, da teilweise mit über hundert Flügen täglich in geringer Höhe – möglicherweise auch bei Nacht – zu rechnen wäre.

Obwohl wir mithin für das Revisionsverfahren zuversichtlich sind, sind wir darauf eingerichtet, die durch die Bundeswehr bewirkten Verletzungen von Verfassungsgrundrechten notfalls auch vor den Verfassungsgerichten des Landes Brandenburg beziehungsweise des Bundes (in Karlsruhe) geltend zu machen.

Bei allen juristischen Erfolgen ist aber nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass der ungebrochene gewaltfreie Widerstand der Region seit acht Jahren das stärkste Faustpfand zur Verhinderung des Bombenabwurfplatzes ist.

Möglichkeiten der zivilen Nutzung



27. August 1995, Windklangspiel mit Konzertaktion der Gruppe Lebenslaute
Foto: Christian Wenger-Rosenau

Die Botschaft der Heide ist die Heide Zur Konversion des ehemaligen Bombodroms

Roland Vogt

Ende Juni 1992 überraschte der Bundesminister der Verteidigung die Landesregierung Brandenburg, die Landkreise Wittstock und Neuruppin sowie die Gemeinden rund um das militärische Sperrgebiet in der Kyritz-Ruppiner Heide mit der erklärten Absicht, das damals noch von den sowjetischen Streitkräften in Anspruch genommene «Bombodrom»-Gelände in einen deutschen Bombenabwurfplatz zu verwandeln.

Die erste Reaktion beim damaligen Bevollmächtigten des Ministerpräsidenten für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte und Konversion, Dr. Helmut Domke, und seinen Mitarbeitern war ungläubiges Staunen über den Sinneswandel in der Bonner Hardthöhe, aber auch eine gewisse Verlegenheit, eine derartige Botschaft den leidgeprüften Menschen rund um das Bombodrom erklären zu müssen. Hatten doch die brandenburgische Landesregierung und die gebietszuständigen Landräte auf die Versicherungen des Bundeswehrkommandos Ost vom 2. Februar 1991 vertraut, die Bundeswehr strebe grundsätzlich keine Übernahme von sowjetischen Liegenschaften an. Da diese Auskunft ausdrücklich auf eine Anfrage des Landrats des damaligen «Altkreises» Wittstock über deutsche Stationierungspläne gegeben worden war, durfte sie in der Region als «Entwarnung» dahingehend verstanden werden, die Bundeswehr habe definitiv kein Interesse an einer militärischen Nachnutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.

Das Vertrauen, sich auf diese Auskunft der neuen «Obrigkeit» verlassen zu dürfen, wurde bei Anfragen aus der Region auch von der Landesregierung gestärkt, so dass im Nahbereich des ehemaligen Bombodroms eine Reihe von Projekten und Konzepten zur zivilen Nachnutzung des Geländes entwickelt wurden. Hierzu gehörte unter anderem eine «Planungs- und Konzeptstudie zur künftigen Nutzung des ehemaligen sowjetischen Truppenübungsplatzes im Nordabschnitt der Ruppiner-Wittstocker Heide im Bereich Freizeit und Tourismus (Projekt Freizeitpark)» aus dem Jahre 1992. Diese Projektidee ist seiner-

zeit von einem Hamburger Planungsbüro für den Zweckverband Ruppiner-Heide entwickelt worden, konnte aber nach Bekanntwerden der Bundeswehrpläne nicht weiterverfolgt werden.

Auch Privatleute aus der Region haben im Vertrauen auf das sich abzeichnende Ende der militärischen Übungstätigkeit erhebliche Investitionen vorgenommen. In einem Fall hatte sich eine Familie in der Größenordnung einer Million DM, zum Teil durch Privatbürgschaften abgesichert, verschuldet, um die Modernisierung eines ehemaligen Betriebsferiengeländes zu finanzieren. Drei grössere tourismusbezogene Wirtschaftsprojekte (Freizeitpark Flecken Zechlin, Golfhotel Seweko und «Danbau», ein Ferienobjekt skandinavischer Anbieter) wurden ebenfalls in ihrer Chance verwirklicht werden zu können gehemmt, als die Pläne der Bundeswehr, in der Nähe wieder Bombenabwurf zu üben, bekannt wurden. In den darauffolgenden öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Bundeswehr und der sich formierenden zivilen Gegenkräfte aus der Region kam es sehr bald zu einem Schlagabtausch über die grösseren wirtschaftlichen Effekte der militärischen Nutzung einerseits und der zivilen Umgestaltung des Bombodroms andererseits. Dabei rückte angesichts der über dem Landesdurchschnitt liegenden besonders hohen Arbeitslosenzahl in der Region die Frage in den Mittelpunkt, ob die militärische oder zivile Variante mehr Arbeitsplätze anzubieten habe.

Für die Errichtung des Luft-Boden-Übungsplatzes und einer Luftwaffengarnison rechnete das Bundesverteidigungsministerium 1995 mit einem Gesamtkostenaufwand von 465 Millionen DM. Im Zusammenhang mit der damals in Aussicht gestellten Stationierung von elfhundert Soldaten versprach die Bundeswehrführung im selben Jahr in Zusammenarbeit zu einem Bericht der Landesregierung an den Landtag zivile Arbeitsplätze für zirka zweihundertfünfzig Personen.

Die Befürworter der zivilen Nachnutzung (Konversion) hatten es demgegenüber schwer, mit konkreten Zahlen Überzeugungsarbeit leisten zu können. Das lag einmal daran, dass im Ruppiner Land, das als Erholungsgebiet durch Seen, Heide und Waldlandschaft besonders attraktiv ist, zum damaligen Zeitpunkt die Fremdenverkehrswirtschaft erst im Aufbau begriffen war und die damit verbundenen Erfolgsszah-

len schwankten. Die Entwicklung der Übernachtungen im Fremdenverkehr verlief 1993/94 (im inzwischen gebildeten) «Grosskreis» Ostprignitz-Ruppin noch langsamer als im Landesdurchschnitt – mittlerweile hat der Landkreis gegenüber dem Landesdurchschnitt allerdings deutlich aufgeholt (durchschnittliche Auslastung aller für Fremdenverkehr angebotenen Betten/Schlafgelegenheiten 1999 in Brandenburg insgesamt 28 Prozent, in Ostprignitz-Ruppin 28,6 Prozent). Zum anderen war es ja gerade der Sinneswandel der militärischen Seite, das Bombenabwerfen in der Region wieder aufnehmen zu wollen, der das bis dahin günstige Klima für Investitionen und Entwicklung zu beeinträchtigen drohte.

Die Zielgruppe, die in diese Region kommt, sucht Natur und Ruhe zur Entspannung und Erholung. Die Gegner einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide mussten von einem Luft-Boden-Schiessplatz befürchten, dass der mit dem Anflug auf das Zielgebiet verbundene Fluglärm sowohl den erreichten Standard als auch den Ausbau des Tourismusgewerbes beeinträchtigen würde.

Die Bundeswehr versucht zwar unentwegt, die Bedenken der Gegner eines Bombenabwurfplatzes zu zerstreuen, indem sie unter anderem auf die Erfahrungen mit der Koexistenz zwischen Tourismus und militärischem Üben in der Lüneburger Heide hinweist. Dieses Argumentationsmuster kann bei näherem Hinsehen jedoch nicht überzeugen: Zum einen handelt es sich bei den Nato-Übungsgebieten in der Lüneburger Heide (Munster-Nord, Munster-Süd, Bergen-Hohne) um Heeresübungsplätze, die durch militärische Tiefflieger und Hubschrauber bei Weitem nicht so häufig angefliegen werden wie ein Luft-Boden-Schiessplatz. Zum anderen befinden sich die relevanten Erholungsgebiete Heidepark-Soltau und die eigentliche Lüneburger Heide bei Wildsede in einer wesentlich grösseren Entfernung zu den nächstgelegenen Übungsflächen (neun beziehungsweise fünfzehn Kilometer Luftlinie) als die sensiblen Erholungsgebiete in unmittelbarer Nähe des militärischen Sperrgebietes, das die Bundeswehr als Bombenabwurfplatz nutzen will.

Trotz der «an sich» logischen Argumentationskette, die den Bombenabwurfgegnern zur Verfügung stand, gerieten sie, beziehungsweise ei-

nige ihrer Berater anfangs in Gefahr, durch die schiere Geldmenge und die konkreten Arbeitsplatzzahlen, die die Bundeswehr in die «Schlacht» werfen konnte, so in die Defensive gedrängt zu werden, dass sie ihrerseits meinten, mit grossen Zahlen und Projekten kontern zu müssen. So wurde von interessierter Seite der Vorschlag gemacht, für den Freizeitpark, der ja nun wegen der Bundeswehrpläne nicht auf dem militärischen Sperrgelände entstehen könne, einen Alternativstandort in der Region zu suchen. Dass solche Ideen nicht weiterverfolgt wurden, hing unter anderem mit der wachsenden Kompetenz und dem zunehmenden Selbstbewusstsein zusammen, das die zivilen Akteure in der Region mit der Zeit erlangten. Dabei übernahm die inzwischen gebildete Bürgerinitiative FREIE HEIDE die Rolle des Katalysators.

Wie schon zuvor in anderen Regionen mit vergleichbaren Konfliktkonstellationen, zum Beispiel 1973/74 in der südfranzösischen Region Larzac, wo die Nationalregierung einen Truppenübungsplatz erheblich ausdehnen wollte, oder ab 1974/75 am Kaiserstuhl, wo ein Atomkraftwerk bei Wyhl geplant war, baute sich nun um das Bundeswehrprojekt «Bombenabwurfplatz bei Wittstock» ein langanhaltender Volkswiderstand auf, der in erstaunlichem Tempo Lernprozesse in Gang setzte und beschleunigte.

Einen gewissen Beitrag konnte auch das in der Zwischenzeit im Land Brandenburg verfügbare Konversionswissen leisten: In diesem Bundesland, auf dessen Territorium noch 1989 eine Fläche von der Grösse des Saarlandes militärisch in Anspruch genommen worden war, ist inzwischen ein Wissen und Können («Know How») gewachsen, wie der Prozess der zivilen Umgestaltung auch unter schwierigen Rahmenbedingungen Schritt für Schritt bewältigt werden kann.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist, dass man nicht unbedingt auf den grossen Investor warten muss, um mit der zivilen Umwandlung zu beginnen, und dass Grossprojekte bzw. Mammutstrukturen, die gescheitert oder zusammengebrochen sind, nicht notwendig durch gleich grosse Projekte oder Strukturen zu ersetzen sind.

Heute käme niemand in Brandenburg mehr auf die Idee, ausgerechnet

auf einer durch langjähriges militärisches Üben stark mit Munition und sonstigen Schadstoffen belasteten Liegenschaft einen Freizeitpark zu errichten.

Beispiel Döberitzer Heide

In einem Parallellfall zur Kyritz-Ruppiner Heide, dem mit Mitteln des KONVER-Programms der Europäischen Union zivil umgestalteten ehemaligen Truppenübungsplatz Döberitzer Heide, konnten Erfahrungen gesammelt werden, die, wenn es denn zur Konversion des ehemaligen Bombenabwurfplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide kommt, durchaus übertragbar sind. Wie jeder Vergleich hinkt natürlich auch dieser in mancherlei Hinsicht; die Döberitzer Heide, vor den Toren Potsdams und Berlins gelegen, war kein Bombenabwurfplatz. Sie erlebte aber in einer noch auf den «Alten Fritz» zurückgehenden durchgängigen militärischen Nutzung Übungen unterschiedlicher Armeen und Waffengattungen, die 1992 mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte endeten.

Das Gelände hat eine Fläche von zirka fünftausend Hektar. Die Bundeswehr nutzt gegenwärtig zirka 841 Hektar als Standortübungsplatz einer in Berlin-Spandau gelegenen Kaserne. Auf dem übrigen Gelände wurden 1997 etwa 3'415 Hektar als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Eigentümer ist, wie bei den meisten noch nicht veräußerten, ehemals von den sowjetischen Streitkräften in Brandenburg genutzten Grossliegenschaften, das Land Brandenburg. Die Brandenburgische Boden, eine GmbH, verwaltet das Gelände treuhänderisch für das Land und hat die Landschaftspflegearbeit im Einvernehmen mit dem Umwelt-schutzministerium (heute Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung) in die Hände des Naturschutzfördervereins Döberitzer Heide gelegt. Dieser Naturschutzförderverein sorgt dafür, dass die Heide dort, wo dies erwünscht ist, Heide bleibt. Das geschieht dadurch, dass dort zwei Schafherden weiden. Denn überall, wo eine intensive Beweidung ausbleibt und der Bewuchs nicht auf andere Weise gehemmt wird (zum Beispiel durch Abbrand, der bei militärischen Schiessübungen an der Tagesordnung wäre), kann Heideland-schaft im Wege natürlicher Sukzession durch Verbuschung und Verwaldung verdrängt werden. Ehemalige Truppenübungsplätze wie die

Döberitzer Heide verfügen in Fauna und Flora über einen Artenreichtum, wie er sonst im dichtbesiedelten Mitteleuropa kaum noch vorkommt.

Das Förderkonzept des Landes Brandenburg, das die KONVER-Mittel der EU ausreicht und kofinanziert, hatte und hat zum Ziel, den Naturschatz der Döberitzer Heide möglichst vielen Besuchern zugänglich zu machen, ohne ihn zu zerstören. Potentielle Besucher sind nicht allein die Anwohner der umliegenden Dörfer, der benachbarten Städte Potsdam und Berlin, sondern auch die künftigen Bewohner zweier auf ehemaligen Militärliegenschaften neu entstehenden Grosssiedlungen, nämlich das bereits im Bau befindliche Neu-Döberitz als Ortsteil der Gemeinde Dallgow und das ehemalige Olympische Dorf, das ursprünglich für die Olympiade 1936 errichtet, später aber von der Reichswehr und nach 1945 von den sowjetischen Streitkräften militärisch genutzt worden war.

Um für diese zahlreichen künftigen Nachbarn und für die heute schon Erholung suchenden Mitmenschen aus nah und fern den Naturschatz, der unter anderem aus Heidelandschaft besteht, zugänglich und erlebbar zu machen, ist vom Land Brandenburg auf Antrag des Landkreises Havelland der Bau eines Wanderwegenetzes bewilligt worden. In der Endausbaustufe handelt es sich dabei um zirka zweiundzwanzig Kilometer Wanderwege. Um sie anlegen zu können, musste der Boden bis zu einer Tiefe von sechs Metern und in einer Breite von bis zu 38 Metern von Munition und allerlei sonstigem Abfall beräumt werden. Wanderer oder auch Fahrradfahrer werden auf den überwiegend auf alten Trassen geebneten Wegen mit Hilfe von aus Holz gefertigten Barrieren geführt und durch informative Schilder auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihnen aus den militärischen Hinterlassenschaften erwachsen, wenn sie die von Munition beräumten Wege und Seitenstreifen verlassen. Es gibt natürlich nicht nur diese fürsorglich gemeinten Warnungen, sondern auch Ruhebänke, überdachte Unterstände, erhabene Aussichtsplattformen, von denen man beispielsweise bei guter Sicht entlang eines tief nach Berlin hineinreichenden Grünzugs bis zum «Stern» mit der Siegestsäule blicken kann. Je nach Jahreszeit kann man sich an der Ginsterblüte oder der Calluna-Heide satt-

sehen. Ich habe mir dieses Erlebnis einige Male gegönnt und kann nur weitergeben, dass es sich dabei um eine einzigartige Erfahrung handelt, die man den an exotischen Erlebnissen orientierten Mitteleuropäern vielleicht am ehesten schmackhaft machen kann, wenn man sie mit den ausgedehnten Lavendelfeldern, die einen in südlichen Gefilden überwältigen können, vergleicht.

Auf die Kyritz-Ruppiner Heide bezogen, würde dies bedeuten, dafür Sorge zu tragen, dass auch dort die Heidelandschaft erhalten bleibt. Das würde der Bundeswehr jetzt schon abverlangen, dass sie auf weiten Teilen des ehemaligen Truppenübungsplatzes, den sie zur Zeit verwahrt und gegen jede Öffentlichkeit, die nicht Uniform trägt, verteidigt, die natürliche Sukzession unterdrückt – warum nicht durch friedlich weidende Schafherden? Es hätte weiter zur Voraussetzung, dass sich im Tauziehen zwischen militärischer und ziviler Nachnutzung die zivile Variante durchsetzt. Wenn dies gelänge, würde das Gelände zunächst ins Allgemeine Grundvermögen des Bundes überführt, müsste dann aber nach einem 1994 zwischen dem Land Brandenburg und der Bundesregierung geschlossenen Verwaltungsabkommen in das Sondervermögen des Landes Brandenburg abgegeben werden (was möglicherweise, weil die Nutzung durch die Bundeswehr zwischengeschaltet war, vom Bund anders gesehen wird – aber meines Erachtens spricht Paragraph 2 des fraglichen Verwaltungsabkommens eindeutig für die Übertragung an das Land Brandenburg). Von da an sind verschiedene Nachnutzungsvarianten vorstellbar.

Die erste Massnahme nach Aufgabe der militärischen Nachnutzungspläne müsste sein, den Charakter als Sperrriegel zu beseitigen, den die Gesamtfläche zur Zeit zum Nachteil der Entwicklung im Kreis Ostprignitz-Ruppin darstellt. Wenn die Frage der naturverträglichen Passierbarkeit – insbesondere über die vom letzten sowjetischen Kommandeur bereits freigegebene Verbindungsstrasse zwischen Schweinrich und Flecken Zechlin – geklärt ist, könnte ein Teil des ehemaligen Übungsplatzes ähnlich wie in der Döberitzer Heide zum Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Bereits jetzt ist das Gebiet des «Truppenübungsplatzes (TÜP) Wittstock» im Landesentwicklungsplan als «Vorranggebiet Natur und Landschaft» eingestuft. Darüber hinaus

liegt der Truppenübungsplatz im «Suchraum» der vom Förderverein «Naturlandschaft Stechlin und Menzer Heide» ausgearbeiteten Konzeption Naturpark «Stechlin-Ruppiner Land».

Die Gesamtfläche des heute von der Bundeswehr verwahrten 12.918,18 Hektar grossen Geländes lässt sich etwa in folgende Vegetationsbestände unterteilen:

ca. 6.000 ha	Wälder und Vorwälder
ca. 3.000 ha	Calluna-Heiden
ca. 1.500 ha	Sandoffenstellen
ca. 1.000 ha	Sandtrockenrasen
ca. 500 ha	Sarothamnus (Besenginster)-Heiden
ca. 200 ha	mesophiles Grünland
ca. 250 ha	Feuchtgrasland
ca. 150 ha	Feuchtgebiete.

Hinzu kommen noch zirka vierhundert Hektar bebaute Fläche. Nach Übertragung des Truppenübungsplatzes auf das Land könnten von der Landesforstverwaltung umfangreiche forstwirtschaftliche Massnahmen eingeleitet werden. Solange eine flächendeckende Entmunitionierung nicht finanzierbar ist, könnte der besonders belastete Teil des eigentlichen Kerngebietes des Bombenabwurfplatzes über Streusaat per Hubschrauber gefahrlos bewaldet werden, müsste dann aber im Interesse des Publikums mit Absperrmassnahmen beziehungsweise einem strikten Betretungsverbot belegt werden.

Für die übrigen Flächen müsste nach naturverträglichen, untereinander vereinbarten Nutzungen gesucht werden. Dabei darf den Anliegergemeinden, die die Planungshoheit haben, nicht vorgegriffen werden. Es empfiehlt sich allerdings für sie, möglichst zusammen mit dem Kreis einen Zweckverband zur Konversion des ehemaligen Truppenübungsplatzes «Wittstock» zu bilden. Dieser kann auf eine Fülle bisher schon entwickelter Ideen zurückgreifen, von dem meiner Meinung nach mit vielen anderen Nutzungszielen vereinbarten Windenergiepark bis hin zu dem vom Grundstudienprojekt des Fachbereiches 07 der Technischen Universität Berlin 1994/95 unter der Anleitung von Knut Krusewitz erarbeiteten Katalog von Alternativen. Vorstellbar ist auch,

dass die konzeptionelle Konversionsarbeit zu gegebener Zeit durch einen von der Landesregierung geförderten Ideenwettbewerb eingeleitet wird, eine Methode, die sich an anderen Standorten bereits bewährt hat.

Wie ein Beispiel aus Niedersachsen zeigt, ist es durchaus möglich, mit konversionsbezogener Datenerfassung zu beginnen, während die Bundeswehr einen Truppenübungsplatz für ihre Zwecke in Anspruch nimmt. In einem von der Volkswagenstiftung geförderten Projekt «Konversionsbedingungen des Truppenübungsplatzes Bergen» ist dort in zweijähriger Arbeit eine umfangreiche, auch für andere Truppenübungsplätze lehrreiche Bestandsaufnahme entstanden (Holger Fiegenbaum, Jürgen Hermann Voss, «Ökologische Bestandsaufnahme des Truppenübungsplatzes Bergen», Münster 1996, Lit-Verlag).

Wenn etwas Ähnliches im Fall des Truppenübungsplatzes Kyritz-Ruppiner Heide versucht werden sollte, müsste dafür – wie beim Truppenübungsplatz Bergen – eine private (Stiftungs-)Finanzierung gesucht werden, weil es eher unwahrscheinlich ist, dass staatliche Fördermittel ausgereicht werden, solange ein Gelände nicht «struktursicher» im Sinne der Konversion ist.

Mein Favorit für die künftige Konversion der Kyritz-Ruppiner Heide ist allerdings die touristische Nutzung des Potentials als Heidelandchaft.

Die Botschaft der Heide ...

Im Spätsommer 1993 habe ich mit Mitstreitern der FREIen HEIDE einen Teil des Geländes durchwandert und dabei hat sich mir, inmitten eines Meeres von blühender Heide, das Konversionsziel Nummer eins für diese Landschaft geradezu aufgedrängt: Die Botschaft der Heide ist die Heide.

Wer aus der Naturausstattung der Kyritz-Ruppiner Heide ein auch wirtschaftlich erfolgreiches Konzept ableiten will, muss die Heide «vermarkten». Das heisst, sie muss zugänglich, erlebbar gemacht und mit einer «Legende», also mit einer Geschichte verbunden werden, die Phantasie entzündet und die Sehnsucht der Menschen weckt, von denen wir wollen, dass sie zu zahlenden Gästen werden.

Nur in dieser Beziehung folge ich dem Hinweis der militärischen Seite

auf die Lüneburger Heide. Sie ist populär geworden durch das Hermann-Löns-Lied, beziehungsweise – in den Fünfzigerjahren – durch verschiedene Heimatfilme zur Lüneburger Heide. Gewiss, man sollte nicht alles nachahmen und schon gar nicht nachspielen wollen. Aber was die Legende angeht, so sind wir mitten drin. Die Legende der Kyritz-Ruppiner Heide wird zur Zeit von der Bürgerinitiative FREIE HEIDE geschrieben und – vielleicht – ist das «Buch der FREIen HEIDE» bereits das Schlusskapitel einer Erfolgsstory, die dieser Seen- und waldreichen Kulturlandschaft noch ein Highlight hinzufügt: die dann wirklich zugängliche, erlebbare freie Heide.



Foto: Rainer Kühn

Tiefflug und Bomben für die regionale Wirtschaft? Positionen und Konzepte der Unternehmerinitiative PRO HEIDE

Carola Wöhlke

Nur achtzig Kilometer nördlich von Berlin, im Südwesten des Feriengebietes Mecklenburgische Seenplatte befindet sich der geplante «Luft-Boden-Schiessplatz Wittstock». Das 142 Quadratkilometer umfassende Gelände liegt inmitten der einzigartigen Ruppiner Landschaft, geprägt durch Wälder und ausgedehnte Gewässer, Heidelandchaft, abwechslungsreiche Wiesen und Ackerflächen sowie kulturhistorisch bedeutende Städte und ursprüngliche Dörfer. Ein Feriengebiet, das sich unter Wasser- und Reitsportlern, Wanderern und Radwanderern, sowie Kulturinteressierten und Menschen, die «einfach mal abschalten wollen», zunehmend herumspricht und zu einem Geheimtip entwickelt hat.

Gleichzeitig resultierten auch in dieser Region aus den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Neunzigerjahre dramatische Umstrukturierungen in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, die mit Arbeitslosenquoten von fünfundzwanzig Prozent einhergingen. Auch in den Jahren 1998 und 1999 lag die Arbeitslosigkeit im Kreis Ostprignitz-Ruppin noch bei knapp zwanzig Prozent.

Aus diesem Grund wird der Frage der wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale eine zentrale Bedeutung beigemessen. In der strukturschwachen Region erscheint eine vorrangige Industrieansiedlungspolitik wenig erfolgversprechend. Es hat sich daher ein breiter gesellschaftlicher Konsens gebildet, der der Förderung des Tourismus eine bedeutende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Region einräumt. Dabei ist nicht nur an den Ausbau des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes gedacht. Tourismus wird vielmehr als Motor zur Ansiedlung weiterer mittelständischer Unternehmen in Bereichen wie regionaltypische Produktentwicklung und Vermarktung, Handwerk, Dienstleistung sowie Umwelt- und Informationstechnologien angesehen.

Da sich auch die Bundeswehr dieser regionalen Entwicklungsperspektive nicht vollständig verschliessen kann, versucht sie die Einrichtung

eines Luft-Boden-Schiessplatzes in diesem Feriengebiet durch folgende Thesen zu legitimieren:

- I. Eine tourismusverträgliche militärische Nutzung des Platzes ist möglich.
- II. Die Einrichtung des Übungsplatzes würde einen bedeutenden Wirtschaftsimpuls für die Region bedeuten.
- III. Der Platz kann mittelfristig nur militärisch genutzt werden.

PRO HEIDE gründete sich im Mai 1996 als Unternehmerinitiative aus zunächst zirka dreissig Selbständigen und Unternehmern der Region, um diese unhaltbaren Annahmen öffentlichkeitswirksam zu widerlegen. Darüber hinaus ist es Ziel von PRO HEIDE, Konzepte für die Schaffung zukunftsfähiger Unternehmen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum aufzuzeigen und konkret an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Tourismusedwicklung zu arbeiten. PRO HEIDE versteht sich als Teil der Bürgerinitiative FREIE HEIDE, der sich in erster Linie mit Fragen der regionalen Wirtschaft beschäftigt.

Tourismusverträglicher Tiefflug?

Selbst die Bundeswehr räumt ein, dass Beeinträchtigungen der Umgebung bei Aufnahme des vollen Übungsplatzbetriebes nicht verhindert werden können. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf «Lärmschutzmassnahmen» (zum Beispiel die geplante Konzentration des Fluglärms auf fünfunddreissig Wochen im Jahr und die Einhaltung einer Wochenendpause) sowie ein internes Flugüberwachungssystem, das die Einhaltung von Mindestflughöhen gewährleisten soll. Durch diese Massnahmen, so die Bundeswehr, könne eine touristische Entwicklung trotz Übungsplatz fortgesetzt werden. Durch Gelöbnisse von Grundwehrdienstleistenden würden nach Berechnungen von Oberstleutnant Engel sogar noch alle zwei Monate zirka zweitausend Gäste in die Region kommen. Eine blauäugige Argumentation. Im Grunde verschleiert sie die wirklichen Vorhaben der Bundeswehr in der Kyritz-Ruppiner Heide.

Im Rahmen des Luft-Boden-Schiessplatzes sind bis zu dreitausend Tiefflüge jährlich geplant, die jeweils aus bis zu zwölf Zielflügen bestehen können. Da die Luftwaffe von fünfunddreissig Einsatzwo-

chen im Jahr ausgeht, können auf die Region fast tausend Überflüge pro Woche zukommen. Das veröffentlichte Kartenmaterial verdeutlicht, dass Flugkorridore und Nachtflugschneisen über den eigentlichen Truppenübungsplatz hinaus bis in die Kerngebiete des Tourismus (zwischen dem Müritz-Nationalpark, Rheinsberg und Neuruppin) reichen.

Ein Fachgespräch, das Hannelore Saibold 1997 (damals Vorsitzende des Fremdenverkehrsausschusses des Deutschen Bundestags) mit PRO HEIDE sowie Fremdenverkehrsvereinen und Unternehmen der Tourismuswirtschaft führte, belegte eindeutig, dass schon 1997 das gesamte Feriengebiet für den Tiefflug genutzt wurde und zudem häufig Mindestflughöhen nicht eingehalten wurden. Beherbergungsbetriebe berichteten trotz der bisher vergleichsweise geringen Einsätze über besorgte Nachfragen und Beschwerden von Gästen sowie Funktionsstörungen an elektrischen Anlagen bei direktem Überflug in geringerer Höhe.

Angesichts dieser Tatsachen wirkt es für die Tourismuswirtschaft geradezu zynisch, wenn Herr Oberstleutnant Engel zum Ausgleich bis zu zweitausend Gelöbnisgäste geballt an sechs Tagen im Jahr verspricht. Familienangehörige von Wehrdienstleistenden zudem, deren Stationierung bisher nur verbal angekündigt, aber nirgends verbindlich zugesagt wurde. In erschreckender Weise ignoriert die Bundeswehr die existentielle Gefährdung der touristischen Betriebe der Region durch den drohenden Imageverlust.

Wirtschaftsaufschwung durch Luft-Boden-Schiessplatz?

Die Bundeswehr wirbt mit der Ankündigung von Millioneninvestitionen um Sympathien in der Region. So soll beispielsweise in der Anliegergemeinde Dranse eine Kommandantur eingerichtet werden, in der siebzig Bundeswehrangehörige, davon vierzig Zivilangestellte, arbeiten und Unterkünfte für neunhundert Soldaten entstehen sollen. Für die Altlastenentsorgung auf dem Platz werden Investitionen zwischen einhundertzehn und dreihundertdreissig Millionen DM veranschlagt und «mehrere hundert Arbeitskräfte über mehrere Jahre» versprochen. Ein Kernproblem dieser Aussagen ist, dass es sich um bloße Versprechungen handelt, die in keiner Weise durch bindende Verträge oder



Karte von Olaf Thal:

Tieffluggebiet der Bundeswehr Mecklenburgische Seenplatte - Ruppiner Land mit den geplanten Ein- und Ausflugschneisen

Ähnliches untermauert werden. Im Gegenteil: Obwohl sich die Bundeswehr stets als besonderer Naturschützer darstellt, wurden von 1992 bis heute weder wesentliche Schritte zur Altlastenbeseitigung, noch zur Erhaltung der Heidelandschaft unternommen. Die Einrichtung einer Garnison in Wittstock wurde unter anderem aus Kostengründen aufgegeben und auf dem Ersatzgrundstück in Dranse wurden bisher keine nennenswerten Investitionen getätigt. Zusätzliche Arbeitsplätze im zivilen Bereich sind nur durch den Wachschatz auf dem Gelände entstanden. Eine Tätigkeit, bei der sich der steuerzahlende Laie zudem fragt, warum sie die Bundeswehr nicht selbst übernimmt. Alle übrigen Arbeitsplätze sind nicht neu entstanden, sondern wurden aus dem nahe gelegenen Pritzwalk, aus Schwerin und Potsdam nach Dranse verlagert.

Die Bundeswehr ist also in den ersten acht Jahren ihrer Anwesenheit im Wesentlichen über Versprechungen nicht hinausgekommen. Gleichzeitig sind jedoch viele Vorhaben, insbesondere im touristischen Bereich, durch die Bundeswehr verhindert oder erschwert worden. So belegt beispielsweise bereits ein Bericht der Regierung des Landes Brandenburg¹ vom Juni 1995, dass Vorhaben behindert wurden, potenzielle Investoren sich abwartend verhielten oder absprangen, zum Beispiel weil Hoteliers verpflichtet sind, in ihrer Werbung auf etwaigen Fluglärm hinzuweisen. Ausserdem lehnten Banken Kreditanträge von touristischen Investoren auf Grund des geplanten Bundeswehrvorhabens ab.

Insgesamt herrschte ein Klima, das dringend benötigte Investoren eher abschreckte, in der Region zu investieren. Doch selbst hartnäckige Unternehmen müssen noch immer mit zum Teil jahrelangen Genehmigungsverfahren rechnen. Das wohl bekannteste Beispiel: Das Landesamt für Bauen und Wohnen blockierte lange Zeit die zweihundert Arbeitsplätze versprechende Dreihundert-Millionen-DM-Anlage Ferienpark «Hohe Heide». Das Amt hielt es für nicht ausreichend nachgewiesen, dass der fünf Kilometer entfernte Nacht-Tiefflugkorridor die Urlauber nicht über die Massen belasten würde. Dreimal wurde ein vereinbarter Überflugtermin zur Lärmpegelmessung von der Bundeswehr kurzfristig abgesagt. Erst nach massiven Drohungen, das

Vorhaben anderswo umzusetzen, gelang es schliesslich, die notwendige Messung durchzuführen. Da man von einer Einhaltung des Flugkorridors ausging, wurden die zulässigen Grenzwerte nicht überschritten.

Die Bundeswehr ist also bisher nicht als Impulsgeber der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region aufgetreten, sondern als behinderndes Element. Bei einer Aufnahme des geplanten Flugbetriebs würden ferner bereits geschaffene Betriebe und Arbeitsplätze im touristischen Bereich akut gefährdet. Diese wurden nicht nur mit viel persönlichem Engagement und unternehmerischem Risiko aus der Region aufgebaut, sondern auch mit erheblichen öffentlichen Mitteln finanziert:

Aus der Gemeinschaftsaufgabe «Verbesserung der regionalen Infrastruktur» sind die drei Landkreise Ostprignitz-Ruppin, Mecklenburg-Strelitz und Müritz beispielsweise im Zeitraum von Oktober 1990 bis Oktober 1997 mit Investitionszuschüssen für den Tourismusbereich (aus EU-Mitteln) in Höhe von knapp 1,2 Milliarden DM gefördert worden. Durch diese Fördermittel wurde ein Investitionsvolumen von knapp 2,6 Milliarden DM im wirtschaftlichen und von 794,4 Millionen im öffentlichen Bereich ausgelöst.²

Die Bedeutung des Tourismussektors für die regionale Wirtschaft und Beschäftigung lässt sich ausserdem an den bisher entstandenen Betrieben ablesen.³ 1998 gab es allein im Landkreis Ostprignitz-Ruppin bereits 886 Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe (davon 322 nur Beherbergung), dies entspricht einer Quote von 13 Prozent an den Gewerbebetrieben (zum Vergleich: Industriebetriebe: drei Prozent). In Rheinsberg lag dieser Anteil sogar bei 45 Prozent. In den Nachbarkreisen Mecklenburg-Strelitz und Müritz dürfte der Anteil ebenfalls erheblich höher liegen. Hinzuzurechnen sind ferner 516 kleinbetriebliche Einrichtungen mit weniger als neun Betten, die in den normalen Fremdenverkehrsstatistiken nicht erfasst werden. Gerade diese Privatquartiere sind jedoch als Nebenerwerbsmöglichkeit in ländlichen Gebieten sehr attraktiv und können geringere Löhne bzw. Arbeitslosigkeit eines Ehepartners kompensieren. Sie können ausserdem als Sprungbrett und Lernfeld für die Selbständigkeit und gewerbliche Tätigkeit angesehen werden.

Die weitere Ausbaufähigkeit des touristischen Bereichs kann zum Bei-

spiel an der Entwicklung der Übernachtungszahlen⁴ abgelesen werden: Die Zahl der Gästeübernachtungen im gewerblichen Beherbergungsstätten erhöhte sich im Landkreis Ostprignitz-Ruppin 1996 um 28,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, und im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juli 1997 um weitere 3,8 Prozent. Die entsprechenden Vergleichswerte für das Land Brandenburg insgesamt lagen bei 11,1 Prozent für 1996 und 2,8 Prozent für die ersten sieben Monate des Jahres 1997. 1998 stiegen die Gästeübernachtungen gegenüber 1997 im Landkreis um weitere 6,8 Prozent auf 465.954 an. Dazu sind weitere 243.871 Übernachtungen in Kleinbetrieben unterhalb der Gewerblichkeitsgrenze zu rechnen. In Anbetracht der dargelegten Zahlen kann aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen niemand ernsthaft die Gefährdung des touristischen Bereichs in Kauf nehmen. Allein die Gefährdung von mehreren hundert Millionen DM Steuergeldern, die über die EU-Förderungen bereits in die Region geflossen sind, müssten nicht nur Regional-, sondern auch Bundes- und Europapolitiker aufschreiben lassen.

In dieser Weise diskutierte PRO HEIDE vor der Bundestagswahl 1998 unter anderem mit den örtlichen Bundestagskandidaten Ernst Bahr (SPD) und Silvia Voss (Bündnis 90/Die Grünen), die der Bürgerinitiative FREIE HEIDE ihre Unterstützung zusicherten. Ferner wurde ein offener Brief an den damaligen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder und den SPD-Bundesvorstand verfasst. Schon zur damaligen Zeit waren beide zu keiner eindeutigen Stellungnahme bereit. Leider hat sich nach der Wahl gezeigt, dass auch die rot-grüne Bundesregierung an der Verhinderungspolitik ländlicher Entwicklung in einer ohnehin strukturschwachen ostdeutschen Region festhält. Der Luft-Boden-Schiessplatz, für dessen Einrichtung auch die neue Bundesregierung vor Gericht kämpft, spaltet den Kreis in seiner Mitte, verhindert das emotionale und wirtschaftliche Zusammenwachsen der Altkreise und lähmt so die Entwicklungspotenziale der Anliegergemeinden.

Entwicklungsperspektiven für die Kyritz-Ruppiner Heide

Um dem Ziel einer eigenständigen Entwicklungsperspektive des Gebietes Kyritz-Ruppiner Heide näher zu kommen, organisierte PRO HEIDE im November 1997 gemeinsam mit der ländlichen Erwachsenenbildung und dem Zempower Verein «umLand e.V.» eine Werkstatt zur zivilen Nutzung der Region Kyritz-Ruppiner Heide. Erstmals kamen auf dieser Veranstaltung die Fachplaner der verschiedenen Ämter und des Kreises, Bürgermeister der Anrainergemeinden, Vertreter von Umweltschutzgruppen und Verbänden sowie Mitglieder der Bürgerinitiative FREIe HEIDe zusammen, um gemeinsame Leitlinien einer Entwicklung auf und um die Kyritz-Ruppiner Heide zu bestimmen.

Sofortige Altlastensanierung nicht Entwicklungsvoraussetzung

Das wesentliche Ergebnis lag in der gemeinsamen Erkenntnis, dass die sofortige Altlastensanierung nicht notwendige Voraussetzung zur Entwicklung der Region ist. Im Vordergrund der Perspektive steht vielmehr die nachhaltige Weiterentwicklung der Dörfer, die bisher massiv durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Truppenübungsplatz behindert wird. Für die Dörfer liegen häufig bereits Entwicklungskonzepte vor, die sich in erster Linie durch unterschiedliche Vorhaben im touristischen Bereich auszeichnen, aber auch neue Baugebietsausweisungen für Wohnen und Gewerbe vorsehen sowie andere örtlich angepasste Vorhaben. Der Nachrang der Altlastensanierung ist von besonderer Bedeutung, da die veranschlagten Kosten von einhundertzehn bis dreihundertdreissig Millionen DM nur langfristig aufzubringen sind, selbst wenn es gelingt, den Bund oder das Land Brandenburg an den Kosten zu beteiligen. Die Weiterentwicklung der Region kann aber nicht bis zur vollständigen Sanierung des Platzes aufgeschoben werden.

Verbindungen schaffen

Als zweite gemeinsame Entwicklungsleitlinie wurde die Notwendigkeit des behutsamen Ausbaus von Ortsverbindungswegen benannt, um

die Spaltung der Region zu überwinden und eine gemeinsame, abgestimmte Entwicklung überhaupt sinnvoll erscheinen zu lassen.

PRO HEIDE veröffentlichte diesbezüglich ein landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept, das im Wesentlichen acht Wegetrassen durch die Kyritz-Ruppiner Heide, basierend auf der historischen Wegführung des neunzehnten Jahrhunderts, vorsah. Diese Wege sollen jedoch grösstenteils nur für den Fahrradverkehr beziehungsweise für Wanderer und Reiter nutzbar sein. Ergänzend wurden drei touristische Stationen als Info-Pavillons an Wegekreuzungen geplant. Am alten «Kommandoturm» an der vorhandenen Autostrasse zwischen Schweinrich und Lutterow soll nach den Vorstellungen von PRO HEIDE ein «Museum des Kalten Krieges» entstehen, in dem exemplarisch der Widersinn deutschdeutscher Hochrüstung und gegenseitiger Diffamierung dargestellt werden soll.

Auch für die Ausweisung der Wege ist keine vollständige Altlastensanierung des Platzes notwendig. Vielmehr ist die Sanierung eines Streifens von zirka zehn Metern neben den angelegten Wegen und eine entsprechende Ausschilderung der übrigen Flächen als ausreichender Schutz anzusehen. Am Beispiel der Döberitzer Heide konnten sich Mitglieder der FREIen HEIDE im Sommer 1999 von der Praktikabilität dieses Verfahrens überzeugen.

Aufwind FREIe HEIDE

Bereits Anfang 1996 wurde die Idee entwickelt, den Platz für die Erzeugung von umweltgerechtem Strom zu nutzen. Eine waldlose, hochgelegene Ebene zwischen Schweinrich und Flecken Zechlin stellte sich als sehr windgünstig heraus und bot sich daher für einen Windpark nach dem Vorbild ähnlicher Projekte in Schleswig-Holstein an. Geplant wurde zunächst die Einrichtung von dreissig Windkraftanlagen, die eine jährliche Durchschnittsleistung zur Versorgung von zehntausend Haushalten erbracht hätten. Das Vorhaben ist in der Region, insbesondere aus Sicht des Naturschutzes, nicht unumstritten und wurde nach mehreren Fachgesprächen verkleinert. Im März 1998 wurde die Gründung einer Aktiengesellschaft «Aufwind FREIe HEIDE» geplant. Einhundertelf Personen unterzeichneten innerhalb

kürzester Zeit eine Bereitschaftserklärung zur Investition. Damit sind alle Voraussetzungen erfüllt, um das Projekt nach einer Freigabe der Fläche zügig umzusetzen.

Naturpark Stechlin-Ruppiner Land

Die Nutzung der übrigen Flächen des Platzes sollte nach Vorstellungen der Unternehmerinitiative PRO HEIDE nicht über eine extensive land- beziehungsweise forstwirtschaftliche, landschaftspflegerische Nutzung hinausgehen. Überlegt wurde beispielsweise die Erhaltung der Sandheiden durch Schafbeweidung sowie die Einrichtung eines Wildpferdegestüts beziehungsweise eines Hutewaldprojektes. Die Vorhaben wären sowohl ortsangepasst, als auch unter touristischen Gesichtspunkten interessant. Besonders schützenswerte Flächen sollten als Naturschutzgebiete ausgewiesen, beziehungsweise über die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU geschützt werden.

Die genannten Vorstellungen wurden auf der Werkstatt 1997 erstmals ausgetauscht und in den nächsten Jahren vertiefend in den Gemeinden und auf der Planungsebene diskutiert. Sie sind in ihren wesentlichen Bestandteilen mittlerweile in die Flächennutzungsplanung der Ämter eingegangen und werden dadurch demnächst Verbindlichkeit erlangen.

Während der Diskussion der Entwicklungsleitlinien wurde deutlich, dass die angestrebte Verbindung von Tourismus, landwirtschaftlicher Nutzung und Naturschutz den allgemeinen Zielen eines Naturparks entspricht. Naturparke dienen in erster Linie der Lenkung und Entwicklung von Erholungslandschaften. Flächenschutz wird im Naturpark über einen hohen Prozentsatz integrierter Naturschutz- beziehungsweise Landschaftsschutzgebiete gewährleistet. Naturparke sollen als Modellregionen für Raumordnung und Landschaftsplanung dienen und Erholungsräume höchster Wertigkeit bieten, in denen neben reichhaltiger Natur auch gewachsene ländliche Kultur erlebbar ist. Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung und -erziehung sind unverzichtbare Bestandteile eines Naturparkkonzeptes.

PRO HEIDE befürwortet daher Bestrebungen, die Kyritz-Ruppiner Heide in den geplanten Naturpark «Stechlin-Ruppiner Land» einzubeziehen und so die Einbindung des Gebietes in einen grösseren Ent-

wicklungszusammenhang zu gewährleisten. Der geplante Naturpark hat eine Grösse von achthundert Quadratkilometern und erstreckt sich über Teile der Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel. Knapp zwei Drittel sind von zumeist grossen, fast unzerschnittenen Wäldern bedeckt. Ausserdem befinden sich mehr als einhundert Seen unterschiedlichster Ausbildung in diesem Gebiet. Die strukturreiche Landschaft im gesamten Naturpark beherbergt eine entsprechend reiche Tier- und Pflanzenwelt.⁵ Leider ist es bis heute nicht gelungen, diesen letzten in Brandenburg geplanten Naturpark wirklich umzusetzen. Das Gebiet der Kyritz-Ruppiner Heide befindet sich zur Zeit zumindest teilweise im Planungsraum des Naturparks. Ein weiterer Teil ist zur Ausweisung nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie vorgesehen.

Nachhaltige Dorfentwicklung

Die Entwicklung der Gemeinden um den Luft-Boden-Schiessplatz verlief in den letzten Jahren je nach den örtlichen Gegebenheiten sehr unterschiedlich. Die Unternehmerinitiative PRO HEIDE schlägt in jedem Fall einen nachhaltigen, das heisst ökologisch, ökonomisch und sozial tragfähigen Entwicklungsweg vor. Die Tragfähigkeit kann nur aus den Gegebenheiten vor Ort und deshalb mit den Menschen entwickelt werden. Es sollen daher im Folgenden verschiedene Entwicklungsstadien einiger Anrainergemeinden vorgestellt werden. Als Beispiele eines eher langsamen Entwicklungsweges dienen die Gemeinden Schweinrich und Flecken Zechlin.

Flecken Zechlin

Die Gemeinde Flecken Zechlin war zu DDR-Zeiten ein beliebter Ferienort mit zahlreichen Ferienbetten in Hotels, Bungalowsiedlungen und Pensionen. Die idyllische Lage am See und die einladende walddreiche Landschaft liessen nach der Wende auf eine vielversprechende Zukunft als Tourismusort hoffen. Doch noch bevor ein Grossteil der notwendigen Privatisierungen und Modernisierungen in Angriff genommen werden konnte, verunsicherte die Nachricht von der drohen-

den Wiedereinrichtung des «Schiessplatzes» die Einwohner. Trotzdem wurde der Weg der touristischen Entwicklung langsam, aber konsequent weiterverfolgt und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Orstypisch sanierte Strassen und Häuser geben ein stimmiges Ambiente für zahlreich entstandene Gästezimmer und Ferienwohnungen, Hotels und Pensionen. Gleichzeitig wurden Investitionen in Infrastruktureinrichtungen für die Einwohner, zum Beispiel die eigene Schule, nicht gescheut, so dass eine hohe Identifikation mit dem Ort erreicht werden konnte. Dies wiederum führt dazu, dass sich trotz der zur Zeit eher geringen Verdienstmöglichkeiten viele kleine Betriebe und Geschäfte halten, die sowohl den Einwohnern als auch den Gästen zugute kommen. Die endgültige Verhinderung der Einrichtung des Luft-Boden-Schiessplatzes würde für die Gemeinde Flecken Zechlin einen ernsthaften Entwicklungsschub bedeuten.

Schweinrich

Die Gemeinde Schweinrich war vor der Wende überwiegend landwirtschaftlich geprägt, hat jedoch durch die unmittelbare Lage am Dranser See ebenfalls gute Rahmenbedingungen für die touristische Entwicklung. Da das touristische Profil zu DDR-Zeiten nicht so ausgeprägt war, fanden sich bisher unter dem Damoklesschwert der drohenden militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide, die einen grossen Teil der Gemarkung Schweinrich umfasst, kaum Einheimische, die es wagten, in den touristischen Bereich zu investieren. Durch die vorläufig gering zu haltenden Investitionskosten gelang die Privatisierung des Campingplatzes und der Dorfgaststätte. Als örtlicher Impulsgeber fungiert ausserdem das in Trägerschaft des Kreises befindliche Schulandheim.

Die Gemeinde begann mit der Schaffung der Rahmenbedingungen für die touristische Entwicklung durch die Verbesserung der Strassen und Gehwege sowie die Dorfplatzgestaltung und die Modernisierung der öffentlichen Badestelle. 1999 wurde im Rahmen des brandenburgischen Konversionsommers eine Veranstaltung in Schweinrich durchgeführt, auf der weitere Vorhaben entwickelt wurden, darunter insbesondere der Bau eines Rad- und Wanderweges um den Dranser See.

Die Massnahme hätte eine sinnvolle Ergänzung des Angebotsspektrums für Besucher des Landschulheims und Campingplatzes gebildet, da diese insbesondere naturnahe und kostengünstige Freizeitmöglichkeiten nachfragen. Leider wurde auch dieses Vorhaben im Februar 2000 durch den Einspruch der Bundeswehr verhindert.

Es wird deutlich, dass die Gemeinde Schweinrich durch die unmittelbare Nähe des Luft-Boden-Schiessplatzes massiv in ihrer Entwicklung gehemmt wird. Noch deutlicher als in Flecken Zechlin kann ein ernsthafter Entwicklungsschub nur durch die Verhinderung des militärischen Vorhabens erreicht werden.

TAT-Ort Zempow

Die politische Wende bedeutete auch für die einhundertzwanzig Einwohner des Dorfes Zempow zunächst dramatische Veränderungen der bisherigen Lebensweise, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Neueinrichtung der Zempower Landwirtschaft als ökologischer Mutterkuhbetrieb 1992 durch zwei westdeutsche Junglandwirte wurde daher begrüsst, jedoch gleichzeitig von der Angst begleitet, eigene Traditionen zu verlieren. Von Anfang an wurde daher ein intensiver Austausch zwischen Alt- und Neubürgern praktiziert, der nicht nur zum gegenseitigen Verständnis, sondern auch zum Gelingen des nachhaltigen Entwicklungskonzeptes beitrug.

Nach der Etablierung der Landwirtschaft entstanden zwei Beherbergungsbetriebe mit insgesamt fünfzig Betten, die Urlaub auf dem Bauernhof anbieten, sowie ein Reiterhof und ein Verein zur Förderung umweltgerechter Entwicklungsprojekte. Diese Betriebe und Vereine stellen sich der Öffentlichkeit als Verbund «Bioland Ranch Zempow» dar und haben bisher dreissig Arbeitsplätze geschaffen. In dem mittlerweile 139 Einwohner zählenden Dorf gibt es ausserdem ein Galeriecafé, ein Autokino, ein Lebensmittelgeschäft und eine Autoselbsthilfewerkstatt. Die Gemeinde unterstützt die privatwirtschaftlichen Vorhaben unter anderem durch den Aufbau eines Naturerlebnishofes mit Informations- und Seminarräumen. Die Aktivitäten des Dorfes wurden 1999 mit dem Umweltwirtschaftspreis des Kreises Ostprignitz-Ruppin und 1998 mit der Preisträgerschaft im Wettbewerb «Tat-Orte; Gemein-

den im ökologischen Wettbewerb» der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und des Deutschen Instituts für Urbanistik ausgezeichnet.⁶

Expo-Dorf Netzeband

Die Entwicklung der nördlich des Übungsplatzes liegenden Gemeinde Zempow wurde augenscheinlich wesentlich durch das Engagement von Neubürgern angestoßen. Diese Tendenz kann in mehreren Orten festgestellt werden, so zum Beispiel auch in der am südlichen Rand des Platzes liegenden Gemeinde Netzeband. Hier wurden durch das Engagement von Neubürgern unter anderem mehrere Hofstellen zu Hotel und Ferienwohnungen umgebaut, ein ökologischer Landwirtschafts- sowie Gartenbaubetrieb gegründet, die alte Dorfkirche restauriert und ein umfangreiches und niveauvolles Kulturprogramm entwickelt, das Netzeband weit über die Region hinaus bekannt machte. Netzeband wurde deshalb zum Expo-Dorf 2000 des Landes Brandenburg.

Diese kurzen Darstellungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine dauerhafte Gemeindeentwicklung nicht von einigen Personen geleistet werden kann. Eine Verstetigung des Weges ist nur möglich, wenn er von einer Mehrheit der Dorfbewohner getragen wird, so dass auch Rückschläge verarbeitet und notwendige Umstrukturierungen mitgetragen werden. Aus Sicht der Unternehmerinitiative PRO HEIDE ist es daher dringend notwendig, sich in den Gemeinden auf die (historischen, landschaftlichen und/oder personell) vorhandenen Potentiale zu besinnen und daraus gemeinsam getragene Zukunftsentwürfe abzuleiten. Die Gemeinden sind weiterhin aufgefordert, Vorleistungen zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur zu erbringen. Sie sind auf Grund ihrer schwachen Finanzlage dabei auch zukünftig auf Förderungen des Bundes, des Landes und der EU angewiesen. Eine langfristig tragfähige Entwicklung wird dann stattfinden, wenn sich kleine und grosse, alteingesessene und neu hinzukommende Investoren finden, die mit persönlicher Risikobereitschaft zu den gemeindlichen Zukunftsentwürfen passende Betriebe aufbauen. Als Voraussetzung sind Banken und Sparkassen gefordert, ihre zögerliche Kreditvergabepraxis zum Wohl der langfristigen Regionalentwicklung zu überdenken.

Es gibt in der Region trotz aller Hindernisse bereits Beispiele für die Möglichkeit einer nachhaltigen Dorfentwicklung. Eine deutliche Ausweitung dieser positiven Tendenzen und damit die Sicherung einer lebenswerten Zukunft für die Menschen des Ruppiner Landes kann aber nur durch die rasche Aufgabe des Militärprojektes «Luft-Boden-Schiessplatz Wittstock» in der Kyritz-Ruppiner Heide erreicht werden.

Anmerkungen

- 1 Landtag Brandenburg 1995, Drucksache 2/915
- 2 Deutscher Bundestag 1997, Drucksache 13/9355
- 3 Zahlen aus: Ostprignitz-Ruppin, Jahrbuch 2000, S. 219 f.
- 4 Ebenda
- 5 Vgl. Landesanstalt für Grossschutzgebiete Brandenburg: Die Grossschutzgebiete in Brandenburg, Broschüre, Stand: Juli 1999, S. 32
- 6 Jahrbücher, in denen die jeweiligen TAT-Orte Preisträger vorgestellt werden, sind kostenlos zu beziehen über das Deutsche Institut für Urbanistik, Strasse des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Kriegsübung – Kriegsführung!



Mahnsäule bei Schweinrich, gestaltet von Joachim Fischer, Bremen
Foto: Rainer Kühn

Die Bedeutung des Kosovokrieges für die zukünftigen Pläne der Bundeswehr

Ralf Siemens

Der Angriffskrieg der Nato war eine Zäsur. Nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die politische Weltordnung.

Eine Zäsur für die Bundesrepublik deshalb, weil die Bundeswehr zum ersten Mal in einem Kriegseinsatz war und dies aus ihrer Sicht erfolgreich, weniger im militärischen als vielmehr im politischen Sinne. Es gab keinen relevanten öffentlichen oder parlamentarischen Widerstand, schon gar keine Bewegung gegen den Krieg und gegen die deutsche Beteiligung daran. Trotz ablehnender oder skeptischer Haltung grosser Teile der Bevölkerung blieben Proteste lediglich vereinzelt. Die Bundeswehr braucht für Kriegseinsätze aber einen gesellschaftlichen Rückhalt – sie braucht an der Heimatfront Ruhe. Mit diesem Krieg hat die Bundeswehr einen gesellschaftlichen Durchbruch in der Akzeptanz für «militärische Lösungen» geschaffen.

Eine Zäsur für die internationale Weltordnung deshalb, weil die Nato unter Bruch des Völkerrechts einen Krieg geführt hat. Die Charta der Vereinten Nationen untersagt militärische Zwangsmassnahmen, wenn kein entsprechendes Mandat erteilt wurde oder es sich nicht um die Abwehr eines Angriffs handelt. Die Nato hat demonstriert, dass sie, wenn es ihren Interessen dient, militärisch handelt. Dies hat Auswirkungen auf die internationale Ordnung, weil Staaten wie Russland oder China berechnete Sorge haben müssen, dass die neue Nato als Offensivbündnis westliche Interessen mit kriegerischen Mitteln durchsetzen wird.

Vorbereitung auf Krieg

Diese Zäsur ist allerdings nicht überraschend. Die Bundeswehr und somit auch ihre Luftwaffe sind für Kriegseinsätze ausserhalb Mitteleuropas in den vergangenen Jahren fit gemacht worden. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurden seit 1990 organisatorische und technische Veränderungen innerhalb der Bundeswehr vorgenommen, um die in den «Verteidigungspolitischen Richtlinien» von November

1992 geforderten militärischen Kapazitäten zur «flexiblen Krisen- und Konfliktbewältigung im erweiterten geographischen Umfeld» aufzubauen. Demselben militärstrategischen Papier sind Gründe zu entnehmen, warum die Bundeswehr ohne geographische Beschränkung operieren können soll: So gilt es beispielsweise den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten zu sichern oder Flüchtlingsbewegungen so einzugrenzen, dass sie keine destabilisierenden Auswirkungen auf Deutschland haben.

Die unter dem Verteidigungsminister Rühle durchgesetzte Strategie der kleinen Schritte führte sowohl die Bundeswehr als auch die bundesrepublikanische Gesellschaft an die aktive Kriegsbeteiligung heran. 1991 leistete die BRD lediglich materielle und finanzielle Unterstützung für die Anti-Irak-Koalition unter Führung der USA, sandte nach Ende des zweiten Golf-Krieges Minenräumboote in den Persischen Golf, unterstützte die Blauhelmission der Vereinten Nationen 1992 in Kambodscha durch Sanitäter und Ärzte der Bundeswehr, schickte ein achtzehnhundert Köpfe umfassendes «Afrika-Korps» nach Somalia mit «humanitärem Auftrag» und beteiligte sich mit zunehmender quantitativer und qualitativer Steigerung an den militärischen Interventionen im Kriegs- und Krisengebiet auf dem Balkan.

Der (vorläufige) Höhepunkt dieser zunehmenden Militarisierung war der Angriff auf Jugoslawien im Frühjahr 1999 mit aktiver Beteiligung der Bundeswehr. Dieser Krieg hat grundsätzlich gegen geltendes Völkerrecht verstossen. Einzig der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist legitimiert, Gewaltmassnahmen nach Kapitel VII der Charta anzuordnen. Ausser im Fall der Selbst- oder Kollektivverteidigung gilt für alle Mitglieder der Vereinten Nationen nach Artikel 2 ein striktes Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen.

Mit dem Bruch des Völkerrechts nahm die Bundesregierung auch den Bruch des Grundgesetzes in Kauf. Artikel 25 des Grundgesetzes regelt eindeutig, dass das Völkerrecht «Bestandteil des Bundesrechtes» ist und über den Gesetzen steht. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtliche Verpflichtung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990 gebrochen. Darin erklären beide deutsche Staaten, «dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen

jedem einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit der Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen».

Noch scheuen die verantwortlichen Politiker allerdings, den Krieg beim Namen zu nennen. Stellvertretend für sie sei der Bundeskanzler Gerhard Schröder zitiert, der in seiner Fernseh-Ansprache am 24. März 1999 erklärte: «Heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen ... Wir führen keinen Krieg ...» Von wegen. Natürlich führte die Nato Krieg.

Der Krieg gegen Jugoslawien

Der Nato-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien hat militärisch demonstriert, wie die durch die USA angewandte überlegene Rüstungstechnologie einen Gegner dominieren kann. Ohne eigene Personenverluste haben Nato-Flugzeuge «37.000 Feindeinsätze», so der damalige Vorsitzende des Nato-Militärausschusses und ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, geflogen. Bei durchschnittlich täglich zwischen fünf- und achthundert Kampfeinsätzen ist lediglich ein Flugzeug von der jugoslawischen Abwehr abgeschossen worden, ein weiteres Nato-Flugzeug ist aus technischen Gründen abgestürzt. Es war ein Luftkrieg aus der Distanz. Weltraum- und luftgestützte Aufklärung und Führung haben eine entscheidende Rolle gespielt.

Ob diese Kriegführung beispielhaft für die Zukunft ist, muss allerdings bezweifelt werden. Die Einsätze der Kampfflugzeuge erfolgten untypisch. Aus grosser Höhe wurden Bomben und Raketen abgeschossen, da die oberste Priorität die Vermeidung eigener Verluste war. Die Abwesenheit von Kriegsoperationen am Boden und somit der kombinierte Luft-/Bodenkrieg fand nicht statt. Dies hätte direkte Angriffe aus niedriger Höhe sowohl von Flugzeugen als auch von Kampfhubschraubern erforderlich gemacht. Wie in jedem Krieg wurden neuartige Waffen im realen Einsatz erprobt. Anfang Mai 1999 wurden Graphitbomben gegen Kondensatoren der Umspannwerke in Serbien eingesetzt. Die Folge waren Stromausfälle. Nach wiederholten Angriffen brach zeitweise das Stromnetz völlig zusammen. Das serbische Militär war dadurch nicht oder kaum betroffen. Darunter gelitten haben die Zivilbevölkerung und die Wirtschaft.

Insbesondere US- und britische Nato-Kampfflugzeuge haben vielfach Angriffe geflogen, bei denen «Splitter- bzw. Streubomben» abgeworfen wurden. Die dabei verwendeten Bomben vom Typ CBU-87 (cluster bomb unit) bestehen aus einer «Mutterbombe», die bis zu 202 «Tochterbomben» enthält. Diese «Submunition» wiederum besteht zum Teil aus je 1.800 rasiermesserscharfen Metallsplintern. Eine solche «Streubombe» öffnet sich nach dem Ausklinken aus dem Flugzeug noch in der Luft und verstreut ihre Kleinbomben über eine grosse Fläche. Zu den Wirkungen dieser Bombe schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 24. Juni 1999: «Eine Bombe des Typs CBU-87/B tötet jeden Menschen im Zielgebiet, das mit den 202 Einzelbomben auf einer Fläche von 150 mal 1'000 Metern abgedeckt wird. Viele der leuchtend gelb lackierten Splitterbomben explodieren jedoch nicht, sondern bleiben im ‚scharfen Zustand‘ bis zu einer Berührung am Boden liegen.»

Allein zwischen fünf und dreissig Prozent dieser Submunition sind Blindgänger. Nach Nato-Angaben sind zwischen vierzehn- und dreissigtausend dieser Kleinbomben in der Grösse einer Coladose nicht explodiert und eine todbringende Hinterlassenschaft. Die USA haben angegeben, dass sie rund elfhundert dieser Streubomben abgeworfen haben. Neben den US-amerikanischen haben auch britische Kampffjets Streubomben eingesetzt. Die Bundesregierung räumte in einer parlamentarischen Antwort ein, dass diese Clusterbomben typischerweise «gegen leicht gepanzerte und nicht gepanzerte Ziele und Zielgruppen, insbesondere dislozierte oder marschierende Landstreitkräfte eingesetzt» werden. In Militärkreisen werden solche Ziele Weichziele, also Menschen genannt.

Wie bereits im zweiten Golfkrieg setzten die US-Streitkräfte panzerbrechende Granaten mit 272 Gramm «abgereichertem» Uran ein. Beim Auftreffen dieser Munition entwickelt das Uran eine solche extreme Hitze, dass Panzerungen durchschmolzen werden. Dabei entsteht giftiges Uranoxidpulver, das die unmittelbare Umgebung schwach radioaktiv verseucht. Ein Einatmen dieser Partikel kann zu Leukämie und Knochentumoren führen. Uran hat eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Die Bewohner der betroffenen Gebiete müssen auf unabsehbare Zeit mit der Gefahr tödlicher Erkrankungen,

mit der Gefahr von Fehl- und Missgeburten leben. Erst im März 2000 bestätigte die Nato offiziell den Einsatz von rund einunddreissigtausend Granaten dieses Typs. Das Einsatzgebiet dieser radioaktiven Munition sei überwiegend das Kosovo gewesen.

Nato-Strategie

Am 23. und 24. April 1999 haben die Regierungschefs der Nato-Mitgliedsstaaten auf ihrem Gipfel in Washington ein neues strategisches Konzept beschlossen. Hierin sind die Ziele und Aufgaben der Nato benannt. Es legt fest, in welcher Weise sich die Nato-Streitkräfte operativ auszurichten haben. Im Vorfeld gab es unter den Nato-Regierungen Spannungen in den Fragen Mandatierung und geographische Begrenzung. Insbesondere die britische und US-amerikanische Regierung haben darauf gedrängt, Nato-Einsätze nicht von Mandaten der Vereinten Nationen abhängig zu machen.

In diesem Strategiepapier wird zwar weiterhin an der Bündnisverteidigung als Kernaufgabe festgehalten. Allerdings ist ihre Bedeutung gegenüber anderen Aufgabenerweiterungen in den Hintergrund getreten. Erstmals wird kein geographischer Raum des Nato-Wirkens genannt. Und es wird ausdrücklich vermieden, Einsätze im Rahmen des «Krisen- und Konfliktmanagements» an ein Mandat der UN zu binden. Genau für diese Out-of-area-Operationen rüstet die Nato. Die Entrechtlichung der Nato wurde am Beispiel des Kosovo-Krieges demonstriert. Dieser Krieg war für die Nato ein Testfall und weist auf ihre neue strategische Orientierung. Die Nato ist kein Verteidigungsbündnis zur Abwehr eines militärischen Angriffs auf Nato-Länder, sondern versteht sich als ein globaler Ordnungsfaktor zur Sicherung vitaler westlicher Interessen: Dies sind in erster Linie wirtschaftliche.

Nato-Potenzial konkurrenzlos

Zwischen 1985 und 1997 sind die weltweiten Ausgaben für Militär von zwölf- auf knapp achthundert Milliarden US-Dollar gefallen. Im gleichen Zeitraum sind die Gesamtzahlen von Soldaten von 27 auf 22 Millionen gesunken.

1997 haben die sechzehn Nato-Staaten 457 Milliarden US-Dollar fürs

Militär ausgegeben. Damit bestreitet die Nato mehr als die Hälfte der weltweiten Rüstungsausgaben. Allein die USA haben dem Militär über 280 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Bei den weltweiten Rüstungsexporten führte die Nato mit 85 Prozent. Die Nato hatte 4,5 Millionen Soldaten gegenüber offiziell 1,2 Millionen russischer Soldaten. Die reale Personalstärke der russischen Soldaten lag allerdings bei unter einer Million. Der Friedensforscher Dieter S. Lutz kommentiert die militärische Überlegenheit der Nato treffend: «Denkt man in tradierten Feindbildern und unterstellt eine russische Bedrohung, stehen sich die Streitkräfte des nordatlantischen Bündnisses und die Russlands in einem Verhältnis von 3:1 bis 5:1 gegenüber.»

Bilanz des Kosovo-Krieges

Das gegenüber der Öffentlichkeit genannte Ziel des Angriffs, die Gewalt und die Vertreibung im Kosovo zu stoppen, wurde völlig verfehlt. Im Gegenteil, die grossen Vertreibungen und Fluchtbewegungen der Kosovo-Albaner fanden erst nach dem Nato-Angriff statt. Nach Einmarsch der Protektoratstruppen im Juni 1999 mussten Serben, Roma und Angehörige anderer Minderheiten der «ethnischen Säuberung» durch die zurückkehrenden Kosovo-Albaner aus dem Kosovo entfliehen. Ihre Gesamtzahl wird vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen auf zweihundertdreissigtausend Menschen geschätzt.

Nach einer im Februar 2000 vorgelegten Untersuchung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sind bei neunzig Nato-Luftangriffen zwischen 488 und 527 Zivilisten getötet worden. Mitarbeiter haben vor Ort recherchiert. Allein neun Angiffsziele galten ausschliesslich zivilen Einrichtungen: Gebäuden des serbischen Staatsfernsehens und -rundfunks, einem Heizkraftwerk, sieben Brücken. 33 Ziele lagen inmitten dicht besiedelter Gebiete. Von den sieben Donaubrücken Jugoslawiens wurden fünf zerstört und eine beschädigt.

Der Nato-Oberbefehlshaber Clark gab am 16. September 1999 an, dass in 78 Tagen 93 Panzer und 153 gepanzerte Fahrzeuge zerstört wurden. Allerdings wurden im Kosovo nach dem Einrücken der Nato-Truppen lediglich 26 Panzer- und Schützenpanzerwracks vorgefun-

den. Nach ungesicherten jugoslawischen Angaben sind rund sechshundert Soldaten bei den Luftangriffen getötet worden.

Russland

Die Osterweiterung der Nato bis an die Grenzen Russlands und insbesondere der Nato-Angriff auf Jugoslawien werden in Russland als Streben gesehen, Russland zu schwächen und ins politische Abseits zu drängen. Der westliche Druck an den Südgrenzen Russlands und die antirussische Einflussnahme in der öl- und gasreichen Region des Kaspischen Meeres sind dafür deutliche Zeichen. Als Folge davon kommt es zu einer nationalistischen Betonung der Rolle eigener Streitkräfte und ihrer Bedeutung für ein Wiedererstarken Russlands. Im Februar 2000 ist eine überarbeitete Militärdoktrin mit dem Titel «Konzept der Nationalen Sicherheit» durch den russischen Sicherheitsrat beschlossen worden. In ihm wird die Rolle der Nuklearwaffen einschliesslich ihrer Androhung betont. Ein Ersteinsatz wird nicht mehr ausgeschlossen, da Russland nicht mehr in der Lage sei, einen Nato-Angriff allein mit konventionellen Waffen abzuwehren.

Der rechtswidrige Nato-Angriff hat sichtbare Folgen für die Destabilisierung der internationalen Ordnung. Der barbarische Krieg Russlands gegen Tschetschenien zeigt dies. Die verhaltenen Proteste der Nato-Staaten leiten sich unter anderem von dem Motto ab: «Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.» In der Region um das Kaspische Meer werden bis zu zweihundert Milliarden Barrel Öl vermutet. An diesen reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen im kaukasischen und transkaukasischen Gebiet haben westliche Staaten Interesse, die sie unter Ausschliessung traditioneller russischer Ansprüche für sich sichern wollen. Zwischen der Türkei, Aserbaidschan und Georgien ist im Beisein von US-Präsident Clinton beim OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 ein Vertrag zum Bau einer Pipeline von Baku zur türkischen Mittelmeerstadt Ceyhan unterschrieben worden. Kasachstan und Turkmenistan sicherten ihre Erdöllieferungen über eine neue Unterwasserpipeline durch das Kaspische Meer nach Aserbaidschan zu. Aserbaidschan und Georgien sind bereits Nato-Kooperationspartner, haben Stationierungs- und Ausbildungsverträge mit der Nato abgeschlossen und streben eine Mitgliedschaft in der Nato

an. Die Route ist aus strategischen Gründen gewählt worden. Kostengünstigere Alternativen wären über Russland oder Iran möglich gewesen.

Deutsche Beteiligung am Luftkrieg

Die Bundeswehr bildete mit sechzig Piloten und Waffensystemoffizieren aus Einheiten des Jagdbombergeschwaders 32 in Koster-Lechfeld und aus dem Aufklärungsgeschwader 51 in Jagel das Einsatzgeschwader 1. Dieses flog die Angriffe vom italienischen Piacenza Richtung Jugoslawien. Dieses Einsatzgeschwader bestand im Durchschnitt aus vierzehn Flugzeugen vom Typ Tornado. Insgesamt wurden während des Krieges 610 Einsätze mit 2'400 Flugstunden durchgeführt.

Besondere Bedeutung erlangte dabei die Tornado-Version ECR zur Bekämpfung der jugoslawischen Flugabwehr. Lediglich die US-Luftwaffe verfügt über Kampfflugzeuge mit ähnlichem Einsatzprofil. Von diesen ECR-Tornados wurden bei «446 Feindflügen», so der Kommandore des Jagdbombergeschwaders 32, Oberst Schelzig, «236 Harm-Flugkörper mit grossem Erfolg und nachhaltiger Resonanz verschossen». Diese Harm-Rakete, so ist der Homepage der Bundeswehr zu entnehmen, «ist das derzeit wirkungsvollste Einsatzmittel gegen bodengestützte Luftverteidigung und aktive Radarstrahler. Der Suchkopf der Harm erfasst Radarstrahlen eines Zieles, identifiziert diese und fliegt entlang der Radarstrahlen in die Strahlungsquelle hinein, die durch Aufschlagdetonation des Harm-Gefechtskopfes zerstört wird.» Wird allerdings der Radarstrahl ausgestellt, kann diese Rakete nicht mehr in das Ziel fliegen. Harm-Raketen schlugen daher mehrfach in Ungarn ein. Da eine Harm-Rakete etwa vierhunderttausend DM kostet, sind rund hundert Millionen DM verschossen worden.

Insgesamt blieb die direkte Beteiligung der deutschen Luftwaffe am Nato-Angriff relativ gering. In der Endphase der Luftangriffe waren mehr als tausend Nato-Flugzeuge beteiligt. Einmal mehr erwies sich das Territorium der Bundesrepublik als wichtiges Aufmarschgebiet. Sowohl britische als auch US-amerikanische Kampfflugzeuge starteten von Flugplätzen aus Deutschland. Und ohne die fliegenden Tanker der US-Luftwaffe, die überwiegend von Frankfurt am Main starteten,

wäre der Luftangriff nicht in der durchgeführten Konzentration möglich gewesen. Sie gewährleisten über Luftbetankung eine deutliche Erhöhung der Einsatzreichweite der eingesetzten Kampfflugzeuge.

Luftwaffen-Planung

In der Luftwaffe der Bundeswehr haben insgesamt sechs Staffeln mit etwa hundert Kampfflugzeugen den Krisenreaktionsstatus. Je zwei Staffeln sind für Luftangriffe (Tornado IDS) und für Luftverteidigung (Phantom) ausgerüstet, je eine für Luftaufklärung (Tornado Reece) und Kampf gegen die gegnerische Luftverteidigung (Tornado ECR). Alle Tornado-Varianten der Luftwaffe können mit Raketen zur Bekämpfung fliegender Ziele bestückt werden. Der Tornado IDS, die Version für Luftangriffe, hat zwei Bordkanonen und kann mit einem variablen Mix unterschiedlicher Raketen und Bomben bestückt werden. Gegenwärtig befinden sich in den Arsenalen frei fallende, also un gelenkte Bomben von 250 bis 1'000 Kilogramm Gewicht. Zur Bekämpfung mechanisierter und gepanzerter Einheiten und hochwertiger Ziele (Flugplätze) kann der Tornado mit einem extra für ihn entwickelten Submunitionsbehälter MW-1 ausgestattet werden. Aus dem Hochgeschwindigkeits-Tiefflug wird zieloptimierte Kleinmunition ausgestossen. Dies können Hohlladungs- oder Splitterkleinbomben sein, Panzerabwehrminen oder Minen gegen Fahrzeuge und rollende Flugzeuge. Auch besitzt die Bundeswehr Streubomben vom Typ BL-755. Wie viele sie davon hat, verrät die Bundesregierung «aus Geheimhaltungsgründen» nicht. Die ECR-Tornados werden mit Harm-Raketen bewaffnet, die als Folge des Kosovo-Krieges durch die deutsche DaimlerChrysler Aerospace modernisiert werden.

Zum Zeitpunkt des Kosovo-Krieges verfügte die Bundeswehr noch nicht über gelenkte Bomben oder Luft-Boden-Raketen grösserer Reichweite. Dies soll sich aber schnell ändern. Der Tornado und auch die deutsche Bomber-Version des Eurofighters, der ab dem Jahr 2012 in der Bundeswehr eingeführt werden soll, werden mit einer Modularen Abstandswaffe (MAW) vom Typ Taurus ausgerüstet. Dieser Lenkflugkörper soll mit Reichweiten über 350 Kilometer gegen Punktziele wie Brücken oder Bunker sowie Flächenziele eingesetzt werden. Für

letztere Einsatzoption würde der Sprengkopf ein Cluster sein. Die Dasa entwickelt diese Rakete massgeblich. Der Erstflug einer Testrakete erfolgte am 4. Oktober 1999. Die deutsche Luftwaffe soll im Jahr 2002 die ersten eigenen Marschflugkörper erhalten. Die Entwicklung dieser Waffe hat bis Herbst 1999 rund fünfhundert Millionen DM verschlungen. Allerdings gibt es Zweifel an der Zuverlässigkeit und Treffgenauigkeit des deutschen Systems. Italien ist aus dem ursprünglich gemeinsam geplanten Projekt im Mai 1999 ausgeschieden und plant, das britisch-französische Konkurrenzmodell anzuschaffen. Einer Pressemitteilung der Dasa vom 6. Oktober 1999 ist zu entnehmen, dass das Verteidigungsministerium bekräftigt habe, das Taurus-Programm von den Kürzungen zu verschonen. Die Dasa verweist auch darauf, dass «die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit grossen Bedarf an einem hochpräzisen Abstands-Lenkflugkörpersystem zur Flugzeugbewaffnung offengelegt haben» und andere Staaten Interesse an Taurus bekundet hätten. Es winken offenkundig lukrative Aufträge. Ebenfalls die Dasa ist mit der Einführung von lasergelenkten Bomben beauftragt. Dieser Bombentyp wird mittels eines Laserzielmarkierers abgeworfen. Diese präzisionsgelenkten Gleitbomben mit Penetrationsgefechtssköpfen und Laserzielsucheinrichtungen haben sich als äusserst effizient erwiesen, wenn sie denn das jeweils anvisierte Ziel auch treffen. Allerdings gilt für alle gelenkten Bomben, dass sie teuer sind und ihr militärischer Einsatz nur Sinn macht, wenn es um die Bekämpfung von «lohnenden» Punktzielen geht. Deshalb wird bei zukünftigen Kriegseinsätzen weiterhin auf klassische Bombenabwürfe nicht verzichtet werden. Damit wird die deutsche Luftwaffe beim nächsten Krieg das gesamte Spektrum der Luftkriegsoperationen erfüllen können. Im Kosovo-Krieg hatte sie noch nicht die Fähigkeiten. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums können die deutschen Kampfflugzeug-Besatzungen höchsten hundertfünfzig Flugstunden jährlich absolvieren. Nach Nato-Forderungen sollen hundertachtzig Stunden das Minimum sein. Dass die Nato-Richtlinien unterschritten würden, liege an den reduzierten Haushaltsmitteln und dem ungenügenden technischen Klarstand der Flugzeuge, so das Ministerium.

Die von Scharping im Mai 1999 vorgelegte «Bestandsaufnahme – Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert» fasst über die Luftwaffe zusammen: «Realitätsnahe, multinationale Ausbildung und Übungen sind für eine erfolgreiche Aufgabenerfüllung unabdingbar. Die Bereitstellung ausreichender Ausbildungs- und Übungseinrichtungen im In- und Ausland ist hierfür erforderlich.» Hinweise auf ausreichende Übungsplätze finden sich weder bei der Marine noch beim Heer. Offensichtlich bezieht sich dieser zitierte Befund auf die politische und juristische Auseinandersetzung um das Bombodrom und verweist auf die Bedeutung der freien Heide für das Üben von Luftangriffen aus Sicht der Bundeswehr.



Foto: Rainer Kühn

Was könnte die FREIE HEIDE aus den Umweltfolgen des Nato-Krieges lernen?

Knut Krusewitz

Einleitung

Es gibt einen beunruhigenden Zusammenhang zwischen dem Krieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Operation Allied Force) und dem geplanten Luft-Boden-Schiessplatz in der Wittstock-Ruppiner Heide (Bombodrom). Dieser Zusammenhang ist allerdings nicht unmittelbar erkennbar; sein ökologischer, rechtlicher und regionaler Aspekt muss vielmehr erst erschlossen werden. Dazu müssen wir aufarbeiten, wie die Nato ihren Krieg führte. Selbst diejenigen, die zu Kriegsbeginn bereit waren, die offizielle Begründung für den Angriffskrieg zu akzeptieren – Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo –, müssen uns nämlich noch erklären, warum die Nato ständig *vorsätzlich* das umweltbezogene und humanitäre Kriegsvölkerrecht verletzt hat. Dies war der Fall,

- als sie sich das unbeschränkte Recht in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung nahm,
 - als sie Gewalt gegen die Zivilbevölkerung anwendete mit dem hauptsächlichen Ziel, Schrecken zu verbreiten und
 - als sie aus demselben Grund schwere Schäden an der natürlichen Umwelt anrichtete, wissend, dass sie dadurch deren Leben, Gesundheit und natürliche Existenzgrundlagen nachhaltig gefährden würde.
- Jedenfalls ist noch erklärungsbedürftig, warum es gerade diejenigen, die vorgaben, der Krieg sei aus humanitären Gründen zwingend gewesen, nie störte, dass er hauptsächlich gegen die unschuldige Zivilbevölkerung und ihre Biosphäre geführt wurde.

Dieser Krieg war, militärtechnisch geredet, ein konventioneller Luftkrieg, bei dem Mittel strategischer Aufklärung, elektronische Kriegsführung und präzisionsgelenkte Munition eingesetzt worden sind. Die Luftstreitkräfte der Allianz flogen rund 38'000 Einsätze gegen militärische, vor allem aber zivile Ziele. An den täglichen Luftangriffen waren zu Beginn des Krieges 420 und am Ende 1'200 Flugzeuge beteiligt, vor allem schwere Bomber und Jagdbomber. Dabei wurden 329

Marschflugkörper (Cruise Missiles) sowie rund 23'000 Bomben und Raketen eingesetzt, «von denen etwa ein Drittel präzisionsgelenkt waren – soviel wie in keinem Krieg zuvor» (Neudeck/Scheffran, 2000, S. 91). Die deutsche Luftwaffe verschoss mit ihren ECR-Tornados 236 Anti-Radar-Lenkflugkörper (Rose, 2000, S. 54) und sie setzte die Drohne CL 289 ein.

Ihren Luftkrieg führte die Nato *gleichzeitig* als Umweltkrieg gegen die jugoslawische Zivilbevölkerung. Sie nutzte die jugoslawische Umwelt als Ganzes – Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt (Naturhaushalt) – zur Zielplanung und als Verstärkermedium: Erst bombardierten die Luftstreitkräfte zivile Ziele, die gefährliche Stoffe enthielten, und anschliessend sollte der *ökologische Kontext* die Wirkung der ausgetretenen Stoffe auf die Zivilgesellschaft verstärken. Gleichwohl war die militärische Manipulation der natürlichen Umwelt kein Kriegsziel, sondern ein Mittel der Kriegsführung. Ziel war, die Bevölkerung in Schrecken zu versetzen, um dadurch die «Führung der BRJ zu einer generellen Änderung ihrer Politik zu zwingen» (Loquai, 2000, S. 126). Die Nato nutzte dazu die *Umwelt als Repressalie* gegen die wehrlose Zivilbevölkerung, eine besonders verwerfliche Methode der Kriegsführung.

Meine Bestandsaufnahme der Umweltschäden am Balkan mündet in eine besorgniserregende Prognose. Sie besagt, dass die Nato in ihren zukünftigen Krisen- und Konfliktszenarien die Biosphäre des jeweiligen Gegners – also die *Umwelt als Ganzes* – zum integralen Bestandteil ihrer Kriegsführungsmethode machen wird. Die Kriege der Zukunft würden dann nicht nur wegen ihrer «weltraum- und luftgestützten Aufklärungsmittel, modernster Informations- und Führungstechnologie sowie konkurrenzlos überlegenen Luftkriegsmittel» (Rose, ebda.) komplexer, sondern auch, weil die Techniken der Umweltkriegsführung verfeinert werden müssen. Bodentruppen etwa sind kaum in einer feindlichen Umwelt einzusetzen, die zuvor durch die eigene Luftkriegsführung grossräumig und lang andauernd verseucht wurde.

Und spätestens an dieser Stelle gerät der regionale Aspekt ins Blickfeld. Diese Prognose besagt nämlich für den streitigen Luft-Boden-Schiessplatz Wittstock, dass, sollte der Bund obsiegen, auf diesem Ge-

lände in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr *Verteidigung* sondern nur noch *Krieg* geübt würde. Dann wird die Bundesluftwaffe im Verbund mit anderen Nato-Luftstreitkräften in der Wittstock-Ruppiner Heide genau jene umweltgefährdende und menschenverachtende Kriegsführung weiter entwickeln, für die der Krieg gegen Jugoslawien das Vorbild liefert.

Der Widerstand der FREIen HEIDe wäre in diesem Fall dringlicher als zuvor, weil diese Kriegsführung ökologisch, rechtlich und moralisch *unerträglich* bliebe. Allerdings müsste die widerständige Friedensarbeit ihren Wissenshorizont und Handlungsrahmen erheblich erweitern. Dazu soll diese Umweltanalyse der Operation Allied Force beitragen.

Welche umweltbezogenen Prinzipien und Normen des Kriegsvölkerrechts hotte die Noto vor und während des Krieges zu beachten?

Für die weitere Friedensarbeit ist es unerlässlich, die Bedeutung der umweltbezogenen Gesetze zu kennen, denen kriegführende Staaten auch dann unterworfen sind, wenn sie einen Angriffskrieg begonnen haben. Sie finden sich

- im «Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken nebst Anhang und Absprachen vom 18. Mai 1977 – Umweltkriegsverbots-Übereinkommen» (engl.: Environmental Modification Convention), zitiert als ENMOD-Convention – (Fahl, 1980, S. 136-143) und
- im «39. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte vom 8. Juni 1977» – zitiert als ZP I – (Randelzhofer, 1999, S. 569-617).

Nach den Erfahrungen der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam verabschiedeten die Vereinten Nationen im Jahre 1977 die ENMOD-Convention und das ZP I; im Unterschied zu den USA hat die Bundesrepublik Deutschland diese Gesetze ratifiziert.

Nach Artikel I der ENMOD-Convention ist es verboten, «umweltverändernde Techniken, die weiträumige, lange andauernde oder schwerwiegende Auswirkungen» haben, als Mittel der Kriegsführung zu nutzen. «Zielrichtung ist also der Gebrauch so genannter «environmental modification techniques» als militärische Instrumente, d.h. der gezielte Missbrauch der Umwelt als Waffe.» (Oeter, 1994, S. 98) Artikel II untersagt jede militärische «Manipulation natürlicher Abläufe» (ebda).

Die Absprachen (Understandings) zu den Artikeln I und II regeln, dass

- als *weiträumig* ein Gebiet von mehreren hundert Quadratkilometern gilt;
- *lange andauernd* sind militärische Schäden, wenn sie über eine Periode von mehreren Monaten (ungefähr eine Jahreszeit) hinaus anhalten, und
- *schwerwiegend* ist danach eine Auswirkung, die eine ernste oder bedeutende Störung oder Schädigung des menschlichen Lebens, der natürlichen wirtschaftlichen Hilfsquellen oder sonstiger Güter mit sich bringt.

Wenn *eine* dieser Beschränkungen verletzt wird, greift das Verbot der ENMOD-Convention ein.

Mit Artikel 35 Absatz 3 ZP I und der komplementären Norm des Artikel 55 in diesem Zusatzprotokoll wurde ein «absolutes Verbot nachhaltiger Umweltschäden in das Humanitäre Völkerrecht eingeführt» (Oeter, ebda.). Bereits wenn *erkennbar* ist, *vermutet* werden kann, dass die Kriegsführung zu ausgedehnten, lang andauernden und schweren Schäden der natürlichen Umwelt führt, ist der Einsatz solcher umweltschädigender Mittel und Methoden auch dann verboten, wenn er vorgeblich militärisch notwendig ist. Die «bewusste Herbeiführung ebenso wie die reine Inkaufnahme von nachhaltigen und schweren Schäden an der Umwelt wurde somit im Rahmen der Kriegsführung völlig geächtet. Die Normen des Zusatzprotokolls I gehen im Prinzip also deutlich weiter als das Verbot der ENMOD. Erfasst werden nicht nur die absichtliche Schädigung der Umwelt im Rahmen der Kriegsführung (wie beim Umweltkriegsübereinkommen), sondern auch die *reinen Kollateralschäden.*» (Oeter, ebda.; Hervorhebungen nicht im Original)

Da jede Kriegsführung erhebliche Kollateralschäden an der Umwelt verursacht, ist die Frage nach den Bestimmungen im Zusatzprotokoll I, die den Krieg *begrenzen*, von beachtlichem rechtlichem und friedenspolitischem Interesse. Die Diplomatische Konferenz der Vereinten Nationen hat «die analog der ENMOD verwendeten Schwellenbegriffe ‚ausgedehnt‘, ‚langanhaltend‘ und ‚schwer‘ [...] nicht *alternativ* (wie bei ENMOD), sondern *kumulativ* benutzt. Nur Kollateralschäden, bei denen grosse Flächen in Mitleidenschaft gezogen werden, die gleichzeitig über einen längeren Zeitraum andauern und die zudem noch schwere Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt nach sich ziehen würden, werden von den Verboten der Art. 35 Abs. 3, 55 ZP I erfasst.» (Oeter, 1994, S. 99)

Die Bundesregierung behauptete nach Kriegsende, die Nato habe sich im Verlauf des Krieges völkerrechtskonform verhalten, weil «Rechtsexperten jedes Ziel auf eine völkerrechtliche Zulässigkeit der Bekämpfung» (Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1788, S. 4) bewertet hätten. Diese Argumentation ist falsch. Wäre sie richtig, dann dürfte es in der Balkanregion überhaupt keine kriegsbedingten nachhaltigen Umweltschäden geben.

Über die Umweltfolgen des Nato-Krieges

Eine vollständige Bestandsaufnahme des umweltrelevanten Datenmaterials, sollte sie überhaupt möglich sein, wird auf absehbare Zeit nicht vorliegen. Dennoch reichen die in den vorliegenden Daten steckenden Informationen hin, um empirisch gehaltvolle Aussagen über den Zusammenhang zwischen Kriegsführungsmethode der Nato und ihrer Umweltgefährdung zu machen. Die schwerwiegendsten Schäden an der natürlichen und sozialen Umwelt verursachte die Nato durch Bombardierung und Zerstörung von

- 23 petrochemischen Fabriken, Öl-Raffinerien und Öl-Lagern, Werken der chemischen und pharmazeutischen Industrie, Ammoniak-, Düngemittel- und Pflanzenschutzfabriken
- sowie 121 grösseren Industrieanlagen.

Die angegriffenen Objekte lagen in industrialisierten, *dicht besiedelten* Gebieten Jugoslawiens und sie enthielten alle *gefährliche Stoffe*. Ge-

fährliche Stoffe (im Sinne des Chemikaliengesetzes und der Gefahrstoff-Verordnung) sind Umweltchemikalien, «die explosionsgefährlich, entzündlich, brandfördernd, giftig, ätzend, reizend, sensibilisierend, fruchtschädigend, erbgutverändernd, krebserzeugend, umweltgefährdend oder geeignet sind, die Beschaffenheit des Naturhaushalts, von Wasser, Boden, Luft, Klima, Pflanzen, Tieren oder Mikroorganismen so zu verändern, dass dadurch sofort oder später Gefahren für die Umwelt herbeigeführt werden können.» (Walletschek/Graw, Hrsg., 1995, S. 134) Wer solche Stoffe im Krieg vorsätzlich freisetzt, der übt Gewalt aus mit dem Ziel, Schrecken unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten.

Durch die Bombardierung dieser Komplexe wurden erbgutverändernde, krebserzeugende, hochgiftige und/oder ökotoxische Stoffe freigesetzt. Bislang wurden solche Schadstoffe an folgenden Standorten in *gesundheitsgefährdenden* Konzentrationen gemessen und nachgewiesen (Stephan u.a. [a 4-b], 1999; FOCUS, 1999; UNEP/UNCHS [a + b] 1999):

Pancevo: 1.2 Dichlorethan (ECD), Vinylchlorid Monomer (VCM), Dioxine, Furane, Phosgen, Benzo(a)pyren, Ammoniak, polychlorierte Biphenyle (PCBs), Quecksilber, Schwefeldioxid, Stickoxide, Russ, Rauch.

Kragujevac: Polychlorierte Biphenyle (PCBs), Dioxine, Furane, Benzol; Toluol, Tetrachlorethylen, Trichlorethan, Kupfer, Zink, Kobalt.

Novi Sad: PCBs, n-Hexan, flüssige Kohlenwasserstoffe, Schwefeldioxid, Blei, Quecksilber, Russ, Rauch.

Bor: PCBs, Kupfer, Arsen, Cadmium, Blei, Zink.

Kraljevo: flüssige Kohlenwasserstoffe, Diesel, Toluol, Benzol.

Nis: flüssige Kohlenwasserstoffe, PCBs, Dioxine.

Novi Beograd: flüssige Kohlenwasserstoffe, Benzin.

Smederova: Russ, Rauch, flüssige Kohlenwasserstoffe.

Cacak: Schwermetalle.

Unstreitig ist, dass die Nato an den Standorten der zerstörten Anlagen die natürliche Umwelt erheblich geschädigt und dadurch die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt hat. Streitig ist allerdings, ob die

Umweltschäden nur erheblich oder nicht vielmehr weiträumig, langanhaltend und schwerwiegend sind. Zur Aufklärung kann der «Fall Pancevo», eine Art «kriegsökologisches Guernica» beitragen.

Der Fall Pancevo

Die Chemiestadt Pancevo, in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Belgrad gelegen, hatte zu Kriegsbeginn rund 140'000 Einwohner. An diesem Standort befanden sich der Chemiekomplex HIP AZOTARA, bestehend aus einer Anlage zur Herstellung von Ammoniak, von NPK und CaCN₂-Düngemittel sowie zur Herstellung von Vinylchlorid (Vinylchlorid-Monomer [Elektrolyseverfahren]), eine Erdölraffinerie sowie eine Pipeline, Tanks und Lager.

Die Nato griff diesen Standort mehrmals an. Am 4. April 1999 bombardierte sie die Erdölraffinerie. Am 15. April 1999 schlugen Raketen in die Düngemittelfabrik, die Ammoniakanlage und die Anlage für VCM ein. Am 18. April 1999 bombardierte sie zeitgleich die Düngemittelfabrik, die Erdölraffinerie und die petrochemischen Anlagen. «Die Düngemittelfabrik wird vollständig zerstört, mehrere Hundert Tonnen Düngemittel verbrennen. Der Brand dauerte ca. 3 h, es bildete sich eine ca. 500 m hohe Brandgaswolke, die vor allem Phosphoroxide und Stickoxide (NO_x) enthielt. Zugleich wird der einzige noch zur Hälfte gefüllte VCM-Tank getroffen: es verbrannten 450 t VCM, und Chlor und Fluor wurden freigesetzt.» (Stephan u.a. [b], 1999, S. 315) Nach jedem Angriff auf den Chemiekomplex brannten Anlagen, weshalb die unkontrolliert freigesetzten Stoffe durch die Thermik grosse Giftgaswolken bildeten, die ätzende Gemische enthielten aus ECD, Vinylchlorid Monomer (VCM), Benzo(a)pyren, Ammoniak, Dioxinen/Furanen, Phosgen, Schwefeldioxid und Stickoxiden. In einigen Bombennächten waren die Giftkonzentrationen so hoch wie nach einem *Grossangriff mit C-Waffen*. Die nicht evakuierte Bevölkerung war diesen Giftstoffen mehrfach ungeschützt ausgesetzt. Viele Gesundheitsschäden werden sich allerdings «zum Teil erst in vielen Jahren zeigen». (Stephan, 1999, S. 42)

Umweltfolgen der freigesetzten Chemikalien in die Donau

«Nach der Bombardierung der VCM-Anlage in Pancevo in der Nacht des 18. April 1999 wurden direkt in die Donau eingeleitet: ca. 1'400 t Ethylendichlorid und ungefähr 1'000 t reiner ca. 33%iger Salzsäure. Dazu kamen 3'000 t Natriumhydroxid-Lösung und mehrere 10 t flüchtiges Chlor. Die Chlorelektrolyse wurde indirekt beschädigt; dabei sind ca. 8 t Quecksilber freigesetzt worden und zumindest teilweise in die Donau gelangt.

Durch die Zerstörung der Ö Raffinerien in Pancevo gelangten etwa 50 t einer Ölemulsion in den Fluss, da die Kläranlage nicht arbeiten konnte. Einige 100 t Rohöl und Petroleumprodukte flossen in die Donau, als 18 riesige Öltanks gleichzeitig getroffen wurden. Eine grosse Menge toter Fische wurde ca. 30-40 Kilometer stromabwärts von Pancevo aufgefunden. Auf der Donau wurden 13 grosse Öllachen beobachtet, eine davon hatte eine Länge von 24 km.» (Stephan u.a. [b], S. 315)

Der Donau als Angelgebiet droht eine Gefahr durch die «in Sedimenten ablaufende Methylierung von Schwermetallen, insbesondere von Quecksilber und Blei [...]. Methylquecksilber hat selbst eine hohe Toxizität gegenüber Wasserorganismen; so wirken bereits 0,03 mg/l bei Fischen teratogen; und dazu kommt, dass Methylquecksilber sich durch eine hohe Bioakkumulationstendenz auszeichnet und Biokonzentrationsfaktoren von 1'000-2'500, bei ausgewählten Spezies bis zu 40'000 (*Esox lucinus*) festgestellt wurden. Um das ‚Minamata-Syndrom‘ zu vermeiden, wurde das Angeln stromabwärts der betroffenen Chemieanlagen verboten.» (Stephan u.a. [b], 1999, S. 318)

Freisetzung in das Grundwasser

Das Grundwasser deckt zu neunzig Prozent den Bedarf an Trinkwasser für die Bevölkerung und Brauchwasser für die Industrie. Es ist zu befürchten, dass Grundwasserleiter infolge der freigesetzten Chemikalien grossräumig kontaminiert werden.

Freisetzung in die Luft

Durch die Luftangriffe auf Pancevo brannten grosse Öl-Depots. Dadurch bildeten sich Russ, Rauch und andere Partikel sowie vor allem Schwefeldioxid und Stickstoffoxide. «Im Fall von Pancevo bildete

sich eine Rauchwolke von ca. 20 km Länge, 1,5 km Breite und 3 km Höhe über zehn Tage. Die Konzentrationen an Russ, SO₂ und chlorierten Kohlenwasserstoffen stiegen auf das vier- bis achtfache der erlaubten Werte.» Stickoxide bildeten ausser den brennenden Industrieanlagen die bis zu 1'200 täglich angreifenden Kampfflugzeuge.

Schadstoffwolken der geschilderten Art können sehr schnell ihren Verlauf ändern und somit Bevölkerungsgruppen schädigen, die weit vom bombardierten Standort leben. «Ein Beispiel dieser Art ereignete sich nach dem Angriff auf Pancevo am 18. April 1999. Als der Wind aus östlicher/nordöstlicher Richtung wehte, wurden die toxischen Verbrennungsprodukte aus dem Industriegebiet in die Randgebiete von Belgrad getragen (COCl₂, VCM u.a.). Dann jedoch drehte der Wind auf West und wurde heftiger, nachfolgend kamen starke Niederschläge auf. Damit wurden die Kontaminationen z.T. niedergeschlagen, z.T. hydrolysiert. Andererseits wurden die Verbrennungsprodukte nunmehr über die Grenzen in die Nachbarländer – Rumänien, Bulgarien, Ungarn – getragen, wie sich u.a. in der Zeit vom 18. bis 26. April 1999 in Rumänien durch deutlich erniedrigte pH-Werte im Regenwasser nachweisen liess. In Ticenis (Rumänien) – nordöstlich von Belgrad – betrug in dem obengenannten Zeitraum die maximale Konzentration für SO₂, NO_x und NH₃ das fünf- bis zehnfache der zulässigen Immissionskonzentration.» (Stephan, u.a. [b], S. 316)

Freisetzung in Böden

Ein Teil der Wasser- und Luftkontaminanten lagert sich in umgebenden Böden ab. So hat das Team von Frau Prof. Stephan in den Böschungen des 1,8 Kilometer langen, in die Donau mündenden Pancevo-Abwasserkanals extrem hohe Werte für Mineralkohlenwasserstoffe (MKW), leichte Kohlenwasserstoffe, 1,2 Dichlorethan (EDC), polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Quecksilber und polychlorierte Dibenzodioxine/polycyclische Dibenzofürane (PCDD/PCDF) nachgewiesen. Die PAK beispielsweise weisen zum Teil ein beträchtliches kanzerogenes und mutagenes Potential auf wie Benzo(a)pyren, Chrysen, Benzo(b)fluoranthan und Benzo(e)pyren.

Freisetzung in Kulturlandschaften

Ein Teil der Luftkontaminanten in den Brandgaswolken (s.o.) hat sich in der Umgebung von Pancevo in forst- und landwirtschaftlich sowie gärtnerisch genutzten Gebieten niedergeschlagen. Erhebliche Vegetationsschäden traten bereits während der Operation Allied Force in der Umgebung von Pancevo auf. Gefährliche, weil sehr giftige Stoffe sind die polychlorierten Dibenzodioxine und polycyclischen Dibenzofurane (PCDD/PCDF), die sich durch die Verbrennung von polychlorierten Biphenylen nach den Bombardierungen der HIP AZOTARA gebildet haben. «Es kann behauptet werden, dass erhebliche Mengen der PCDDs/ PCDFs von Gaswolken verteilt worden sein müssen. [Es] wäre deshalb notwendig, die Verseuchung von landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Gebieten, über die Gaswolken zogen, zu untersuchen, weil die von Wolken transportierten Stoffe sich teilweise niederschlugen. Die ermittelten Werte erreichen bereits die Grenzwerte für Landwirtschaft und Gärtnereien und machen deshalb weitere Untersuchungen, Sanierungsprogramme oder Nutzungsbeschränkungen erforderlich.» (Stephan, u.a. [a], S. 52)

Welche umweltbezogenen und humanitären Bestimmungen hat die Nato durch ihre Kriegführung verletzt?

Dieses Kapitel liefert zahlreiche Beweise für die Behauptung, die Nato hätte den ökologischen Kontext als Verstärkermedium für ihre Waffenwirkungen genutzt. Nachweisbar sind folgende Verletzungen der Bestimmungen in Absprachen zu Artikel I, II ENMOD-Convention in Verbindung mit Artikel 35, Absatz 3, und Artikel 55, Absatz 1 ZP I:

Lang anheftende Umweltschäden

Die Gefährdungsabschätzung der langfristigen Umweltschäden ist kompliziert, denn nach der Bombardierung und Zerstörung der Industriekomplexe bildeten die freigesetzten Stoffe sofort Mischkontaminationen. «Die Wechselwirkung solcher Schadstoffgemische im Untergrund ist ausgesprochen schwierig zu bewerten und noch wenig erforscht.» (UBA, 1999, S. 9)

Dennoch: «Mit Sicherheit geht von den in Folge der Zerstörung von Industrieanlagen entstandenen Altlasten eine weit über das Kriegsende hinausreichende Gefährdung der Menschen in den betroffenen Regionen aus.» (UBA, 1999, S. 10) Diese prognostische Aussage haben das Gefahrstoff-Büro (Halle) und Öko-Control (Dessau) im Fall Opovo, einer Stadt nahe Pancevo, bestätigt: «Nahe Opovo waren Forstschäden deutlich erkennbar, die auf Rauchschäden hinwiesen. [...]. Ernteverluste (wahrscheinlich über einen Zeitraum von mehreren Jahren) sollten in Rechnung gestellt werden, ebenso eine Schädigung der natürlichen Fauna und Flora.» (Stephan u.a. [a], S. 54) Die nachgewiesenen PCDDs/PCDF seien zwar «keine Umweltkatastrophe, aber eindeutig eine Umweltbelastung», urteilte der Leiter der Abteilung Umweltchemie der Universität Ulm, Karlheinz Ballschmiter. Sie würden überwiegend in landwirtschaftlichen Produkten abgelagert und «zu 95 Prozent über die Nahrungskette aufgenommen». «Würde man dort in zwei Jahren die Muttermilch untersuchen, würde sich das Ergebnis in den darin enthaltenen Schadstoffen widerspiegeln.» (Süddeutsche Zeitung, 1999, S. 5)

Weiträumige Umweltschäden

Die Angriffe haben Umweltschäden verursacht, die weit über die betroffenen Regionen hinausgehen.

- «Die Untersuchungsergebnisse von Pancevo, Opovo und Novi Sad zeigen, dass die chemischen Konsequenzen des Krieges nicht auf örtliche Effekte beschränkt sind, sondern mindestens regionale Auswirkungen haben. Soweit sie auch die Donau beeinträchtigen, können sie sogar grenzüberschreitende Wirkungen haben.» (Stephan u.a. [a], S. 53)
- «Die Donau ist unzweifelhaft durch das Bombardement von Ablagen und Fabriken mit Erdöl und Erdölderivaten sowie anderen gefährlichen Chemikalien kontaminiert worden.» (Stephan u.a. [b], S. 315)
- Es ist zu befürchten, dass Grundwasserleiter infolge der freigesetzten Chemikalien grossräumig kontaminiert werden, was nicht nur Auswirkungen für Jugoslawien, sondern auch für Südeuropa hätte.
- «Zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 wurde wegen der

Luftschläge gegen Anlagen der Chemie und Petrochemie in Jugoslawien eine grosse Anzahl von Chemikalien in die Atmosphäre emittiert. Solche Chemikalien können in der Atmosphäre unter bestimmten meteorologischen Bedingungen über Grenzen in grosse Entfernungen transportiert werden. Die Emissionen enthalten nicht nur konventionelle Luftschadstoffe, sondern auch halbflüchtige organische Verbindungen wie Dioxine, Furane, PCBs, PAHs und Phthalazin, von denen bekannt ist, dass sie gesundheitsgefährdend sind.» (FOCUS, 1999)

- Die toxischen Komponenten in den Giftwolken bombardierter Chemiekomplexe wurden auch bis Griechenland verfrachtet. Nach Kriegsbeginn führten Umweltwissenschaftler der Universität in Xanthi (Nordgriechenland) Messungen durch. Danach waren an der Oberfläche von Rauch- und Russpartikeln, Resultat bombardierter jugoslawischer Chemie-Anlagen, zahlreiche organische Schadstoffe adsorbiert, so «Dioxine und Furane, polychlorierte Biphenyle (PCB) und aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK)». Die gemessenen Konzentrationen waren sechsmal höher als die vor Kriegsausbruch ermittelten (Rapsomanikis u.a., 1999, S. 1 ff.).

Schwerwiegende Umweltschäden

Zu den oben genannten Verletzungen der Bestimmungen tritt hier noch Artikel 54, Absatz 2 ZP I hinzu. In diesen Fällen handelt sich um die bedeutende Schädigung natürlicher und wirtschaftlicher Hilfsquellen sowie des menschlichen Lebens durch die Freisetzung von beispielsweise:

- polychlorierten Biphenylen (PCBs),
- radiotoxischen und chemotoxischen Zerfallsprodukten der Uranmunition (DU-Munition) oder
- Phosgen.

Zu den Wirkungen von PCBs

Durch die Bombardierung von Transformatoren in Pancevo, Kragujevac, Novi Sad, Nis und Bor traten die ölartigen PCBs entweder aus oder sie verbrannten. Die Menschen sind den freigesetzten Schadstoffen, die in Konzentrationen bis zu 300 mg/kg gemessen wurden (UNEP/UNCHS [b] 1999, S. 40), über Nahrungsmittel, Trinkwasser

und Luft ausgesetzt. «Über die Nahrungskette und fetthaltigen Gewebe, Nervenzellen, Keimdrüsen und die Muttermilch» reichern sie sich an (Heinrich/Hergt, 1994, S. 173). «Chronische Intoxikationen manifestieren sich u.a. in Veränderungen bzw. Schädigungen der Haut (Akne), der Leber, der Niere, des ZNS und des Gastrointestinaltraktes. Darüber hinaus sind Wirkungen auf das endokrine System, das Immunsystem und die Aktivität mikrosomaler Enzyme festgestellt.» (Koch, 1986, S. 270) Für handelsübliche PCB-Produkte wie das in jugoslawischen Transformatoren verwendete «Aroclor» «ist eine karzinogene Wirkung im Tierexperiment» festgestellt. «Epidemiologische Studien weisen ebenfalls auf Zusammenhänge zwischen PCB-Exposition und Krebshäufigkeit hin.» (Koch, ebda.)

In den Fällen, in denen PCB durch die Bombardierung verbrannt, kann sich unter anderem das polychlorierte Dibenzofuran (PCDF) gebildet haben, Ausgangsprodukt für das über mehrere Reaktionsschritte gebildete ultragiftige 2,3,7,8-Tetrachlordibenzofuran (Alloway/Ayeres, 1996, S.247).

Zu den Wirkungen der Urangeschosse (DU-Munition)

Die Nato räumte zwar bereits während des Krieges ein, dass die US-Luftwaffe «DU-Geschosse» (DU: depleted uranium – abgereichertes Uran) verwendet, aber seit einem Jahr weigert sich das Pentagon, die Zielgebiete anzugeben. Die USA handeln unverantwortlich, weil sie wissen, dass sie auf jugoslawischem Territorium eine militärische Altlast hinterlassen, die Mensch und Umwelt nachhaltig gefährdet. Uran ist bekanntlich als Schwermetall chemotoxisch und durch die ionisierende Strahlung der Zerfallsreihe radiotoxisch.

DU ist ein Kuppelprodukt des Urananreicherungsprozesses. «Natürliches Uran enthält nur zu 0,71% das spaltbare Isotop Uran₂₃₅, der Rest besteht überwiegend aus Uran₂₃₈.» (Diel, 2000, S. 1) Bei abgereichertem Uran wurde der grösste Teil des U₂₃₅ entfernt, das, anschliessend angereichert, für Leichtwasserreaktoren und Atomwaffen verwendet wird. Das abgereicherte Uran (DU) besteht aus hundert Prozent metallischem Uran. «Aufgrund seiner exorbitanten Härte und Dichte eignet sich DU-Metall als Geschossmaterial gegen gepanzerte Ziele. [...]

DU ist recht billig, liegt in grossen Mengen vor und ist schwerer als Blei.» (Ball/ Neuneck, 2000, S. 5)

Im Krieg gegen Jugoslawien feuerte die US-Luftwaffe bei etwa hundert Angriffsflügen auf jugoslawische Objekte rund 31'000 DU-Geschosse ab. Es handelte sich anscheinend um den Munitionstyp PGU-14 (API), Kaliber 30 mm, der 298 Gramm des abgereicherten U_{238} (Ball/Neuneck, 2000, S. 6) enthielt. Rechnerisch hinterlässt die Nato am Balkan eine DU-Altlast von mindestens 9,238 Tonnen; sie würde um rund 3,3 Tonnen zunehmen (auf insgesamt 12,538 Tonnen), wenn sich der Verdacht bestätigte, dass die 329 eingesetzten Marschflugkörper mit rund drei Kilogramm DU in der Spitze des Flugkörpers ausgerüstet waren.

Die Urangeschosse wirken nach dem Auftreffen auf gehärtete Ziele zunächst ökotoxisch, weil dabei ein Grossteil der kinetischen Energie in Wärme verwandelt wird. «Dieser Vorgang verwandelt einen Teil des DU-Geschosses in eine Wolke von heissen Partikeln und Aerosol. Kleine Partikel verbrennen und so entsteht ein feines Aerosol aus DU-Oxid.» (Ball/Neuneck, 2000, S. 8) Aerosole sind in der Luft fein verteilte feste oder flüssige Stoffe mit einer Teilchengrösse kleiner als 10 μm .

DU-Aerosole können wegen ihres geringen Gewichts durch Winde über Hunderte von Kilometern verfrachtet werden, bevor sie in Boden und Wasser deponiert werden und schliesslich in die Nahrungskette gelangen. Bei Aufnahme von DU mit der Nahrung oder dem Trinkwasser entsteht dann eine Gefährdung hauptsächlich durch die chemische Toxizität des Urans; es ist ein Nierengift. Die US-Umweltbehörde EPA hat für Uran einen Trinkwasser-Grenzwert von 20 pg/l vorgeschlagen; die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt vorläufig den niedrigeren Wert von 2 pg/l , um noch Raum für die Aufnahme von Uran mit der übrigen Nahrung zu lassen.

Beim Einatmen von DU-Aerosolen entsteht schliesslich eine Strahlenbelastung der Lunge durch Alpha(a)-Strahlung. «Die effektive Inhalationsdosis [...] beträgt für abgereichertes Natururan 0,12 mSv/mg . Der [...] Grenzwert für die effektive Dosis für die Allgemeinheit von 1 mSv pro Jahr entspricht 8,3 mg . Bei kontinuierlicher Exposition und einer Atemrate von 0,9 m^3/h entspricht das einer Urankonzentration in

der Atemluft von Ipg/m^3 . Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass beim Auftreffen von Urangeschossen auf harte Ziele keramische Aerosole entstehen, die erheblich länger in der Lunge verbleiben als [...] angenommen; damit würde die Strahlenbelastung in diesem Falle wesentlich höher ausfallen.» (Diel, 2000, S. 6) Folge kann nach Ansicht der IPPNW (Organisation Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs) ein erhöhtes Krebsrisiko sowie die Schädigung von Niere und Leber sein (Hall, 2000, S. I ff.).

Die britische Strahlenschutzbehörde ging kurz nach Kriegsende davon aus, dass die grössten Risiken im Kosovo dort zu suchen seien, wo DU-Munition verschossen worden sei. Deshalb waren dort stationierte britische Truppen angewiesen, Schutzkleidung anzulegen, «wenn der Kontakt mit Zielen, die von Uran-Munition getroffen wurden, unvermeidlich ist» (Peterson, 1999, S. 11). Für die Zivilbevölkerung waren solche Vorsorgemassnahmen nicht vorgesehen.

Das Interesse der Nato an Phosgen-Störfallszenarien

Nach den Zerstörungen der VCM-Anlage der HIP AZOTARA am 15. und 18. April 1999 mit Cruise Missiles trat auch Phosgen aus, ein Stoff, der anderthalb Mal so giftig wirkt wie Blausäure. Es wurde in einer Konzentration von bis zu 10 ppm gemessen, einer Menge, die tödlich wirken kann (Stephan u.a.[a], S. 21f). 1 ppm (part per million) ist das Kürzel für ein Gewichtsanteil auf eine Million Gewichtsanteile (= 1 mg/kg). Diese Information muss in Zusammenhang gebracht werden mit dem frühen Interesse der Nato an Phosgen-Störfällen bereits im Frieden.

1979 veranstaltete die Nato in Rom ein Störfall-Symposium. Ein deutscher Störfallforscher, der inzwischen zum Mitglied des Vorstandes der Deutschen Shell AG avancierte Chemiker Fritz Vahrenholt, referierte die Ergebnisse einschlägiger Computerszenarien. «Für Phosgen, das im Ersten Weltkrieg als Kampfgas gegen die Franzosen eingesetzt wurde und heute in einer Reihe chemischer Prozesse benötigt wird, wurde vom TÜV Rheinland 1978 berechnet, welche Auswirkungen ein Störfall unter extrem ungünstigen Bedingungen haben kann: In dicht besiedelten Regionen wie dem Raum Köln über 2'000 Tote und fast 20'000 Schwerverletzte.» (Vahrenholt, 1982, S. 193)

Diese Untersuchung wiederholte der Berliner Meteorologe Bernd Gutsche im Auftrag der Nato mit einem mathematisch-meteorologischen Ausbreitungsmodell. Ergebnis: «Abhängig von den Wetterbedingungen kann eine Phosgen-Wolke sich bis zu sechs, aber auch über 100 Kilometer weit ausbreiten, wobei in der inneren Zone jeweils jeder zweite Bewohner sterben würde. Im schlimmsten Fall wäre dabei ein Areal von rund 1'200 Quadratkilometern betroffen.» (Gutsche, 1982, S. 217) Die kritische Menge dieser brisanten Chemikalie, die eine solche Katastrophendynamik auslösen könnte, beträgt zwei Tonnen. Mit wie vielen Toten und Verletzten rechnete die Nato im April 1999 vor ihrem Angriff auf den Chemiekomplex in Pancevo?

Angriffe gegen die natürliche Umwelt der Bundesrepublik Jugoslawien als Repressalie

Verletzungen der Bestimmungen von Artikel 51, Absatz 2, und Artikel 55, Absatz 2 ZPI:

Wir dürfen unterstellen, dass die politisch und militärisch Verantwortlichen der Nato die kritischen Mengen gefährlicher Stoffe kannten, die ökologisch wie C-Waffen wirken, wenn sie durch die «intelligente» Bombardierung von Chemiekomplexen «freigesetzt» werden.

Ich habe allerdings keinen Grund gefunden, der die Annahme rechtfertigt, die Angriffe gegen solche industrielle Objekte mit ihren verheerenden ökologischen Begleiterscheinungen seien militärischer Selbstzweck gewesen. Wenn sie aber kein Selbstzweck waren, dann konnten sie nur die Funktion einer *Repressalie* heben, eines Druckmittels gegen die Zivilbevölkerung. Anscheinend wollten die kriegführenden Staaten durch Freisetzen grosser Giftmengen in die Biosphäre das erreichen, was sie durch konventionelle Bombardierungen nicht erreichen konnten, nämlich in der Zivilbevölkerung Schrecken zu verbreiten, der sich, politisiert, gegen das amtierende Regime richten sollte.

Den grössten politischen Effekt glaubte die Nato in Verdichtungsgebieten und Grossstädten zu erzielen. Das verweist auf die Bedeutung von Pancevo. Nicht nur der Umstand, dass die dortigen Industrie-Anlagen allesamt gefährliche Stoffe enthielten, sondern auch ihre Lage im Verdichtungsraum von Belgrad machte diese Stadt für die Auf-

standsplaner der Nato interessant. Nach Kriegsende bestätigte die Bundesregierung diese Beurteilung (fast): «Die Nato-Luftkampagne [sic!] hat den militärischen Beitrag dazu geleistet, dass Sloboda [!] Milosevic letztendlich einlenkte. Der jugoslawische Präsident spürte zuletzt, dass die Bevölkerung die durch die Angriffe gegen militärisch [!] relevante Ziele hervorgerufene Beeinträchtigungen des täglichen Lebens wohl nicht mehr lange zu ertragen bereit gewesen wäre.»

(Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1788, S. 4) Dies ist allerdings nicht die ganze Wahrheit. Es müsste heißen: *ökologisch* relevante Ziele. Die ganze Wahrheit wollte die Bundesregierung aus gutem Grund nicht offenbaren. Angriffe gegen die natürliche Umwelt als Repressalie können nämlich als Kriegsverbrechen geahndet werden.

Aus friedenspolitischer Sicht interessiert allerdings eher die Forderung, wonach wir unser Verständnis vom Giftgaskrieg rasch revidieren sollten. Moderne Chemiewaffenkriege werden offenkundig nicht mehr mit primären, sondern mit *sekundären Giftgaswaffen* geführt, also durch die ökologisch-meteorologisch angeleitete Bombardierung von Anlagen, die gefährliche Stoffe und/ oder Kräfte enthalten. Diese Form des Giftgaskrieges führen Militärs gegen Zivilisten – ein Fortschritt der Kriegsführungsmethode, auf den unsere Luftwaffe stolz sein darf!

Hat die Bundesrepublik Deutschland vorsätzlich zur schweren Schädigung der jugoslawischen Umwelt beigetragen?

Die Bundesregierung hat mehrfach behauptet, die Nato habe den Krieg gegen Jugoslawien kriegsvölkerrechtskonform geführt. Daraus schloss sie logisch, auch ihr eigenes Kriegshandeln sei völkerrechtskonform gewesen. Hier sind allerdings erhebliche Zweifel angebracht, weil

- sie den Schutz der natürlichen und sozialen Umwelt der BRJ ihrem politischen Kriegsziel unterordnete;
- sie die einschlägigen Bestimmungen der ENMOD-Convention und des ZPI ständig verletzte, um dieses Ziel zu erreichen; sie dies auch dann noch tat, als sie vom Umweltbundesamt darüber informiert wurde, dass die Methode und die Mittel ihrer Kriegführung zu schwerwiegenden Umweltschäden führen würden;

- sie sich trotz besseren Wissens an der Fortsetzung des Krieges beteiligte, als das Ausmass der tatsächlichen Umweltschäden bereits erkennbar wurde, und
- weil sie sich nach Kriegsende darum bemühte, die schwerwiegenden Umweltschäden durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) klein arbeiten und verharmlosen zu lassen (Krusewitz, 2000, S. 209-225).

Dieser Zusammenhang zwischen Kriegsziel, Verletzung des Kriegsrechts, schwerer Umweltschädigung und Verharmlosung der Kriegsfolgen kann hier nur beispielhaft dokumentiert werden.

Tatsächliches Kriegsziel der Bundesregierung

Ich teile das wohlbegründete Urteil des Brigadegenerals a.D. Heinz Loquai, wonach «das eigentliche Kriegsziel» der Bundesregierung «nicht so sehr die Abwendung einer humanitären Katastrophe» war, sondern «die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien» (Loquai, 2000, S. 118). Loquai wies nach, dass die Bundesregierung bereits sechs Monate vor Kriegsbeginn an der militärischen «Herbeiführung eines Machtwechsels in der BRJ» und an der «Bestrafung eines Übeltäters, des jugoslawischen Präsidenten Milosovic» arbeitete (Loquai, 2000, S. 119).

Warnung des Umweltbundesamts

Das Umweltbundesamt (UBA) informierte die Bundesregierung am 5. Mai 1999 darüber, dass durch die Umweltfolgen des Krieges eine «zivile Nutzung weiter Teile dieser Regionen wegen der Gefährdung für die Gesundheit aus den Kontaminationen von Boden, Grund- und Oberflächenwasser nicht möglich sein wird» (UBA, 1999, S. 10).

Diese Prognose stützte das Umweltbundesamt auf Auswertungen vergangener Chemie-Störfälle. Danach sei generell davon auszugehen, dass bei Freisetzungen, Bränden und Explosionen von Gefahrstoffen in

- «Anlagen der Erdölraffinerie alle Inhaltsstoffe der Erdölfraction einschliesslich polycyclischer Kohlenwasserstoffe (PCK) beteiligt sein können;

- Anlagen der Düngemittelindustrie insbesondere Ammoniak, Salpetersäure, Phosphate beteiligt sind; bei Bränden ist mit grösseren Mengen nitroser Gase zu rechnen;
- Treibstofftanks, einschliesslich Flüssiggaslager unter Umständen mit erheblichen Schädigungen durch Explosionen mit Trümmerwurf zu rechnen ist, freigesetzte flüssige Kohlenwasserstoffe überdies zu Boden- und Wasserverschmutzung beitragen;
- Anlagen der Chemischen Industrie eine unübersehbare Gefährdung aufgrund der spezifischen Eigenschaften der beteiligten Stoffe vorhanden sein kann.» (UBA, 1999, S. 4)

Die Gefahrenstoffe können in die Atmosphäre, den Boden, in Folge auch in das Grundwasser oder in Oberflächengewässer verfrachtet werden. Grossbrände bewirken aufgrund der damit verbundenen Thermik eine «weitreichende, grenzüberschreitende Verteilung der Schadstoffe» (UBA, 1999, S. 5). Diese Prognose des Umweltbundesamts bezog sich anscheinend bereits auf Kenntnisse über die massiven Bombardierungen der Industriekomplexe in Pancevo.

Vorsätzliches Handeln

Die Nato hat, wie dargelegt, in den Verdichtungsräumen Belgrad, Novi Sad und Nis durch Bombardierungen enorme Mengen an Giften freigesetzt und dadurch eine grosse Zahl von Menschen der Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung ausgesetzt. Dennoch bestritt die Bundesregierung jeden Vorsatz. «Die Zielplanung, d.h. die Auswahl des Zieles und die Wahl des Angriffsverfahrens, war so angelegt, dass mögliche Kollateralschäden, vor allem an Zivilpersonen, aber auch an der Umwelt vermieden wurden [!]. Hierzu wendete die Nato ein komplexes Verfahren an, in das alle verfügbaren Informationen über das Ziel selber, über mögliche Kollateralziele sowie über die Wirkungsweise der verschiedenen, zur Bekämpfung in Frage kommenden Waffenarten einflossen. Zum Teil wurden Computersimulationen benutzt, um die Waffe mit dem geringsten Kollateralschadensrisiko auszuwählen. Rechtsexperten bewerteten jedes Ziel auf eine völkerrechtliche Zulässigkeit der Bekämpfung.» (Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1788, S. 4)

Diese Argumentation provoziert wenigstens zwei Einwände. Welche

Völkerrechtler haben die Bundesregierung zur Bombardierung von Chemieanlagen in unmittelbarer Nähe einer Millionenstadt mit der Begründung ermuntert, der dadurch zwangsläufig ausgelöste chemische Krieg gegen Mensch und Natur sei völkerrechtskonform? Und die Behauptung, Computersimulationen seien nur zur militärischen Schadensminderung verwendet worden, kann erst überprüft werden, wenn die Nato-Kriegsministerien die als geheim eingestuftes Waffenwirkungsanalysen (BDA: Battle Damage Assessment) veröffentlichen (Deutscher Bundestag, 1999, S. 3). Bis dahin darf unterstellt werden, dass solche Simulationen eher für den gegenteiligen Zweck entwickelt wurden, nämlich Waffen mit der grössten ökologischen und sozialen Schadenswirkung auszuwählen.

Für diese Annahme gibt es im Fall von Pancevo starke Indizien. Die Bundesregierung könnte einwenden, in Pancevo und anderswo hätten nur amerikanische, nicht aber deutsche Mittel der Kriegsführung eine ernste Schädigung des menschlichen Lebens, der natürlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen mit sich gebracht. Dies würde die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland vorsätzlich zur schweren Schädigung der jugoslawischen Umwelt beitrug, gleichwohl nicht beantworten. Denn nach deutschem Recht könnte sich die Bundesregierung der Beihilfe schuldig gemacht haben, weil sie nie bestritt, den USA bei deren umweltbezogenen Kriegshandlungen Hilfe geleistet zu haben. Diese Kriegshandlungen der USA können jedoch als schwere Verletzungen des Kriegsvölkerrechts interpretiert werden, was auch die Bundesregierung spätestens nach den Warnungen des Umweltbundesamtes nicht mehr ausschliessen durfte.

Fazit

Dieser Beitrag wirft einen kritischen Blick auf den Nato-Krieg mit seinen schwerwiegenden ökologischen Begleiterscheinungen und damit auf uns selbst, die Befürworter des Krieges wie seine Kritiker. Offenbar nahm unsere politische und militärische Führung an, sie dürfe die Umwelt des Gegners – also unausweichlich auch die der Zivilbevölkerung –, nachhaltig schädigen, um ihn vernichtend zu schlagen. Deshalb nutzten deutsche Luftstreitkräfte im Verbund mit alliierten Ver-

bänden die jugoslawische Umwelt als Ganzes für ihre Kriegsführung. Indem sie dadurch vorsätzlich die Schadenswirkungen zerstörter Objekte vervielfältigten, lösten sie ständig Schrecken in der Zivilbevölkerung aus. Das damit verbundene politische Kalkül ging allerdings nicht auf. Aus rechtlicher Sicht haben sich die kriegführenden Nato-Staaten durch ihre Kriegsführung jedenfalls schwerer Verletzungen des umweltbezogenen und humanitären Völkerrechts schuldig gemacht.

Die vorliegenden Arbeitsergebnisse möchten der FREIen HEIDe neue ökologische, rechtliche und moralische Argumente für ihre Ablehnung des Bombodroms bereitstellen. Dazu gehört auch der Rat, sie möge sich rasch mit der Vorstellung vertraut machen, dass die Nordatlantische Allianz zukünftig Luftkriege mit Methoden und Mitteln führt, die sie im Krieg gegen Jugoslawien angewendet hat. Diese neue Kriegsführungsmethode muss sie intensiv üben; ginge es nach dem Willen der Luftwaffe, demnächst auch in der Region Ostprignitz-Ruppin.

Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Das Bombodrom darf nicht in Betrieb genommen werden, weil dort nicht mehr Verteidigung, sondern Angriff geübt werden soll. Die Verwirklichung dieser Forderung stellt für die regionale, vor allem aber die deutsche Friedensbewegung den Reifetest dar.

Literatur

Alloway, B.J. / D.C. Ayeres (Bearbeitet und ergänzt von Ulrich Forstner), Schadstoffe in der Umwelt. Chemische Grundlagen zur Beurteilung von Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung, Heidelberg-Berlin-Oxford 1996

Ball, Markus / Götz Neuneck, «Anmerkungen zum Einsatz von abgereichertem Uran (DU) als Munition», in: Evangelische Akademie Mühlheim (Hrsg.), Dokumentation der Tagung «Uran-Waffen im Einsatz: Welche Fakten? Welche Hintergründe? Welche Konsequenzen?» vom 21. bis 23. Januar 2000, Mühlheim an der Ruhr o. J. (2000)

Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 14/1419, Kriegsbilanz (I): Zerstörungen durch die Nato-Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien, in: Drucksache 14/1788 vom 11. Okt. 1999

Diel, Peter, «Abgereichertes Uran – Abfall der Kerntechnik», in: Evangelische Akademie Mühlheim, (Hrsg.), Dokumentation der Tagung «Uran-Waffen im Einsatz: Welche Fak-

- ten? Welche Hintergründe? Welche Konsequenzen?» vom 21. bis 23. Januar 2000, Mühlheim an der Ruhr o. J. (2000)
- Fahl**, Gundolf, Rüstungsbeschränkung durch internationale Verträge, Berlin (West) 1980
- FOCUS**, Assessment Mission 2 to the Federal Republic of Yugoslavia: Ecology. Executive Summary and Final Report, Bern 1999
- Günther**, Siegwart-Horst, «Uran-Geschosse (DU-Munition)», in: Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999
- Gutsche**, Bernd, «Störfallszenarien aus dem Computer», in: Egmont Koch / Fritz Vahrenholt, Im Ernstfall hilflos? Katastrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen, Frankfurt am Main 1982
- Hall**, Xanthe, «Uran-Geschosse im Einsatz in Jugoslawien – IPPNW warnt vor Langzeitschäden», in: Evangelische Akademie Mühlheim (Hrsg.), Dokumentation der Tagung «Uran-Waffen im Einsatz: Welche Fakten? Welche Hintergründe? Welche Konsequenzen?» vom 21. bis 23. Januar 2000, Mühlheim an der Ruhr o. J. (2000)
- Heinrich**, Dieter / Manfred Hergt, dtv-Atlas zur Ökologie. Tafeln und Texte, 3. Aufl., München 1994
- Koch**, Rainer, Umweltchemikalien. Eigenschaften, Toxizität, Umweltverhalten, Berlin (DDR) 1986
- Krusewitz**, Knut, «Nato-Kriegsführung und Umweltfolgen», in: Wolfgang Richter / Elmar Schmähling / Eckart Spoo (Hrsg.), Die Wahrheit über den Nato-Krieg gegen Jugoslawien, Schkeuditz 2000
- Loquai**, Heinz, Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999, Baden-Baden 2000
- Oeter**, Stefan, «Kampfmittel und Kampfmethoden», in: Dieter Fleck, Hrsg., Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten, München 1994
- Peterson**, Scott, «Die Spur der Kugel. Neue Beweise über radioaktive Verstrahlung im Kosovo», in: Freitag, 15. Oktober 1999
- Randelzhofer**, Albrecht (Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge, 8. Aufl., München 1999
- Rapsomanikis**, Spyridon, et. al., «A Pollution Episode of Organic Semi-Volatile Compounds from the war-zone of Kosovo, detected in Xanthi, Greece», in: <http://www.duth.gr/cosovo/pollution.html>, S. 1-4; Süddeutsche Zeitung, (b) 11. Mai 1999, S. 5
- Rose**, Jürgen, «Die Fiktion vom militärischen Humanismus. Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien zwischen Interessen und Moral», in: Wissenschaft und Frieden, Jg. 18, H. 2 (April) 2000
- Stephan**, Ursula, in: Greenpeace Magazin, Ausg. 6 (Nov. – Dez.) 1999
- Stephan**, Ursula / Ute Strobel / Renate Klass, Analysis of the Environmental Damage caused by the Bombing of Chemical and Petrochemical Industries in Pancevo and Novi Sad, Halle-Dessau 1999 (a)
- Stephan**, Ursula / Ute Strobel / Philip Weiler / Jasmine Bachmann / Renate Klass, «Kosovo-Konflikt: Ökologische Auswirkungen», in: Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung. Zeitschrift für Umweltchemie und Ökotoxikologie,

Bd. 11, Nr. 6/1999 (b)

Süddeutsche Zeitung, 11. Mai 1999

Süddeutsche Zeitung, 28. März 2000

Umweltbundesamt (UBA), Erste Einschätzungen zu den ökologischen Auswirkungen des Krieges in Jugoslawien, Ms., Berlin 1999

UNEP/UNCHS (a), The Kosovo Conflict Consequences for the Environment & Human Settlements, Nairobi 1999

UNEP/UNCHS (b), Bewertung der Umweltschäden des Kosovo-Krieges und menschliche Siedlungen, veröffentlicht im Internet unter <http://www.grid.unep.ch/btf/>

Vahrenholt, Fritz, in: Egmont Koch / Fritz Vahrenholt, Im Ernstfall hilflos? Katastrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen, Frankfurt am Main 1982

Wallatschek, Hartwig / Jochen Graw (Hrsg.), Öko-Lexikon. Stichworte und Zusammenhänge, 5. Neubearb. Aufl., München 1995



Kinderspiele statt Bombenziele – Schaukel von Christian Wenger-Rosenau

Foto: Rainer Kühn

Chronik der Ereignisse

Petra Perten-Prüfert/Rainer Prüfert



50. Wanderung am 6. September 1998 im Dorf Zechlin, Benedikt Schirge interviewt Ernst Bahr, MdB-SPD Foto: Rainer Kühn

Bürgerinitiative FREIe HEIDe Kyritz – Wittstock – Ruppin

30.6.92

Veröffentlichung des Truppenübungsplatzkonzepts des Verteidigungsministers Volker Rühle.

15.8.92

Erste Demonstration gegen die weitere militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide mit 4.500 Menschen in Schweinrich.

23.8.92

Gründung der Bürgerinitiative FREIe HEIDe Kyritz-Wittstock-Ruppin.

1.9.92

Reise einer Delegation zu Ministerpräsident Manfred Stolpe, um eine klare Ablehnung der Landesregierung zum Schiessplatzprojekt Wittstock anzumahnen. Stolpe ermuntert zu weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktionen und sagt Unterstützung der Landesregierung zu.

3.9.92

Demonstration vor dem Landtagsgebäude in Potsdam. Der Landtag verabschiedet mit grosser Mehrheit eine Entschliessung, in der die Landesregierung aufgefordert wird, «... von der Bundesregierung zu fordern, auf eine weitere militärische Nutzung des früheren sowjetischen Truppenübungsplatzes Wittstock als Bombenabwurf- und Raketen-schiessplatz zu verzichten».

6.9.92

In einer ersten «Autobahnwerbeaktion» bringen BI-Mitglieder an der unmittelbar am Schiessplatz vorbeiführenden Bundesautobahn 24 (Berlin-Hamburg) an mehr als 20 Brücken zwischen Berlin und Pritzwalk Transparente an. Ein Wochenende lang lesen Autofahrer Sprüche wie «Volker, hör die Signale!», «Schluss mit dem Bombenterror!», «Vogelsang statt Tieffluglärm!», «Bomber vor Berlin? Sagt Nein!», «Stalins Erbe: Schiessplatz Wittstock/Ruppin», «Minister Rühle – Ulbrichts Enkel?».

9.9.92

Erster Infostand der BI am Rande einer Demonstration in Berlin. Es werden von der Jungen Gemeinde Neuruppin gefertigte Schautafeln, eine Litfasssäule und Videos gezeigt, Flugblätter verteilt und Unterschriften gesammelt. Es folgen in den nächsten Wochen weitere Einsätze des Standes in Berlin, Bonn und Potsdam.

10.9.92

Auf Einladung des Landrates von Kyritz, H.-J. Winter (CDU), reisen die 72-jährige Sprecherin der BI, Frau Annemarie Friedrich, und der BI-Sprecher, Pfarrer Benedikt Schirge aus Zählen bei Rheinsberg, mit Landrat Winter zu einem von diesem mit Minister Rühle vereinbarten Gesprächstermin nach Bonn. Rühle wird im Gespräch von einem Parlamentarischen Staatssekretär, Bernd Wilz, vertreten. Wilz sowie ein anwesender Spezialist der Luftwaffe lassen im Gespräch erkennen, dass bei der Planung offenbar das AKW Rheinsberg übersehen wurde. Dieses liegt etwa zwanzig Kilometer Luftlinie vom Bombenabwurfplatz entfernt, während – so Wilz – gerade das Fehlen eines AKWs in Schiessplatznähe ein Auswahlkriterium für Wittstock gewesen sei.

13.9.92

Erste Protestwanderung «Auf dem Weg zur FREIen HEIDE» von Dorf Zechlin in Richtung Gadow. Prominente Gäste sind diesmal unter anderem Konrad Weiss, MdB für Bündnis 90, und der brandenburgische Umweltminister Matthias Platzeck.

22.9.92

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Streitkräftefragen der neuen Bundesländer, H.-A. Steiner, sowie ein Termin im Verteidigungsministerium bei Staatssekretär Dr. Wichert. Dort führt die nichterfüllte Forderung der Delegation, 30.000 in den letzten Wochen gesammelte Unterschriften an Rühle persönlich übergeben zu wollen, zu einer etwa vierstündigen symbolischen Besetzung des Sitzungsraumes «Alter Fritz», die gegen Abend friedlich abgebrochen wird.

23.9.92

Reise einer BI-Delegation nach Bonn aus Anlass der ersten Tagung des Verteidigungsausschusses des Bundestages nach der Sommerpause. Nach Pressekonferenz und Mahnwache vor dem Adenauerkopf am Bundeskanzleramt gelingt es doch noch, den Minister vor dem Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses selbst zu sprechen und die Unterschriften zu überreichen. Rühle nimmt sie ungerührt entgegen und lässt keinerlei Entgegenkommen erkennen. Im Ausschuss stellt er dann das modifizierte Konzept vor. Nach einem Schreiben des Verteidigungsministeriums an die Staatskanzlei Potsdam wird jetzt auch Wittstock «wie vorgesehen in Nutzung genommen». Zusätzlich jedoch wird nun als Ausgleich für bleibende Belastungen im Raum Wittstock eine Garnison von rund tausend Soldaten stationiert.

Das bedeutet auch eine Nutzung von Wittstock als Truppenübungs-

platz des Heeres mit gepanzerten Fahrzeugen, einschliesslich Schiessbetrieb, zusätzlich zur bisher geplanten Nutzung als Artillerieschiessplatz. Für Bestürzung sorgt neben dem für uns verschärften Konzept die von Minister Rühle mündlich im Ausschuss, schriftlich durch seinen Pressestab und später auch aus der SPD-Fraktion bestätigte Mitteilung, die zusätzliche Stationierung von Panzertruppen gehe auf eine Anregung der brandenburgischen Landesregierung zurück.

7.10.92

Auf die dringende Anfrage der BI lässt Ministerpräsident Stolpe mitteilen: «Die Haltung der Landesregierung ist unverändert. Wir... haben in zwei Gesprächen dringlich darauf aufmerksam gemacht, dass die Fortführung des Truppenübungsplatzes Wittstock nicht gegen den mehrheitlichen Willen der Bürger und der betroffenen Kommunen verantwortbar ist...» Es folgt ein Hinweis darauf, dass die Entscheidung allerdings nicht beim Land, sondern beim Verteidigungsminister liege. In einem persönlichen Schreiben an die Sprecherin der BI weist Stolpe die «von interessierter Seite» geäusserten Zweifel an der ablehnenden Haltung der Landesregierung zur Fortführung des Truppenübungsplatzes zurück und versichert: «Die Landesregierung steht zu ihrem Wort. Sie fällt den betroffenen Bürgern nicht in den Rücken.»

Gleichwohl erhofft sich die BI vom Ministerpräsidenten ein deutliches Wort zu Wittstock gegenüber dem Verteidigungsminister, denn bei einem Besuch der Abgeordneten des Bündnis 90 im Verteidigungsausschuss, Vera Wollenberger, wurde im Gespräch mit der BI nach einer Besichtigung des Truppenübungsplatzes deutlich, dass die klare Haltung der Landesregierung sehr wohl eine Entscheidungsgrundlage für den Ausschuss wie auch für den Minister ist.

11.10.92

2. Protestwanderung von Flecken Zechlin aus in Richtung Schweinrich. Rund tausend Menschen wandern mit, darunter die Ministerinnen Regine Hildebrandt und Marianne Birthler, SPD-MdB Markus Meckel, FDP-MdB Jürgen Türk, SPD-Landesvorsitzender Steffen Reiche sowie Landräte und Bürgermeister der betroffenen Kommunen. Hier wird die Erklärung der BI zur neuen Lage verbreitet, in der es heisst:

«Die zusätzliche Stationierung von tausend Soldaten gepanzelter Truppen, die zusätzlich zum Bombenwerfen und Artillerieschiessen hier üben, also fahren und schiessen sollen, verschlimmert die Situation erheblich. Nur bei oberflächlicher Betrachtung werden die versprochenen Investitionen positiv auf die Arbeitsplatzsituation wirken. Der langfristige Negativeffekt für die touristische Entwicklung ist erheblich grösser. Bereits jetzt steht fest, dass drei In-

vestitionsvorhaben mit rund 800 Arbeitsplätzen im Endausbau bei Realisierung der Bundeswehr-Planung wegfallen würden. Dagegen zementiert die Stationierung mit Kasernenbauten etc. im wahrsten Sinne des Wortes den Militärstandort ‚Wittstock-Ruppiner Heide‘ als Ganzes (...). Unter dem Deckmantel der Arbeitsplatzbeschaffung soll also langfristige Standortsicherung für die Luftwaffe betrieben werden. Dass dies der Bevölkerung als ‚Ausgleich‘ für durch den Flugbetrieb bleibende Belastungen angeboten wird, empfinden wir als blanken Hohn!»

Die BI initiiert eine Briefaktion an die Mitglieder des Verteidigungsausschusses (wie zuvor schon an Rühle), die breiten Zuspruch in der Bevölkerung findet.

29.10.92

Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages verabschiedet mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP Rühes Truppenübungsplatzkonzept.

8.11.92

2. Protestwanderung von Zempow aus in Richtung Schiessplatzgrenze. Der Beginn in der Kirche Zempow erhält diesmal besonderen Glanz durch ein Konzert des Berliner Quantz-Sebon-Ensembles unter der Leitung des Flötenvirtuosen Karl-Bernhard Sebon.

4.- 8.11.92

Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nimmt auf ihrer Herbsttagung bei nur neun Enthaltungen und ohne Gegenstimmen folgende Entschliessung an:

«Die Synode der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg spricht sich gegen die Weiternutzung des Bombenabwurfplatzes Wittstock durch eine Übernahme der Bundeswehr aus. Im Prozess der derzeitigen weltweiten Abrüstung ist sie für die zivile Nutzung der Wald- und Seenlandschaft im Norden Brandenburgs.»

10.11.92

Die Strasse zwischen Schweinrich und Flecken Zechlin über den Schiessplatz wird für den öffentlichen Verkehr freigegeben.

14.11.92

«Aktionstag für die FREIe HEIDE Wittstock/Ruppin» in Wittstock mit Kundgebung, Solidaritätskonzert mit dem Schaffrath-Ensemble, Berlin, Friedensgebet und Podiumsdiskussion. Dr. Materne, SPD-MdB, macht unter anderem mit der Bemerkung Mut, dass Wittstock derzeit das «heisseste Thema» auf der Bonner Hardthöhe sei. Im Vorfeld des Aktionstages hatte auch Ministerpräsi-

dent Stolpe eindeutig Position bezogen. Nach einem Besuch bei Minister Rühle besteht er öffentlich auf der Rücknahme von Rühes Absichten und kündigt andernfalls gerichtliche Schritte an.

16./17.11.92

Sonderparteitag der SPD in Bonn mit Verabschiedung eines Sofortprogramms mit Zielen bei einer eventuellen Regierungsübernahme. Darin heisst es unter Punkt 63:

«Wir werden die Ausgaben für die Streitkräfte nachhaltig senken und überflüssige Rüstungsprojekte streichen sowie die militärischen Tiefflüge einstellen. Die bisherigen sowjetischen Truppenübungsplätze in Ostdeutschland, Wittstock und die Colbitz-Letzlinger Heide, werden wir stilllegen, sanieren und dem Naturschutz bzw. einer umweltverträglichen zivilen Nutzung zur Verfügung stellen.»

13.12.92

3. Protestwanderung von Dranse aus zur Schiessplatzgrenze am Dranser See mit rund fünfhundert Mitwanderern. Ein Friedensfeuer, Musik und Square Dance am Seeufer mitten im Dezember lassen den immer fröhlicher werdenden Protest zu einem kleinen Volksfest werden. Altbischof Dr. Gottfried Forck weist in seiner Besinnung eindringlich auf das Unrecht hin, das mit der Entstehung des Truppenübungsplatzes verbunden war und nun späte Rechtfertigung erfühere, sollte der Platz Militärgelände bleiben. Landrat Christian Gilde bringt von seinem letzten Besuch auf der Bonner Hardthöhe die Nachricht mit, dass nunmehr ca. 250 militärische Arbeitsplätze für die Region in Aussicht gestellt werden und mit einer Entscheidung des Ministers nicht vor Februar 1993 zu rechnen ist, da der Bundestag noch im Januar über das Truppenübungsplatz-Konzept debattieren wird.

Dezember 92

Die Unterschriften gegen die militärische Nutzung des Geländes erreichen die vierzigtausender Marke.

27.12.92

«Lichterkette» quer über den Nordteil des Wittstocker Truppenübungsplatzes. Mehr als fünftausend Menschen beteiligen sich mit Kerzen und Fackeln an einer weihnachtlichen Menschenkette entlang der Verbindungsstrasse von Schweinrich nach Lutterow. Im Anschluss wird ein Versöhnungsfest mit Angehörigen der GUS-Garnison gefeiert – mit Übergabe von Geschenken, Friedensfeuer und Tanz im Freien trotz Frost!

10.1.93

4. Protestwanderung von Schweinrich an die Schiessplatzgrenze mit Enthül-

lung einer vom Neuruppiner Bildhauer Hans-Hermann Degener gestalteten Mahnsäule. Mit Blick auf die für den 14. Januar angekündigte Plenardebatte des Deutschen Bundestages veröffentlicht die BI einen «Offenen Brief» an alle Mitglieder des Bundestages, in dem diese aufgefordert werden, der weiteren militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock nicht zuzustimmen: «Stalins BOM-BODROM darf nicht zum Bombodrom der Bundesluftwaffe werden!»

14.1.93

Der Bundestag beschliesst mit den Stimmen der Koalition (mit einigen Gegenstimmen bzw. Enthaltungen aus der FDP) die Billigung des Konzepts von Verteidigungsminister Volker Rühle.

15.1.93

Rühle entscheidet endgültig über die künftigen Truppenübungsplätze. **29.1.93** Die BI FREIE HEIDE gründet einen gleichnamigen Verein. Vereinsvorsitzender wird Helmut Schönberg aus Schweinrich.

31.1.93

Die Landräte von Kyritz, Winter, Wittstock, Christian Gilde, und Ruppin, Ernst Bahr, laden in einem gemeinsamen Schreiben mit der BI persönlich alle Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, der Hamburger Bürgerschaft sowie des Landtages Potsdam zu den nächsten drei Protestwanderungen ein.

11.2.93

Nach dem Bekanntwerden der Absicht der Bundesregierung, durch neue Sparmassnahmen auch die bisher geplante Zahl von Truppenübungsplätzen zu reduzieren, fordert die BI die Mitglieder des Verteidigungsausschusses erneut auf, sich für die Streichung des Wittstocker Bombenabwurfplatzes einzusetzen. Auf einer Pressekonferenz im Berliner Reichstag wird zu einer bundesweiten Protestwanderung am Ostersonntag nach Fretzdorf eingeladen. Unterstützer: BBU (Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz) und verschiedene Friedensgruppen.

12.2.93

Auf der von Rühle vorgelegten Streichliste im Verteidigungsausschuss fehlt Wittstock.

14.2.93

Erneut demonstrieren rund fünfhundert Menschen bei der 6. Protestwanderung von Zootzen zur Schiessplatzgrenze gegen den Bombenabwurfplatz. Der brandenburgische Landwirtschaftsminister Zimmermann kündigt eine Klage

des Landes gegen die Übernahme des früheren preussischen Staatsforstes auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes durch den Bund an.

16.2.93

Auf einer Versammlung von Kommunalpolitikern, zu der Rosemarie Priebus, CDU-MdB, nach Schweinrich eingeladen hatte, erklärt der Obmann der CDU im Verteidigungsausschuss, dass es auf der Hardthöhe Pläne zur Streichung Wittstocks gegeben habe, die CDU-Fraktion dies aber nicht zulassen würde – und zwar nicht aus militärischer Notwendigkeit, sondern aus Gründen der politischen Gerechtigkeit: Ost und West sollen gleichermaßen die Lasten der Verteidigung tragen.

19.2.93

Auf einem Bürgerforum / Fernsehdiskussion «Zwischenstation» in der Kirche Flecken Zechlin erklärt sich Ministerpräsident Stolpe eindeutig gegen den Bombenabwurfplatz. Er kündigt rechtliche Schritte an, eventuell eine Verfassungsklage, sowie ein Bürgerbegehren in den betroffenen Landkreisen.

14.3.93

Etwa 850 Menschen demonstrieren mit der 8. Protestwanderung von Gadow zur Schiessplatzgrenze. Die BI verwahrt sich gegen Versuche von zwei CDU-MdBs, die Bürgerbewegung der radikalen Szene zuzuordnen. Vertreter verschiedener Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses sind angereist.

11.4.93

Etwa dreieinhalbtausend Menschen aus der Region, aus Brandenburg und auch aus verschiedenen anderen Teilen der Bundesrepublik haben sich in Fretzdorf zur Osterwanderung zusammengefunden. Altbischof Dr. Gottfried Forck, MdB Konrad Weiss, die Minister Matthias Platzeck und Marianne Birthler, Roland Vogt (Vorsitzender des Bundes für soziale Verteidigung), Heinz Suhr (Pressesprecher Bündnis 90/Die Grünen) und andere ergreifen das Wort. Weitere Prominente sind anwesend.

Mai 93

Bündnis 90/Die Grünen nehmen die Schliessung des Bombodroms Wittstock in ihr Programm auf.

Juni 93

Beginn der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zur Konversion der Wittstock-Ruppiner Heide.

9.5.93

9. Protestwanderung von Rossow mit rund vierhundert Teilnehmern.

20.6.93

10. Protestwanderung von Rägelin zur Schiessplatzgrenze mit etwa zweihundertfünfzig Menschen.

11.7.93

11. Protestwanderung mit vierhundert Menschen von Gühlen-Glienicke aus, darunter Ministerin Regine Hildebrandt.

1.8. – 8-8.93

Aktionswoche um den Schiessplatz. Eine Gruppe von bis zu fünfzig Leuten umwandert den Schiessplatz in fünf Tagen (etwa siebzig Kilometer). Laienzirkus, Musik sowie ein Konzert von Gerhard Schöne – ohne Gage! – bilden Höhepunkte.

8.8.93

Abschluss der Aktionswoche mit der 12. Protestwanderung ab Wallitz. Trotz strömenden Regens machen sich fünfhundert Menschen auf den Weg. Die Kantorei Berlin-Buch singt für die FREIE HEIDE.

14.8.93

Informationsveranstaltung mit dem Juristen Prof. Knut Krusewitz, auf der er erklärt, dass nach bundesdeutschem Recht der Truppentübungsplatz Wittstock nicht automatisch für das Militär genehmigt sei.

5.9.93

13. Protestwanderung von Dorf Zechlin. Die mittlerweile 13. Mahnsäule wird nun erstmals nicht an der Schiessplatzgrenze, sondern im Dorf selber aufgestellt und enthüllt. Dreihundert Menschen wandern zur ersten Mahnsäule, an der drei junge Bäume als Symbol für die Renaturierung des zerstörten Geländes gepflanzt werden.

15.9.93

Absturz einer russischen MIG am Rande von Tetschendorf im Kreis Wittstock.

17.9.93

Generalleutnant von Scheven kündigt Nato-Flüge über der Ruppiner Heide ab 1995 an.

2.10.93

14. Protestwanderung: Auf dem Schiessplatz wird an der Gemarkungsgrenze zwischen Flecken Zechlin und Schweinrich ein Gemarkungsstein gesetzt. Die beiden Gemeinden wollen darauf hinweisen, dass sie sich eine direkte Nachbarschaft ohne Trennung durch das Bombodrom wünschen. Dr. Forck erlebt mit etwa dreihundert Menschen die Enthüllung des Steines.

12.10.93

Bürgerforum mit Ministerpräsident Stolpe in Potsdam, veranstaltet vom

Deutschlandsender Kultur und der Märkischen Allgemeinen Zeitung. Stolpe sagt seine Teilnahme an der kommenden Protestwanderung für die FREIE HEIDE am 31. Oktober zu.

19.10.93

Die Landesregierung Brandenburgs spricht sich grundsätzlich gegen die des ehemaligen GUS-Bombenabwurfplatzes aus.

28.10.93

Podiumsdiskussion in Schweinrich. Ministerpräsident Stolpe besucht die BI FREIE HEIDE. Die Besichtigung verschiedener Mahnsäulen sowie eine Fahrt über den Platz stehen auf dem Programm. Anschliessend gibt es eine Pressekonferenz in Gadow.

Am Nachmittag findet die 15. Protestwanderung statt, erstmals von zwei Ausgangsorten geplant – Gadow und Gühlen-Glienicke. Auf Veranlassung des Bundesvermögensamtes ist die Strasse zwischen Gühlen und Gadow von der Polizei abgeriegelt – wegen des Sicherheitsrisikos! Forstfahrzeuge, Passanten sowie der Wachschutz benutzen diese Strasse fast täglich – ohne Sicherheitsbedenken ... An der Mahnsäule in Neuglienicke treffen nach einer Sitzblockade und nach Umfahrung des Platzes die «Gadower» ein. Fast tausend Menschen verlangen die Öffnung des Weges. Die Polizei lenkt ein und lässt Journalisten sowie BI-Vertreter zur Einweihung des Gemarkungssteines zwischen Gadow und Gühlen-Glienicke auf den Platz.

Die alte Verbindungsstrasse zwischen Wittstock und Rheinsberg soll nach den Beschlüssen der Kreistage in Wittstock und Neuruppin in Zukunft wieder öffentlich zugänglich gemacht werden. Erste Baukosten wurden bereits veranschlagt.

3.11.93

ORB-Fernsehdiskussion «Vor Ort» aus dem Rathaus Wittstock – in der Sendung wird deutlich, dass sich die Fronten zwischen Schiessplatzgegnern und -befürwortern verhärtet haben. Einige Tage später wird die Mahnsäule bei Schweinrich abgesägt und entwendet. Die BI stellt Strafanzeige gegen Unbekannt.

5.11.93

Bundratsinitiative zur zivilen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock durch das Land Brandenburg.

12.11.93

Pressekonferenz im Berliner Reichstag: «Massengräber auf der freien Heide?» Zeitzeugen berichten von Massengräbern auf dem Gelände, da es viele Tote (Flüchtlinge, Soldaten) in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges im damaligen Wald gab.

14.11.93

Zur Mahnung gegen Krieg und Kriegsübungen wird auf dem Platz an der Strasse von Gadow nach Gühlen-Glienicke ein Kreuz errichtet.

16.11.93

Die Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg eröffnet ihre Herbsttagung in Wittstock – aus Solidarität mit den Menschen, die sich seit über einem Jahr gegen die Übernahme des Bombenabwurfplatzes durch die Bundeswehr wehren.

17.12.93

Laut Presseberichten lehnt der Bundesrat die Initiative Brandenburgs zur zivilen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock ab.

22.12.93

Unvermittelt übernimmt die Bundeswehr vom Finanzministerium die Besitzrechte für den Platz, obwohl die rechtlichen Bedenken nicht geklärt sind. Staatskanzleichef Jürgen Linde protestiert im Namen der Landesregierung. Diese prüft Klagemöglichkeiten; die Landkreise Wittstock und Neuruppin – inzwischen zum Kreis Ostprignitz-Ruppin zusammengewachsen – haben ebenfalls einen Rechtsanwalt beauftragt, ihre Interessen wahrzunehmen.

2.1.94

16. Protestwanderung von Schweinrich. Über sechshundert Menschen sind gekommen, um gegen die Übernahme des Platzes durch das Bundesverteidigungsministerium zu protestieren. Rühes Kommentar betreffs Wittstock: «Der Protest in Wittstock interessiert mich nicht!» Das ruft Empörung hervor. Was hier demonstriert wird ist nicht Demokratie sondern Macht... Mit der Übernahme des Schiessplatzes ist ein ABM-Projekt für zweihundert Menschen gescheitert, die in einem vierjährigen Konversionsprojekt Reaktivierungs- und Aufräumarbeiten auf dem Gelände durchführen sollten.

17.1.94

Die ersten Tornado-Kampfflugzeuge jagen im Tiefflug über die Wittstocker Heide.

21.1.94

Brandenburgs Staatskanzleichef Jürgen Linde protestiert im Bundesverteidigungsministerium gegen die Weiternutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock durch die Bundeswehr. Die überstürzte Aufnahme des Flugbetriebes sei ein Zeichen mangelnder politischer Sensibilität gegenüber den Anwohnern.

27.1.94

Pressekonferenz im Berliner Reichstag: Rechtsanwalt Rainer Geulen erhebt

im Namen des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, der Gemeinden Gadow und Schweinrich, der Kirchengemeinde Dorf Zechlin und drei betroffener Grundstückseigentümer vor dem Verwaltungsgericht Potsdam Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, die Weitemutzung des ehemaligen russischen Bombenabwurfplatzes durch die Bundeswehr zu untersagen.

13.2.94

17. Protestwanderung an den Dranser See mit achthundert Menschen und den Bischöfen Dr. Gottfried Forck und Dr. Martin Kruse gegen die Sperrung des Seeufers durch die Bundeswehr.

13.3.94

18. Protestwanderung in Zempow mit zweihundertfünfzig Teilnehmern.

3.4.94

Osterwanderung in Fretzdorf als 19. Protestwanderung. Unter dem Motto «Woodstock für Wittstock» kommen mehr als viertausend Menschen zu einem Open-air-Konzert mit Stefan Krawczyk und Bettina Wegner in die Heide. Das ist die grösste Einzelveranstaltung der deutschen Ostermärsche.

1.5.94

In einer nächtlichen Aktion wird mitten auf dem Bombodrom eine Mahn- und Gedenkstätte für die in den letzten Kriegstagen hier umgekommenen Flüchtlinge errichtet.

8.5.94

Gegen den Willen der Bundeswehr legt eine Kreistagsdelegation mit Landrat Gilde an der Spitze einen Kranz zu Ehren der Umgekommenen an der Mahnstätte nieder. An der 20. Protestwanderung in Rägelin nehmen dreihundertfünfzig Menschen teil, unter ihnen eine Gruppe japanischer Gäste.

5.6.94

21. Protestwanderung durch Rheinsberg, sechshundert Teilnehmern.

3.7.94

Ein FREIE-HEIDE-Windrad, das der Zühlener Techniker Christian Wenger aus Militärschrott zusammenbaute, wird an der Autobahn Berlin-Hamburg aufgestellt.

6.8.94

Auf der 22. Protestwanderung in Gadow erklärt der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Rudolf Scharping vor fünfhundert Demonstranten, im Falle eines Wahlsieges bei der Bundestagswahl werde dieser Truppenübungsplatz verschwinden.

4.9.94

Fünfhundert Teilnehmer an der 23. Protestwanderung in Flecken Zechlin.

9.10.94

Fünfhundert Wanderer auf der 24. Protestwanderung in Neuruppin. Vor der Pfarrkirche wird ein Mahnmal des Bildhauers Matthias Hohl-Stein enthüllt, das an die Bedrohung der Stadt durch Militärflüge erinnert.

16.10.94

Bei der Bundestagswahl verliert die bisherige CDU-Abgeordnete Priebus, die zunehmend als Bombodrom-Befürworterin auftrat, ihr Direktmandat an die SPD und zieht nicht wieder in den Bundestag ein.

1.1.95

25. Protestwanderung mit sechshundert Menschen in Schweinrich. Gewandert wird auf alten Wegen der Gemeinde, die jetzt von der Bundeswehr beansprucht werden. Mit dabei: Ministerin Regine Hildebrandt und eine Delegation aus Gorleben, die eine «Solidaritätshütte» stiftet und von den Protesterfahrungen aus dem Wendland berichtet.

22.2.95

Uraufführung des Dokumentarfilms «Die Grossmutter der FREIen HEIDe» in Flecken Zechlin.

23.2.95

Die BI übergibt dem Landtag Brandenburg 22.400 Unterschriften einer Volksinitiative gegen das Bombodrom.

5.3.95

Bei der 26. Protestwanderung von Gühlen-Glienicke aus werden sechshundert Wanderer Zeugen einer symbolischen «Pflasteraktion» für die alte Verbindungsstrasse zwischen Rheinsberg und Wittstock.

16.4.95

Mit dreitausend Teilnehmern hat der Ostermarsch in Fretzdorf als 27. Protestwanderung erneut die höchste Teilnehmerzahl der Ostermärsche in ganz Deutschland.

1.5.95

Mit dreihundert Wanderern – voran Altbischof Dr. Forck – betritt erstmals eine grosse Gruppe unerlaubterweise das Bombodrom. Die 28. Protestwanderung geht von Basdorf aus zur Mahnstätte für die Opfer der letzten Kriegstage.

11.6.95

Zu Beginn der Protestwanderung 28 a (die 1.-Mai-Aktion wurde ursprünglich nicht als Protestwanderung angekündigt, daher die eigenartige Zählweise!)

hält Bischof Dr. Wolfgang Huber in der Rossower Kirche vor dreihundert Teilnehmern die geistliche Besinnung und fordert «gewaltfreie Lösungen für die Konflikte unserer Zeit».

21.-28.8.95

Erstmals «Sommeraktionstage» in der FREIen HEIDe, u.a. mit der Errichtung eines «Klangspiels».

27.8.95

29. Protestwanderung mit einem Open-air-Konzert der Gruppe «Lebenslaute» auf dem Bombodrom, sechshundert Menschen sind dabei.

17.9.95

Mehr als tausend Teilnehmer hat die 30. Protestwanderung, bei der sich – aus zwei Richtungen kommend – die zumeist jugendlichen Wanderer am Kontrollturm in der Mitte der Verbindungsstrasse zu einem Rockkonzert der Gruppe «Keimzeit» treffen.

12.11.95

31. Protestwanderung in Frankendorf, u.a. mit Regine Hildebrandt. Horst Wagenfeld, Vorsitzender des Fördervereins Temnitzkirche, unterstreicht die Wichtigkeit des FREIe-HEIDe-Protestes für die kulturelle Entwicklung des Temnitztals. Vierhundert Wanderer sind dabei.

7.12.95

32. Protestwanderung zum Potsdamer Verwaltungsgericht anlässlich des ersten Verhandlungstermins in der Klage gegen das Bombodrom. Im überfüllten Gerichtssaal wird die Entscheidung vorerst vertagt.

1.1.96

Dreihundert Wanderer bei der 33. Protestwanderung von Schweinrich nach Griebsee. Landesumweltpfarrer Dalchow hält die geistliche Besinnung.

25.2.96

Vierhundert Menschen wandern bei der 34. Protestwanderung um Dorf Zechlin zu Stätten von Flugzeugabstürzen und Raketenfehlschüssen der vergangenen Jahre und hören Augenzeugenberichte.

7.4.96

Über fünftausend Menschen kommen zum wiederum grössten Ostermarsch, der 35. Protestwanderung, nach Fretzdorf. In diesem Jahr hat das Berliner Ostermarsch-Komitee auch den Berliner Ostermarsch nach Fretzdorf verlegt. Berlin und Brandenburg demonstrieren gemeinsam. Die geistliche Besinnung hält Dorothee Solle.

1.5.96

36. Protestwanderung in Basdorf. Zweihundertfünfzig Wanderer enthüllen ein Mahnkreuz.

13.5.96

Gründung der Unternehmerinitiative «Pro Heide».

7.-9.6.96

Landesjugendcamp der evangelischen Jugend Brandenburgs in Netzeband zur Unterstützung der FREIen HEIDe mit zwölfhundert Teilnehmern.

8.6.96

37. Protestwanderung von Netzeband aus.

29.6.96

Spandauer Friedensmarsch durch Brandenburg zieht auf den Spuren des Todesmarsches der KZ-Häftlinge auch durch das Gelände des Bombodroms.

21.7.96

38. Protestwanderung in Zempow mit der Initiative «Friedensreiterinnen und Friedensreiter».

1.7.-4.8.96

Antimilitaristische Aktionstage in der FREIen HEIDe.

29.8.96

Zweiter Verhandlungstermin zur Klage gegen das Bombodrom vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht: Den Klagen der Gemeinden Schweinrich, Gadow und Rossow wird stattgegeben, die Bundeswehr zur Durchführung eines förmlichen Planungsverfahrens verpflichtet.

1.9.96

Weltfriedenstag – 39. Protestwanderung: symbolische «Verabschiedung» der Bundeswehr am Beobachtungsturm.

4.-6.10.96

Antimilitaristischer Kongress in Sewekow.

3.11.96

40. Protestwanderung – in Pfalzheim werden drei Eichen gepflanzt und rund dreihundertfünfzig Teilnehmer wandern zur Schiessplatzgrenze, wo die 20. Mahnsäule enthüllt wird.

24.12.96

Altbischof Dr. Gottfried Forck, engagierter Mitstreiter für die FREIe HEIDe, erliegt am Heiligen Abend im Alter von 73 Jahren einem Krebsleiden.

1.1.97

41. Protestwanderung in klirrender Kälte von Schweinrich zur Schiessplatzgrenze mit fünfhundert Teilnehmern.

28.1.97

In einer Sondersitzung in der Temnitzkirche in Netzeband beschliesst der

Kreistag Ostprignitz-Ruppin mit dreissig gegen neun Stimmen, gegen das Verwaltungsgerichtsurteil vom August 1996 in die zweite Instanz zu gehen.

30.3.97

Osterwanderung (42. Protestwanderung) in Fretzdorf – Hauptredner vor rund viertausend Teilnehmern ist Jakob von Uexküll, der Stifter des alternativen Nobelpreises.

1.5.97

43. Protestwanderung von Neuglienicke.

8.6.97

44. Protestwanderung von Wallitz zur Mahnsäule an der Schiessplatzgrenze.

8.- 10. 8.97

«5 Jahre auf dem Weg zur FREIen HEIDE»: Mahnwache, Fahrradfahrt rund ums Bombodrom, Benefizkonzert mit Keimzeit. 45. Protestwanderung am 10. August von Schweinrich zum Dranser See – insgesamt nehmen vierzehnhundert Menschen an den Aktionen teil.

16.11.97

46. Protestwanderung am Volkstrauertag von der Mahnsäule in Neuglienicke zur Mahn- und Gedenkstätte auf dem Schiessplatz.

1.1.98

46. Protestwanderung unter dem Motto: «Aufwind für die FREIe HEIDE» – vierhundert Demonstranten wandern nach der Besinnung mit Kulturminister Steffen Reiche von der Schweinricher Kirche zum Bombodrom, wo drei Windräder aus Holz als Symbol für die friedliche Nutzung der Heide errichtet werden.

12.4.98

Osterwanderung (48. Protestwanderung) in Fretzdorf unter dem Motto «Zeichen setzen für den Frieden» – mehr als dreitausend Teilnehmer formen in einem sechzig Meter messenden Kreis das internationale Friedenszeichen. Redner u.a.: Friedensforscher Professor Theodor Ebert, FU Berlin, und Friedensnobelpreisträger Professor Horst van der Meer.

7.6.98

49. Protestwanderung ab Rägelin: «Politikwechsel für die FREIe HEIDE».

17.6.98

Diskussionsabend mit Prof. Walter und Inge Jens in Neuruppin: «Ruppiner Land – Ort der Dichter oder der Bomben?» mit hundertzwanzig Teilnehmern.

1.9.98

Einweihung einer Mahnsäule in Nordhorn, welche die BI FREIE HEIDE der dortigen Friedensinitiative geschenkt hat.

6.9.98

50. Protestwanderung: Übergabe der vom Bremer Aktionskünstler Fischer gestalteten Mahnsäule in Dorf Zechlin – Wanderung zur Mahnsäule der 1. Protestwanderung.

21.9.98

Aufstellung der Mahnsäule zur 50. Protestwanderung am Eingang zum Bombodrom bei Schweinrich.

31.10.98

51. Protestwanderung in Gadow – zehn Thesen gegen das Bombodrom werden verlesen und angeschlagen und zehn Bäume gepflanzt.

3.12.98

Auf einer Pressekonferenz in Berlin wird ein Brief der BI an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vorgestellt – unterstützt von vierzig prominenten Persönlichkeiten aus Politik und Kultur.

5.12.98

Die Kreissynode Wittstock beschliesst, die kreisfreie Kollekte vom 24. Oktober als Hilfsfonds für die Wittstock-Ruppiner Heide zu verwenden.

12.12.98

Werbespot der FREIEN HEIDE auf Radio Eins.

14.12.98

Pressekonferenz der Anrainer-Bürgermeister zum Bombodrom.

1.1.99

52. Protestwanderung in Schweinrich mit rund tausend Teilnehmern unter dem Motto: «1999 – Jahr der FREIEN HEIDE», Gäste sind unter anderen: der Liedermacher Gerhard Schöne und Ministerin Regine Hildebrandt.

24.3.99

Verhandlung der Klage der Gemeinde Schweinrich gegen die Bundesrepublik Deutschland in der 2. Instanz vor dem OVG Frankfurt/ Oder. Der Klage der Gemeinde wird stattgegeben und die Bundeswehr zu einem förmlichen Planungsverfahren aufgefordert. Eine Revision wird ausgeschlossen.

4.4.99

53. Protestwanderung (7. Osterwanderung) in Fretzdorf. Von den fünftausend Teilnehmern wird die Silhouette des Bombenabwurfplatzes nachgestellt.

9.5.99

54. Protestwanderung von Neuglienicke zur Gedenkstätte auf dem Bombodrom.

20.5.99

Dreharbeiten des schwedischen Fernsehens für einen Beitrag über die FREIE HEIDE.

4.7.99

55. Protestwanderung in Zempow unter dem Motto «Picknick in der FREIEN HEIDE». Amerikanische Versteigerung eines Picknickkorbes.

17.7.99

Konversionssommer 99 in Schweinrich: «Erste Schritte zu einer zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide». Diskussionsrunde mit sechzig Experten und Betroffenen.

29.8.99

56. Protestwanderung von Rägelin: «Wandern in der blühenden Heide».

1.9.99

Teilnahme einer Delegation der BI am Antikriegstag in Nordhorn.

24.-26.9.99

Aktion der Initiative «Unterwegs für das Leben»: Frauen aus Baden und Hessen sind auf ihrem jährlichen Friedensweg zu Gast bei der FREIEN HEIDE. In Neuruppin findet am 25. September eine Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Ernst Bahr (SPD), Wolfgang Gehrke (PDS), Winfried Nachtwei und Silvia Voss (Bündnis 90/ Die Grünen), sowie Roland Vogt (Konversionsbeauftragter der Landesregierung) und Inke Pinkert-Sätzer (Landessprecherin Bündnis 90/ Grüne) statt. Bei anschließenden Gesprächen mit den Bundestagsabgeordneten und dem Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg bringen die Frauen auch das Anliegen der Bürgerinitiative FREIE HEIDE zur Sprache.

31.10.99

57. Protestwanderung von Basdorf zur Gedenkstätte: «Das letzte Mal in diesem Jahrtausend».

1.1.2000

58. Protestwanderung zum Neujahrsempfang in Schweinrich. Scharpings Wahlkampfversprechen von 1994 – «Dieser Bombenabwurfplatz ist unnötig! Wenn die SPD regiert, wird das hier nicht mehr Truppenübungsplatz sein.» – wird weiter eingefordert.

13.1.2000

Die Truppenübungsplatz-Kommandantur Wittstock übernimmt vom Bundes-

verwaltungsamt das Gelände des ehemaligen Aussiedlerheimes Kuhlühle.

30.1.2000

Lutterow: Die am 30. Juni 1996 zum Gedenken an den Todesmarsch der KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen aufgestellte Mahnsäule, die im August 1999 von Unbekannten geschändet worden war, wird wieder errichtet. Anwesend unter den dreihundert Teilnehmern sind Landrat Christian Gilde, Pfarrer Peter Kranz von der Luthergemeinde Berlin-Spandau und Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

7.2.2000

Die Gedenkstätte für die Gefallenen der letzten Kriegstage auf dem Truppenübungsplatz wird von vermutlich rechtsextremen Tätern zerstört und mit Hakenkreuzen geschändet.

9.2.2000

Eine spontan zusammengerufene Delegation von etwa vierzig Menschen begibt sich zu der geschändeten Gedenkstätte, unter ihnen der Bundestagsabgeordnete Ernst Bahr und Landrat Christian Gilde.

23.4.2000

60. Protestwanderung (8. Osterwanderung) in Fretzdorf unter dem Motto «Gewalt hat keine Zukunft». Vor den viertausend Teilnehmern singt die Liedermacherin Bettina Wegner, es spricht Christian Ströbele.

4.5.2000

Die geschändete Gedenkstätte für die Gefallenen der letzten Kriegstage wird von Jugendlichen der DGB Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin wieder instandgesetzt – Landrat Christian Gilde begleitet die Aktion.

3.-5.6.2000

61. Protestwanderung: Die FREIE HEIDE wandert vom Bombodrom zum Reichstag in Berlin und übergibt eine Mahnsäule für den Bundestag.

25.6.2000

62. Protestwanderung in Rossow mit hundertfünfzig Teilnehmern.

Hier bricht die Chronik nur deswegen ab, weil im Juni 2000 Redaktionsschluss für dieses Buch war.

Anhang

Verzeichnis der Dokumente

1. Zwangssammelpachtvertrag zwischen 18 Landwirten aus Schweinrich und einem Landwirt aus Neu Lutterow und der Landesregierung Brandenburg vom Sommer 1949 (S. 277 – 279)
2. Manöverschadensanzeige 1955: Kostenaufstellung von Waldbesitzern (S. 280)
3. Vorbereitungen der ersten Zwangsverkäufe in Schweinrich 1959 (S. 281 +282)
4. Schreiben im Namen des Befehlshabers Bundeswehrkommando-Ost, Generalleutnant Jörg Schönbohm, vom 20. Februar 1991 («Bundeswehr strebt grundsätzlich keine Übernahme von sowjetischen Liegenschaften an») (S. 283)
5. Plakat zur ersten Protestwanderung der Bürgerinitiative am 13. September 1992 – Dorf Zechlin, Gestaltung Friederike Lampe (S. 284)
6. Ansprache zur ersten Protestwanderung von Pfarrer Reinhard Lampe, Dorf Zechlin (S. 285 – 290)
7. Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Bundestag 2827 vom 30. Oktober 1992 (S. 291 + 292)
8. Grusswort von Ministerpräsident Manfred Stolpe anlässlich der 20. Protestwanderung am 8. Mai 1994 in Rägelin (S. 293)
9. Ansprache des Kanzlerkandidaten der SPD, Rudolf Scharping, während der 22. Protestwanderung am 6. August 1994 in Gadow (S. 294 + 295)
10. Geistliche Besinnung zur 23. Protestwanderung am 4. September 1994 in Flecken Zechlin von Pfarrer Horst Kasner, Templin (S. 296-299)
11. Grusswort von Bischof Dr. Wolfgang Huber (Berlin-Brandenburg) zur 40. Protestwanderung am 3. November 1996 in Pfalzheim (S. 300)
12. Plakat der Wanderausstellung der FREIen HEIDe (S. 301)
13. Schreiben des Landrates des Kreises Ostprignitz-Ruppin an den Verteidigungsminister betreffs militärischer Übungen auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz, 9. Dezember 1996 (S. 302)
14. Rede des Stifters des Alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, London, während des Ostermarsches am 30. März 1997. in Fretzdorf (S. 303- 305)

15. Plakat: «5 Jahre auf dem Weg zur FREIen HEIDe», Gestaltung Reiner Prüfert (S. 306)
16. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Rudolf Scharping, an die Bürgerinitiative vom 15. Oktober 1998 (S. 307)
17. Thesen gegen den Bombenabwurfplatz anlässlich der 51. Protestwanderung am 31. Oktober 1998 in Gadow (S. 308)
18. Offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten von Prominenten der Bundesrepublik und Mitgliedern der Bürgerinitiative vom November 1998 (S. 309 + 310)
19. Antwortschreiben des brandenburgischen Wirtschaftsministers auf ein Beschwerdeschreiben eines Bundeswehroffiziers vom 18. Februar 1999 (S. 311)
20. Antwortschreiben des Verteidigungsministeriums an die Bürgerinitiative vom 22. Februar 1999 (S. 312)
21. Erklärung der betroffenen Gemeinden um den Schiessplatz zur Zielsetzung der zivilen Nutzung des strittigen Geländes vom 4. März 1999 (S. 313)
22. Urkunde über Unterschutzstellung der Stele der Mahn- und Gedenkstätte auf dem Bombenabwurfplatz für die Toten vom 1. Mai 1945 durch das Deutsche Patent- und Markenamt vom 31. März 1999 (S.314)
23. Pressemitteilung der Bürgerinitiative vom 20. Dezember 1999 (S.315)
24. Pressemitteilung von Winni Nachtwei (Bündnis 90 / Die Grünen) – Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages – vom 21. April 2000 (S. 316)
25. Plakat zur 60. Protestwanderung (Ostermarsch 2000) am 23. April 2000 in Fretzdorf, Gestaltung Olaf Thal (S. 317)
26. Urkunde für Spender zur Sammlung für die Prozesskosten vor dem BVG auf der 60. Protestwanderung am 23. April 2000, Gestaltung von Olaf Thal (S. 318)

Pachtvertrag

Zwischen den Bauern

- 1) Paul G r ü f e
- 2) Johann S e n g e r
- 3) Adolf D r e u n als Bevollmächtigter für Rosa Müller
- 4) Peter L u c k e als Vorsitzender der Gemeindeboden-
besitzbesitzer
- 5) Ilse S c h n i t z e r
- 6) Fritz W o l f f
- 7) Albert K a h l
- 8) Wilhelm H a h n
- 9) Julius Hohenstein als Bevollmächtigter für Wilhelm Haas
- 10) Erich V i e l i t s
- 11) Helene E n g e l
- 12) Philipp L a n g
- 13) Johann V e c h t
- 14) Ernst J a h n k e
- 15) Walter A r n d t
- 16) Irma A r n d t
- 17) Heinrich D i o t s
- 18) Karl K r ü n o r
- 19) Erich L o n k e

lfd. Nummer 1 - 8 und 10 - 19 wohnhaft in Schweinrich

lfd. Nummer 9 wohnhaft in Neu Lutterow

als Verpflichteter

und dem Land Brandenburg, vertreten durch die Landesregierung
Brandenburg, Wirtschaftsministerium, Hauptabteilung Land- und
Forstwirtschaft, in Potsdam, Friedrich Ebe t-Str. 79/III,

als Richter

wird zufolge der Anordnung der SEM vom 13. Juli 1948 über die
Anlegung eines Artilleriebeschussplatzes in Ranzow südwestwärts der
Gemeinde Schweinrich und gemäß der 11. Protokoll von 22. Juli
1948 bereits getroffenen Vereinbarungen nachstehender Pachtver-
trag abgeschlossen

§ 2 Pachtdauer

Der Pachtvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er läuft ab 15. August 1948 bis zu dem Tage, an dem von Seiten der Besatzungsmacht die Wiederbenutzung des verpachteten Geländes für landwirtschaftliche Zwecke gestattet wird.

Das Pachtjahr läuft vom 1. Oktober eines jeden Jahres bis zum 30. September des folgenden Jahres.

§ 3 Pachtsatz

Der jährliche Pachtsatz beträgt 60,- DM - in Worten: "Sechzig Deutsche Mark" - der Deutschen Notenbank pro ha oder den geldliche Gegenwert von $\frac{3}{2}$ dt. Roggen. Maßgeblich ist der jeweils zum 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres amtlich festgesetzte Marktpreis ohne Rücksicht auf die Kulturart des verpachteten Landes.

Das Wahlrecht zwischen fester Zahlung und Naturalwertzahlung steht den Verpflichteten zu, falls der Naturalwert den Geldwert um mehr als 10 % übersteigt.

Die Pachtzahlungen sind für jedes Pachtjahr in zwei gleichen Teilansätzen vor dem 1. Oktober und 1. April zu leisten. Der für die Zeit vom 15. August 1948 bis 30. September 1949 fällige Pachtsatz jedoch erst am 1. Oktober 1949.

Die Zahlungen erfolgen jeweils in einer Summe an den Rat der Gemeinde Schweinrich auf das Konto Nr. 2019 bei der Bank für Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft in Wittstock/Dosse. Der Rat der Gemeinde Schweinrich wird hiermit von den Beteiligten bevollmächtigt, die Pachtleistungen anzunehmen und diese unter Hinzuziehung der örtlichen VdGB je nach Bodenklasse der verpachteten Flächenstellen gegenüber den Verpflichteten auszugleichen und dementsprechend auszusahlen.

§ 4 Abgaben und Lasten

Die Verpflichteten tragen die auf den verpachteten Grundbesitz ruhenden öffentlichen Lasten, Abgaben und Steuern.

§ 5 Entschädigungen

Soweit auf dem verpachteten Gelände neu angelegte Waldkultur infolge der Verwendung als Schießplatz Schaden erleiden, wird dies bei Beendigung der Pachtzeit durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Pächters und der örtlichen VdGB, geschätzt und in der geschätzten Höhe von dem Pächter ersetzt.

Sollte das verpachtete Gelände infolge der Verwendung als Schießplatz für die Bestellung völlig unbrauchbar geworden sein, wird dieses auf Kosten des Pächters im Einvernehmen mit der örtlichen VdGB wieder für die Bestellung hergerichtet.

Im Übrigen erfolgen die Entschädigungen für entgangene Fruchtfolge im Jahre 1948 sowie Hiederschlagungen des Abgabesolls entsprechend den Anweisungen der Landesregierung.

§ 6 Schiedsgericht

Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrage wird unter Ausschl des ordentlichen Rechtsweges das schiedsrichterliche Verfahren vereinbart. Jede Vertragspartei benennt im Bedarfsfalle einen Schiedsrichter. Einigen sich die Schiedsrichter auf einen gemeinsamen Oberricht, so wird dieser von Landesverband der Vögl bestimmt. In Übrigkeit gelten die Bestimmungen der Zivilprozessordnung über das schiedsrichterliche Verfahren.

§ 7 Pachtzochträge

Nachträgliche Ergänzungen oder Änderungen zu diesem Vertrage können schriftlich erfolgen.

§ 8 Vertragsausfertigung

Der Pachtvertrag wird in dreifacher Ausfertigung erstellt. Je ein Exemplar erhalten die Landesregierung Brandenburg, der Rat des Kreises Ostprignitz und der Rat der Gemeinde Schwalowich.

Verpflichteter:
Schwalowich, den 20. Juli 1949

Empfänger:
Potsdam, den 26. August 1949
Landesregierung Brandenburg
Wirtschaftsministerium
Hauptabt. Land- und Forstwirtschaft
Der Leiter



[Handwritten signature]

- | | | |
|----|------------------------|---------------------------|
| 1 | <i>Dietrich Bräuer</i> | |
| 2 | <i>Johann Koenig</i> | |
| 3 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 4 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 5 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 6 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 7 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 8 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 9 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | |
| 10 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | 15 <i>Wolfgang Bräuer</i> |
| 11 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | 16 <i>Wolfgang Bräuer</i> |
| 12 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | 17 <i>Wolfgang Bräuer</i> |
| 13 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | 18 <i>Wolfgang Bräuer</i> |
| 14 | <i>Wolfgang Bräuer</i> | 19 <i>Wolfgang Bräuer</i> |

Die angeführten Bezeichnungen sind den Bürgermeistern bekannt und werden die eigenhändigen Unterschriften derselben demnachgesetzt.



Der Bürgermeister
[Handwritten signature]

Dokument 2

Waldgesellschaft - Schweinrich 24. 1.1955

Holzabrechnung / Rechnungsjahr 1955.

Waldbesitzer	Einnahme DM	Gebühren Kto. 343 DM	Gebühren Kto. 362 DM
Lang, Philipp	979.--	133.50	48.95
Rosson, Dietrich	877.--	115.50	43.85
Engel, Helene	528.--	72.--	26.40
Vocht, Johann	1243.--	169.50	62.15
Ramin, Werner	1900.--	150.60	95.--
Wolff, Fritz	3550.--	46.20	177.50
Müller, Rosa	4452.--	185.47	222.60
Porath, Martin	400.--	45.66	20.--
Beartz, Gustav	400.--	39.37	20.--
Nagel, Wilhelm	2012.40	247.88	100.62
Schumacher	4204.--	404.90	210.20
Gräfe, Paul	495.--	145.59	24.75
Diets, Heinrich	359.--	52.69	17.95
Jahnke, Ernst	121.--	38.88	6.05
Hahn, Irma	6110.--	173.82	305.50
Boldt, Gertrud	1000.--	116.61	50.--
Arndt, Walter	2693.84	229.66	134.69
Funk, Selma	1174.--	84.18	50.70
Wegener, Friedrich	120.--	30.28	6.--
Engelhardt, Willi	2235.--	223.50	111.75
Chäke, Rudolf	862.40	130.03	43.12
Krämer, Karl	210.--	43.09	10.50
Rehberg, Willi	1938.--	267.--	97.90
Ramin, Artur	1850.--	8.31	92.50
Mahl, Albert	324.--	25.05	16.20
Engelhardt, Otto	600.--	23.22	30.--
Vielitz, Erich	11185.--	868.50	559.25
	<u>51842.64</u>	<u>4070.99</u>	<u>2592.13</u>

Es werden an Gebühren auf Konto 343
und auf Konto 362

4070.99 DM verbucht
2592.13 DM verbucht.

Waldgesellschaft Schweinrich
Grüne

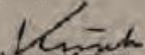


Schweinrich, den 31.3.1959

Einladung!

Alle nachstehend aufgeführten Kollegen die Ackerflächen in Schießplatz haben, werden gebeten am Donnerstag, den 2.4.59 in der nachstehend angegebenen Zeit im Kulturraum der LPG zur Aussprache mit Vertretern vom Rat des Kreises, zwecks Kauf der Flächen zu erscheinen.

✓	Arndt	Walter	8,00	Uhr	21.59
✓	Wolff	Fritz	8,15	"	24.96 - 5.20
✓	Schumacher	Karl	8,30	"	44.17 - 5.24
✓	Kahl	Albert	8,45	"	11.78
✓	Jahnke	Ernst	9,00	"	
✓	Gräfe	Emma	9,15	"	
✓	Beese	Emil Ewald	9,30	"	
✓	Krämer	Karl	9,45	"	
✓	Braun	Fritz (Sachs Dorf)	10,00	"	
✓	Harbig	Kurt	10,15	"	
✓	Piper	Wilhelm	10,30	"	
✓	Engelhardt	Otto	10,45	"	
✓	Firk	Georg	11,00	"	
✓	Ramin	Artur	11,15	"	
✓	Fischer	Willi/ Legrady	11,30	"	
✓	Baurtz	GUSTAV	11,45	"	
✓	Boldt	Vertrud	11,45	"	
✓	Porath	Martin	13,00	"	
✓	Engel	Helene	13,15	"	
✓	Ludwig	Lina	13,30	"	
✓	Vocht	Johann	13,45	"	
✓	Jendruschewitz	Anna	14,00	"	
✓	Rossow	Dietrich	14,15	"	
✓	Vielitz	Erich	14,30	"	
✓	Lemke	Erich	14,45	"	
✓	Engelhardt	Willi	15,00	"	
✓	Diets	Heini	15,15	"	
✓	Hahn	Irma	15,30	"	
✓	Diets	Heinrich	15,45	"	
✓	Gädeke	Rudolf	16,00	"	
✓	Theis	Richard	16,15	"	


Bürgermeister

1950/59

Alt.Land- u. Forstwirtschaft 9.12. 9
26-17/17 741-745 App. 26
Ba. 2 Kl. 3

An die *Rat der Gemeinde*
Abt. Finanzen *Schwarzbach*

In Hause

Betreff: Pächterentschädigungen für Sonderflächen in Schwarzbach.

Mit Zustimmung des Ministeriums des Innern werden mit Wirkung vom 1.1.1960 sämtliche Sonderflächen in Schwarzbach aufgekauft bzw. ausgetauscht. Aus diesem Grunde erübrigt sich, ab genannten Zeitpunkt, die Zahlung einer Pächterentschädigung. Den Rat der Gemeinde haben wir durchschriftlich in Kenntnis gesetzt.

(Gritschahn)
[Signature]
Abteilungsleiter

Dokument 4

Bundeswehrkommando Ost
G3 Az 45-01-12

Landkreis Wittstock (Dosse)
- Landrat -
Herrn Ch. Gilde, MdL
Postfach 152

0-1930 Wittstock

0-1260 Strausberg, 60. Oc. 1991

Prüfungstermin: ~~Chaussee~~
Eingangsdatum: 26.2.91

App. für: ~~Wittstock~~ *Wittstock*

- mit der Bitte um:
- Kenntnisnahme
 - Stellungnahme
 - Weitere Veranstaltung
 - Antwortenbeurf
 - Rücksprache
 - Kodervorlage

Betr.: Künftige Bundeswehrstandorte im Landkreis Wittstock

Bezug: Landkreis Wittstock - Der Landrat - vom 31.01.1991

*Beispiel für
wiederholte
Abweisung
seitens der
Bundeswehr*

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Befehlshaber Bundeswehrkommando Ost, Generalleutnant Schönbohm, bedankt sich für Ihr Schreiben, mit dem Sie nach den Stationierungsplänen der Bundeswehr im Landkreis Wittstock fragen. Zugleich hat er mich mit der Beantwortung beauftragt.

Die Anzahl der Standorte der Bundeswehr in den neuen Bundesländern wird nur etwa die Hälfte der Standorte der ehemaligen NVA betragen. Bei der Stationierungsplanung wird versucht, strukturschwache Regionen besonders zu berücksichtigen. Dies ist jedoch nicht in jedem Falle möglich.

Im Landkreis Wittstock waren bisher keine Truppenteile oder Dienststellen der ehemaligen NVA stationiert.
Der Standort ist durch Truppenteile der sowjetischen Streitkräfte belegt, die Bundeswehr strebt grundsätzlich keine Übernahme von sowjetischen Liegenschaften an. Diese Liegenschaften gehen nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte in das allgemeine Grundvermögen des Bundes, verwaltet durch den Bundesminister der Finanzen, über.

Allerdings wird noch untersucht, ob der Fliegerhorst Wittstock der sowjetischen Streitkräfte für eine Nutzung durch die Bundeswehr in Frage kommt. Die Entscheidung ist Ende 1991 zu erwarten.

Für die schwierigen Aufgaben in Ihrem Landkreis habe ich großes Verständnis und wünsche viel Erfolg bei deren Bewältigung.

Mit freundlichen Grüßen

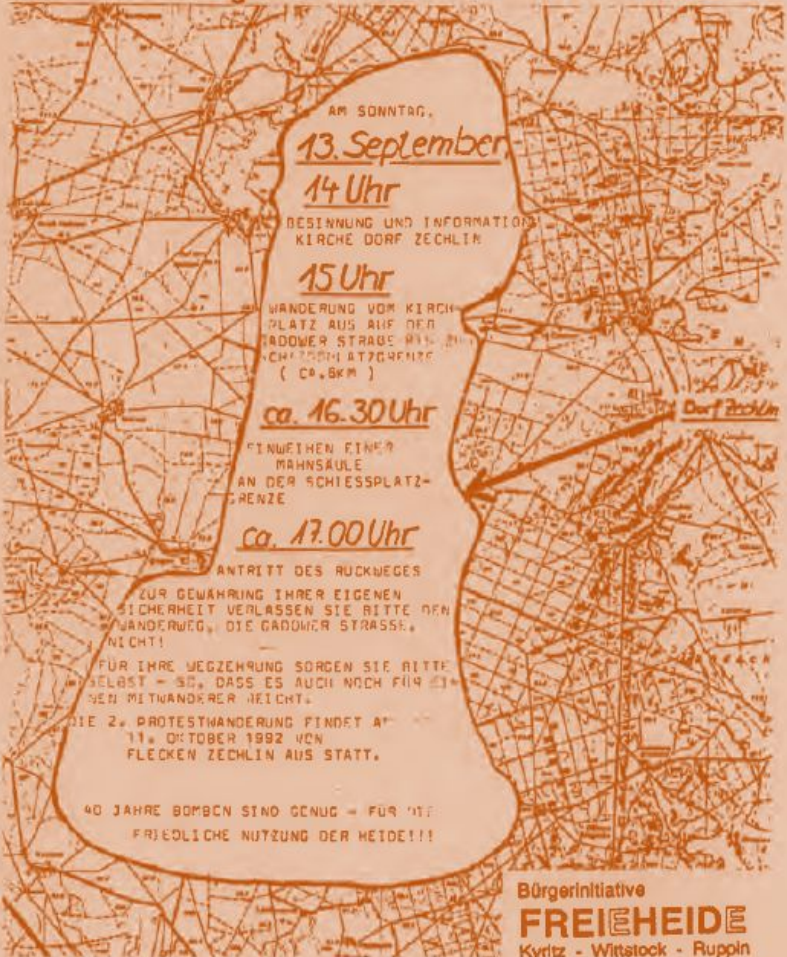
In Vertretung

[Handwritten Signature]
Kob
Oberstleutnant i.G.

*Landrat
Pinto
mit der
Rück
beantwortet*

1. PROTESTWANDERUNG

„Auf dem Weg zur FREIen HEIDE“



AM SONNTAG,
13. September
14 Uhr
BESTIMMUNG UND INFORMATIONEN
KIRCHE DORF ZECHLIN

15 Uhr
WANDERUNG VOM KIRCH-
PLATZ AUS AUF DEN
RADOWER STRASSE BIS ZUM
SCHIESSPLATZGRENZE
(ca. 6KM)

ca. 16.30 Uhr
EINWEIHEN EINER
MAHNSÄULE
AN DER SCHIESSPLATZ-
GRENZE

ca. 17.00 Uhr
ANTRITT DES RÜCKWEGES
ZUR GEWÄHRUNG IHRER EIGENEN
SICHERHEIT VERLASSEN SIE BITTE DEN
WANDERWEG, DIE GADOWER STRASSE,
NICHT!

FÜR IHRE WEGZEHRUNG SORGEN SIE BITTE
SELBST - SO, DASS ES AUCH NOCH FÜR
ANDEREN MITWANDERER REICHT.

DIE 2. PROTESTWANDERUNG FINDET AM
11. OKTOBER 1992 VON
FLECKEN ZECHLIN AUS STATT.

40 JAHRE BOMBEN SIND GENUG - FÜR DIE
FRIEDLICHE NUTZUNG DER HEIDE!!!

Dorf Zecklin

Bürgerinitiative
FREIHEIDE
Kyritz - Wiltstock - Ruppin

Dokument 6

Vorbemerkung: Von Anfang an nahmen die Protestwanderungen ihren Ausgang jeweils in einer Kirche und begannen mit einer geistlichen Besinnung. Dies ist nicht nur eine Fortsetzung der Bürgerproteste unter dem Dach der Kirchen, wie sie den Herbst 1989 prägten, sondern auch ein Grund für die Beständigkeit unseres Protestes. Geistliche Besinnung bedeutet auch geistig, besser: spirituell Kraft schöpfen für den langen Weg zur FREIEN HEIDE. Dies ist die allererste.

Ansprache zur Protestwanderungen «Auf dem Weg zur FREIEN HEIDE» am Sonntag, 13. September 1992 in der Kirche Dorf Zechlin von Pfarrer Reinhard Lampe

Nabots Weinberg: Ein König missbraucht seine Macht (1. Könige 21,1-21)
Nach einiger Zeit geschah Folgendes: König Ahab von Samaria hatte in der Stadt Jesreel eine Sommerresidenz. Unmittelbar daneben lag ein Weinberg, der einem Einwohner namens Nabot gehörte. Eines Tages sagte der König zu Nabot: «Überlass mir deinen Weinberg! Er grenzt direkt an meinen Palast und wäre gerade der rechte Platz für einen Gemüsegarten. Ich gebe dir dafür einen besseren, oder wenn es dir lieber ist, bezahle ich ihn dir in gutem Geld.» Aber Nabot erwidert: «Der Herr bewahre mich davor, dass ich dir das Erbe meiner Vorfahren gebe.» Verärgert kehrte der König in seinen Palast zurück und wollte keinen Bissen anrühren. Seine Frau Isebel trat zu ihm und fragte: «Was ist passiert? Warum bist du so verstimmt?» Ahab antwortete: «Mehr als einmal habe ich Nabot zugeredet und gesagt: Gib mir deinen Weinberg! Ich habe ihm Bezahlung oder einen besseren dafür angeboten; aber er bleibt dabei: Ich gebe ihn dir nicht!»

«Bist du König oder nicht?», sagte Isebel. «Steh auf, sei wieder vergnügt und lass es dir schmecken! Ich werde dir Nabots Weinberg schon verschaffen.» Sie schrieb im Namen Ahabs an die Ältesten und die einflussreichsten Bürger in Jesreel und versah die Briefe mit dem königlichen Siegel.

Die Briefe lauten: «Ruft einen Busstag aus! Lasst die Bewohner der Stadt zusammenkommen und gebt Nabot einen der vordersten Plätze. Setzt ihm

zwei gewissenlose Männer gegenüber, die als Zeugen gegen ihn auftreten und sagen: Du hast Gott und dem König geflucht. Dann führt ihn vor die Stadt hinaus und steinigt ihn.»

Die Ältesten und die einflussreichen Bürger befolgten die Anordnungen Isebels genau. Sie riefen die Bürger der Stadt zu einer Bussfeier zusammen und liessen Nabot ganz vorne sitzen. Ihm gegenüber sassen die beiden Schurken. Sie standen als Zeugen gegen Nabot auf und erklärten: «Nabot hat Gott und dem König geflucht.» Man führte ihn vor die Stadt hinaus und steinigte ihn. Dann liessen die Ältesten der Stadt Isebel melden: «Nabot ist tot, man hat ihn gesteinigt.»

Als Isebel die Nachricht erhielt, sagte sie zu Ahab: «Der Weinberg gehört dir, nimm ihn in Besitz! Der Mann, der ihn dir nicht verkaufen wollte, ist tot.» Ahab ging sofort hinüber, um sich den Weinberg anzueignen. Da sagte der Herr zu dem Propheten Elija aus Tischbe: «Geh zu Ahab, dem König Israels, der in Samaria wohnt. Er ist gerade zum Weinberg Nabots gegangen, um ihn in Besitz zu nehmen. Sage zu ihm: Erst mordest du und dann raubst du! Darum lässt der Herr dir sagen: Wo die Hunde das Blut Nabots aufgeleckt haben, dort werden sie auch dein Blut auflecken.»

Als Ahab Elija kommen sah, rief er ihm entgegen: «Da kommt mein Feind! Was spürst du mir nach?»

Elija erwidert: «Ich habe dir nachgespürt und habe dich aufgespürt, denn du hast dich anstiften lassen, den Herrn zu beleidigen. Darum lässt er dir sagen: Ich werde dich und deine männlichen Nachkommen ausrotten, die Unmündigen genau wie die Mündigen.»

Wer heute mit der Erfahrung unseres Widerstandes gegen die militärische Nutzung der Wittstock / Ruppiner Heide in der Bibel liest, kann erstaunliche Entdeckungen machen.

In der eben gehörten Geschichte von Nabots Weinberg fallen mir drei Punkte auf, die mich an Ähnliches in jüngster Vergangenheit erinnern:

1. Die Staatsmacht will etwas, ein Stück Land, und geht nach dem Motto vor: Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Erst kommen die Kaufangebote, dann die Tauschangebote, schliesslich das Auftrumpfen: «Bist du König oder nicht?» Die Macht kann sich eben nehmen, was sie will, heisst das, auch unter Anwendung verbrecherischer Mittel.

2. Nachgeordnete Funktionäre kriechen zu Kreuze, werden zu Mittätern. Die Ältesten und einflussreichsten Bürger der Stadt Jesreel tun widerspruchlos, was von ihnen er-

wartet wird, selbst die grösste Niedertracht. Derjenige, auf dessen Besitz es die Macht abgesehen hat, wird in einem Schauprozess zum Staatsfeind erklärt und zum Tode verurteilt. Die heimischen Komplizen haben nur ein Ziel, ordnungsgemäss Vollzug melden zu können: «Nabot ist tot, man hat ihn gesteinigt.»

3. Wo im Staat aus purem Machthunger das Gefühl für Recht und Anstand verloren geht, da gibt es dennoch eine Instanz, die wacht, nämlich Gott. Er spricht sein Urteil gegen die Verbrecher und führt es aus – auch wenn das lange dauert. Aber es kommt, ganz gewiss. So wie ihm verheissen wird, fliesst eines Tages auch das Blut von König Ahab an der Stelle, an der das Blut des unschuldigen Nabot vergossen wurde. Allein Gott ist der Garant für Recht und Gerechtigkeit in der Geschichte, nicht etwa die wechselnden Mächte. Und er schickt den Mächtigen seine Boten, die mahnen sollen. Wehe ihnen, wenn sie nicht darauf hören!

Unsere Landschaft hier in Ostprignitz ist wunderschön. Wälder und Felder wechseln sich mit Seen ab, alte, gepflasterte Alleen laden ein zum Wandern und Nachdenken. Gott hat uns, die wir hier wohnen, reich beschenkt. Alle alteingesessenen Einheimischen haben ein wahrhaft bewahrenswertes Erbe von ihren Vorfahren übernommen und sollten darauf Acht geben.

Wie ein Geschwür liegt da aber inmitten all dessen das geraubte Land, von einer rücksichtslosen fremden Macht mit Hilfe ihrer gewissenlosen Helfer in unserem Land den rechtmässigen Eigentümern weggenommen und auch seines Zweckes beraubt. Zehntausend Hektar Wald wurden zerschossen und verbrannt, der grösste Teil der Schiessplatzfläche von 142 Quadratkilometern ist eine Wüste. Der Grundwasserspiegel ist abgesunken, die Zechliner Bauern haben ein deutliches Nachlassen der Niederschläge festgestellt.

Vierzig Jahre lang wussten alle, aber auch alle, die das miterlebt haben oder die davon erfuhren, dass dieser Raub ein gottloses und schändliches Verbrechen war, durch nichts zu rechtfertigen als durch hohle Phrasen von einer angeblichen «Bedrohung durch den Imperialismus». Phrasen, mit deren Hilfe man ebenfalls jeden, der sich der Macht verweigerte, hätte vernichten können. «Wer gegen den Schiessplatz ist, ist für den Klassenfeind.» So redeten unsere nachgeordneten Funktionäre. Und wen dieses Urteil traf, der hatte nichts zu lachen.

Das vierzig Jahre lang ausgeübte und durchgedrückte Unrecht ist nun auf seine Verur-

sacher zurückgefallen, die Macht, die es veranlasste, ist gestürzt. Dieser Vorgang ist für uns durchaus Anlass zum Mitgefühl. War nicht auch der Raubkrieg Hitlers ein schreckliches Verbrechen, das gerechterweise in der völligen Niederlage sein Ende fand?

Und doch ist Trauer immer noch und immer wieder neu vorhanden, gedenken wir der Millionen Toten auch auf deutscher Seite, der einfachen Soldaten, gezwungen in den Krieg, geopfert für eine schlechte Sache, Kinder und Frauen zurücklassend.

Ebenso ist es das Schicksal der kleinen Leute, der einfachen Soldaten der jetzt abziehenden Besatzungsmacht, das Trauer hervorruft. Als Zeichen dafür sehen Sie dieses Kreuz an. Meine Frau und ein Helfer haben es im Wald gefunden, als sie Wanderrouten aussuchten. Es ist roh aus Latten zusammengenagelt und daran festgenagelt ein Blechnapf, ein Blechlöffel, eine Blechtasse. Das hinterlassen russische Soldaten im Wald, wenn sie nach Hause gehen. Ein Bild der Armut und Armseligkeit. Ein solcher Essnapf würde bei uns keinem Strafgefangenen mehr zugemutet, bei der einstmaligen siegreichen Roten Armee ist es der Alltag. Und was die heimkehrenden Soldaten empfängt, wird womöglich noch schlimmer sein. Das Unrecht hat sich totgesiegt und schlägt auf seine Verursacher zurück. Dabei ist es nicht wählerisch. Eine Mahnung, die nicht übersehen werden sollte!

Für uns, die wir hier leben, ist es gleichwohl ein Hoffnungszeichen. Denn jetzt, so meinen wir, ist es endlich Sache unseres Staates, Gerechtigkeit wiederherzustellen, das geraubte Land wieder zurückzugeben, die Zweckentfremdung zu beenden, den zerstörten Wald wieder anzupflanzen, zerschnittene Wege wieder zu verbinden – kurz, das Gebiet wieder seiner natürlichen Nutzung zuzuführen! Stattdessen aber will unser Staat nun die Erbschaft des Unrechts antreten, als wäre dies selbstverständlich!

Hier ist es an der Zeit, zu erinnern, dass Unrecht selten gut tut, dass wir sehr wohl gelernt haben zu unterscheiden zwischen dem Recht, das der Staat für sich in Anspruch nimmt, und dem Recht, das ehrbare Menschen ganz einfach im Herzen haben und das seinen Grund, wie ich meine, in den Zehn Geboten hat. «Du sollst nicht stehlen», heisst es da, und «Du sollst nicht begehren deines Nächsten Hab und Gut». Diese Gebote gelten vor allem denen, die meinen, alles zu dürfen, weil sie Macht haben, alles durchzusetzen. Die Geschichte von Nabots Weinberg zeigt aber: Gerade ihnen setzt Gott ein deutliches Stopp-Zeichen! Und alle sollten sein Wort hören.

Nun ist Minister Rühle natürlich kein König Ahab und die Bundesrepublik Deutschland kein Willkür-Staat. Im Gegenteil, wir haben gute Gesetze, wenn sie denn angewendet werden! Unser Schiessplatz, zum Beispiel, hätte bei einer Neuanlageabsicht nach Umweltverträglichkeits- und Raumordnungsgesichtspunkten nicht die geringste Chance, genehmigt zu werden. Und das weiss auch der Verteidigungsminister. Daher reklamiert er als Ausnahmeregelung Bestandsschutz für alle bei der Wiedervereinigung übernommenen Anlagen militärischer Art, egal, wie sie entstanden sind. Was einmal da ist, das bleibt, heisst das, und das ist geltendes Recht! Aber an diesem Punkt ist dieses Recht eben kein Recht mehr, sondern Unrecht und eine Schande vor Gott und den Menschen – und das wird sich rächen!

Wenn die Armee der Bundesrepublik Deutschland darauf besteht, die Nutzniesserin des an unserer Landschaft begangenen Besatzer-Unrechts zu werden, dann wird sie von Tausenden Bewohnern mit eben diesem Besatzer-Regime gleichgesetzt werden. Die alten Herren sind weg und die neuen machen auch, was sie wollen – so heisst es jetzt schon allenthalben. Und damit ist auch die Chance vertan, hier ein paar tausend Bürger für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gewinnen, Menschen also, die sich auch mit dem Herzen zu diesem Staatswesen bekennen, weil es sich als menschlicher und rechtschaffender erwiesen hat als das Alte.

Menschen, die sich mit seinen Grundwerten, den Freiheitsrechten der einzelnen Menschen so identifizieren, dass sie auch unter schwierigen Bedingungen dafür einzutreten bereit wären. Dafür müssten sie aber auch erfahren, dass sie Bürger mit Rechten sind. Hier erfahren sie zur Zeit das Gegenteil. Die Menschen dieser Region interessieren nur als «Bevölkerungsdichte»: Und die ist niedrig genug, da passt halt gut ein Schiessplatz hin. Die Folge wird sein: Bei den Betroffenen ein Verfall der Verbindlichkeiten staatlicher Ordnungen, ein Abwerten aller Politik («Alles Schwätzer und Gauner!»), eine wachsende Neigung zur Rücksichtslosigkeit bei der Durchsetzung eigener Interessen und die verstärkte Anfälligkeit für Luftablassen, eventuell mit Gewalt, gegenüber wehrlosen und unschuldigen Minderheiten. Wir hätten ohnehin noch einiges nachzuholen in diesem Land, um kultiviertes öffentliches Umgehen miteinander erst einmal zu lernen. Das, was mit uns hier vorgesehen wird, ist dafür ein Rückschlag, bevor wir richtig angefangen haben.

Wenn es aber umgekehrt möglich wäre, mit öffentlichem Protest der Betroffenen ei-

ne falsche Entscheidung des Staates zu verhindern, dann könnten sich die Bundesbürger (und das sind sie ja nun!) hier bei uns auch endlich mal als solche ernst genommen fühlen, dann könnten sie erfahren, dass Grundrechte verteidigt werden können, dass Öffentlichkeit Schutz bietet, dass es Werte gibt, die von keiner Regierung so ohne Weiteres abgetan werden können – dann hätte der ganze Staat gewonnen. Hoffen wir alle, dass die verantwortlichen Politiker weise und – ich verwende bewusst dieses Wort – patriotisch genug sind, danach zu handeln.

Dass sie ihre Pflicht nicht versäumen, dafür begeben wir uns heute auf unseren Weg der Protestwanderung, ein Weg also mit dem Zweck der Mahnung, so wie einst der Prophet Elia seinen Mahnweg zum König Ahab ging. Und als sichtbares Zeichen werden wir eine Mahnsäule hinterlassen, an der der Weg heute noch an der Schiessplatzgrenze enden muss. Bei jeder Wanderung werden wir das wiederholen, das nächste Mal am 11. Oktober von Flecken Zechlin aus, dann von Zempow aus und so weiter, bis die Mahnung gehört wird. Alle, die mitgehen, verstärken diesen Ruf nach einer besseren Gerechtigkeit.

Amen

Presse-Mitteilung



2872

30. Oktober 1992
Hg/sm

SPD kann und wird das Truppenübungsplatzkonzept von Verteidigungsminister Rüge nicht mittragen

Zur Entscheidung über das Truppenübungsplatzkonzept für die neuen Länder im Verteidigungsausschuß erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten, *Gerhard Neumann*, stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, *Diemar Materne*, Mitglied im Verteidigungsausschuß und *Dr. Uwe Käster*, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion:

Das Abstimmungsergebnis im Verteidigungsausschuß über das Truppenübungsplatzkonzept für die neuen Länder macht deutlich, wie die gewählten Vertreter von CDU/CSU und Teilen der FDP sich zum Handlanger des Bundesverteidigungsministeriums machen, deren Forderungen nach mehr Übungsfläche eindeutig überzogen waren.

Die Vertreter der SPD im Verteidigungsausschuß haben den von CDU/CSU und FDP vorgelegten Antrag einstimmig abgelehnt, weil er den Bedürfnissen der Menschen in den neuen Ländern nicht gerecht wird, sondern lediglich den übertriebenen Gebietsansprüchen der Bundeswehr Tribut zollt.

Auch, wenn Bundesverteidigungsminister Rüge den Bedarf an Truppenübungsfläche realistischer bewertet als sein Vorgänger, und auf Drängen von SPD, Anliegergemeinden und Bürgerinitiativen bereits 4 der ursprünglich 15 zur Nutzung vorgesehenen Plätze aus seinem Konzept herausnahm: Die SPD kann und wird dieses Konzept nicht mittragen, weil der von uns geforderte, gerechte Verteilungsansatz für die neuen Länder nur sehr begrenzt beachtet wurde.

Mit dem vom Verteidigungsausschuß heute verabschiedeten Truppenübungsplatzkonzept wird die militärisch genutzte und für Übungszwecke bereitgehaltene Fläche eben nicht entsprechend dem Verhältnis, wie die Truppenstärken abnehmen werden, reduziert.

Vor der Vereinigung waren auf deutschem Boden bei 520 000 ha Übungsfläche insgesamt ca. 1,4 Mio Soldaten stationiert. Bis zum Jahr 1995 wird sich diese Zahl auf etwa ein Drittel (500 000) reduziert haben. Die Übungsfläche für diese Soldaten wird allerdings bei ca. 260 000 ha liegen, sich den neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten also nicht anpassen.

Das krasse Mißverhältnis in der Verteilung der Übungsfläche auf die alten und neuen Bundesländer bleibt ebenfalls erhalten: für 60 000 Soldaten sind in den neuen Bundesländern ca. 124 000 ha vorgesehen, in den alten Bundesländern begnügen sich Bundeswehr und Alliierte aber mit nur ca. 150 000 ha!!!

Es ist also entweder zu befürchten, daß sich ein regelrechter Militärtourismus in die neuen Bundesländer entwickelt, oder aber, daß die dort zur Nutzung vorgesehene Übungsfläche von 60 000 Soldaten nicht ausgelastet wird. Herr BM Rüge hat im Ausschuß versichert, daß es den von uns befürchteten Militärtransfer in Richtung Osten nicht geben wird. Dann allerdings stellt sich die Frage, wozu 60 000 Soldaten 124 000 ha Übungsfläche benötigen. In diesem Fall könnte die Bundeswehr die Kosten der Truppenübungsplatz-Bewirtschaftung drastisch einschränken, wenn

SPD-Bundestagsfraktion ■ 5300 Bern 1 ■ Bundeshaus
Herausgeber: Dr. Peter Struck ■ Redaktion: Ulrich Heier ■ Telefon: 0226/16-2726 / 16-2874 ■ Telefax: 0226/16-2510

sie in den neuen Ländern weitere Flächen der privaten Nutzung zuführt. Dies wäre ein nicht unerheblicher Spar-Beitrag in der ohnehin angespannten Haushaltslage.

Wir fordern deshalb den Verteidigungsminister auf, die in seinem verabschiedeten Konzept vorgesehene Weiternutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und des Übungsplatzes Wittstock-Neuruppin aufzugeben.

Die militärische Weiternutzung der Letzlinger Heide scheint dem Minister selbst nicht ganz geheuer zu sein, verschiebt er seine endgültige Entscheidung doch auf das Jahr 1995, in dem er (nach Abzug der WGT) ein hydrologisches Gutachten erstellen will, von dem die Zukunft der Heide abhängen wird. Die Fakten liegen aber bereits jetzt klar auf dem Tisch. Das von Rühle beabsichtigte, mehrjährige Warten auf ein Gutachten, dessen Ergebnis schon heute absehbar ist, bedeutet die massive Einschränkung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einer ganzen Region!

Was den Truppenübungsplatz Wittstock/Neuruppin in Brandenburg betrifft, so möchten wir zur bisher geführten Diskussion nur noch hinzufügen: Wenn die Bundeswehr diesen Platz tatsächlich weiternutzen wird, so wird sie damit (wie übrigens auch in Ohrdruf/Thüringen) gegen den von ihr selbst aufgestellten Grundsatz verstoßen, prinzipiell keine sowjetischen Übungsflächen zur Weiternutzung übernehmen zu wollen, und damit wird sie in den neuen Ländern den letzten Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verlieren. Darüberhinaus sollte der Bundesverteidigungsminister sich überlegen, ob er tatsächlich einen Übungsplatz weiternutzen will, der erst in den 50-er Jahren und nur durch Enteignung, also unrechtmäßig entstanden ist. DDR-Unrecht will Herr Bundesminister Rühle doch sicherlich nicht fortsetzen, oder?

Ein weiterer Pferdefuß liegt in der Übungsfläche der Sandortübungsplätze verborgen. Denn hier war das Verteidigungsministerium trotz mehrmaliger Nachfrage nicht in der Lage, detaillierte Angaben zur vorgesehenen Fläche zu machen. Es bleibt zu vermuten, daß sich hinter dieser Unsicherheit eine weitere Ungerechtigkeit auf Kosten der neuen Länder versteckt hält.

Wir werden diese Bedenken in der nun folgenden Debatte noch einmal dezidiert vortragen.

Ministerpräsident

LAND
BRANDENBURG

Potsdam, 8. Mai 1994

Grußwort

des Ministerpräsidenten Brandenburgs an die Bürgerinitiative FREIE HEIDE Kyritz-Wittstock-Ruppin e.V. anlässlich der 20. Protestwanderung am 8. Mai 1994

Liebe Mitglieder der Bürgerinitiative FREIE HEIDE,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 20. Protestmarsch,

langfristige Termine machen es mir leider unmöglich, mich Ihrer Protestwanderung unter dem Symbol der Taube gegen den Bombenabwurfplatz anzuschließen.

Gedanklich aber bin ich mit auf dem Weg nach Rägelin. Ich fordere mit Ihnen eine von Luft-Boden-Übungsplätzen freie Wittstocker Heide. Jede abgeworfene Bombe ist eine Bombe zu viel! Noch aber ist die Befürchtung nicht ausgeräumt, daß doch ein Bombenabwurfplatz kommt.

Die Brandenburger Landesregierung hat die Bundesregierung aufgefordert, auf die Nutzung des Bombenabwurfplatzes bei Wittstock zu verzichten. Und die Landesregierung gab ein Gutachten in Auftrag. Das soll klären, ob die Bundeswehr rechtmäßig überhaupt die Nachfolge der sowjetischen Streitkräfte antreten kann. Daran wird intensiv gearbeitet.

Unser Bundesland ist sich seiner Mitverantwortung für die Aufgaben der Landesverteidigung bewußt und wir wollen auch das dazu Notwendige leisten.

Die geschundene Wittstocker Heide aber und die in den 50er Jahren enteigneten Bauern brauchen Ruhe für eine friedliche Entwicklung dieser Region ohne einen Luft-Boden-Schießplatz.

Comme toute am 8. Mai, dem Tag des Kriegsendes vor 49 Jahren, bin ich mit Ihnen.


Manfred Stolpe

Dokument 9

Ansprache von Rudolf Scharping im Rahmen einer Wahlkampftour auf der 22. Protestwanderung für eine freie Heide am 6. August 1994 in Gadow (OPR)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Als ich vor zweieinhalb Jahren das erste Mal in Flecken Zechlin war, habe ich zum ersten Mal von diesem Bombenabwurfplatz gehört. Die russischen Truppen haben Deutschland praktisch verlassen. Bei uns gab und gibt es gute Freunde, amerikanische und französische Truppen, aber deren Zahl sinkt. Und so haben wir auch bei uns zu Hause das Problem: Was machen wir mit den freien Flächen, was machen wir, um den Menschen, die früher beim Militär gearbeitet haben, neue Arbeitsplätze zu schaffen, und was passiert in den Unternehmen, das sind ja manchmal auch Handwerksbetriebe, Baubetriebe und andere. Dann habe ich bei Veranstaltungen in Berlin später die Bürgerinitiative FREIE HEIDE noch häufiger getroffen und Annemarie und andere. Was ich also sage, das steht nicht unter dem Eindruck dieser Begegnung heute hier am Rande des Truppenübungsplatzes alleine, sondern es hat zu tun mit Gesprächen und Erfahrungen, die ich so in den letzten zweieinhalb Jahren zu diesem Thema gesammelt habe.

Und dann will ich Ihnen vielleicht noch vorneweg ein Zweites sagen: Ich mache jetzt, und da bitte ich für die Verspätung um Entschuldigung, eine Reise, eine Sommerreise quer durch Deutschland und bisher war ich meistens in landschaftlich schönen und zugleich Urlaubs- und Fremdenverkehrsgebieten in Bayern, Baden-Württemberg, jetzt vorhin in Rheinsberg und dann wird mich der Weg weiter führen nach Waren am Müritz-See und dann an die Ostsee und an viele andere schöne Stellen. Das mach ich nicht wegen der Schönheit der Landschaft. Das wäre auch ein gutes Motiv, aber ein bisschen unzureichend, knappe drei Monate vor einer Bundestagswahl. Ich mache das vor allen Dingen deshalb, weil ich ein Signal setzen will. Das Signal, dass die Politik raus muss aus den Amtsstuben, wieder hin zu den Leuten, miteinander reden, aufeinander hören, sich gegenseitig informieren. Wenn Politik nur in den Parteien und nur in den Parlamenten stattfindet, dann ist sie irgendwann sehr lebensfern und sehr bürokratisch. Und das möchte ich ändern.

Diese beiden Dinge lassen sich an diesem Platz gut miteinander verbinden. Es wäre wahrlich schöner, man könnte, so wie an anderen Stellen auch in Deutschland, aus dieser Region etwas machen, wo viele Menschen hinkommen, die Heidelandschaft geniessen können und neu investiert werden kann, wo vielleicht ein zusätzliches Urlaubsgebiet entsteht. Aber das geht ganz schlecht in der Nähe eines Truppenübungsplatzes. Bei mir zu Hause, in Rheinland-Pfalz, da gibt es einen grossen Truppenübungsplatz in Bornholder und ich weiss sehr wohl, die Bundeswehr braucht solche Plätze, aber man muss sehr genau entscheiden, an welcher Stelle braucht man die. Und eines kann ich nicht so recht einsehen, dass wir mit den vielen, die bei der Nationalen Volksarmee waren, und den vielen, die bei der Bundeswehr waren, und das, wenn man das zusammenzählt, waren das mehrere Hunderttausend, jetzt sind bei der Bundeswehr noch etwa 350'000 Leute. Und das ist eine grosse Leistung, die die da vollbracht haben, das kann niemand bestreiten. Es werden vermutlich in den nächsten Jahren ... die Stärke der Bundeswehr sinken auf rund 300'000. Und was ich nicht verstehe ist, dass diese zwei zusammengeführten Streitkräfte, die viel mehr Soldaten hatten, als jetzt die Deutsche Bundeswehr sie hat, warum die plötzlich mehr Gelände und mehr Fläche beansprucht, als sie vorher für viel mehr Soldaten zur Verfügung hatte, das verstehe ich nicht.

Nach meiner Auffassung hat die Bundeswehr eine Aufgabe, nämlich die der Landesverteidigung, dann muss sie Pflichten im Bündnis wahrnehmen und das hat sie bisher gemeinsam mit anderen gut gemacht. Sie hat auch gemeinsam mit anderen geübt, zum Beispiel das Tieffliegen, und das hat mich immer schrecklich geärgert, weil ich sehr genau gesehen habe, was das für die Menschen bedeutet, und ich auch nicht verstehe, warum man über dicht besiedeltem Gebiet, das ist hier anders, das weiss ich wohl, aber warum man über dicht besiedeltem Gebiet solche Übungen durchgeführt hat.

Ein solcher Bombenabwurfplatz in Deutschland ist unnötig!!!

Und ich sage Ihnen, so wie ich das seit über zwei Jahren sage, am 16. Oktober, da wird eine Entscheidung getroffen und wenn dann eine Mehrheit im Deutschen Bundestag da ist, dann wird eine Entscheidung getroffen:

Dann wird das hier nicht mehr Truppenübungsplatz sein!!!

Dokument 10

Ansprache von Horst Kasner anlässlich der Protestwanderung am 4. September 1994 in der Kirche von Flecken Zechlin

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich komme aus Templin. Es hätte auch uns treffen können: In der Tangersdorfer Heide ein Schiessplatz, in Gross Dölln ein Flugplatz der Bundeswehr wie zuvor für die sowjetische Armee. Stattdessen geniessen wir den Vorzug einer ungestörten Landschaft und haben die Möglichkeit, unsere Region zu einem Kur- und Erholungsgebiet zu entwickeln. Können wir es uns dabei einfach gut gehenlassen? Wir leben nicht weit entfernt von Ihnen. Sollten nicht Menschen auch aus unserer Gegend bereit sein, Sie bei Ihrer Bürgerinitiative FREIE HEIDE zu unterstützen? Ich selbst habe mich lange zurückgehalten, ehe ich mich bereit erklärte, mit Ihnen ein Wort aus der christlichen Glaubensüberlieferungen zu bedenken, da fiel mir sehr bald ein Wort aus dem Neuen Testament, ein Wort aus dem Brief des Apostels Paulus an die Gemeinde in Rom ein, dass am Anfang des zwölften Kapitels steht:

«Lasst euch nicht gleichschalten dieser Weltzeit, lasst euch vielmehr umgestalten durch die Erneuerung des Denkens, um entscheiden (zu können), was der Wille Gottes ist: Das Gute und das Wohlgefällige und Vollkommene.»

Wir erinnern uns: Als 1989 die Mauer fiel, da riefen die Menschen in Berlin: «Wahnsinn!» Verständlich. Doch eigentlich hätten sie rufen müssen: «Endlich Normalität!» Inzwischen ist uns längst bewusst geworden: Offene Grenzen – das ist normal. Zu DDR-Zeiten aber hatten wir uns nach Jahrzehnten des Eingesperrtseins an diesen Zustand gewöhnt; hielten die Mauer für etwas Normales. Jahre zuvor in einem Gespräch hatte mich ein Kollege gefragt: «Sie wollen doch nicht etwa sagen, die Mauer muss weg?» Und ich hatte Mühe, es frei und offen auszusprechen: «Ja, die Mauer muss weg.» Der Wahnsinn war zur Normalität geworden und das Normale zum Wahnsinn. Die Anpassung an das Gegebene scheint normal zu sein. Und darum bedarf

es immer wieder der Aufforderung: «Lasst euch nicht gleichschalten dieser Weltzeit, lasst euch vielmehr umgestalten durch die Erneuerung des Denkens.»

Dieser ehemalige «Kriegsschauplatz in der Wittstocker Heide muss nun wieder normale Landschaft werden. Wer das fordert, ist normal. Und wer hier Bomben werfen will, ist wahnsinnig.

Nun gibt es Leute, die argumentieren: Solange es die Bundeswehr gibt, muss es militärische Übungen geben; Schiessen und Bombenabwurf. Sie halten das für normal.

Da sagen manche von denen, die davon betroffen sind: «Wenn schon, dann aber nicht bei uns. Hier ist ein Erholungsgebiet. Wenn hier militärische Übungen stattfinden, dann werden sich Investoren zurückziehen, Touristen und Urlauber wegbleiben.» Auch das ist Wahnsinn; denn wer will schon diese schreckliche Belästigung in seiner Nähe haben?

Ich behaupte, das Argument, militärische Kriegsstübungen müssen sein, das ist der Wahnsinn der Normalität. An Folgendem mag das deutlich werden. Das renommierte Worldwatch-Institut sagt für die kommenden Jahrzehnte weltweite Hungersnöte voraus. Die vorrangige Bedrohung unserer Zukunft sei nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art. Für die zunehmende Weltbevölkerung bestehe ein Mangel an Lebensmitteln. Die Berechnungen gehen von neun Milliarden Bewohnern der Erde im Jahre 2030 aus. Die vorhandenen Ackerflächen und Wasservorräte werden nicht ausreichen, um alle zu ernähren. Der Kampf um Nahrungsmittel wird die Preise in die Höhe treiben. Worldwatch fordert eine massive Umorientierung hinsichtlich der Prioritäten. Mit einem «Wechsel» – so das Wahlmotto der SPD – ist es nicht getan. In der Politik steht eine Wende an. Um des künftigen Friedens willen in der Welt brauchen wir nicht Bomben, sondern Brot. Zu kostbar ist diese Heidelandschaft, um sie als Zielgebiet für Bombenabwürfe zu missbrauchen. Warum wird das von den politisch Verantwortlichen nicht erkannt?

Für die heute fälligen politischen Entscheidungen ist ein hohes Mass an Intelligenz erforderlich. Dem sind Politiker in der Regel nicht gewachsen. Ihr geistiger Horizont, das wird immer wieder deutlich, ist begrenzt. Sie sind mehr Macher als Denker. Und vor allem verstehen sie sich auf die Macht: Wie kommt man zur Macht? Wie bleibt man an der Macht? Es ist kaum zu erwarten, dass ein Mann wie Herr Rühle, von Beruf Studienrat, die

politischen Erfordernisse im Welthorizont überblickt. Da sind wir als Bürger aufgerufen, uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen, gemeinsam darüber nachzudenken, worauf es jetzt ankommt.

Bomben auf die Wittstocker Heide – das ist Wahnsinn! Wenn wir fordern: Kein Bombenabwurf hier und andernorts, sondern Brot und Wasser für alle Menschen auf der Erde – dann sind wir nicht wahnsinnig. Sondern normal. Es sei denn, wir hielten es für die Normalität, uns den Wohlstand zu erhalten, und bereiten uns darauf vor, das Privileg, zu den Reichen dieser Erde zu gehören, gegen den Ansturm der armen Völker dann auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Ich komme nicht umhin zu vermuten, in den Köpfen von Politikern und Militärs, aber auch Wirtschaftsführern werde auch dieser Ernstfall bedacht.

Wir müssen davon ausgehen, vieles von dem, was heute noch als normal angesehen wird, ist eigentlich Wahnsinn. Nach Angaben der «Internationalen Ärzte für Verhütung eines Atomkrieges» (IPPNW) gibt es weltweit 48'000 Atombomben mit einer Sprengkraft von 900'000 Hiroshima-Bomben. Das ist Wahnsinn. Aber von so genannten intelligenten Menschen erdacht und vollbracht. Und die Folge der Atomtests: 430'000 Krebstote bis zum Ende dieses Jahrhunderts. In hundert Jahren, so wird angenommen, werden es dann 2,4 Millionen Menschen sein. Und die Mehrheit der Menschen nimmt das hin, als sei das normal.

Das ist der Wahnsinn der Normalität. Nichts brauchen wir dringender als die Erneuerung unseres Denkens! Immerhin: Dem Weltgerichtshof liegt jetzt ein Antrag vor, schon den Besitz von Atomwaffen als völkerrechtswidrig zu erklären. Das wäre das Normale.

Mit dem Umbruch von 1989 ist alles in Bewegung geraten. In der Politik aber scheint alles beim Alten zu bleiben oder zu versteinerten Verhältnissen zurückzukehren, wo doch dringend etwas Neues passieren müsste. Aber man scheut den Aufbruch zu neuen Ufern: Die politische Klasse ist ratlos, die Etablierten sind auf Besitzstandswahrung bedacht. Der Zerfall der bipolaren Weltordnung des 20. Jahrhunderts, symbolisiert im Fall der Mauer, hat eine neue Wirklichkeit erfahrbar gemacht: die Weltgesellschaft. Dieser neuen Wirklichkeit zu entsprechen, das muss uns klar sein, wird von uns Verzicht fordern. Wir müssen uns unserer selbst bewusster werden. Wir dürfen uns nicht einreden lassen, wir hätten keine Macht. Darum zum Schluss ein Poem von Kurt Marti:

machtverhältnisse

*die ohne macht
machen
die mächtigen*

*was machten
die mächtigen
machten
die ohne macht
nicht
was die mächtigen
machen?*

*mächtiger sind
als die mächtigen
die ohne macht*

BISCHOF PROF. DR. WOLFGANG HUBER

**Grußwort
zur Protestwanderung der Bürgerinitiative „Freie Heide“ e.V.
am 3. November 1996**

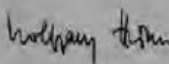
Regelmäßig erhalte ich die Einladungen der Bürgerinitiative „Freie Heide“ e.V. zu ihren Protestwanderungen. Einmal konnte ich bisher persönlich an einer solchen Wanderungen teilnehmen. Mich beeindruckte dabei das große Engagement und die Zuversicht, mit der die Beteiligten der Bürgerinitiative „Freie Heide“ e.V. ihr Anliegen vertreten. Leider kann ich an der Wanderung am 03.11.96 nicht persönlich teilnehmen. Dennoch möchte ich Ihnen auf diesem Weg meine herzlichen Grüße und guten Wünsche für einen guten Verlauf Ihrer Wanderung übermitteln.

Eines der zentralen Anliegen der Bürgerinitiative war und ist es, ein förmliches Planungsverfahren für die Einrichtung eines Bombenabwurfplatzes zu erreichen. Die Bundeswehr reklamierte dagegen einen Bestandsschutz für den militärischen Betrieb. Sie knüpfte damit unmittelbar an die Tradition der militärischen Nutzung des Geländes durch die Sowjetarmee bis zum Jahre 1989 an. Es entstand der für viele Betroffene fatale und unerträgliche Gedanke, die von den sowjetischen Militärs willkürlich annektierten Ländereien seien rechtmäßig einer militärischen Nutzung zugeführt worden.

Am 29.08.96 wurde vom Verwaltungsgericht in Potsdam über Rückübertragungsansprüche mehrerer Kläger entschieden. In der Sache wurde dabei das Anliegen der Bürgerinitiative „Freie Heide“ e.V. positiv aufgenommen. Das Gericht stellte fest, „daß für die militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes... zu militärischen Zwecken... ein förmliches Planungsverfahren... erforderlich“ sei.

Dieser Gerichtsentscheid ist für Sie alle ein Teilerfolg und ein ermutigendes Zeichen. Ihre Beharrlichkeit hat dem Gedanken und der Geltung des Rechts einen wichtigen Dienst erwiesen.

Ihr



Auf dem Weg zur FREIen HEIDE



**Militärischer
Sicherheitsbereich!**
Unbefugtes Betreten verboten!
Vorsicht Schußwaffengebrauch!

Eine Ausstellung über den Kampf gegen das
80 km vor Berlin gelegene Wittstocker Bombodrom in der
Galerie im Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
U-Bahn Französische Straße
vom 13. April - 10. Mai 94 / Mo - Fr 11⁰⁰ - 19⁰⁰ Uhr
und in der Marienkirche (am Roten Rathaus) vom 12. Mai - 19. Juni

Bürgerinitiative
FREIE HEIDE
Kyritz - Wittstock - Ruppin e.V.

Beschilderung des Geländes durch die Bundeswehr nach der Übernahme von der Roten Armee

Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Der Landrat

Kopie

Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin • Postfach 13 54 • 16802 Neuruppin

Bundesverteidigungsministerium
Herrn Minister Rübe
PF 1328

53003 Bonn

Auskunft erteilt:

Herr Gilde

Ihre Zeichen/Nachricht vom	Unsere Zeichen	Zimmer Nr.	Telefon	Telefax	Datum
	gi/r6	209	199/200	03391/3239	1996-12-09

Geplanter Truppenübungsplatz Wittstock, Übungen der Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Minister Rübe,

dieser Tage ist bekannt geworden, daß auf dem geplanten Truppenübungsplatz Wittstock militärische Übungen der Bundeswehr stattgefunden haben. Es wurde auch die Absicht bekundet, dort weitere Übungen durchzuführen.

Ich protestiere auf das Schärfste gegen die Aufnahme des Übungsbetriebes auf diesem streikbefangenen Gelände.

Offensichtlich sollen dadurch Tatsachen geschaffen werden, die Einfluß auf das anhängige Gerichtsverfahren nehmen sollen.

Ich möchte Sie auf die ganz klaren Aussagen hinweisen, die das Potsdamer Verwaltungsgericht am 29. August 1996 gemacht hat.

Die erneute militärische Nutzung des Geländes ist erst nach Durchführung der rechtsstaatlichen anlagentypischen Verfahren zulässig.

Ich fordere Sie daher auf, dafür zu sorgen, daß keine weiteren militärischen Übungen auf dem streikbefangenen Gelände durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Chr. Gilde
Landrat

Hauptschreiber:
Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin
Vishower 14-16
16816 Neuruppin

Bankverbindung
Deutsche Bank Neuruppin
BLZ 120 700 00
Konto-Nr. 337 003 300
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin
BLZ 160 502 02
Konto-Nr. 173 000 5450

Kommunikation
Telefon 03391/688-0
Telefax 03391/3239

OSTERMARSCH MÄRZ 1997 FREI(e) HEID(e)

Rede von Jakob von Uexküll

Der Kampf gegen dieses Bombodrom ist Teil einer langen europäischen Tradition. In Greenham Common in England lebten Frauen aus aller Welt jahrelang in Zelten vor den Toren eines riesigen Militärflughafens, wo die Atombomben-bestückten US-Bomber stationiert waren. Diese Frauen konnten nicht länger ein so genanntes normales Leben führen im Bewusstsein der täglich drohenden atomaren Vernichtung!

In Comiso in Italien führte die Aufstellung der Cruise- und Pershing-Raketen zur Errichtung eines ähnlichen Friedens-Camps. Und im Larzac in Frankreich haben die Menschen, wie hier, viele Jahre (schliesslich mit Erfolg!) gegen die Zerstörung ihres Lebens und ihrer Umwelt durch die Übernahme eines grossen Geländes für militärische Zwecke gekämpft! Die Botschaft dieser Kämpfe heisst:

Ein Erfolg ist möglich, auch gegen die mächtigen Machtstrukturen. Aber es kann lange dauern und die Grenzen von Demokratie und Rechtsstaat werden schnell sichtbar. Es gewinnt, wer den längeren Atem hat, politisch geschickter ist und die grössere «Lobby» aufbringen kann. Wir müssen z.B. diejenigen blossstellen, die immer behaupten, das Geld sei knapp, aber Milliarden aufbringen können für zukunftszerstörende Riesenprojekte. Besonders grotesk ist das Bonner Argument, aus politischer Gerechtigkeit müsse auch Ost-Deutschland so genannte Verteidigungslasten mittragen! Hier spricht die Arroganz der Sieger, die meinen, den kalten Krieg gewonnen zu haben.

Auf einer Konferenz in Berlin sagte mir ein ost-europäischer Botschafter nach einer dieser üblichen Triumphreden des Nato-Vertreters: «Ich dachte, der Kommunismus hat verloren und wir haben alle dazugewonnen.» Aber so sehen sie es eben nicht in Bonn, Brüssel und Washington. Statt eine gesamteuropäische Friedensordnung zu sichern, gebaut auf wirkliche Abrüstung und Menschenrechte, versuchen sie verzweifelt, den abhanden gekommenen Feind irgendwo wieder aufzubauen, damit das alte Blockdenken weitergehen kann. Um den amerikanischen Schriftsteller Mark Twain zu zitieren: «Als sie ihr Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.» Erinnern wir uns, was Nato-«Verteidigung» bedeutet? Die Doktrin heisst MAD, wörtlich «verrückt». (Die Abkürzung be-

deutet «mutually assured destruction», d.h. gegenseitig garantierte Vernichtung.) Wenn der Warschauer Pakt eine Nato-Grenze überschritten hätte, dann hätte die Nato mit einem atomaren Erstschlag geantwortet, d.h. ganz Europa in ein radioaktives Inferno verwandelt mit dem Argument «besser tot als rot».

Ich bin noch niemandem hier oder z.B. in der ehemaligen UdSSR begegnet, der so dachte – trotz aller Widrigkeiten des damaligen Systems –, aber die gesamte westliche Verteidigungspolitik basierte auf dieser wahnsinnigen Annahme, die von fast dem gesamten politischen Spektrum – auch z.B. von der SPD – akzeptiert war.

Kürzlich hat ein prominenter ehemaliger Vertreter dieser Doktrin, der frühere britische Regierungsberater Peregrine Worsthorne sein Entsetzen über diesen Konsens ausgedrückt. «Wie konnten wir», schreibt er jetzt, «nur so etwas Verrücktes glauben?» Er betont – als jemand, der dabei war –, dass die Gefahr einer atomaren Vernichtung Europas gerade in den achtziger Jahren besonders gross war, also zu einem Zeitpunkt, als das sowjetische Imperium schon zusammenbrach, denn Reagan und Thatcher hätten tatsächlich auf den Knopf gedrückt!

Warum erwähne ich das heute?

Weil diese Doktrin noch immer gilt und die Nato jetzt erweitert werden soll. Bald reicht also ein Konflikt zwischen Polen und dem Diktator von Belarus, um ganz Europa zu bedrohen.

Dieses Bombodrom ist nicht nur eine Gefahr für die Zukunft dieses Gebietes, sondern Teil einer militärischen Ideologie, die heute (wenn möglich) noch verrückter ist als früher. Die Nato-Ausweitung wird nach amtlichen US-Berechnungen 125 Milliarden Dollar kosten. Sie hat kein Konzept, keine Kriterien. Sie bedroht alles, was wir seit 1990 erreicht haben. Sie behindert weitere Abrüstungsschritte auf unserem noch immer von Tausenden von Atomwaffen bedrohten Kontinent. Sie ist ein Schlag ins Gesicht des neuen Russlands – ein Land, in dem Mütter an die Front fahren, um ihre Söhne nach Hause zu holen, wie es die russischen Soldatenmütter in Tschetschenien getan haben!

Die Nato-Erweiterung lenkt ab von dringend nötigen Aufgaben der globalen Friedenssicherung, z.B. der Schaffung einer UNO-Eingreiftruppe, eines permanenten internationalen Gerichtshofes, einer globalen Abrüstungsbehörde usw.

Diese Erweiterung teilt Europa erneut und macht es unsicherer. Sie soll wohl auch vergessen machen, dass die Nato in Bosnien nicht einmal fähig ist, die Hauptkriegsverbrecher zu verhaften. Angeblich geht das nicht, weil es das Leben einiger US-Soldaten gefährden könnte, was dem US-Publi-

kum nicht zuzumuten ist. Dass in den USA seit 1979 fünfzigtausend Kinder durch Schusswaffen umgebracht wurden, ist dagegen anscheinend zumutbar, denn ein Schusswaffenverbot war nicht durchzusetzen!

Diese Nato ist im Ernstfall nur fähig, ein Land in die Steinzeit zurückzubombardieren wie im Irak. Aber sie soll jetzt für den weltweiten Schutz der gegenwärtigen Ordnung eingesetzt werden. Die Privilegierten geben inzwischen zu, dass es Grenzen des Wachstums gibt. Aber um den globalen Reichtum nicht gerecht teilen zu müssen, wollen sie die Armen militärisch bekämpfen. Ich zitiere aus einer Bundeswehr-Publikation: «Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen.» Die so genannte Globalisierung ist kein Natur-Phänomen, sondern basiert auf Verträgen von Tausenden von Seiten. Was wir brauchen ist aber keine Globalisierung der Nato oder der Multis, sondern eine Globalisierung der Friedensbewegung, der Umweltschützer, der Gewerkschaften, der Verbraucher, der Menschenrechte! Die Nato-Erweiterung hat viele Gegner: sogar die *New York Times* warnt davor. Aber sie muss jetzt angeblich durchgeführt werden, weil der Westen sonst gegenüber Moskau an Glaubwürdigkeit verlieren würde. Wie kann aber eine Politik Glaubwürdigkeit beanspruchen, die alles bricht, was 1990 versprochen wurde – die Versprechen, die hier gemacht wurden, genau wie die Versprechen, die in Moskau gemacht wurden und zum Abbau des Sowjet-Imperiums führten?!

Es wird in Bonn immer vor einem deutschen Sonderweg gewarnt – dann schon lieber eine gemeinsame europäische Atommacht und andere Verücktheiten!

Aber es gibt einen deutschen Sonderweg nach 1945, der gar nicht schlecht ist. Ich zitiere aus einem Deutschlandbericht in der grossen liberalen britischen Zeitung *The Guardian*: «In keinem europäischen Land gibt es eine so grosse kritische Masse von Bürgern, die die Rolle ihres Landes nicht gleichsetzen mit einer grossen militärischen Präsenz. Gestützt auf die ehrliche Überzeugung der meisten Deutschen, ist ihr Land die erste postimperiale Macht Europas geworden. Wir (Briten) sollten danach streben, denselben kreativen Weg zu gehen.»

Ich weiss nicht, ob wir schon so weit sind. Aber dieses Lob gilt sicher nicht Herrn Rühle und seinen Kollegen! Es gilt den vielen Menschen, die sich aktiv für diese Ziele eingesetzt haben und es weiterhin tun. Dieses Lob gilt auch uns hier und ist gleichzeitig ein Auftrag, diesen Weg trotz aller Widerstände weiter zu gehen.

5 Jahre
auf dem Weg zur

FREIen HEIDE

8.-10. August 1997

- Fr 8.8. 17⁰⁰ Uhr Beginn der *Mahnwache* an der
Mahnsäule in Schweinrich
19⁰⁰ Uhr Benefizkonzert mit *Keimzeit* am Dranser See
- Sa 9.8. 10⁰⁰ Uhr Start der *Fahrradrundfahrt* rund ums
Bombodrom an der Mahnsäule Schweinrich
abends: *Feier* auf dem Zeltplatz Schweinrich
- So 10.8. 14⁰⁰ Uhr Die *45. Protestwanderung*
ab Schweinrich: Besinnung und Information in der Kirche,
Wanderung zum Dranser See und Kundgebung
- Di 12.8. 20³⁰ Uhr Rheinsberg, Heckentheater:
Albert Herring, Oper von Benjamin Britten, Aufführung der
Kammeroper Rheinsberg im Zeichen des
5-jährigen Protestes gegen das Bombodrom
- 3.-10.8. *Aktionstage* der Berliner Freunde der FREIen HEIDE,
Infos bei Barbara Übel, Tel. 030/4013426

Bürgerinitiative
FREIHEIDE
Kyritz - Wittstock - Ruppin

Wir lassen uns das Baden nicht verbieten !

Dokument 16

RUDOLF SCHARPING
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Frau
Annemarie Friedrich
Bürgerinitiative FREie HEiDe e.V.
Strandweg 3

14. Oktober 1998

16837 Flecken Zechlin

Liebe Annemarie Friedrich,

Über die Glückwünsche zum Wahlsieg habe ich mich sehr gefreut. Nach 16 Jahren haben sich die Menschen in unserem Lande für einen Wechsel entschieden. Das hervorragende Wahlergebnis macht deutlich, daß hohe Erwartungen an eine Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung gestellt werden. Die Freude wird daher von dem Gefühl begleitet, eine enorme Verantwortung zu schultern.

Ich habe jedoch keinen Zweifel, daß es uns gelingt, mit neuem Schwung dieser Herausforderung gerecht zu werden.

In Deinem Brief hast Du mich nach Gadow eingeladen. Wie Du sicherlich verstehen wirst, wird es mir kaum möglich sein, am 31. Oktober bei Euch zu sein. Koalitionsverhandlungen und der anschließende Beginn unserer Regierungsarbeit erfordern meine häufige Anwesenheit in Bonn.

Das ist bedauerlich. So bleibt mir zunächst nur, Euch für die Arbeit weiterhin viel Erfolg zu wünschen.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Scharping

ERICH-OLLENHAUER-HAUS, OLLENHAUERSTRASSE 1, 53113 BONN
TEL.: 0228/532 274, FAX: 0228/23 70 66

Thesen gegen einen Bombenabwurfplatz bei Wittstock

Reformationstag 1998 am Schlagbaum zu Gadow

1. Du sollst nicht töten, auch nicht auf Befehl!
2. Menschen, auch Staaten, können Konflikte ohne Gewalt austragen.
3. Ein Bombenabwurfplatz paßt weder in unsere Landschaft noch in unsere Zeit.
4. Auch ein deutsches Bombodrom
 - zerrüttet Alltag und Gesundheit der Anwohner,
 - behindert die Entwicklung der Region,
 - schreckt Erholungssuchende ab.
5. Deutschland, umzingelt von Freunden und knapp bei Kasse
 - soll erst mal die Wunden schließen, die zwei Weltkriege und der Kalte Krieg den Menschen und Landschaften beigebracht haben.
 - soll helfen, Not zu lindern, abzurüsten und das Erlernen gewaltfreier Methoden zu erleichtern.
6. Auch als „Nothelfer“ retten Kampfflieger und Raketen die einen und töten die anderen, ob Serben, Albaner oder Bosnier.
7. Das Militär verschwendet weltweit ein Viertel des Treibstoffverbrauchs. Die knappen Rohstoffreserven der Welt lassen sich besser friedlich und durch das Beschreiten ökologischer Pfade sichern.
8. Außenpolitik muß vorausschauend mit diplomatischem und wirtschaftlichem Einfluß Interessen wahren und Konflikte ohne Drohung mit Gewalt austragen helfen.
9. Den Kampf für eine FREIE HEIDE wollen wir ohne Gewalt gegen Menschen, ohne Feindbilder und durch das Schaffen ziviler Arbeitsplätze vor Ort gewinnen.
10. Der Erfolg unseres Widerstandes gegen einen Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide wird Menschen anderswo zu gewaltfreier Selbstbehauptung ermutigen.

Bürgerinitiative

FREIE HEIDE

Kyritz - Wittstock - Ruppin

Einwohner: BI FREIE HEIDE e.V. • Robert-Koob-Straße 7 • 16816 Neuruppin
Spendenkonto: Sparkasse Ostprignitz-Ruppin • Konto-Nr. 168 000 0167 • BLZ 160 502 02

Bürgerinitiative
FREIHEIT
Kyritz - Wittstock - Ruppin e.V.

R - Koch-Str. 7 + 16816 Neurappin + Tel/Fax: (03391) 29 80 47

Neurappin im November 1998

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

wir, die Mitglieder und MätreiterInnen der Bürgerinitiative „FREIHEIT“ e. V. in der Region Ostprignitz-Ruppin/ Land Brandenburg, bitten Sie um Ihre Hilfe bei der Lösung eines Problems, das viele von uns seit 1992 umtreibt. Wir wehren uns dagegen, daß eine über 40 Jahre lang von den sowjetischen Streitkräften als Bombenabwurfplatz benutzte, 142 Quadratkilometer große Wald- und Heidefläche als ein den gleichen Zwecken dienendes Übungsfeld der deutschen Bundeswehr benutzt werden soll.

Wir setzen uns mit allen uns zu Gebote stehenden - selbstverständlich strikt gewaltfreien - Mitteln dafür ein, daß das zwischen Wittstock, Neurappin und Rheinsberg gelegene militärische Sperrgebiet zivil umgestaltet und damit wieder in das von Wald, Heide und Seen geprägte Umland integriert wird.

Bisher haben sich alle für dieses einzigartige Naturgebiet zuständigen Volksvertretungen (Gemeindeparlamente der Anliegerkommunen, Kreistag und Landtag) sowie die brandenburgische Landesregierung gegen einen künftigen Luft-Boden-Schießplatz in dieser Region ausgesprochen. Dessen ungeachtet hat der 12. Deutsche Bundestag am 14. Januar 1993 in namentlicher Abstimmung dem Truppenübungsplatzkonzept des Bundesministers der Verteidigung, sprich einer Fortsetzung der makabren Nutzung, zugestimmt, die seinerzeit von der sowjetischen Armee und der NVA ohne Rücksicht auf gewachsene Wohnstrukturen und Naturschönheiten dekretiert wurde.

Anliegerkommunen, Kirchengemeinden und Privatpersonen haben vor dem Verwaltungsgericht gegen die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel geklagt, daß der Bundeswehr die weitere Nutzung des Platzes untersagt werde. Unter anderem wurde geltend gemacht, daß bestehende Vorschriften zur Einrichtung von militärischen Übungsgebieten nicht eingehalten und damit der Einigungsvertrag verletzt worden sei.

Ende August 1996 hat das Verwaltungsgericht Potsdam den KlägerInnen teilweise recht gegeben. Der Bundeswehr wird durch diese Verwaltungsgerichtsentscheidung auferlegt, vor der militärischen Nutzung des Platzes ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen, bei dem das Landbeschaffungs- und das Schutzbereichsgesetz zu berücksichtigen sind.

Gegen diese Verwaltungsgerichtsentscheidung haben KlägerInnen und Beklagte Berufung eingelegt. Das Bundesministerium der Verteidigung macht - offenbar unter der Devise „einmal Bombodrom - immer Bombodrom“ - Bestandsschutz geltend, die KlägerInnen hingegen setzen sich zur Wehr, weil das Gericht ihrem weitergehenden Antrag auf generelle Untersagung einer militärischen Nachnutzung nicht gefolgt ist. Die Entscheidung der zweiten Instanz steht noch aus. Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß beide Seiten den Rechtsweg voll ausschöpfen.

Wir ersuchen Sie daher dringend, möglichst noch in der Legislaturperiode des 14. Deutschen Bundestages darauf hinzuwirken, daß das Vorhaben eines Luft-Boden-Schießplatzes bei Wittstock endgültig ad acta gelegt wird. Bitte, helfen Sie mit, eine Mehrheit im Bundestag dafür zu gewinnen, daß das militärische Konzept in diesem Sinne abgeändert wird und versuchen Sie, darauf hinzuwirken, daß die neue Bundesregierung in diesem Sinne tätig wird.

Schließlich möchten wir Sie anregen, in Ihrer Fraktion darauf hinzuwirken, daß Gesetze überprüft und novelliert werden, die militärische Großvorhaben privilegieren. Solche Privilegierungen, wie sie beispielsweise im § 6 des Raumordnungsgesetzes verankert sind, stammen aus der Zeit des Kalten Krieges; ihnen liegen Bedrohungsvorstellungen zugrunde, die erfreulicherweise gegenstandslos geworden sind, und es ist daher an der Zeit, derartige Vorschriften der Wirklichkeit anzupassen.

Abschließend dürfen wir Ihnen zur Kenntnis geben, daß die Bürgerinitiative FREIE HEIDE ihren gewaltfreien Widerstand gegen die Zumutung eines Luft-Boden-Schießplatzes solange fortzusetzen und auszuweiten gedenkt, bis das Ziel der zivilen Umgestaltung einer 40 Jahre arg durch das Üben für den Krieg geschundenen märkischen Landschaft erreicht ist.

Die Bürgerinitiative FREIE HEIDE möchte mit Hilfe regelmäßiger Protestwanderungen das Begonnene fortsetzen. Rund um das militärische Sperrgebiet sind künstlerisch anspruchsvoll gestaltete Mahnsäulen aufgestellt, die von den Menschen der Region hoch geachtet und liebevoll gepflegt werden. Seit Jahren ist der Oster-Protest für eine FREIE HEIDE mit jeweils Tausenden von Teilnehmern ein besonders gut besuchter, weil zeichnender Marsch. Er steht unter dem Signum „Versöhnung unter den Menschen, Friede mit der Natur“.

Wir würden uns freuen, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen. Die Hauptstadt ist nah: Es wäre nützlich, wenn Sie sich vor Ort davon überzeugen, daß ein Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide weder räumlich noch historisch in die Landschaft paßt.

Für die Bürgerinitiative FREIE HEIDE

Susanne Hoch, Benedikt Schirge, Helmut Schönberg, Roland Vogt

Christian Gilde, Landrat des Landkreises Ostprignitz/Ruppin

Otto Thoen, Bürgermeister der Stadt Neuruppin

Manfred Richter, Bürgermeister der Stadt Rheinsberg

Ulrike Liedtke, Musikakademie Rheinsberg

Andreas Buro	Regine und Jörg Hildebrandt	Peter Rühmkopf
Manfred Batzmann	Ellis Huber	Gerhard Schöne
Friedrich Christian Delius	Hans-Dieter Hüsch	Friedrich Schorlemmer
Theodor Ebert	Inge und Walter Jens	Dorothee Sölle
Heino Falcke	Angelika und Georg Katzer	Klaus Staeck
Andreas Flitner	Knut Krusewitz	Carola Stern
Ralph Giordano	Siegfried Matthus	Werner Stötzer
Ute und Günter Grass	Heinrich Moldenshardt	Jutta Wachowiak
Hardt-Walther Hämer	Leonie Ossowski	Klaus Wagenbach
Peter Härtling	Ruth Rehmann	Joachim Walther
Christiane und Christoph Hein	Jens Reich	Bettina Wegner
Stephan Heym	Horst Eberhard Richter	Jakob von Uexküll

Offener Brief an alle Mitglieder des Bundestages

Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

- Der Minister -

LAND
BRANDENBURG



Truppenübungsplatz-
kommandantur Wittstock
Herrn Oberstleutnant
W. Engel
Schönhagener Str. 18

16921 Pritzwalk

Potsdam, 17. Febr. 1999
- 24/Li/Pe

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant Engel,

Ihr Schreiben vom 11.01.1999 habe ich erhalten. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen den Standpunkt des Wirtschaftsministers zu der zukünftigen Nutzung des ehemaligen Bombodroms noch einmal zur Kenntnis zu geben.

Die Notwendigkeit der Landesverteidigung steht für mich außer Frage. Gleichwohl hat die Landesregierung in der Region ein Arbeitsplatzproblem zu lösen. Dem Tourismus kommt hierzu in der ländlichen Struktur und aufgrund der besonderen naturräumlichen Ausstattung dieses Raumes eine besondere Funktion zu.

Maßnahmen, die diese angestrebte Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen können, sind demzufolge zu vermeiden. Auch aus diesem Grunde sehe ich mich an die Umsetzung des Beschlusses des Landtages Brandenburg vom 18. Dezember 1998 gebunden, der die Landesregierung beauftragt, von der Bundesregierung den "Verzicht auf eine militärische Nutzung des Truppenübungsplatzes in der Kyritz-Wittstocker Heide einzufordern."

Es ist mir ausdrücklich daran gelegen, das Finden einer Lösung auf einer sachlichen Ebene zu diskutieren. Ich bedaure daher um so mehr, dass der von Ihnen gewählte Weg der Kommunikation dieses Ziel nicht erreichen konnte. Das von Ihnen beigefügte Jahresprogramm der "Bürgerinitiative Freie Heide" verstehe ich als legales demokratisches Instrument der Interessenwahrung. Weitere Interpretationen vermag ich daraus nicht abzuleiten.

Ich darf mir erlauben, den von Ihnen informierten Personenkreis vom Inhalt dieses Schreibens in Kenntnis zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Burkhard Dreher

Honrich-Mann-Allee 107
14471 Potsdam

Telefon
033 211 8 66 - 35 00
033 211 8 36 - 35 02

Telefax
033 211 8 66 - 17 74
033 211 8 66 - 17 76

www.brandenburg.de
E-Mail: bukd@land.brandenburg.de



Bundesministerium der Verteidigung
WV II 2 - Az 06-06/12/03

Bonn, 22. Februar 1999
Telefon: (02 28) 12- 33 87/33 99
Telefax: (02 28) 12- 33 20

Bürgerinitiative
FREIE HEIDE e.V.
z.Hd. Herrn Benedikt Schirge
Dorfstraße 27

16831 Zühlen

Betr.: Truppenübungsplatz Wittstock

Bezug: 1. Ihre Eingabe vom 10.01.1999 an Herrn Bundeskanzler
2. Bundeskanzleramt vom 08.02.1999, 222-K-000 106/99/0005

Sehr geehrter Herr Schirge,

zur der vom Bundeskanzleramt weitergeleiteten Eingabe vom 10. Januar 1999 nehme ich wie folgt Stellung:

Die Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock als Luft-/Boden-Schießplatz der Luftwaffe ist Bestandteil des Truppenübungsplatzkonzepts der Bundeswehr. Dieses Konzept wurde vom Deutschen Bundestag nach abschließender Beratung am 14. Januar 1993 gebilligt.

Gegenwärtig sind neun Berufungsverfahren von Gemeinden und Privatpersonen beim Obergericht Brandenburg wegen der militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock und wegen der Klärung der Eigentumsverhältnisse anhängig. Deren Ausgang muß mit in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Nicht unbeachtlich wären auch die wirtschaftlichen Vorteile des Truppenübungsplatzes für die Region, da in Wittstock eine neue Garnison errichtet würde. Allein die Infrastrukturplanung für Wittstock hätte ein Gesamtvolumen von ca. 310 Mio DM. Aus dem Betrieb der Garnison werden jährlich etwa 27 Mio DM in die Wirtschaft der Region fließen. Zudem erhöht sich der Personalumfang auf 1 218 Soldaten und 165 zivile Mitarbeiter.

Erst nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände wird zur Zukunft der militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Stellung genommen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Reußner

Betroffene Gemeinden setzen weiter auf zivile Nutzung

Als die Bundeswehr im Juli 1992 entgegen früherer Aussagen verkündete, das Gelände des ehemaligen Schießplatzes der Sowjetunion doch zu nutzen, ging eine Welle der Entrüstung durch alle Schichten der Bevölkerung. Persönlichkeiten des damaligen Landkreises Wittstock verfassten einen Aufruf an die Bürger der Region worin es hieß:

„Bedenken Sie welche Folgen die weitere Nutzung dieses Schießplatzes für unsere Region haben dürfte. Eine bisher benachteiligte Region wird weiter benachteiligt. Bestehendes Unrecht wird festgeschrieben.“ (siehe MAZ 14.08.1992)

Dieser Protest zeigte Wirkung, und die Bundeswehr brachte eine mögliche Garnison in Wittstock ins Spiel und bezeichnete diese als Ausgleich für die Belastung durch den Bombenabwurfplatz.

Wir fragen uns, was soll hier ausgeglichen werden?

Dazu passt die Aussage, „Wenn die Garnison nach Wittstock kommt sind wir auch bereit die Lasten des Schießplatzes zu tragen.“

Bezeichnenderweise stammt diese Aussage nicht von den betroffenen Anliegergemeinden des ehemaligen Schießplatzes, welche die Lasten unbestritten tragen werden.

Wir, die direkt betroffenen Gebietskörperschaften, haben unsere ablehnende Haltung zu den Plänen der Bundeswehr wiederholt zum Ausdruck gebracht. So zuletzt in der gemeinsamen Presseerklärung der Anliegergemeinden vom 14. Dezember 1998, welche mit der Aussage schließt: „Zusammenfassend stellen die Gemeinden fest, dass die beabsichtigte militärische Nutzung des Geländes nicht mit ihren Entwicklungsvorstellungen in Einklang zu bringen ist.“

Zu dieser Einschätzung kommt auch der Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg Dr. Burkhard Dreher in seinem Antwortschreiben auf den Brief des Truppenübungsplatzkommandanten Oberstleutnant Engel:

„Dem Tourismus kommt in der ländlichen Struktur und aufgrund der besonderen naturräumlichen Ausstattung dieses Raumes eine besondere Funktion zu. Maßnahmen, die diese angestrebte Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen können, sind demzufolge zu vermeiden.“

Diese Entwicklungsvorstellungen finden sich in den in der Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplänen der Region um den ehemaligen Schießplatz wieder, für welche uns die gemeindliche Planungshoheit obliegt, denn wir sehen uns der Entwicklung unseres Heimatgebietes und auch den zukünftigen Generationen verpflichtet.

Diese Erklärung wurde von folgenden Gemeinden unterzeichnet:

Stadt Neuruppin
Stadt Rheinsberg
Gemeinde Temnitzzell
Gemeinde Frankendorf
Gemeinde Basdorf
Gemeinde Wallitz
Gemeinde Dorf Zechlin
Gemeinde Flecken Zechlin

Gemeinde Rossow
Gemeinde Zempow
Gemeinde Sewekow
Gemeinde Schweinrich
Gemeinde Gadow
Gemeinde Dossow
Gemeinde Fretzdorf


Gemeinde Schweinrich
„Der Bürgermeister“

04. März 1999



Bürgerinitiative
FREIE HEIDE

Kyritz - Wittstock - Ruppin e. V.

1999 Jahr der FREIen HEIDE war ein erfolgreiches Jahr
für die Bürgerinitiative

1999 hat für die Bürgerinitiative viele Höhepunkte aufzuweisen:

- die Neujahrswanderung mit 1.000 Teilnehmern (u.a. Minister und Landtagsabgeordnete aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern)
- den Ostermarsch mit rund 5.000 Teilnehmer, die das Bombodrom auf einer Fläche von 17.500 qm nachbildeten (250m x 70m)
- mehrere Wanderungen mit jeweils hunderten Teilnehmern
- mehrere lokale Veranstaltungen (darunter die Initiative "Frauen unterwegs für den Frieden", Diskussionen mit Bundes- und Landespolitikern, Konventionsthemen...
- die Gerichtsverhandlung am 24.03.99 in Frankfurt/Oder, auf der den Klagen der Anliegergemeinden vollständig stattgegeben wurde und nun nach dem Stattgeben der Beschwerde der Vorgang vom Bundesverwaltungsgericht geprüft wird.

Wir müssen für den Prozeß erneut Spenden sammeln und bitten um Bekanntgabe unseres Spendenkontos Prozeßkosten s.u.

Etwa 82.000 Menschen haben in den vergangenen Jahren an den Protestwanderungen für die zivile Nutzung der Wittsock-Kyritz-Ruppiner Heide teilgenommen, ca. 70.000 Unterschriften wurden gesammelt.

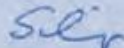
Enttäuschend ist die Unglaubwürdigkeit von Politikern bzw. Parteien, die, nachdem sie an der Macht sind, ihre Versprechen und Programme nicht mehr kennen wollen.

Auch im neuen Jahr fordern wir die Einlösung des Versprechens von Rudolf Scharping von 1994: *"Dieser Bombenabwurfplatz ist unnötig! Wenn die SPD regiert, wird das hier nicht mehr Truppenübungsplatz sein."*

Wir laden zum ersten Neujahrsempfang, den es im Jahr 2000 anlässlich der 58. Protestwanderung geben wird, um 14.00 Uhr nach Schweinrich ein. Neue Vorhaben für 2000 werden bekanntgegeben!

20.12.99

Für die HE



Kontaktadresse: Dr. Bernd Löttemann An der Rackstadt 12 16909 Wittstock Tel / Fax 03394 / 721425

Büro FREIE HEIDE Robert-Koch-Str. 7 16816 Neuruppin Tel / Fax 03391 / 398047

Vorstandsvorsitz: Halmut Schönberg Tannenstraße 12 16909 Schweinrich Tel. 033966 / 60246 Fax 60248

Pressekontakt: Susanne Hoch Am Stadion 47 16821 Rheinsberg Tel / Fax 033931 / 39151

Azconarie Friedrich Strandweg 3 16837 Flecken Zechlin Tel. 033923 / 70904

Benedikt Schirge Dorfstraße 27 16831 Zühlén Tel / Fax 033931 / 2338

Spendenkonto: Sparkasse Ostprignitz-Ruppin Kto.-Nr. 1680000167 BLZ 160 502 02

Spendenkonto Prozeßkosten: Sparkasse Ostprignitz-Ruppin Kto.-Nr. 1621012022 BLZ 160 502 01



Winfried Nachtwei
Mitglied des Deutschen Bundestages
Verteidigungsausschuß

DE Wabuel Nachtwei, 3469 • Deutscher Bundestag • 11011 Berlin

Pressemitteilung

Bündnis 90/ Die Grünen
Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Luisenstr. 32, Raum 1019

Gabi Gehle
Tel: (030) 227 - 72 567
Andrea Künster
Tel: (030) 227 - 71 555
Fax: (030) 227 - 76 016
email:
winfried.nachtwei@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Bismarckstr. 54
48155 Münster
Michael Schickner
Tel: (0251) 66 22 80
Fax: (0251) 66 22 96
http://www.sachwei.de
email:
winfried.nachtwei@wb.bundestag.de

Berlin/Münster, 21.4.2000

Anlässlich der bevorstehenden 60. Protestwanderung gegen die Errichtung eines Luft/Boden-Schießplatzes der Bundeswehr in der Kyritz-Ruppiner Heide erklärt der Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei, MdB von Bündnis 90/Die Grünen

Die Behauptung, ein Luft/Boden-Schießplatz Wittstock sei unverzichtbar für den Erhalt der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, ist angesichts eines deutlich gesunkenen Übungsbedarfs und weiterer Reduzierungsmöglichkeiten nicht nachvollziehbar:

Während die Bundeswehr 1992, als die Errichtung des Luft/Boden-Schießplatzes beschlossen wurde, insgesamt 13.531 Luft/Boden-Einsätze flog, ist ihre Zahl bis 1999 um mehr als die Hälfte auf 5.800 Einsätze gesunken. Die Zahl der Inlandsübungseinsätze (Bundeswehr und Alliierte) liegt inzwischen bei weniger als einem Drittel (2.332) der Planzahl von insgesamt 7.200 Einsätzen.

Die jahrzehntelange Extremlastung durch sowjetische Luft/Boden-Übungen begründet für die Bevölkerung rund um die Kyritz-Ruppiner Heide einen Nachholbedarf an Ruhe und ziviler Regionalentwicklung.

Das Versprechen, dass eine künftige Garnison die Wirtschaftskraft der Region stärken werde, ist angesichts der gegenwärtigen Überkapazitäten an Garnisonen und Standorten und der absehbaren Bundeswehrreduzierung wenig realistisch. Die geplante militärische Nutzung der Heide droht der Region in erster Linie Lasten, aber kaum wirtschaftlichen Nutzen zu bringen.

Insofern bekräftigt der Gang der Ereignisse die seit langem von den Bündnispartnern und auch von Gliederungen der SPD erhobene Forderung nach einer zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.

Das laufende verwaltungsgerichtliche Verfahren und die bevorstehende Bundeswehrreform entlassen die Koalitionsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD nicht aus der Verantwortung, den Primat der Politik wahrzunehmen und im Sinne der Beschlusslagen ihrer Parteien gegenüber dem Ministerium initiativ zu werden.


OSTERMARSCH
2000

FREIE HEIDE
Kyritz - Wittstock - Ruppiner e.V.

Gewalt hat keine Zukunft
Keine militärische Nutzung
Kyritz-Ruppiner-Heide
Sonntag 8. April 2000. Protestwanderung
auf dem Weg zur freien Heide

Treffpunkt 14 Uhr in Fretzdorf an der Kirche
Anfahrt über Autobahn A24 Berlin-Hamburg Kontakt: BI Freie Heide Tel.: 033924 - 70497

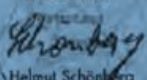
URKUNDE



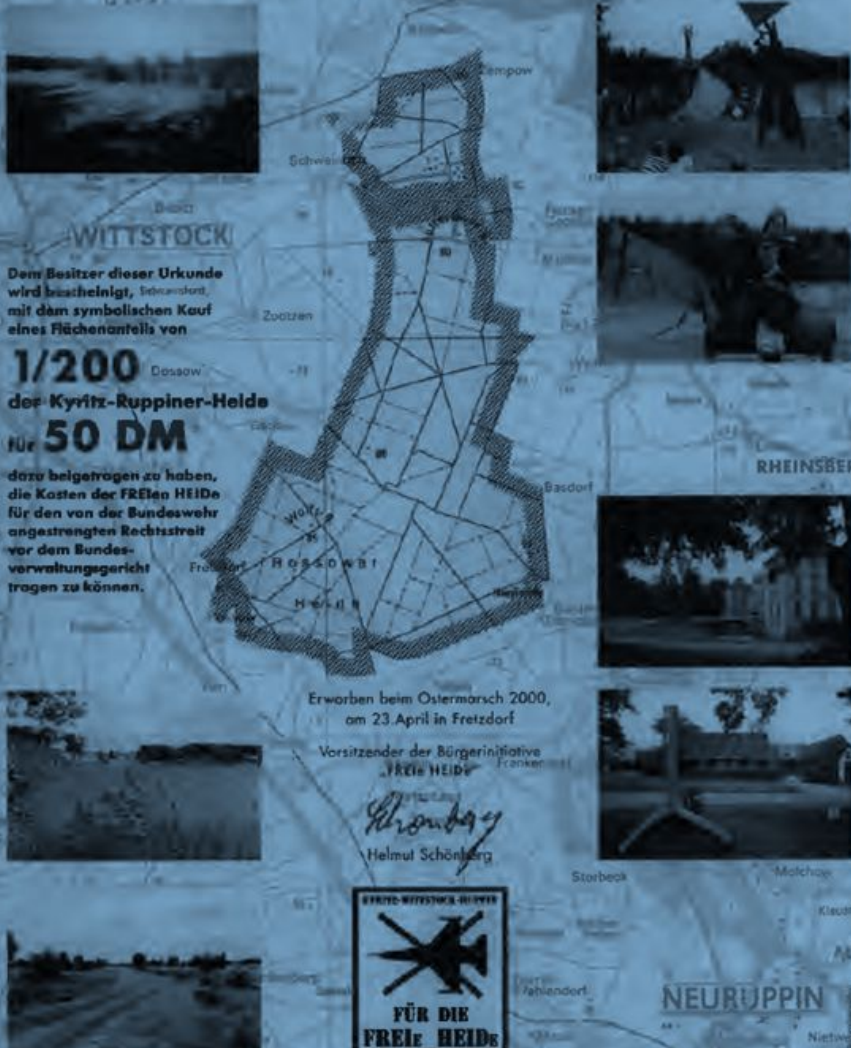

Dem Besitzer dieser Urkunde wird bezeugt, mit dem symbolischen Kauf eines Flächenanteils von **1/200** der **Kyritz-Ruppiner-Heide** für **50 DM** dazu beigetragen zu haben, die Kosten der **FREIE HEIDE** für den von der Bundeswehr angestrengten Rechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht tragen zu können.

Erworben beim Ostermarsch 2000, am 23. April in Fretzdorf

Vorsitzender der Bürgerinitiative **FREIE HEIDE**



Helmut Schönberg



WITTSTOCK

MIROW

PEZSCH

Zempow

Schweinitz

Zootzen

Dossow

Garsdorf

RHEINSBERG

Fretzdorf

ROSSDORF

Starbeck

Maltzow

Klauditz

Neuruppin

Nietzow

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Bredlow, Horst**, Jahrgang 1931, über dreissig Jahre als Schlosser bei der Deutschen Reichsbahn tätig, fünf Kinder. Beim Aufbau und der Instandsetzung der Mahnsäulen und Mahnkreuze beteiligt, bei jeder Protestwanderung dabei
- Degener, Hans-Hermann**, Jahrgang 1930, Destillateur und Kaufmann, zwei Kinder, Mitglied der BI seit 1998, Förderklassenabsolvent und Schüler von Dipl. Bildhauer Werner Rosenthal, VbK Berlin
- Freese, Wolfgang**, Jahrgang 1956, Lehrer für Mathematik und Physik, Sonderschulpädagoge, nebenberuflich Discjockey, Kreis tags abgeordneter seit den ersten freien Wahlen 1990, früher Neuruppin, jetzt Ostprignitz-Ruppin, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
- Freimark, Hans-Peter**, Jahrgang 1945, Pfarrer, Mitglied der BI von Beginn an: «Aus unserer Gemeinde oder Familie waren bisher fast jedesmal Leute dabei mit den Fahnen ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ und das «Zerbrochene Gewehr»‘
- Friedrich, Annemarie**, Jahrgang 1920, Oberschullehrerin, jetzt Rentnerin, bis 1998 Mitglied im Kreistag Ostprignitz-Ruppin, SPD, ab 1998 Mitglied in der Gemeindevertretung Flecken Zechlin, zwei Söhne, fünf Enkelkinder
- Geulen, Reiner**, Dr., Jahrgang 1943, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Berlin
- Gilde, Christian**, Jahrgang 1946, Landrat, SPD-Mitglied, Berufe vor der Tätigkeit als Landrat: Funkmechaniker, kirchlicher Sozialarbeiter, 1990 bis 1994 Mitglied des Landtages Brandenburg
- Görlitz, Ulrich**, Jahrgang 1927, Lehrer in Ruhestand, nach dreiundzwanzig Jahren Aktivität in der SPD nun seit zwanzig Jahren ausserparlamentarisch politisch aktiv
- Hässler, Eckhard**, Jahrgang 1960, Stadtjugendwart der evangelischen Kirchengemeinde Neuruppin, drei Kinder
- Hauschild, Andreas**, seit fünfzehn Jahren aktiv in der gewaltfreien antimilitaristischen Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, Studium der Physik, Promotion auf dem Gebiet der Klimatologie, zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin
- Hoch, Susanne**, Jahrgang 1966, Sozialarbeiterin, Mutter einer Tochter
- Karau, Heinz-Joachim**, Jahrgang 1928, Pfarrer im Ruhestand, Mitglied des Kreistages Ostprignitz-Ruppin, Bürgerbündnis Freier Wähler

Klenner, Matthias, Jahrgang 1954, Stützlehrer, BI-Mitglied seit 1993

Krause, Carl, Dr., Jahrgang 1927, Architekt und Künstler, zwei Töchter, Mitglied der BI seit 1992

Krusewitz, Knut, Jahrgang 1941, Hochschullehrer, Mitarbeit in der BI seit 1993, Gründer und Leiter der «Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO-Biosphärenreservat» in Künzell bei Fulda

Kühn, Rainer, Jahrgang 1942, Maschinenbauingenieur, Invalidenrentner, eine Tochter, Gründungsmitglied der FREIen HEIDe

Lampe, Friederike, Dr., Jahrgang 1955, Ärztin

Nehls, Hermann, Jahrgang 1955, Betriebswirt, Leiter der DGB Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin, zwei Kinder

Noeske-Heisinger, Kay, Jahrgang 1974, Student, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied der BI von Anfang an

Perten-Prüfert, Petra, Jahrgang 1951, Studienrätin, Gründungsmitglied der BI

Prüfert, Rainer, Jahrgang 1950, Diplom-Industriedesigner, Gründungsmitglied der BI

Richter, Manfred, Jahrgang 1951, Bürgermeister der Stadt Rheinsberg, SPD-Mitglied, eine Tochter

Schirge, Benedikt, Jahrgang 1962, Pfarrer, Sprecher der BI

Schirge, Petra, Jahrgang 1962, Gärtnerin, Katechetin, Spielpädagogin, verheiratet, eine Tochter

Schönberg, Helmut, Jahrgang 1941, Tiefbauingenieur, seit 1990 ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Schweinrich, Vorsitzender der Bürgerinitiative FREIe HEIDe, verheiratet, zwei Kinder

Siemens, Ralf, Jahrgang 1961, Mitarbeiter der Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Vogt, Ragnar Daniel, Diplom-Biologe, lebt und arbeitet in Berlin

Vogt, Roland, Jahrgang 1941, Referatsleiter bei der Landesregierung Brandenburg, Konversionsbeauftragter, Landesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, drei Kinder, Gründungsmitglied der Bürgerinitiative

Voss, Sylvia, Jahrgang 1954, Ärztin, zurZeit Mitglied des Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen

Winkelmann, Dorothea, Jahrgang 1942, zwei Kinder, Mitglied der BI seit 1996, Mitglied der Unternehmerinitiative Pro Heide

Wöhlike, Carola, Jahrgang 1966, Umweltpädagogin, Sprecherin von Pro Heide, stellvertretende Bürgermeisterin der Gemeinde Zempow